

DONNERSTAG, 11. MÄRZ 2010

VORSITZ: Rodi KRATSA-TSAGAROPOULOU

Vizepräsidentin

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wurde um 9.05 Uhr eröffnet.)

2. Investitionen in Technologien mit geringer Kohlenstoffintensität (Aussprache))

Die Präsidentin. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist eine mündliche Anfrage an den Rat und die Kommission (O-0015/2010 – B7-0011/2010) durch Herbert Reul in Bezug auf die Investitionen in die Entwicklung von Technologien mit geringen CO₂-Emissionen

Herbert Reul, Verfasser. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Vertreter des Rates! Bei dieser Anfrage geht es darum, dass 2007 von der Kommission ein Konzept vorgestellt wurde mit dem Ziel, Technologien im Energiebereich mit niedrigem CO₂-Ausstoß zu fördern, damit diese auch schnell angewandt werden können. Ganz konkrete Maßnahmen wurden darin vorgeschlagen. Europäische Industrieinitiativen, vor allem in den Bereichen Windenergie, Solarenergie, Bioenergie, CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS), Stromnetze und Kernspaltung, Schaffung eines Europäischen Energieforschungsbündnisses, der nachhaltige Umbau der europäischen Energie-Infrastrukturnetze, ständig aktualisierte europäische Energie-Technologiesysteme und die Einrichtung eines Lenkungsausschusses zu strategischen Energietechnologien.

Eine entscheidende Frage blieb damals jedoch offen, nämlich die Frage der Finanzierung. Im Siebten Forschungsrahmenprogramm sind 886 Millionen Euro pro Jahr für die Energieforschung vorgesehen. Doch es ist jedem klar, dass das nicht ausreicht. 2009 hat die Kommission ihre Mitteilung über die Finanzierung CO₂-armer Energietechnologien vorgelegt und darin die Notwendigkeit dargestellt, die Mittel für die Energieforschung in den nächsten zehn Jahren zu verdreifachen. 50 Milliarden Euro müssten danach investiert werden. Diese Mitteilung legt dar, wie das Geld auf die wichtigsten CO₂-armen Technologien aufgeteilt werden sollte, damit sich Europa von der starken Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen hin zu einer stärkeren CO₂-Reduktion bewegen kann. Der endgültige Plan veranschlagt 6 Milliarden Euro für die Erforschung der Windenergie, die laut Kommission ein Fünftel des EU-Stroms bis zum Jahr 2020 produzieren könnte, 16 Milliarden für die Solarenergie, um neue Photovoltaik-Konzepte und eine große industrielle Konzentration der Solarenergieanlagen zu entwickeln, 9 Milliarden für die Bioenergieforschung, damit können Sie 14 % des Energiebedarfs der EU decken. Um erneuerbare Energien in den Energiemarkt zu integrieren, würden Stromnetze 2 Milliarden Euro erhalten, sodass die Hälfte des Netzes mithilfe eines *Smart Grid*-Prinzips arbeiten könnte. Abgesehen von erneuerbaren Energien, sind 13 Milliarden Euro für bis zu 12 Projekte im Bereich Kohlenstoffabscheidung, -Speicherung vorgesehen, die Kernforschung würde 7 Milliarden Euro erhalten. Der Finanzierungsvorschlag sieht auch noch 11 Milliarden Euro für das „Smart Cities-Programm“ vor, damit auch hier entsprechende Antworten gegeben werden.

Die Kommission hat damals darauf hingewiesen, dass öffentlich-private Partnerschaften der glaubwürdigste Weg sind, Energieforschung zu finanzieren, konnte allerdings nicht präzise darlegen, wie die finanziellen Belastungen dann auf die beiden Seiten aufgeteilt werden sollen. Derzeit ist die Aufteilung im Bereich Energieforschung 70 % privat, 30 % öffentlich, mit Ausnahme der Kernforschung. Die EU argumentiert, dass ein signifikanter Anstieg der öffentlichen Finanzierung notwendig sei. Bei Projekten, bei denen die Risiken höher sind, sollte die öffentliche Finanzierung eine große Rolle spielen, so hat die Kommission ausgeführt. Um das Niveau der Intervention zu optimieren, fördert sie den Einsatz von EU-Programmen insbesondere dann, wenn es einen klaren Mehrwert auf EU-Ebene gibt, z. B. wenn die Programme für die einzelnen Mitgliedstaaten zu teuer sind. Derzeit werden 80 % der öffentlichen Investitionen in der nichtnuklearen Energieforschung auf nationaler Ebene finanziert. Allerdings lässt auch diese Mitteilung letztlich offen, woher das Geld kommen soll. Die Kommission rechnet mit einem Mehrbedarf von 75 - 80 Milliarden Euro.

Das ist der Grund, warum wir uns in unserem Ausschuss darauf konzentriert haben, bei einigen Fragen in diesem Bereich der Finanzierung ein bisschen mehr Klarheit zu bekommen. Ich will die Fragen nochmals in Erinnerung rufen. Erstens: Wie will die Kommission ihre Prioritäten für den Fahrplan 2010-2020 zur

Unterstützung der Finanzierung von Technologien mit geringen CO₂-Emissionen festlegen? Wann werden entsprechende industriepolitische Initiativen eingeleitet? Zweitens: Wie will die Kommission zusätzliche Mittel aus dem EU-Haushalt verfügbar machen? Wie bietet die Kommission konkret die Gewähr dafür, dass im Vorfeld des Achten Rahmenprogramms die Mittel fließen? Wird die Kommission gewährleisten, dass für die verschiedenen Initiativen im Bereich der Industrie der ermittelte Haushaltsrahmen eingehalten wird? Und *last but not least* die Frage: Wie will die Kommission – das bezieht sich natürlich auch immer auf den Rat – zusätzliche Mittel aus dem EU-Haushalt für die Finanzierung anderer als der in der Mitteilung genannten technologischen Optionen verfügbar machen, einschließlich der Speichertechnologien, Gezeitenenergie usw. Ich muss nicht alle Fragen vorlesen. Wir haben diese Fragen hier vorgestellt und bitten um Antwort von Rat und Kommission.

Pedro Luis Marín Uribe, Amtierender Ratspräsident. – (ES) Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Rede beginnen, indem ich die Bedeutung des strategischen Energieplans betone und den notwendigen Beitrag, den dieser zur Beschleunigung der Entwicklung und Anwendung von Technologien für saubere, nachhaltige und effiziente Energie leisten wird.

Ohne diesen Plan wird es weder möglich sein, die Ziele zu erreichen, die wir uns für 2020 gesteckt haben, noch wird uns der Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft in dem von uns gewünschten Umfang bis 2050 gelingen.

Ich bin erfreut, dass zwischen dem Parlament und dem Rat ein breiter Konsens herrscht, dass sowohl die Ziele des Plans, als auch die Mittel, die zur Verfügung gestellt werden müssen, wichtig und notwendig sind.

Der Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie beabsichtigt, bei seiner Sitzung am kommenden Freitag, dem 12. März, Schlussfolgerungen zum Strategieplan für Energietechnologie (SET-Plan) anzunehmen. Die Schlussfolgerungen werden ein wichtiger Bezugspunkt für die am 25. März stattfindende Frühjahrstagung des Europäischen Rates sein, da das Thema Klimawandel auf dessen Tagesordnung steht.

Die bei der Ratssitzung zu erörternden Entwürfe für Schlussfolgerungen werden das Thema Finanzierung beinhalten, obwohl dieser Punkt mit der nötigen Vorsicht angegangen werden wird. Wir möchten nicht die Verhandlungen vorwegnehmen, die zu diesem Thema im Kontext des nächsten Finanzrahmens werden stattfinden müssen.

Ich werde nun die wichtigsten Elemente der Entwürfe für Schlussfolgerungen erläutern. Erstens: Die Zeit ist gekommen, um von den technologischen Fahrplänen zur operativen Umsetzung der Europäischen Industrie-Initiativen überzugehen. Wir sollten dies schrittweise tun, aber so schnell wie möglich.

Zweitens: Unsere Herangehensweise an eine zukünftige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energieforschung innerhalb Europas sollte sich auf den effektiven Einsatz öffentlicher Ressourcen und den Aufbau flexibler, öffentlich-privater Partnerschaften mit der Industrie konzentrieren. Wir fordern die Kommission daher dringend auf, eine Plattform zu schaffen, die sämtliche interessierten Finanzorganisationen umfasst, damit diese untereinander Informationen und empfehlenswerte Verfahren austauschen und gleichzeitig nach eigenem Ermessen ihre Maßnahmen koordinieren können.

Drittens: Angesichts des Ausmaßes der mittelfristigen öffentlich-privaten Finanzierung, die erforderlich ist, um insbesondere größere Demonstrationsprojekte zu unterstützen, könnte es erforderlich sein, den Umfang der öffentlichen Investitionen auf EU-Ebene zu vergrößern. Wir müssen dies daher berücksichtigen, wenn wir den Haushaltsplan überprüfen und bei der Verhandlung des nächsten Finanzrahmens.

Viertens: Wir sollten die Regierungen der Mitgliedstaaten unterstützen und dazu ermutigen, ausreichende Anreize zu schaffen und konsequente Signale zu geben, damit diese Politik umgesetzt wird. Sie sollten erforderlichenfalls auch eine deutliche Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für die Entwicklung kohlenstoffemissionsarmer Technologien vornehmen.

Der fünfte Punkt, den ich erwähnen möchte, betrifft die Tatsache, dass die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank bereits gemeinsam daran arbeiten, die Koordination und die Kontinuität der Finanzierung von Demonstrationsprojekten mit hohem technologischem Risiko im Energiesektor zu verbessern. Sie arbeiten außerdem daran, andere öffentliche und private Finanzierungsquellen zu mobilisieren und bereitzustellen.

Abschließend möchte ich sagen, dass sich die Kommission und die Europäische Investitionsbank mit optimalen Finanzierungspaketen für größere Demonstrationsprojekte befassen, weswegen wir die Kommission ebenfalls dringend auffordern, neue Wege zur Kombination von Mitteln aus verschiedenen Quellen zu

analysieren und ein *ad hoc*-Instrument zur Finanzierung der kommerziellen Einführung kohlenstoffemissionsarmer Technologien zu entwickeln.

Sehr geehrte Damen und Herren, all diese Elemente ergeben eine deutliche Botschaft für zukünftige Investitionen in die Entwicklung kohlenstoffemissionsarmer Technologien. Trotz der starken Haushaltszwänge, denen wir uns gegenwärtig gegenüber sehen, wird die Botschaft, die der Rat bei seiner Sitzung am Freitag aussenden wird, verbindliches Engagement ausdrücken und in positiver Weise die Tragweite dieses Themas auf europäischer Ebene bestätigen, sowie die entscheidende Bedeutung von Investitionen in kohlenstoffemissionsarme Technologien für jeden Mitgliedstaat.

Janez Potočnik, *Mitglied der Kommission*. – Frau Präsidentin, obwohl ich heute meinen Kollegen Günther Oettinger vertrete, freue ich wirklich sehr, mit Ihnen die Zukunft der kohlenstoffemissionsarmen Technologien zu erörtern.

Ich war in der letzten Kommission persönlich eng in die Entwicklung des Europäischen Strategieplans für Energietechnologie (SET-Plan) eingebunden und bin fest davon überzeugt, dass die Entwicklung dieser Technologien einer der Eckpfeiler der Energiepolitik sein wird, die wir in den nächsten Jahren gemeinsam entwickeln müssen.

In seinem Bericht vom Juni 2008 zum SET-Plan hat das Parlament sehr deutlich ein angemessenes Anspruchsniveau vorgeschlagen. Wir sollten diese Ansprüche nicht senken. Sie haben heute drei klare Fragen gestellt, die ich nacheinander beantworten werde.

Erstens: Was unsere Prioritäten für 2010 bis 2020 und den Start der europäischen Industrie-Initiativen angeht, so entsprechen diese sechs Initiativen wirklich unseren Prioritäten: Wind, solare Bioenergie, nachhaltige Kernspaltung, intelligente Energienetze und Kohlenstoffbindung und -speicherung sind Prioritäten, die vom Parlament und vom Rat stark unterstützt wurden.

Auf Ihren Wunsch haben wir auch die Energieeffizienz zur Priorität gemacht, indem wir die neue engagierte Initiative „Smart Cities“ entwickelt haben, um das Marktpotential von energiesparenden Technologien in Städten und Regionen freizusetzen. Um Aktivitäten innerhalb dieser Initiative zu einer Priorität zu machen, hat die Kommission gemeinsam mit den Stakeholdern Technologiefahrpläne für den Zeitraum 2010-2020 entwickelt. Diese Fahrpläne stellen konkrete Ziele auf und nennen die zu deren Umsetzung erforderlichen Maßnahmen. Die Initiativen können noch in diesem Jahr, 2010, in Gang gesetzt werden. Die Initiative „Smart Cities“ ist für das kommende Jahr geplant.

Ihre zweite Frage betrifft die Notwendigkeit vorhersagbarer, stabiler und angemessener Haushaltsmittel für den SET-Plan während des aktuellen Finanzierungszeitraums und nach 2014. Unsere Schätzung der für die Entwicklung kohlenstoffemissionsarmer Technologien erforderlichen öffentlichen und privaten Investitionen beläuft sich im Rahmen des SET-Plans auf 8 Milliarden EUR pro Jahr. Heute werden in der Europäischen Union jährlich ungefähr 3 Milliarden EUR investiert, was bedeutet, dass für den Zeitraum 2010-2020 zusätzliche 50 Milliarden EUR erforderlich sind. Diese Lücke zu schließen, muss in den nächsten Jahren eines der Schlüsselthemen bei institutionellen Diskussionen sein. Die Anstrengungen müssen auf Bereiche konzentriert werden, wo Eingriffe die größte Wirkung zeigen, wobei Überschneidungen zu vermeiden sind und die größtmögliche Wirkung auf dem Markt erreicht werden muss.

Es ist eindeutig, dass Investitionen auf EU-Ebene, die entweder aus dem Siebten Rahmenprogramm oder aus dem Europäischen Energieprogramm zur Konjunkturbelebung stammen, nicht ausreichen werden. Auch die möglichen Mittel aus den für die Demonstration der Kohlenstoffbindung und -speicherung und innovative erneuerbare Technologien vorgesehenen 300 Millionen aus dem Handel mit Emissionsrechten sind nicht ausreichend. Zu laufenden Preisen entspricht dies ungefähr 4 Milliarden EUR. Daher sind sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor erhebliche Anstrengungen erforderlich; der öffentliche Sektor umfasst sowohl die Europäische Union als natürlich auch die Mitgliedstaaten. Um es deutlich zu sagen, der Großteil des Geldes muss von dort kommen, wo der Großteil des Geldes ist.

Drittens: Sie haben gefragt, ob die Kommission beabsichtigt, andere Technologieformen zu finanzieren und zusätzliche Industrie-Initiativen vorzuschlagen. Im Laufe der Zeit werden sicher andere Technologien entstehen, die eine Intervention auf europäischer Ebene verdienen, daher muss der SET-Plan flexibel bleiben, wie wir bereits mit der neuen Initiative zur Energieeffizienz „Smart Cities“ gezeigt haben, die, wie bereits gesagt, voraussichtlich 2011 in Gang gesetzt wird. Wir werden die vielversprechendsten Technologien mithilfe des SET-Plan-Informationssystems genau verfolgen. SETIS, wie die Bezeichnung lautet, wird bereits in Bezug auf Speicherungs- und Ozean-Technologien angewandt, um deren Potential zu beurteilen und die

besten Möglichkeiten für eine europäische Intervention zu identifizieren. Wir haben außerdem die Schaffung einer neuen Technologieplattform für erneuerbare Energien, Heizung und Kühlung gefördert, die es den beteiligten Sektoren ermöglichen sollte, ihren Technologie-Transfer besser zu definieren.

Es freut mich sehr zu sehen, dass diese Akte die verdiente Unterstützung erhält. Es handelt sich um eine Schlüsselakte zur Umsetzung unserer energiepolitischen Ziele, eine Schlüsselakte für Europa und für unsere Zukunft.

Jean-Pierre Audy, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (FR) Frau Präsidentin, Herr Minister, Herr Kommissar, ich freue mich, Sie wieder hier zu sehen, Herr Potočník, in Ihrer Funktion als Umweltkommissar. Sie vertreten unseren Kommissar für Industrie, vielen Dank dafür und auch vielen Dank für Ihre Rede.

Ich begrüße die Frage meines Kollegen Reul, der Sie, Herr Kommissar, zu Recht darüber befragt hat, wie die Kommission das wichtige Thema der kohlenstofffreien Energien und die Finanzierung neuer Technologien sieht. Die Weltbevölkerung wächst. Wir werden 2030 40 % mehr Energie benötigen, und ich möchte hinzufügen, dass 80 % dieser Verbrauchernachfrage von Ländern außerhalb der OECD kommen werden.

Angesichts dieser großen Herausforderungen besteht die Lösung nicht in der Annahme der Ideologie, unseren Energieverbrauch zu senken oder sich auf veraltete Denkweisen zurückzuziehen. Die Europäische Union hat daher die Pflicht, einzugreifen, und ich möchte etwas zu einem Thema sagen, das uns innerhalb unserer politischen Fraktionen spalten könnte, und das ist die Kernenergie.

Wenn es um die Kernenergie geht, gibt es Mitgliedstaaten, die in diesem Zusammenhang auf eine lange Tradition zurückblicken. Die Europäische Union hat dadurch kein Privileg, aber diese Tatsache bedeutet, dass wir die Pflicht haben, zu der Debatte und zur Finanzierung beizutragen. Bei Kernenergie handelt es sich, wie wir wissen, um kohlenstofffreie Energie, und wir brauchen Finanzierung, Herr Kommissar, insbesondere aus Emissionsgutschriften, um in Forschung, Entwicklung und Schulung in allen Bereichen zu investieren.

Wir schlagen Ihnen einige Änderungen vor, die dem Zweck dienen, die vorgelegten Entschlüsse zu verbessern, und ich möchte abschließend etwas über Abfallprodukte der Kernspaltung sagen, die für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger einen Anlass zu großer Besorgnis darstellen. Es gibt weltweit zwei Optionen: Langzeitlagerung, wie sie von den Vereinigten Staaten gewählt wurde, und wir, die Europäische Union müssen eine andere Vorgehensweise wählen, nämlich die Rückgewinnung durch Wiederaufbereitung. Diese Option haben Russland, Japan und Frankreich gewählt.

In diesem Kontext müssen wir, als Verantwortliche für die Sicherheit, auf die Wissenschaft und das Wissen vertrauen, wo immer diese Themen auftauchen.

Teresa Riera Madurell, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (ES) Frau Präsidentin, Herr Staatssekretär und amtierender Präsident des Rates, Herr Kommissar, uns allen ist bewusst, dass es bereits einen klaren Konsens bezüglich des Konzepts gibt, nach dem wir die wirtschaftliche Krise umso schneller hinter uns lassen werden, je schneller wir eine grüne Wirtschaft aufbauen.

Einige Untersuchungen haben ergeben, dass, falls wir das Ziel eines 20 %igen Anteils von erneuerbaren Energiequellen erreichen, dies dazu führen wird, dass bis zum Jahr 2020 2,8 Millionen europäische Arbeitnehmer in diesem Sektor beschäftigt sein werden. Darüber hinaus wird geschätzt, dass zwei Drittel der neuen Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen geschaffen werden. Der Schlüssel dafür, meine Damen und Herren, liegt in der Entwicklung grüner Technologien.

Um das zu verwirklichen, spricht sich meine Fraktion für drei Hauptziele aus. Erstens: Wir brauchen eine echte Verpflichtung, Mittel für den Strategieplan für Energietechnologie (SET) vorzusehen. Es reicht nicht aus, die bereits vorhandenen Hilfsprogramme einfach umzugruppieren und neu zu benennen. Wir sind uns darüber einig, dass wir unser Ziel in eine tatsächliche Erhöhung der für die Forschung in den Bereichen erneuerbare Energie und Energieeffizienz verwendeten Mittel umwandeln müssen. Wir sollten dies sofort tun, bei der nächsten Prüfung der finanziellen Vorausschau und natürlich bei Verhandlungen über die neue finanzielle Vorausschau.

Zweitens: Wenn wir die Arbeitsplätze schaffen möchten, die unsere Wirtschaft benötigt, um aus der Krise zu kommen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir die Demonstrationsphase innovativer Technologien fördern und ihre Inbetriebnahme auf dem Markt vereinfachen.

Schließlich kann die mögliche Schaffung grüner Arbeitsplätze nicht in die richtige Richtung geführt werden, wenn wir keine hochqualifizierten Arbeitskräfte haben. Wir müssen in Ausbildung und Sensibilisierung

investieren, um die Verbindungen zwischen der Geschäftswelt und der akademischen Welt zu stärken, und wir sollten Kompetenzqualifikationen in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation fördern, um in der Lage zu sein, mögliche Lücken im Arbeitsmarkt für erneuerbare Energien zu schließen.

Fiona Hall, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, wir können uns noch so viele Ziele in Bezug auf Maßnahmen gegen den Klimawandel setzen, wir werden sie, und insbesondere die langfristigen Ziele für 2050, nicht erreichen, wenn wir nicht intensiv und systematisch in die Entwicklung und Verbesserung nachhaltiger kohlenstoffarmer Technologie investieren.

Die USA werden zu Recht dafür kritisiert, dass sie sich nicht zu den Reduzierungszielen für Treibhausgase verpflichten, aber die EU investiert lange nicht so viel, wie gegenwärtig die USA. Ohne angemessene Investitionen wird das EU-Programm für Investitionen in nachhaltige, kohlenstoffarme Technologie zum Stillstand kommen und Hunderttausende von Arbeitsplätzen, die hier in der EU und in Regionen wie meiner eigenen im Nordosten Englands, die bereits den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft begonnen haben, geschaffen werden könnten, werden ohne Investitionen in die USA oder nach China abwandern.

Ich bin enttäuscht darüber, dass die Kommission bezüglich eines früheren Entwurfs des SET-Plans, in dem die Quellen der festgestellten notwendigen Investitionen deutlich aufgezeigt wurden, einen Rückzieher gemacht hat. Kann die Kommission jetzt Klartext reden, insbesondere bezüglich des Defizits von 1 Milliarde EUR pro Jahr, das der Kommissar soeben erwähnt hat?

Schließlich ist es natürlich wichtig, im Bereich der Kerntechnologie Verbesserungen zu erzielen, insbesondere was die Betriebssicherheit und die Abfallentsorgung betrifft, aber meine Fraktion ist der Ansicht, dass „nachhaltige Kernspaltung“ ein Widerspruch in sich ist. Wird der Kommissar die sechste europäische Industrie-Initiative einfach in die „Kernenergie-Initiative“ umbenennen?

Claude Turmes, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, ich bin der Ansicht, dass der SET-Plan im Grunde eine leere Kiste ist, da kein Geld dahinter steht. Wir müssen uns wirklich darüber Gedanken machen, woher das Geld kommen könnte. Was schlimmer ist, ist die Tatsache, dass die Instrumente, die der Kommission zur Verfügung standen – das NER300, der Sanierungsplan und bestimmte, der Europäischen Investitionsbank heute zur Verfügung stehende Mittel – eher für diese so genannten kohlenstoffarmen Technologien verwendet werden, die am wenigsten effizient und gegenwärtig das höchste Risiko darstellen.

In den Jahren 2008 und 2009 wurden 70 % aller Investitionen auf dem europäischen Markt bereits in erneuerbare Energien getätigt: Wind, Solarkraft, Biomasse. Wie kann es also sein, dass wir einen SET-Plan entwerfen – und Geld auf EU-Ebene vorsehen – der grundsätzlich einen geringeren Anteil an erneuerbaren Energien ansetzt, als der Markt bereits heute aufnimmt, während das Geld in die Kohlenstoffbindung und in die Kernfusion umgeleitet wird, die in diesem Dokument nicht angesprochen wird aber dennoch bei weitem den höchsten Anteil an EU-Mitteln erhält?

Unser Problem besteht darin, dass wir wegen bestimmter Lobbys nicht den Mut haben, die richtigen Prioritäten zu setzen, und ich bin der Ansicht, dass sogar die IEA, bei der es sich nicht um eine grüne Basisorganisation handelt, bezüglich der Prioritäten sehr klar ist. Fünfundfünfzig Prozent aller CO₂-Reduzierungen werden durch Energieeinsparungen erzeugt werden. Wieso haben wir im EU-Sanierungspaket null Euro für das Energiesparen abgestellt? Dreißig bis fünfunddreißig Prozent der CO₂-Treibhausgas-Reduzierungen werden aus erneuerbaren Energien kommen, während bestenfalls 10 % aus der Kohlenstoffbindung und weitere 10 % aus dem Nuklearbereich kommen werden. Diese Zahlen stammen von der IEA, bei der es sich nicht um eine grüne Basisorganisation handelt. Somit hinken wir selbst in Europa hinter dem her, was die IEA Regierungen erklärt, wenn wir uns anschauen, wie wir unsere Gelder verteilen.

Der einzige Ausweg besteht darin, klare Prioritäten zu setzen. Nummer Eins: Energieeffizienz; Nummer Zwei: Erneuerbare Energien, da diese Kohlenstoff reduzieren, ohne Risiken mit sich zu bringen; und danach die anderen Technologien.

Giles Chichester, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Frau Präsidentin, ich muss meinem Bedauern über die Zwanghaftigkeit der linken Seite dieses Parlament in Bezug auf Nuklearenergie Ausdruck geben, die dazu geführt hat, dass dem Parlament heute zwei Entschlüsse vorliegen, deren Inhalt größtenteils viele Gemeinsamkeiten aufweist, mit Ausnahme des Themas Nuklearenergie, insbesondere da es sich hierbei um die einzige Technologie handelt, die nachweislich in der Lage ist, große Mengen von extrem kohlenstoffarmer Elektrizität für Europa zu liefern.

Wenn wir uns von fossilen Brennstoffen befreien möchten, insbesondere von Erdöl und Kohle, dann brauchen wir alle zur Verfügung stehenden kohlenstoffarmen Energietechnologien. Viele davon stellen mehr ein Potential als eine tatsächliche Produktion dar, und wir müssen realistisch im Bezug darauf sein, wie erfolgreich wir bisher darin waren, im Bereich der erneuerbaren Quellen anvisierte Energieziele zu erreichen. Die EU ist dafür bekannt, dass sie sich sehr ehrgeizige Ziele setzt und diese zu 100 % nicht erreicht. Wir müssen das besser machen.

In der Zwischenzeit dürfen wir keine Zeit verlieren, wenn es darum geht, den durch Kernenergie erzeugten Anteil an der europäischen Elektrizität zu vergrößern. Sie erzeugt bereits die größte Elektrizitätsmenge, aber während der Umstellung auf und der Entwicklung von alternativen und neuen Technologien benötigen wir eine Grundlastversorgung, damit die Lichter an bleiben und beispielsweise elektrische Fahrzeuge betrieben werden können.

Die neuen grünen Technologien wie solare Thermalenergie aus der Sahara und Windparks in der Nordsee stellen ein riesiges Potential dar, ganz zu schweigen von der CO₂-Abscheidung und -Speicherung und grundsätzlichen Verbesserungen der Energieeffizienz, wo ich, zumindest in diesem Punkt, mit meiner grünen Kollegin völlig übereinstimme, aber all dies erfordert riesige Investitionen, und das ist heute der wesentliche Punkt bezüglich dieser Fragen.

Marisa Matias, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (PT) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Herr amtierender Ratspräsident, wir sind hier, um die Neuerfindung eines europäischen Energiesystems durch Investitionen in kohlenstoffemissionsarme Technologien zu erörtern.

Ich bin der Ansicht, dass es sich hierbei, wie bereits in der Mitteilung erwähnt, um eine der wichtigsten Herausforderungen handelt. Es ist eine der Herausforderungen, auf die wir uns konzentrieren müssen, aber es gibt diesbezüglich noch keine Klärung; daher ist es wichtig, diese Fragen zu stellen und sich um eine Klärung zu bemühen. Es hat den Anschein, als ob es nicht nur an einer finanziellen sondern auch an einer politischen Klärung mangelt.

Wir reden über Energieeffizienz, Kohlenstoffbindung, Kernenergie, Bio-Treibstoffe und Solarenergie, und wir reden global über Energieeffizienz als die kostengünstigste Methode zur Emissionsreduzierung. Mir fällt dabei auf, dass es andere, sehr viel kostengünstigere Methoden zur Reduzierung von Kohlenstoffemissionen gibt, die in dieser Mitteilung nicht einmal erwähnt werden, wie beispielsweise die Senkung des Energieverbrauchs, Mikroenergieerzeugung, Verteilung und andere Formen der Verteilung und verschiedene Projekte, bei denen es sich nicht ausschließlich um große Strukturen handeln muss, und Zugang zu Energie. Ich bin der Ansicht, dass wir hier sicherlich zu einer besseren finanziellen Klärung beitragen könnten, um den kostengünstigsten Plan zu wählen.

Daher müssen wir als Bestandteil dieser politischen Klärung und dieser finanziellen Klärung über etwas sprechen, das meiner Ansicht nach einen entscheidenden Punkt darstellt, und zwar die Tatsache, dass die Betonung immer auf öffentlich-privaten Partnerschaften liegt, als ob diese eine Patentlösung wären.

Wenn wir fragen, woher das Geld kommt, sagt uns die Kommission, dass es von dort kommt, wo es gerade ist. Ich muss zugeben, dass ich mich nicht besser informiert fühle, wenn mir gesagt wird, dass das Geld von dort kommen wird, wo es gerade ist, wenn mir nicht gesagt wird, wo genau es gerade ist.

Daher wissen wir nur eines mit Sicherheit, wenn wir auf öffentlich-private Partnerschaften zählen, was wir systematisch tun, wenn wir über kohlenstoffemissionsarme Technologien sprechen: Wir wissen nicht, woher das Geld kommt, und wir wissen, dass es öffentlich-private Partnerschaften gibt, wir wissen also von Anfang an, wer zahlen wird. Es sind die Steuerzahler, die am Anfang zahlen werden, Verbraucher, die, nebenbei gesagt, letztendlich ebenfalls Steuerzahler sind. Wir wissen auch, dass es sich bei denjenigen, die weniger zahlen, um Institutionen und private Organisationen handelt – sie sind diejenigen, die Investitionen tätigen, dafür bezahlt werden, die Profite jedoch letztendlich für sich behalten.

Mir scheint, dass wir es ohne diese Klärung wieder einmal den zukünftigen Generationen überlassen, die Rechnung für die Änderung des europäischen Energiemodells zu bezahlen.

Christian Ehler (PPE). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Prinzip sind wir uns alle einig, dass wir den SET-Plan begrüßen. Wir sind uns in weiten Abschnitten einig was die Inhalte betrifft. Wir haben zwei Problematiken. Einerseits werden wir – das ist durchaus an Claude Turmes gerichtet – keinen gemeinsamen Druck auf die Mitgliedstaaten und die Kommission aufbauen können, wenn wir weiterhin eine ideologische Diskussion führen, die immer die Nuklearenergie zum Thema hat. Das ist der Knackpunkt

bei den heutigen Abstimmungen. Wir haben einen Kompromiss zum SET-Plan gefunden, und der Kompromiss ist eben, dass wir gesagt haben, nach welchen Kriterien wir das fördern wollen, nur, die Kriterien sind klar definiert, nämlich Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit. Wir haben gesagt, wir wollen das technologieoffen erreichen usw., und wir führen wieder eine ideologische Diskussion um die Kernkraft, die man zwar führen kann, die aber letztendlich im Rahmen des SET-Plans keinen Sinn ergibt.

Recht gebe ich Ihnen in der Frage: Was kann der SET-Plan überhaupt erreichen? Ist die Frage eigentlich wirklich geklärt, inwieweit die Mitgliedstaaten bereit sind, einen kohärenten energiepolitischen Ansatz zu finden. Was der Rat heute ausgeführt hat, ist eine Reihe von Allgemeinplätzen. Die Problematik ist eben nicht so sehr, was wir im SET-Plan formulieren, sondern wie die verschiedenen Forschungsgelder, die Innovationsgelder, die Gelder aus dem SET-Plan, die Frage der Demonstrationsanlagen, die Frage der Umsetzung europäischer Richtlinien in nationales Recht – wie das alles zusammenspielt. Wir stehen im Moment an einem Punkt, wo man ganz deutlich sagen muss, wir können noch einen SET-Plan und noch einen SET-Plan verabschieden, aber was wir jetzt brauchen, sind konkrete Schritte. Insofern sollten wir uns nicht immer um Details streiten. Wir sollten den Druck auf die Kommission und die Mitgliedstaaten erhöhen, damit in der Umsetzung etwas passiert.

Marita Ulvskog (S&D). – (SV) Frau Präsidentin, Wunschenken reicht nicht aus, um den Wechsel zu nachhaltigen, erneuerbaren Energiequellen und zu einer klimafreundlichen Gesellschaft zu vollziehen. Dazu sind auch beträchtliche Investitionen notwendig. Der private Sektor muss sich in großem Umfang an der Verantwortung für die Finanzierung der grundlegenden Forschung beteiligen, und die Mitgliedstaaten müssen sich ebenfalls stärker engagieren. Außerdem müssen mehr Geldmittel aus dem Haushaltsplan der EU abgestellt werden.

Der Haushaltsplan muss ganz einfach so umgestaltet werden, dass er den politischen Prioritäten in Bezug auf Solar- und Windenergie, Energieeffizienz usw. entspricht. Wir müssen die Finanzmittel innerhalb des EU-Haushaltsplans neu priorisieren und verteilen. Nur auf diese Weise können der SET-Plan und die Abgeordneten dieses Parlaments ihre Glaubwürdigkeit bewahren.

Chris Davies (ALDE). – Frau Präsidentin, nun sind drei Jahre vergangen, seit der Rat sich das Ziel gesetzt hat, bis zum Jahr 2015 12 CCS-Demonstrationsprojekte am Laufen zu haben, und wir können bisher nicht viel vorweisen.

Ja, wir haben eine Finanzierungsquelle gefunden, und wir haben jetzt einen Entschließungsantrag der Kommission, der noch vom Parlament bestätigt werden muss, bezüglich der Verwendung dieser Finanzmittel, aber es wird noch bis Ende nächsten Jahres dauern, bis wir ein Projekt finden können, das Anspruch auf diese Finanzierung hat. Daher ist der Zeitplan sehr eng geworden und das Einhalten der 2015-Deadline gestaltet sich immer schwieriger. In jedem Schritt auf dem Weg ist es zu Verzögerungen gekommen.

Ich möchte die Kommission bitten, diese Dinge in Betracht zu ziehen: Erstens, dass der Zeitplan untersucht werden muss. Kann man ihn überhaupt um Tage oder Wochen reduzieren? Und können wir insbesondere der Europäischen Investitionsbank möglichst viel Druck machen, damit sie sich innerhalb des ihr im Entschließungsantrag gegebenen Rahmens bewegt?

Zweitens: Nach Abschluss des Ausschussverfahrens des Parlaments sollte die Kommission eine Ankündigung bezüglich des Zeitplans machen. Sie sollte diese veröffentlichen. Dies wird dazu beitragen, dass es nur ein Mindestmaß an Verzögerungen gibt. Es wird dafür sorgen, dass jeder an der Einhaltung der gesetzten Fristen arbeitet.

Schließlich, denken Sie daran, dass der größte Verzögerungsfaktor vermutlich das Antragsverfahren sein wird, das Projektentwickler durchlaufen müssen, um eine Baugenehmigung für die Rohrleitungen und dergleichen zur Ableitung des CO₂ zu erhalten. Dies könnte sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Es könnte die Deadline völlig zunichte machen.

Ich möchte daher um eine Erklärung der Kommission bitten, in der darauf bestanden wird, dass Entwickler, die europäische Finanzmittel in Anspruch nehmen möchten, jetzt damit beginnen, eine Baugenehmigung zu beantragen. Sie sollen ihren Worten Taten folgen lassen.

Konrad Szymański (ECR). – (PL) Frau Präsidentin, die vorgelegte Entschließung ist ein gutes Beispiel für die Dominanz der Klimapolitik über die Energiesicherheit innerhalb der Europäischen Union. Sie macht außerdem die anti-nuklearen Vorurteile deutlich, die in Teilen dieses Parlaments herrschen. Es ist nun einmal der Fall, dass Kernenergie die einzige wirtschaftlich bewährte kohlenstoffemissionsarme Energiequelle ist;

dennoch wird sie in dieser Entschließung stark kritisiert. Die begrenzten Finanzmittel der Europäischen Union werden in ausgewählte Energiequellen investiert, nur weil diese nachhaltig sind, und dies stellt eine starke Marktintervention dar. Diese Politik wird sicherlich die Ausgaben für bereits heute benötigte strategische große Infrastrukturprojekte und für die Unterstützung von Verbindungsleitungen einschränken. Es wird ganz einfach nicht genug Geld für die Energiesicherheit vorhanden sein. Aus diesem Grund können wir diese Entschließung heute nicht unterstützen.

Arturs Krišjānis Kariņš (PPE). – (LV) Frau Präsidentin, Herr Minister, Herr Kommissar, wir alle wissen, dass Drogenabhängige sehr gefährlich sind, da sie alles tun werden, um an den nächsten Schuss zu kommen. Und wir wissen, dass jede Art von Abhängigkeit ein unerwünschtes Phänomen ist, das es zu eliminieren gilt. In der Europäischen Union befindet sich die Wirtschaft in einer Abhängigkeit, die durch importiertes Öl und Gas genährt wird. Diese Situation müssen wir ändern. Wir müssen Investitionen in Technologien erhöhen, die den Einsatz und die Nutzung von Solar-, Wind- und Wasserkraft sowie Biomasse in der Europäischen Union direkt steigern werden. Darüber hinaus gibt es mehrere starke Argumente für die Wahl eben dieser Technologien. Erstens: Wenn wir nicht in diese Technologien investieren, wird unsere Abhängigkeit von Öl und Gas nur noch stärker werden, und die Situation wird sich verschlimmern, da diese Ressourcen weltweit noch knapper und die Preise noch weiter ansteigen werden. Zweitens fördern wir durch diese Investitionen gleichzeitig insbesondere KMU, wenn wir ihnen gewisse Vorteile bei der Beantragung von Finanzmitteln bieten. Drittens überwinden wir durch Investitionen in neue Technologien die derzeitigen Hindernisse bezüglich des Abgleichs von Stromnetzen mit den variablen Strommengen, die durch Sonne und Wind erzeugt werden. Meine Damen und Herren, die Zeit zum Handeln ist gekommen. Wir müssen unsere Abhängigkeit von importiertem Öl und Gas reduzieren, und wir müssen Investitionen in genau die Technologien unterstützen, die den verstärkten Einsatz von Energieressourcen aus den Bereichen Solarkraft, Windkraft, Wasserkraft und Biomasse fördern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Britta Thomsen (S&D). – (DA) Frau Präsidentin, wir haben Grund dazu, mit dem SET-Plan zufrieden zu sein. Ohne die 59 Milliarden EUR, die nun in solide Energieprojekte investiert werden, werden wir nicht in der Lage sein, bis zum Jahr 2020 unsere Zielsetzung von 20 % erneuerbaren Energien zu erreichen. Investitionen in echte und nachhaltige, erneuerbare Energie machen zwei Drittel der Finanzmittel des SET-Plans aus. Dies betrifft beispielsweise Photovoltaik, Windkraftanlagen und Biomasse. Der SET-Plan ist jedoch nicht nur wichtig und richtig, weil er uns sauberere Energie gewährleistet. Der SET-Plan ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung für unsere Bemühungen, die soziale und wirtschaftliche Krise zu überwinden. Mit diesen riesigen Investitionen in moderne Energietechnologie werden wir in der Lage sein, Hunderttausende von neuen grünen Arbeitsplätzen zu schaffen. Wir werden außerdem in der Lage sein, die EU zu einem Wissenszentrum zu machen, wenn es um grüne und nachhaltige Technologie geht. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass diese Investitionen eine Verantwortung mit sich bringen: Die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass viele der Menschen, die derzeit im Energiesektor beschäftigt sind, die Möglichkeit erhalten, sich umschulen zu lassen und ihre Fähigkeiten zu verbessern. Aus diesem Grund müssen Investitionen in Technologie Hand in Hand mit Investitionen in Menschen gehen.

Liam Aylward (ALDE). – Frau Präsidentin, ich möchte kurz zwei Punkte ansprechen. Der erste bezieht sich auf die Bedeutung von Investitionen in kohlenstoffemissionsarme Technologien und der zweite auf die Kohlenstoffabscheidung in der Landwirtschaft.

Erstens ist es im Interesse einer realistischen Vorgehensweise von entscheidender Bedeutung, dass die EU ihr Augenmerk und ihren Haushaltsplan auf den Strategieplan für Energietechnologie ausrichtet. Damit die EU ihre Zielvorgaben für das Jahr 2020 erreichen kann, sind verstärkte und gezielte Investitionen in kohlenstoffemissionsarme Technologien zweifellos von entscheidender Bedeutung.

Zweitens muss verstärkt in den Bereichen Kohlenstoffabscheidung und -speicherung geforscht und investiert werden, um den Klimawandel in der Praxis zu bekämpfen. Hier kann die Landwirtschaft eine Schlüsselrolle bei der Kohlenstoffbindung spielen und zu den Zielen für 2020 beitragen.

Bodenbiomassen und natürliche Kohlenstoffversenkung – Kohlenstoff im Boden – könnten für Landwirte von Nutzen sein, indem Erosion und Düngermengen reduziert werden könnten. Zusätzliche Forschung und Investitionen sind erforderlich, um die Landwirtschaft und landwirtschaftliche Flächen zur Bindung von Kohlenstoff und zur Unterstützung der 2020-Ziele voll zu nutzen.

Damit messbare Ziele erreicht werden können, müssen Innovation und Forschung im Bereich der kohlenstoffemissionsarmen Technologien angemessen und effektiv unterstützt werden.

Vicky Ford (ECR). – Frau Präsidentin, ich begrüße die Initiative für ein Gespräch über Investitionen in kohlenstoffemissionsarme Technologien und konkret über Energiesparen und die Bereitstellung einer sichereren und diversifizierteren Energieversorgung. Ich möchte mich insbesondere mit der Verwendung von EU-Geldern befassen.

In der Region, die ich vertrete, gibt es bereits EU-Mittel in Höhe von 250 Millionen EUR für kohlenstoffemissionsarmes Wirtschaftswachstum zur Verfügung. Obwohl die Absichten loblich sind, ist die Leistung dieser Mittel, was die Tätigkeit wirklich bedeutsamer Investitionen angeht, weit hinter den Erwartungen zurück geblieben.

Der Osten Englands ist einschließlich der Universität Cambridge die Heimat führender Forschungseinrichtungen, und in meiner Region wurden mehr als 250 Verträge für Stipendien innerhalb des 7. Forschungsrahmenprogramms unterzeichnet. Ich habe hervorragende innovative Forschungsarbeit gesehen, aber es bestehen große Fragen bezüglich der Komplexität, insbesondere für KMU, bezüglich der Bürokratie und bezüglich der mangelnden Flexibilität bei den Anpassungen an Entwicklungen und die Wissenschaft. In manchen Fällen gibt es erschreckende Geschichten über verspätete Zahlungen seitens der EU.

Wenn in Betracht gezogen wird, wie das Geld der Steuerzahler in die Zukunft investiert wird, sollten wir aus dem lernen, was bereits passiert ist, und dafür sorgen, dass wir es in Zukunft besser ausgeben.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – (RO) Die Umsetzung der von der Europäischen Union gesteckten Klimaziele hängt von der Entwicklung einer Strategie ab, die einen schrittweisen Übergang zu einer kohlenstoffemissionsarmen Industrie und den Einsatz nachhaltiger Energie unterstützt.

Der Einsatz neuer Technologien kann den Energieverbrauch in Gebäuden um bis zu 17 % und von Kohlenstoffemissionen im Transportbereich um bis zu 27 % reduzieren, während die Einführung von Smart Metering den Energieverbrauch um bis zu 10 % reduzieren könnte. Zum Messen des Energieverbrauchs und der Kohlenstoffemissionen ist eine Standardmethodik erforderlich, damit ein optimaler öffentlicher und privater Energieverbrauch erreicht wird. Wenn man dies berücksichtigt, benötigen wir gemeinsame Mindestfunktionsanforderungen und interoperable intelligente Netze auf europäischer Ebene.

Die Kommission muss so viele Großprojekte wie möglich mitfinanzieren, um den Einsatz von Smart Metering und intelligenten Netzen als Standard zu erleichtern, auch in Mitgliedstaaten, in denen es diese Technologien noch nicht gibt.

Ich möchte fragen, ob die Kommission derzeit beabsichtigt, zusätzliche Mittel aus dem EU-Haushalt zur Verfügung zu stellen, um KMU zu ermutigen, Technologien zur Erzeugung von kohlenstoffemissionsarmer, nachhaltiger Energie zu entwickeln.

Vielen Dank

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Wir brauchen eine ehrgeizige und intelligente Industriepolitik, die es der Europäischen Union ermöglicht, sowohl ihre globale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, als auch Arbeitsplätze und Produktionsstandorte in der EU zu sichern. Die Investitionen in die Entwicklung von kohlenstoffemissionsarmer Technologie werden der Europäischen Union dabei helfen, die Wirtschaftskrise zu überwinden und können bis zum Jahr 2020 ungefähr 2,7 Millionen Arbeitsplätze schaffen.

Die Europäische Union muss in europäische Initiativen investieren, die erneuerbare Energiequellen und deren Einführung in das europäische Stromnetz fördern, genauso wie Bio-Treibstoffe und grüne Verkehrsmittel. Schnelle Erfolge können durch Investitionen in intelligente Städte und in die Energieeffizienz von Gebäuden, insbesondere von Wohngebäuden, erzielt werden.

Ich fordere die Kommission und die Mitgliedstaaten dringend auf, die Mittel für die Energieeffizienz in Wohngebäuden aufzustocken und bei der Durchführung der Halbzeitüberprüfung der Nutzung der Strukturfonds die Maßnahmen durchzuführen, die erforderlich sind, um eine bessere Aufnahme der 4 %igen EFRE-Quote für Energieeffizienz in Wohngebäuden zu gewährleisten. Dies wird es ermöglichen, diese Quote im Zeitraum 2014-2020 zu steigern.

Vielen Dank

Zbigniew Ziobro (ECR). – (PL) Die Diskussion über Investitionen in kohlenstoffemissionsarme Technologien ist eine Diskussion über Methoden, mit denen die Wirtschaften der Mitgliedstaaten an die Anforderungen

hinsichtlich der Begrenzung der Treibhausgasemissionen angepasst werden können. Unabhängig von der Tatsache, dass die Klima- und Wetterbedingungen während der letzten Monate auf unserem Kontinent eher die Argumente der Wissenschaftler unterstützt haben, die den Einfluss des Menschen auf das Klima durch CO₂-Emissionen in Zweifel gezogen haben, sollten wir uns dennoch folgende Frage stellen, wenn wir in diesem Zusammenhang über kohlenstoffemissionsarme Technologien sprechen: Wie können die für die Entwicklung sauberer Technologien erforderlichen Mittel gewährleistet werden, um in der kürzest möglichen Zeit die größtmögliche Wirkung zu erzielen?

Ich bin der Ansicht, dass das System, das für die Unterstützung von Forschung und Entwicklung geschaffen wird, so flexibel wie möglich sein sollte, damit Ressourcen auf eine Art und Weise verwaltet werden können, die der Dynamik der wissenschaftlichen Forschung entspricht. Es stellt sich die Frage, ob, und falls ja, in welcher Weise die Schaffung geeigneter Mechanismen zur Förderung von Investitionen in kohlenstoffemissionsarme Technologien geplant wird.

Abschließend möchte ich noch hinzufügen, dass, ganz gleich welche wichtigen Argumente für die Investition in die Entwicklung von emissionsarmen Technologien es gibt, dies nicht auf Kosten der Kohäsionspolitik stattfinden sollte.

Bogdan Kazimierz Marcinkiewicz (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, in der Mitteilung der Kommission vom 23. Januar 2008 mit dem Titel „Unterstützung der frühzeitigen Demonstration einer nachhaltigen Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen“, die Bestandteil des Klima- und Energiepakets ist, wurde angegeben, dass die Europäische Union den Bau von 10 bis 12 Demonstrationsanlagen für die Bindung und Speicherung von Kohlendioxid unterstützen würde. Ende 2008 nahm das Europäische Parlament dieses Thema ebenfalls in einer Entschließung auf. In Artikel 12 dieses Dokuments wurde festgestellt, dass die von der Kommission bekannt gegebenen Maßnahmen nicht ausreichen, um für die gewünschten Anreize für den Bau von mindestens 12 Demonstrationsanlagen bis 2015 zu sorgen, während es in Artikel 18 als unerlässlich betrachtet wurde, dass mindestens die 12 für die Unterstützung vorgesehenen Demonstrationsanlagen alle möglichen Kombinationen der drei Kohlendioxidbindungs- und -speicherungstechnologien abdecken sollten.

Die Finanzmittel sollen jedoch aus dem Verkauf von 300 Millionen Emissionsberechtigungen für CO₂ aus der Reserve für neue Marktteilnehmer oder NER300 kommen. Folglich wird die für die Unterstützung des Baus der Demonstrationsanlagen erforderliche Summe vom Marktpreis der Berechtigungen abhängen. Es wird geschätzt, dass es sich dabei um 7–12 Milliarden EUR handeln wird. Aus den in der Mitteilung enthaltenen vorgeschlagenen Entscheidungen der Kommission ist abzulesen, dass die Unterstützung unter NER300 sechs Kohlendioxidbindungs- und -speicherungsprojekte in der Energieerzeugung und zwei in der Industrie umfassen wird.

Möchte der Rat in Zusammenarbeit mit der Kommission den Bau weiterer zwei bis vier Anlagen unterstützen, und, falls ja, auf welche Weise?

Roger Helmer (ECR). – Frau Präsidentin, wir haben heute eine Menge Unsinn über grüne Arbeitsplätze gehört. Tatsache ist, dass unsere Fixierung auf erneuerbare Energien bereits die Stromkosten in die Höhe treibt und für die europäischen Bürgerinnen und Bürger Brennstoffe knapp werden. Höhere Energiepreise bedeuten, dass energieintensive Branchen in Europa ganz einfach aufgeben und in günstigere Rechtsräume abwandern werden. Höhere Energiepreise bedeuten weniger Wachstum und mehr Arbeitslosigkeit, und sie kosten Arbeitsplätze. Ich habe nur eine offizielle Studie zum Thema grüne Arbeitsplätzen gesehen. Das war in Spanien, und in ihr wurde nachgewiesen, dass für jeden im grünen Sektor geschaffenen Arbeitsplatz anderswo 2,2 Arbeitsplätze verloren gingen.

Wenn es uns mit kohlenstoffemissionsarmem Strom wirklich ernst ist, gibt es nur eine Lösung, und das ist die Kernenergie. In ganz Europa beginnen wir wieder über neue nukleare Kapazitäten zu reden, und das ist gut so. Wenn die Lichter nicht ausgehen sollen, benötigen wir eine nukleare Renaissance, und zwar schnell.

Maria Da Graça Carvalho (PPE). – (PT) Forschung und Technologie spielen bei der Entwicklung einer kohlenstoffemissionsarmen Gesellschaft eine grundlegende Rolle. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass in radikalen gesellschaftlichen Wandel auf der Grundlage der Nachhaltigkeit von Städten, dezentralisierter Energieerzeugung und der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie investiert wird. Dies ist eine grundsätzliche Politik für eine wohlhabende und nachhaltige Gesellschaft, die für die Herausforderungen des Klimawandels, die Energiesicherheit und die Globalisierung bereit ist, und die im Bereich der sauberen Technologien eine weltweite Führungsposition hat.

Der Strategieplan für Energietechnologie soll genau zu diesem Ziel beitragen. Ich begrüße die in dieser Mitteilung vorgestellten wesentlichen Leitlinien zur Organisation der Logik einer Intervention zwischen den öffentlichen und privaten Sektoren, zwischen Gemeinschaft, nationaler und regionaler Finanzierung.

Es ist jedoch unerlässlich, dass die öffentliche Finanzierung von wissenschaftlicher Forschung auf dem Gebiet der sauberen Technologien erhöht wird. Europa muss auch Bedingungen schaffen, um größere private Investitionen auf diesem Gebiet zu fördern. Wir müssen den Worten nun endlich Taten folgen lassen.

Die Prioritäten der zukünftigen finanziellen Vorausschau der EU und des Achten Rahmenprogramms für Forschung und Technologieentwicklung müssen Energiesicherheit, der Kampf gegen den Klimawandel und die Umwelt sein. Nur auf diese Weise wird es uns möglich sein, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu erhalten, wirtschaftliches Wachstum zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen.

Patrizia Toia (S&D). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, dies ist keine Routinedebatte, sondern sollte sehr spezifisch sein, und es sollten klare und präzise Fragen gestellt werden – welche Ressourcen gibt es und wo kann man auf sie zugreifen – und ich hoffe, dass das Parlament ebenso klare und präzise Antworten erwartet, heute und bei den kommenden Ratsversammlungen am 12. und 25. März.

Wir möchten der Kommission und dem Rat deutlich sagen, dass die Europäische Union, die im Kampf gegen atmosphärische Emissionen und den Klimawandel vor der ganzen Welt die Fahne hochgehalten hat, jetzt konsequent sein muss, wenn sie ihre Glaubwürdigkeit behalten will. Sie muss alles in ihrer Macht Stehende tun, um diese Ziele zu erreichen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass das Erörtern einer kohlenstoffemissionsarmen Wirtschaft eine Art von Kopernikanischer Revolution für das Produktionssystem darstellt; es bedeutet, dass viele Dinge geändert werden müssen, es müssen eindeutige Prioritäten und der politische Wille, aber vor allem ausreichend Mittel und Instrumente vorhanden sein.

Wir wissen auch, dass diese Kopernikanische Revolution für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Produktionssystems, der Europäischen Industrie, von entscheidender Bedeutung ist. In vielen Ländern, in vielen Forschungszentren und Universitäten stehen die intellektuellen Ressourcen bereit, die Fähigkeiten sind da, und der Wille ist da: Es ist nun an der Zeit, die Dinge in Bewegung zu setzen. Jeder muss sich daran beteiligen, wie der Kommissar und der Rat bereits gesagt haben: Die Mitgliedstaaten, die Unternehmer und der private Sektor müssen es tun. Ich bin jedoch der Ansicht, dass die wesentliche Aufgabe, diese komplexe Partnerschaft zusammen zu bringen, der Europäischen Union obliegt.

Mairead McGuinness (PPE). – Frau Präsidentin, wir sind uns alle darüber einig, dass eine höhere Energieeffizienz das erste Glied in der Kette ist, aber ich möchte in meinem Beitrag auf die politische Verwirrung und Besorgnis hinsichtlich der Bio-Energie aufmerksam machen.

Ich bin der Ansicht, dass sich dieses Parlament im Besonderen und die Kommission sowie Europa im Allgemeinen von bestimmten Gebieten der Bio-Energie fluchtartig zurückgezogen haben, als 2007 und 2008 die Nahrungsmittelpreise in die Höhe schossen. Nur wenige von uns reden jetzt über die Realitäten der meisten Landwirte in Europa, was eine Vertrauenskrise darstellt, da die Preise eingebrochen sind. Dennoch gibt es keine zusammenhängende politische Botschaft an die Landwirte, die auf ihrem Land Energiepflanzen anbauen.

Insbesondere in Irland scheut die Regierung davon zurück. Schauen Sie, Industrie braucht politische Gewissheit; die Politiker sind nicht in der Lage, diese Sicherheit zu geben, und wir haben nun die Quittung dafür erhalten.

Wenn wir über Investitionen in Forschung reden und die Forschung nicht in die Gänge kommt, weil wir nicht die richtigen politischen Entscheidungen treffen, verschwenden wir unsere Zeit.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D). – (HU) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, der Wechsel zu grünen, kohlenstoffemissionsarmen Technologien wird insbesondere die neuen Mitgliedstaaten vor Schwierigkeiten stellen. Eine mögliche und sehr wichtige Quelle für die mitteleuropäischen und baltischen Staaten wäre der Gebrauch von im Rahmen des Emissionshandelssystems des Kyoto-Protokolls akkumulierten Emissionsgutschriften, um so von den Klimaressourcen dieser Länder zu profitieren. Die Voraussetzung dafür würde natürlich in der Schaffung eines Post-Kyoto-Systems oder in der Unterstützung durch den Europäischen Rat und die Kommission für unsere Bemühungen, einen angemessenen Wert für unsere verbleibenden Klimaressourcen zu erhalten, bestehen. Als Berichterstatter für Biogas bin ich mir über die Kosten neuer Technologien im Klaren, und weiß daher, dass technologische Entwicklung sehr wichtig ist. Es ist sehr wichtig, diesen Punkt innerhalb des Rahmens unserer gemeinsamen Agrarpolitik weiter zu

verfolgen, beispielsweise durch die Änderung der Zusammensetzung von Viehfutter, durch die Einführung anderer Pflügemethoden als Tieflockern und durch die Einführung neuer, innovativer Technologien.

Bogusław Sonik (PPE). – (PL) Ein der wichtigsten Prioritäten der langfristigen Strategie der Europäischen Union sollte die Schaffung einer innovativen Wirtschaft sein, beispielsweise durch die Umwandlung des gegenwärtigen Energiesystems in ein kohlenstoffemissionsarmes Modell, insbesondere eines, das auf sauberen Kohlenstofftechnologien beruht. Ungefähr 80 % der in der Europäischen Union verbrauchten Primärenergie stammt aus fossilen Brennstoffen. Während der letzten Jahrzehnte wurden Netze und Versorgungsketten perfektioniert, um die Gesellschaft mit Energie aus eben diesen Quellen zu versorgen. Wirtschaftswachstum und Wohlstand wurden auf Öl, Kohle und Gas aufgebaut, und es ist schwierig, dies von einem Tag auf den anderen zu ändern.

Der europäischen Strategieplan für Energietechnologien, der einen Grundpfeiler der Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union darstellt, ist ein guter Schritt auf dem Weg zum Wandel der Europäischen Union hin zu einer innovativen Wirtschaft, natürlich vorausgesetzt, dass dabei die Finanzierung sauberer Kohlenstofftechnologien berücksichtigt wird. Wenn Europa ehrgeizige Reduktionsziele auf wirtschaftliche Weise erreichen will, ist es unerlässlich, dass die Ausgaben für Forschung auf dem Gebiet sauberer, nachhaltiger und effizienter Energietechnologien erhöht und die Koordination der Bündelung der Kräfte, Potentiale und Ressourcen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor verbessert werden.

Die industriellen Revolutionen der Vergangenheit haben gezeigt, dass Technologie unsere Lebensweise bleibend verändern kann. Derzeit haben wir eine nicht wiederkehrende und realisierbare Möglichkeit, unser Modell der Energieerzeugung zu ändern. Investitionen in die Entwicklung und Förderung von sauberen, erneuerbaren Energiequellen können jedoch nur realisiert werden, solange die Gemeinschaft eine ausreichende Finanzierung gewährleistet und diese Investitionen in die Liste der strategischen Ziele der Europäischen Union aufnimmt.

Fiorello Provera, im Namen der EFD-Fraktion. – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, in der Debatte über die Energiewahlmöglichkeiten der Europäischen Union ist eines sicher: Die bedeutendste, billigste und nachhaltigste Energiequelle, die uns zur Verfügung steht, ist das Energiesparen. Aus natürlichen, historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen sind Bergregionen ein Modell für die Reduzierung des Energieverbrauchs entsprechend den Anforderungen des modernen Lebens, und sie bieten sich für groß angelegte Experimente zum Einsatz erneuerbarer Energiequellen mit niedrigen Kohlenstoffemissionen an.

Bergregionen erzeugen fast die gesamte hydroelektrische Energie Europas. Um ein Beispiel zu geben: Die italienische Provinz, aus der ich komme, erzeugt allein 12 % der hydroelektrischen Energie des gesamten Landes. Außerdem ist in Bergregionen eine historische Erfahrung bezüglich des Baus von Gebäuden vorhanden, die effizienter sind, was das Energiesparen angeht. Es ist uns gelungen, Häuser zu bauen, die in Bezug auf Elektrizität und Heizung völlig selbstversorgend sind und die sogar mehr Energie erzeugen als sie verbrauchen, offensichtlich unter Einsatz fortschrittlicher Technologien. Die Berge werden oft als Versuchsgebiet verwendet und sind daher die ideale Umgebung für Experimente zum besseren Einsatz von Biomasse, Solarenergie, geothermischer Energie, Wärmepumpen und vor allem zur Verbesserung von Energieverteilungssystemen.

Herr Kommissar, die Berge sind voll von Energie, sauberer Energie: Wir müssen sie nur nehmen. Aus diesem Grund bitten wir die Kommission, Bergregionen in ihre Strategie einzubeziehen, ihre Erfahrungen sorgfältig zu untersuchen und das Recht auf eine faire Vergütung für die von diesen Regionen bereits gelieferte erneuerbare Energie anzuerkennen. Artikel 174 des Vertrages von Lissabon erkennt die Rolle der Bergregionen an, und aus diesem Grund warten wir gespannt auf eine Initiative von Seiten der Kommission zur Umsetzung dieses Artikels und für eine europäische Politik für Bergregionen, auch im Energiebereich.

Ich fordere daher die Kommission auf, den Empfehlungen des Durnwalder-Berichts im Ausschuss der Regionen zu folgen und Energiethemen und die Produktionskapazität von Bergregionen in Bezug auf erneuerbare Energie und Passivbauweise in die Bewertung der europäischen Territorien aufzunehmen.

Bergregionen, die 40 % des europäischen Territoriums ausmachen und die Heimat von 90 Millionen Menschen sind, wurden bisher als benachteiligte Gebiete betrachtet: Durch die Umsetzung von innovativen und konsequenten energiepolitischen Maßnahmen können diese Regionen dieses Handicap überwinden und wichtige Impulse zur Erreichung der in der 20-20-20-Strategie gesteckten Ziele geben, indem sie zeigen, dass eine Selbstversorgung mit Energie zu annehmbaren Kosten möglich ist, wenn ein fester politischer Wille vorhanden ist.

Rareș-Lucian Niculescu (PPE). – (RO) Der europäischen Landwirtschaft wird oft die Schuld zugewiesen, erheblich an der globalen Erwärmung beteiligt zu sein. Diese Auffassung ist natürlich nicht ganz korrekt. Andererseits können wir auch nicht den Beitrag ignorieren, den die Landwirtschaft zur Reduzierung der Kohlendioxidemissionen leisten kann.

Dieses Thema ist bereits von anderen Rednern angesprochen worden. Kohlenstoffspeicherung, Biomasse und Investitionen in die Reduzierung der verwendeten Düngermenge sind nur einige Beispiele für die Art und Weise, wie die Landwirtschaft von diesem Problem betroffen ist. Aus diesem Grund bin ich im Kontext der Diskussionen über Investitionen in kohlenstoffemissionsarme Technologien der Ansicht, dass die Landwirtschaft zu den Prioritäten gehören muss und nicht völlig vernachlässigt werden darf, wie es beispielsweise in einer anderen europäischen Strategie der Fall war. Ich beziehe mich auf die EU 2020-Strategie.

Vielen Dank

Karin Kadenbach (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Herr Ratsvorsitzender! Ich spreche in meinem eigenen Namen und möchte meinem Gegenüber sagen: Für mich ist Kernkrafttechnologie kein Ausweg, und sie zählt für mich auch nicht zu den erneuerbaren Energien.

Wir haben hier die Aufgabe, Maßnahmen zu ergreifen, die langfristig unseren Kindern und unserer Zukunft nutzen. Daher ist es für uns sehr wesentlich, dass wir die CO₂-Emissionen reduzieren, aber auf der anderen Seite darf diese Reduktion nicht zu Lasten der Umwelt gehen, d.h. wir müssen ganz genau beobachten, welche Maßnahmen gefördert werden und in welche Maßnahmen investiert wird. Wir dürfen nicht auf der einen Seite CO₂ einsparen und auf der anderen Seite gleichzeitig unsere Umwelt ruinieren.

2010 ist das Jahr der Biodiversität, und es ist sehr wichtig, dass wir auch in diesen Papieren festhalten, dass alle Investitionen, alle Maßnahmen auch unter dem Blickwinkel der Erhaltung unserer Umwelt für unsere Kinder, für unsere Zukunft und für die Biodiversität gesehen werden müssen.

João Ferreira (GUE/NGL). – (PT) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, wir dürfen über die Debatte bezüglich des Übergangs zu einer kohlenstoffemissionsarmen Wirtschaft diese Tatsache nicht vergessen. Der Übergang wird kaum ein reibungsloser Prozess sein. In wenigen Jahren werden wir uns den Auswirkungen der Verknappung und der fortschreitenden Erschöpfung der primären Energiequelle gegenüber sehen, von der wir abhängig sind: Fossile Brennstoffe. Diese Brennstoffe dienen auch als Rohmaterial für sehr wichtige Industrien, wie die chemischen und pharmazeutischen Industrien.

Es ist für die Menschheit absolut notwendig, dass mit den verbleibenden Ölreserven der Welt weise umgegangen wird, das heißt vor allem sparsam.

In diesem Zusammenhang ist die Annahme des in Uppsala 2002 und in Lissabon 2005 von einer Gruppe von Wissenschaftlern und Spezialisten aus mehreren Ländern, die Teil der Verbindung für die Studie des Höchstöls und Höchstgases sind, vorgestellten Planes mit der Bezeichnung „Ölerschöpfungsprotokoll“ von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, einen Plan einzuführen, der eine gute und faire Verwaltung dieser Ressourcen, die Entschärfung ihrer Verknappung und einen kontrollierten Übergang zu anderen primären Energiequellen zu Prioritäten macht.

Alajos Mészáros (PPE). – (HU) Meiner Ansicht nach hat die Kernenergie in diesem Bericht nicht den ihr gebührenden Platz erhalten. Die Lösungen, die auf eine Entwicklung alternativer, Bio-, Wind-, und Solar-Energie abzielen, sind allesamt langwierig, und es ist nicht sicher, dass sie sich am Ende auszahlen werden. Wir müssen in unserer Energiestrategie jedoch schnell vorankommen, wenn wir uns die Auswirkungen der Gaskrise des vergangenen Jahres und die Bedrohungen des Klimawandels ins Gedächtnis rufen. Kernenergie ist die größte kohlenstoffemissionsfreie Energiequelle innerhalb der Europäischen Union und deckt derzeit ein Drittel unseres Strombedarfs. Ihre weitere sichere Entwicklung ist ganz einfach unvermeidbar. Es wäre hilfreich, wenn wir alle dies einsehen würden.

Seán Kelly (PPE). – (GA) Frau Präsidentin, ich habe der Debatte zugehört und fand sie sehr interessant. Ich habe über dieses Thema alles gelesen, was ich finden konnte.

– Ich möchte nur zwei Dinge ansprechen. Erstens: Es wurde die Frage gestellt, woher die Finanzierung kommen wird? Zweitens: Wie wird die Forschung und Entwicklung koordiniert werden?

Es scheint, dass sich hier eine Gelegenheit für die drei Institutionen der Europäischen Union – Experten aus dem Parlament, aus dem Rat und aus der Kommission – bietet, als Lenkungsausschuss zusammen zu kommen. Erstens: Beschaffung der für öffentlich-private Partnerschaften erforderlichen Finanzierung, mit möglichen

Zielen für jedes Land; und zweitens: Die Forschung überwachen und koordinieren. Es muss sich um Forschung, Demonstration und Lieferung handeln, wobei ein Teil der Finanzierung sicherlich von einem erfolgreichen Ergebnis abhängen wird, da sonst jeder Professor Europas versuchen wird, Forschung zu betreiben, und diese letztendlich unkoordiniert sein wird.

Zoltán Balczó (NI). – (HU) Wir haben vom Vertreter des Rates und der Kommission schöne Worte über kohlenstoffemissionsarme Technologien gehört, aber er hat es versäumt, die Schlüsselfrage anzusprechen: Woher wird die Finanzierung kommen? Eine bestimmte Gruppe von Mitgliedstaaten hat eine Bezugsquelle: Die früheren sozialistischen Staaten haben ihre Kyoto-Verpflichtungen mehr als erfüllt. Aus diesem Grund konnte die Europäische Union erhobenen Hauptes zur Kopenhagener Konferenz gehen. Diese Länder haben ein Recht darauf, ihre Kohlendioxidquoten zu Geld zu machen. Die Kommission und die 15 ursprünglichen Mitgliedstaaten wollen sie jedoch daran hindern. Im Falle von Ungarn geht es dabei um mehrere hundert Milliarden Forint. In Kopenhagen haben Ungarn und Polen sich bereit erklärt, diese Summen für grüne Infrastrukturen zu verwenden. Dies sind also die Bezugsquellen. Bisher ist dieser Vorschlag auf taube Ohren gestoßen, was eines deutlich macht: Die neuen Mitgliedstaaten zählen tatsächlich nur als zweitklassige Mitglieder der Europäischen Union.

Elena Băsescu (PPE). – (RO) Eines der Hauptziele der Europäischen Union besteht in der Entwicklung einer kohlenstoffemissionsarmen Wirtschaft. Die Absicht besteht darin, dass im Jahr 2020 20 % der insgesamt erzeugten Energiemenge aus nachhaltigen Quellen kommen wird.

Rumänien hat sich ein ehrgeizigeres Ziel von 24 % gesetzt. Untersuchungen zufolge belegt die Region Dobrogea im Südosten Rumäniens in Bezug auf das Windenergiepotential nach Norddeutschland den zweiten Platz. Derzeit wird dort der größte Windpark auf dem europäischen Festland entwickelt, der aus 240 Windkraftanlagen mit einer Leistung von 600 MW erneuerbarer Energie bestehen wird. Die erste Phase dieses Projekts wird in diesem Jahr abgeschlossen, wenn die 139 Installationen in Betrieb genommen werden. Das gesamte Projekt wird im Jahr 2011 in den Regionen Fântânele und Cogeaalac des Kreises Constanța abgeschlossen werden.

Die Durchführung dieses Projekts ist für die Energiesicherheit Rumäniens wichtig, da es zu einer Reduzierung der Energieimporte beitragen wird.

Vielen Dank

Antonio Cancian (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, nach dem, was ich heute Morgen gehört habe, bin ich der Ansicht, dass wir in einigen Punkten völlig übereinstimmen: Effizienz, Einsparungen, erneuerbare Energien und neue Technologien. Dies reicht jedoch nicht aus, meine Damen und Herren, wenn wir nicht in zwei anderen Themenbereichen entschieden handeln.

Der erste ist der Nuklearbereich: Schon das Wort und die bloße Erwähnung des Themas erschreckt uns. Lassen Sie uns forschen und versuchen, in dieser Forschung verantwortungsbewusst zu sein. Der zweite betrifft die Finanzierung: Wir haben Angst davor, über öffentlich-private Partnerschaften zu reden, wie ich heute Morgen gehört habe. Allein der Gedanke, dass der private Sektor bei irgendeiner Initiative des öffentlichen Sektors eine Rolle spielen könnte, wird beinahe als etwas Fremdes, Beschämendes und Verdächtiges betrachtet.

Es ist unvermeidlich, meine Damen und Herren, bei den finanziellen Ressourcen, auf die wir uns beziehen müssen. Darüber hinaus ist es für den öffentlichen Sektor wichtig, mit dem privaten Sektor zu interagieren, da der öffentliche Sektor lernen muss, unternehmerisch und gemäß einer nachhaltigen Politik zu handeln.

Christian Ehler (PPE). - Frau Präsidentin! Ich will meine Frage kurz halten. Wir haben in den Fraktionen wohlfeile Diskussionen geführt, die auch berechtigt sind, was ideologische Fragen im Zusammenhang mit Technologien angeht. Lassen Sie uns doch einmal gemeinsam eine Frage formulieren, die Rat und Kommission beantworten sollen. Wir haben lange über den SET-Plan diskutiert. Was sind die Instrumente, ihn umzusetzen? Was sind die zeitlichen Perspektiven? Welche Zusagen gibt es von den Mitgliedstaaten?

Claude Turmes (Verts/ALE). - Frau Präsidentin! Ich werde jetzt nicht die Ideologiefrage hier ansprechen, das können wir ein andermal tun, aber ich denke, dass die Ideologen eher auf der anderen Seite sitzen.

Die Kommission verfügt in den nächsten Woche über zwei konkrete Instrumente: Das erste ist, es steht noch Geld im *Risk-Sharing Finance Facility* zur Verfügung. Dieses Geld könnte jetzt verstärkt für erneuerbare Energien und Energieeffizienz eingesetzt werden. Mir wird gesagt, dass die Generaldirektion Forschung der Kommission

das Geld blockiert, es also nicht für Energie ausgeben will, sondern lieber für IKT und andere Bereiche. Herr Kommissar, können Sie mir dazu etwas sagen?

Zweitens, es verbleiben anscheinend noch mindestens 15 % der Gelder aus dem Konjunkturprogramm, und wir haben als Parlament durchgesetzt, dass dieses Geld für Energieeffizienz ausgegeben werden muss, insbesondere für *Smart Cities*. Können Sie mir dazu auch noch etwas sagen?

Iosif Matula (PPE). – (RO) Die Tatsache, dass wir heute im Europäischen Parlament eine Debatte über Investitionen in kohlenstoffemissionsarme Technologie haben, betont, dass die Europäische Union ihre Führungsrolle nicht nur bei der Senkung des Energieverbrauchs und der Erhöhung der Energieeffizienz sondern auch bei der Gewährleistung einer gesunden Umwelt bestätigen möchte. Ich bin der Ansicht, dass unsere Rolle jetzt darin besteht, Bereiche wie Forschung und Innovation zu fördern, um Lösungen zu finden, die die Grundlage für ein nachhaltiges europäisches Energiesystem bilden können. Wir müssen daher die Finanzierungsanforderungen für diesen Bereich festlegen, mit dem Ziel, die globale Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu steigern.

Ich bin der Ansicht, dass es für uns von entscheidender Bedeutung ist, uns auf das besondere Potential der grünen Energie auf regionaler und lokaler Ebene zu konzentrieren. Die Region Rumäniens, aus der ich komme, bietet ein beträchtliches Potential für geothermische Energie, das im Moment nicht ausreichend genutzt wird. Dafür gibt es verschiedene Gründe, aber ich denke, wir müssen den lokalen Behörden in dieser Angelegenheit eine wichtige Rolle zukommen lassen, um sie zu ermutigen, öffentlich-private Partnerschaften zu entwickeln.

Vielen Dank

Pedro Luis Marín Uribe, *amtierender Ratspräsident.* – (ES) Frau Präsidentin, ich habe die Aussprache des heutigen Morgens zur Kenntnis genommen und freue mich, bestätigen zu können, dass viele der vom Parlament geäußerten Anliegen vom Rat geteilt werden. Ich vertraue darauf, dass die Entschlüsse, die wir morgen annehmen werden, es uns ermöglichen werden, eine solide Grundlage zu schaffen, die den geäußerten Anliegen gerecht wird und uns in die Lage versetzt, bei der Inangsetzung von Industrie-Initiativen umgehend Fortschritte zu machen.

Ich denke, dass wir einen klaren Konsens bezüglich der Tatsache haben, dass diese Initiativen von grundlegender Bedeutung sind, wenn wir unsere Energieabhängigkeit reduzieren, unsere Effizienz verbessern und weiterhin technologische Fortschritte erzielen möchten – um so die europäische Technologie noch stärker zu fördern – und natürlich den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen.

Diese Initiativen sind ebenfalls notwendig, um die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und Arbeitsplätze zu schaffen. Ich denke, ich kann Herrn Helmer beruhigen: Es gibt neben denen, die er gelesen hat, noch andere Studien, von denen einige von der Kommission selbst durchgeführt wurden, die die positiven Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation zeigen – eine Wirkung, die auf lange Sicht noch stärker sein wird.

Wir schlagen daher die Anwendung einer Reihe von gemeinsamen Grundsätzen und Praktiken vor, die den bestehenden Industrie-Initiativen eine Richtung geben. Dafür werden wir unter anderem Finanzinstrumente und öffentliche Interventionskriterien einrichten müssen, die erforderlich sind, um die Entwicklung dieser Technologien zu unterstützen.

Die finanziellen Aspekte wurden stark betont, und dies ist ein Anliegen, das der Rat ebenfalls teilt. Der Rat kann sich jedoch nicht zur Umverteilung von Finanzmitteln verpflichten, ohne das Initiativrecht der Kommission und die Gleichberechtigung des Parlaments in diesem Bereich zu respektieren. Daher müssen in der Zwischenzeit die bestehenden Finanzvereinbarungen Anwendung finden.

Dennoch müssen wir betonen, wie wichtig es ist, unserer Haushaltsmittel zu erhöhen, um diese neuen Technologien fördern zu können, und auf die Tatsache, dass die Priorisierung dieser Erhöhungen ein grundlegendes Element zukünftiger Diskussionen innerhalb der europäischen Institutionen und insbesondere in diesem Parlament darstellen muss.

Ich kann Ihnen ebenfalls versichern, dass der Rat alles in seiner Macht Stehende getan hat und tun wird, um zu gewährleisten, dass der Strategieplan für Energietechnologien (SET) eine angemessene Finanzierung erhält, sowohl im aktuellen als auch in zukünftigen Finanzrahmen.

Wie der Kommissar bereits gesagt hat, möchte ich in Erinnerung rufen, dass, allgemein gesprochen, private Initiativen – private Finanzierungsquellen – auch eine wichtige Rolle spielen; in diesem Bereich müssen wir Hand in Hand arbeiten, um die Wirkung der öffentlichen Finanzmittel zu maximieren. Wir müssen einen groß angelegten Multiplikatoreffekt erreichen, der es uns ermöglicht, diese für die Zukunft Europas entscheidenden Initiativen erfolgreich umzusetzen.

Janez Potočnik, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, ich möchte Ihnen zuerst für diese Aussprache danken. Ich habe sie sehr genau verfolgt, und es gibt viele Dinge, die wir bei unserer zukünftigen Arbeit sicherlich berücksichtigen werden.

Lassen Sie mich mit einer kurzen Geschichte beginnen. Nach der Ölkrise in den 1970ern konnten wir eine Innovationsfreudigkeit beobachten, die, in einem noch nie da gewesenen Umfang zu einer verstärkten Wettbewerbsfähigkeit, sogar unter Berücksichtigung der Umwelt, führte – dies war jedoch nur von kurzer Dauer. Nachdem die Ölpreise lange genug stetig gefallen waren, wurden Investitionen in Forschung, Entwicklung und Anwendung eingestellt, Markt-Fallstudien für neue Technologien aufgegeben, die Verbrauchsmuster veränderten sich, und wir fanden uns in einer heiklen Komfortsituation wieder, in der wir auf billige Energie aus dem Ausland angewiesen waren. Es war ein Zeitraum, in dem die Illusion der Nachhaltigkeit herrschte.

Nebenbei gesagt waren die Investitionen in Forschung und Entwicklung im Energiebereich direkt nach der Ölkrise ungefähr vier Mal so hoch wie heute oder vor einigen Jahren.

Und wo befinden wir uns heute, nach dieser Periode der zurückhaltenden und unverantwortlichen Entwicklung, der es an einer proaktiven Vorgehensweise fehlte? Wir reagieren auf die Bedrohungen des Klimawandels und versuchen das Problem der Abhängigkeit bezüglich unserer Energiesicherheit zu lösen; daher bin ich der Ansicht, dass eine proaktive Vision eine realistische und notwendige Vorgehensweise darstellt und keinen Tagtraum.

In diesem Kontext – die in dem Dokument, das wir vor einigen Tagen angenommen haben, hervorgehobenen Dinge: Die Europäische Union 2020 Strategie – wir sehen keine Alternative zum grünen Wachstum. Wir brauchen mehr saubere Industrien, nicht mehr Industrien, die sauber machen. Wir brauchen Anreize, Preise, Kosten und die richtigen Signale. Wir müssen uns auf Energieeffizienz konzentrieren; wir müssen uns, wenn Sie so wollen, auf die Ressourceneffizienz konzentrieren, bei der es sich um einen der wichtigsten Punkte von EU 2020 handelt.

Ich werde mich jetzt mit dem zweiten Punkt befassen, mit dem SET-Plan, über den wir sprechen. Alle im SET-Plan dargestellten Schätzungen für die erforderliche Finanzierung basieren auf Technologie-Fahrplänen. Dies ist ein sehr ernstes Stück Arbeit. Wenn Sie sich die Vorschläge anschauen, was wir ins Auge fassen, wie wir den zukünftigen Finanzierungsbedarf einschätzen, dann ergeben sich folgende Zahlen: Wind: 6; Solar: 16; Bio: 19; CCS: 13; Kernenergie 7; intelligente Stromnetze: 2; Brennstoffzellen und Wasserstoff: 5; Intelligente Städte: 11; European Energy Research Alliance: 5, und Grundlagenforschung: 1. Wenn Sie das zusammenzählen, erhalten Sie 75.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass es einen Wert von 7 für Kernenergie gibt. Ich muss gerecht sein. Kernfusion ist nicht enthalten, und Kernfusion ist wiederum ein wichtiger Wert, der noch kommen sollte, aber wenn wir uns das Gesamtbild ansehen, dann ist meiner Meinung nach die Botschaft seitens der Kommission, wo wir den Schwerpunkt unserer Investitionen legen sollten, ziemlich eindeutig.

Der nächste Punkt sind die Finanzquellen und die Fahrpläne. Die Hauptquellen müssen, wie ich bereits in meiner Einleitung gesagt habe, von dort kommen, wo die Hauptquellen sind, und das sind die Industrie und die Mitgliedstaaten. Damit ist der Haushalt der Europäischen Union gemeint, aktuelle und zukünftige Finanzperspektiven, das Europäische Energieprogramm für den Aufschwung, das Europäische Emissionshandelssystem und natürlich der Einsatz anderer vorhandener Instrumente, wobei insbesondere die Europäische Investitionsbank in Betracht gezogen werden sollte.

Die Struktur der Investitionen für die verschiedenen vorgeschlagenen Initiativen stellt eine ernste Frage dar. Ich denke, dass es offensichtlich ist, dass die interne Struktur öffentlicher und privater Investitionen nicht die gleiche sein wird, wegen der Marktnähe, wegen des Marktversagens verschiedener Arten von Technologien, das angegangen werden müsste; aber ich glaube, dass das, was vor Ihnen liegt, eine ernstzunehmende Sache ist, insbesondere wenn Sie damit beginnen, die nächste finanzielle Vorausschau zu diskutieren, und dass wir darüber nachdenken müssen, was unsere Prioritäten sind und wie wir in die Zukunft investieren sollten.

Der nächste Punkt, den ich erwähnen möchte, besteht darin, dass wir alle bis auf eine Initiative – die der intelligenten Städte, die später kam, auf Ihre Initiative hin, und die sich vor allem mit der Ressourceneffizienz befasst – im Laufe des Jahres 2020 starten werden; aber glauben Sie nicht, dass die Dinge, über die wir hier reden, nicht bereits stattfinden. Dies ist bereits der Fall, vor allem in der Forschung. Die Research Alliance arbeitet bereits seit Jahren an diesem Punkt.

Der letzte Punkt, den ich erwähnen möchte, besteht darin, dass wir mit dem SET-Plan etwas sehr Konkretes auf der Ebene der Europäischen Union beginnen. Sie wissen, dass ich mich während meines vorherigen Mandats sehr stark für den Europäischen Forschungsraum eingesetzt habe. Auf europäischer Ebene geht es um ungefähr fünf Prozent Forschungsgelder, sodass wir keine echten Erfolge erwarten können, wenn wir unsere Kräfte nicht auf EU-Ebene – das heißt der Ebene Europas – bündeln. Schauen Sie nicht nur auf den europäischen Haushalt. Wir sollten das Geld zusammenlegen, um unsere Forschungskapazität zu vergrößern.

Der SET-Plan ist das beste Beispiel, das wir derzeit für gemeinsame Programmplanung auf EU-Ebene haben. Andere Aktivitäten werden ebenfalls kommen, was auch berechtigt ist, aber ich bin der Ansicht, dass wir nicht unterschätzen sollten, was hier geschieht. Wir sprechen hier über öffentlich-öffentlich-private Partnerschaften, die sehr notwendig sind, und bei denen es sich um eines der Themen handelt, auf die ich Ihre Aufmerksamkeit für die Zukunft lenken möchte. Sie werden dies auch im Rahmen der Haushaltsordnung diskutieren. Sie muss das Eingehen von Risiken zulassen, wenn wir diese Fragen ernsthaft behandeln möchten.

Ich bin der Ansicht, dass wir eine der wichtigsten Entwicklungen in Europa unterstützen, wenn wir über den SET-Plan und über gemeinsame Programmplanung reden, die dahinter steht. Wir haben hier die European Energy Research Alliance – die besten nach außen geöffnete Forschungsorganisationen – die schon heute bei all diesen wichtigen Themen zusammenarbeitet.

Meine abschließende Botschaft besteht darin, dass es meiner Ansicht nach eine unserer wesentlichen Pflichten ist, unseren politischen Einfluss hinter dieses Programm zu stellen.

Die Präsidentin. – Ich habe zwei Entschließungsanträge ⁽¹⁾ gemäß Artikel 115 Absatz 5 der Geschäftsordnung zum Abschluss der Aussprache erhalten.

– Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung wird am Donnerstag, dem 11. März 2010, stattfinden.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Luís Paulo Alves (S&D), schriftlich. – (PT) Obwohl ich anerkenne, dass diese Mitteilung der Kommission darauf abzielt, die Entwicklung neuer Technologien mit einem höheren Potential für geringere Kohlenstoffemissionen durch eine höhere Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien zu beschleunigen, bedauere ich, dass die Europäischen Regionen immer noch keine genauer definierte Rolle in diese Strategie haben.

Es ist notwendig, regionalen Behörden eine korrekte Finanzierung zu garantieren, beispielsweise durch die Gewährleistung einer Finanzierung während der Testphase von Pilotprojekten, oder durch Investitionen während der Forschungs- und Testphase erneuerbarer Energieprojekte.

Meiner Ansicht nach ist es wichtig, beispielsweise geothermische Energie mit einzubeziehen. Hierbei handelt es sich um eine erneuerbare Energiequelle mit großem Erweiterungspotenzial in Vulkangebieten, die insbesondere für entlegene und Inselregionen der Union von Bedeutung ist, für die keine Ziele gesteckt wurden.

In diesem Kontext müssen öffentliche und private Investitionen durch die Entwicklung von Energietechnologien erhöht werden, damit die gewünschten Ziele einer kohlenstoffemissionsarmen Wirtschaft erreicht und das im Klima- und Energiepaket erwähnte Marktversagen überwunden werden kann.

András Gyürk (PPE), schriftlich. – (HU) Meiner Ansicht nach ist es von Bedeutung, dass die Europäische Kommission bei der Erstellung ihres Strategieplans für Energietechnologie den Umfang der für die Forschung und Entwicklung von grünen Technologien benötigten Hilfe in Betracht gezogen hat. Dies ist umso wichtiger, da gegenwärtig Solarenergie, Bioenergie und Wasserstofftechnologie in den meisten Fällen noch nicht kommerziell profitabel sind. Wie Steven Chu, der US-Minister für Energie, zu Recht festgestellt hat, sind in

(1) Siehe Protokoll

der Forschung Fortschritte in der Größenordnung eines Nobelpreises erforderlich, damit grüne Technologien mit den herkömmlichen Technologien der fossilen Brennstoffe konkurrieren können. Ein schwerer Mangel des grünen Technologieplans besteht jedoch darin, dass wir nicht wissen, welche EU-Mittel zu seiner Durchführung verwendet werden. Wenn wir die Kosten in Höhe von 16 Milliarden EUR betrachten, die für die Solarenergieforschung als notwendig erachtet werden, oder die geschätzten 5 Milliarden EUR für wasserstoffbezogene Technologien, so handelt es sich hierbei um keine geringfügige Entscheidung. Gegenwärtig gibt es keine Hinweise darauf, dass der Finanzrahmen für die nächsten sieben Jahre mehr Gelder für die Forschung im Bereich der grünen Technologien zur Verfügung stellen wird. Wir sind uns darüber im Klaren, dass Unterstützung aus öffentlichen Mitteln kein Ersatz für die Bemühungen privater Investoren ist. Dennoch müssen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten die Finanzmittel für die grüne Technologieforschung erhöhen. Die möglichen Einnahmen aus einem Emissionshandelssystem könnten dafür eine gute Basis darstellen. Die Einsätze sind nicht unbedeutend. Wir können nicht zulassen, dass die Pläne für die Energiepolitik und den Klimaschutz das gleiche Schicksal erleiden wie die Strategie von Lissabon mit ihren widersprüchlichen Ergebnissen.

Jim Higgins (PPE), schriftlich. – Um kohlenstoffemissionsarme Technologie zu einer praktischen Realität werden zu lassen, müssen wir den Mangel an Ingenieuren und anderem hochqualifizierten Personal beheben, das fortschrittliche Technologien entwickeln und produzieren kann. Wir können dies erreichen, indem wir Ausbildungsmaßnahmen oder Stipendien einrichten oder intensivieren, um zu gewährleisten, dass die Fähigkeiten der Arbeitnehmer für den wirtschaftlichen Aufschwung rechtzeitig auf den neuesten Stand gebracht werden. Wir müssen eine Versorgung mit hochqualifizierten und gut ausgebildeten Arbeitnehmern mit der richtigen Kombination theoretischer und praktischer Fähigkeiten gewährleisten. Wir müssen außerdem bestehende Mobilitätsbarrieren innerhalb der EU überwinden, insbesondere für Forscher und hochqualifizierte Personen; darüber hinaus muss das Thema der EU-weiten Anerkennung der Qualifikationen von Ingenieuren angegangen werden. Finanzmärkte und -institutionen sind vorsichtig, was Investitionen angeht, insbesondere wenn es sich um KMU handelt, Anzahl von EU-Programmen zur Förderung von Innovation, obwohl sie unter Angebots- und Nachfragegesichtspunkten besser synchronisiert und koordiniert sein müssen. Wir müssen die Zusammenarbeit zwischen KMU und Forschungsinstituten erleichtern sowie Rechte am geistigen Eigentum und den Technologietransfer fördern. EEI-Unternehmen müssen selbst aktiver werden, wenn es um die Unterstützung von Cluster-Initiativen und die Teilnahme an Clustern geht. Wir müssen außerdem Forschung und Entwicklung durch steuerliche Anreize oder Innovationsgutscheine stimulieren und indem wir die Bedingungen für Risikokapitalinvestitionen für Business Angels oder grenzüberschreitendes Beteiligungskapital verbessern.

Wojciech Michał Olejniczak (S&D), schriftlich. – (PL) Die durch den Menschen verursachte globale Klimaerwärmung ist eine Tatsache. Die Bekämpfung dieses Prozesses und seiner negativen Auswirkungen ist das Gebot der Stunde. Eine Art und Weise, mit diesen Problemen umzugehen, ist der Einsatz sauberer und erneuerbarer Energiequellen. Damit diese Energiequellen jedoch im Europäischen Energiesystem eine bedeutende Rolle spielen können, müssen zwei Bedingungen erfüllt sein. Erstens brauchen wir eine Erhöhung der für die Erforschung ihrer Entwicklung verfügbaren Finanzmittel. Zweitens brauchen wir eine Erhöhung der Finanzmittel für Investitionen, durch die die neusten kohlenstoffemissionsarmen Technologien implementiert werden. Investitionen in die Entwicklung der im europäischen Strategieplan für Energietechnologien enthaltenen kohlenstoffemissionsarmen Technologien sind aus Sicht der gesamten EU wichtig. Sie sind jedoch besonders für die Länder wichtig, deren Energieindustrie – aus historischen Gründen – große Mengen von CO₂ abgibt. Polen ist solch ein Land. Die Verbesserung und Entwicklung von Technologien für die Kohlenstoffdioxidbindung und -speicherung (CCS) ist eine Frage von entscheidender Bedeutung für die gesamte polnische Wirtschaft.

3. Folgen des Orkans Xynthia in Europa (Aussprache)

Die Präsidentin. – Nächster Punkt ist die Erklärung der Kommission zu den Auswirkungen des Sturm Xynthia auf Europa.

Janez Potočnik, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, nur zwei Wochen nach der schrecklichen Katastrophe auf Madeira hat der Tod und die Verwüstung, die der Sturm Xynthia in Frankreich und anderen europäischen Ländern verursacht hat, die Kommission erneut erschreckt und betrübt.

Ich möchte all denen, die an den Folgen dieser Katastrophe zu leiden haben, mein persönliches Mitgefühl ausdrücken. Das Beileid der Kommission gilt insbesondere den Familien und Freunden derjenigen, die ihr Leben verloren haben.

Über das Überwachungs- und Informationszentrum für Katastrophenschutz hat die Kommission die durch den Sturm Xynthia verursachten Ereignisse genau überwacht und angeboten, den Mechanismus für EU-Hilfe in Gang zu setzen. Glücklicherweise waren die französischen Rettungskräfte in der Lage, auf die Katastrophe mit eigenen Mitteln zu reagieren und haben nicht die Aktivierung des Mechanismus beantragt.

Die Kommission untersucht nun gemeinsam mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten sämtliche Möglichkeiten und Instrumente, die auf EU-Ebene zur Verfügung stehen, um finanzielle Hilfe bei der Bewältigung der Katastrophe zu leisten und zu einer schnellstmöglichen Rückkehr zu normalen Lebensbedingungen beizutragen.

Vor zwei Tagen hat Kommissionspräsident Barroso den französischen Präsidenten Sarkozy getroffen, um die Lage zu erörtern. Gestern hat er sich auch mit einigen Abgeordneten dieses Parlaments aus verschiedenen Ländern getroffen. Vor einer Woche hat mein Kollege, Herr Hahn, der für Regionalpolitik und den Solidaritätsfonds zuständige Kommissar, die am schwersten betroffenen Regionen in Frankreich – La Rochelle und l'Aiguillon-sur-Mer – besucht und sich mit nationalen und regionalen Behörden getroffen.

Auf Madeira, wo sich zwei Wochen zuvor eine Katastrophe ereignet hatte, haben die Behörden und Rettungskräfte bei der Bekämpfung der Auswirkungen der Flutkatastrophe gewaltige Fortschritte erzielt. Kommissar Hahn hat Madeira am vergangenen Wochenende besucht, um sich vor Ort einen Eindruck zu verschaffen und um mit den lokalen Behörden über die weitere Vorgehensweise zu sprechen.

Der EU-Solidaritätsfonds wurde 2002 als das Instrument auf EU-Ebene eingerichtet, das spezifisch für die Finanzhilfe an von größeren Naturkatastrophen betroffene EU-Mitgliedstaaten gedacht war, sofern gewisse Bedingungen erfüllt sind. Frankreich hat bereits seine Absicht erklärt, Hilfe aus dem Solidaritätsfond zu beantragen. Ich muss darauf hinweisen, dass die den Solidaritätsfonds regelnde Verordnung seine Inanspruchnahme normalerweise nur für so genannte „größere Katastrophen“ zulässt, bei denen der Schaden auf nationaler Ebene den Grenzwert von 0,6 % des Bruttonationalprodukts oder 3 Milliarden EUR zu den Preisen von 2002 übersteigt. Für Frankreich bedeutet dies aktuell, dass der Schaden ca. 3,4747 Milliarden EUR zu laufenden Preisen übersteigen müsste.

Unter besonderen Umständen jedoch, und falls bestimmte Kriterien erfüllt sind, kann der Fonds auch für kleinere „außergewöhnliche regionale Katastrophen“ verwendet werden, insbesondere wenn es um entlegene Regionen wie Madeira geht.

Die französischen Behörden bewerten derzeit den Schaden sowie seine Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Lebensbedingungen der Bevölkerung.

Dies sind die wesentlichen Elemente für den Antrag, der bei der Kommission innerhalb von 10 Wochen nach der Katastrophe eingehen muss. Das heißt vor dem 9. Mai. Nach Eingang wird der Antrag von der Kommission so schnell wie möglich geprüft werden. Die Dienste der Kommission, insbesondere die GD Regionalpolitik, bieten bei der Vorbereitung des Antrags jede mögliche Hilfe und Beratung an. Mit den französischen Behörden bestehen gute Kontakte auf Expertenebene, die einen effektiven Fortschritt ermöglichen.

Beachten Sie jedoch bitte, dass Hilfe aus dem Solidaritätsfonds nicht sofort ausgezahlt werden kann. Der Solidaritätsfonds darf nicht als ein Notfallinstrument missverstanden werden. Es handelt sich um ein Finanzinstrument, das die finanzielle Belastung durch Notfallmaßnahmen erleichtern soll. Als solches könnte ein möglicher Zuschuss retroaktiv für Notfallmaßnahmen ab dem ersten Tag der Katastrophe verwendet werden.

Die Finanzierung des Solidaritätsfonds erfolgt durch einen Mehraufwand der Mitgliedstaaten außerhalb des normalen Haushalts der Europäischen Union. Dieser muss vom Parlament und vom Rat durch eine Änderungen des Haushaltsverfahrens genehmigt werden.

Wie sie wissen, nimmt das gesamte Verfahren – vom Augenblick der Antragstellung bis zur Auszahlung des Zuschusses – unweigerlich mehrere Monate in Anspruch. Die Kommission unternimmt jedoch jede Anstrengung, um diese Zeitspanne so kurz wie möglich zu halten.

Was die Strukturfonds und insbesondere den EFRE betrifft, so können diese selbstverständlich nicht für unmittelbare Notfallmaßnahmen verwendet werden. Frankreich und die Kommission haben jedoch begonnen, die Optionen und mögliche erforderliche Programmmodifikationen zu erörtern, die für den längerfristigen Wiederaufbau und für Investitionen in von der Überschwemmung betroffene Unternehmen maßgeblich sein könnten.

Nun noch ein letzter Punkt, der von Abgeordneten dieses Parlaments bereits während der Aussprache über Madeira vor zwei Wochen angesprochen wurde. Die Kommission wird die aktuelle politische Dynamik nutzen, um zu versuchen, die Hindernisse für einen Vorschlag für eine geänderte Verordnung des Rates zum Solidaritätsfonds aus dem Weg zu räumen. Das Parlament hat diesen Vorschlag umfassend unterstützt, und ich bin der Ansicht, dass nun der richtige Moment gekommen ist, um gegenüber dem Rat wieder eine gemeinsame Vorgehensweise an den Tag zu legen.

Elisabeth Morin-Chartier, im Namen der PPE-Fraktion. – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, am Abend des 27. – 28. Februar wurde die Küsten von Charente-Maritime und Vendée, meiner Region, vom Sturm Xynthia besonders hart getroffen. Dreiundfünfzig Menschen starben, ein Dutzend Menschen werden vermisst und Hunderte von Menschen sind obdachlos geworden.

Hierbei handelt es sich um erhebliche Verluste, die noch durch schwere Infrastrukturprobleme verstärkt werden. Ich beziehe mich dabei insbesondere auf die Dämme, die Eisenbahnlinien, die Abwassersysteme, die Stromnetze, die Telekommunikationsnetze und das gesamte System der Klein- und Mittelbetriebe, insbesondere im maritimen Sektor, im Aquakultur-Sektor und im landwirtschaftlichen Sektor, da 45 000 Hektar von Salzwasser überschwemmt wurden, weil diese Überschwemmung aus dem Meer kam.

Das sind Schäden von beträchtlichem Ausmaß. Das sind Schäden, deren Folgen noch lange nachwirken werden, da ein Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche noch über mehrere Jahre hinweg unbenutzbar sein wird.

Ich fordere die Europäische Union daher auf, Solidarität zu zeigen und natürlich diesen Solidaritätsfonds der Europäischen Union unter den bestmöglichen Bedingungen und schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen, denn wir können unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern nicht sagen, dass sie auf die Gelder warten müssen, und dass die Probleme nicht hier und jetzt gelöst werden können. Wir müssen nach dem Besuch des Kommissars – dem ich aufrichtig dafür danke, dass er sich das Ausmaß der Katastrophe persönlich ansieht, und ich weiß, dass auch er tief davon betroffen ist – unsere Anstrengungen bündeln, um den Nutzen dieses Fonds zu erhöhen, damit schneller Fortschritte erzielt werden können. Wir beschweren uns immer darüber, dass Europa zu weit von unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern entfernt ist; lassen Sie uns ihnen hier und heute zeigen, dass wir in der Lage sind, schnell zu reagieren. Ich bedauere es, dass der Rat nicht hier ist, um uns mit dieser Änderung der Vorschriften zu helfen. Sie können sich jedenfalls sicher sein, dass wir diese benötigen, und dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger sie erwarten.

VORSITZ: Libor ROUČEK

Vizepräsident

Edite Estrela, im Namen der S&D-Fraktion. – (PT) Herr Präsident, im Namen der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament möchte ich den Familien der Opfer der Naturkatastrophen, die Portugal, Madeira, Frankreich und Spanien getroffen haben, unser tief empfundenes Mitgefühl aussprechen.

Letzte Woche reiste eine Delegation meiner Fraktion nach Madeira, um die von der Katastrophe am stärksten betroffenen Gebiete zu besuchen, und hatte dort Begegnungen mit den Gebietskörperschaften und Wirtschafts-, Industrie-, Handels- und Bauernverbänden.

Was wir dort gesehen und gehört haben, hat uns tief betroffen gemacht. Wir haben von ganzen Familien gehört, die in ihren Häusern gestorben sind; wir haben dramatische Berichte über Menschen gehört, die in das Wasser gerissen und nie wieder gesehen wurden. Ganze Häuser wurden von einer Seite der Straße auf die andere geschwemmt, und Fahrzeuge, in denen noch Menschen saßen, wurden von der Straße aus ins Meer gespült.

Aber der Mut der Menschen von Madeira bei der Überwindung dieser Widrigkeiten war ebenso beeindruckend. Ich werde nie die Bilder der Entschlossenheit der Menschen vergessen, die sich trotz des Verlustes ihrer Firmen, ihrer Häuser und ihres Besitzes weigerten aufzugeben. Im Gegenteil, sie gingen direkt an die Arbeit, bereit, ganz von Neuem zu beginnen. In nur wenigen Tagen wurden Tonne um Tonne Steine, Erde und anderer Schutt aus dem Stadtzentrum von Funchal weggeräumt.

Die nationalen, regionalen und lokalen Behörden haben diese Anstrengungen unterstützt, sodass das Leben auf der Insel wieder zur Normalität zurückkehren konnte. Daher ist es wichtig mitzuteilen, dass die Touristen wieder nach Madeira fahren können. Die Schönheit der Natur und die Freundlichkeit der Menschen warten auf uns.

Die Menschen von Madeira erwarten nun auch die Solidarität der europäischen Institutionen, um den Wiederaufbau der Straßen, Brücken und öffentlichen Gebäuden, die zerstört wurden, bewerkstelligen zu können. Auch die Händler, Unternehmer und Bauern brauchen unsere Unterstützung, damit sie ihr Leben wieder aufbauen und zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region beitragen können.

Herr Kommissar, es freut mich sehr, zu hören, dass die Kommission, ebenso wie das Parlament und der Rat, entschlossen sind, die Mittel des Kohäsionsfonds freizugeben – der neue Vorschlag, den das Parlament bereits angenommen hat –, sodass neue Regeln, die besser an die wirklichen Bedürfnisse der Öffentlichkeit angepasst sind, umgesetzt werden können.

Wie Sie wissen, Herr Kommissar, ist es auch erforderlich, dass die anderen Strukturfonds restrukturiert und für die am stärksten betroffenen Gebiete neu bereitgestellt werden, da besondere Situationen auch besondere Lösungen erforderlich machen.

Giommaria Uggias, im Namen der ALDE-Fraktion. – (IT) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa schließt sich den Beileidsbekundungen für die Opfer des Orkans Xynthia an, der eine Reihe von Gebieten in Europa heimgesucht hat. Wir müssen reagieren und daher weiß ich die ernsthaften Ankündigungen heute von Kommissar Potočnik zu würdigen, dessen Kompetenz ich schätze und dessen Engagement ich anerkennen muss. Diesbezüglich appelliere ich an ihn, die notwendigen Änderungen am Solidaritätsfonds vorzunehmen, und möchte ihn daran erinnern, dass das Parlament bereits 2006 mit großer Mehrheit diese Maßnahme verabschiedet hat. Angesichts dieser Ereignisse und angesichts dieser Todesfälle können wir nur noch einmal unterstreichen, wie wichtig es ist, solche Maßnahmen zu ergreifen.

Gleichzeitig, Herr Präsident, müssen wir jedoch an mehreren Fronten aktiv werden. Wir müssen zuerst alle Entwicklungs- und Regionalplanungsprogramme prüfen und diese im Hinblick auf ihre Umweltauswirkungen aktualisieren, einschließlich auch einer Bewertung der Auswirkungen auf den Boden. Wir müssen darüber hinaus beträchtliche Summen investieren, um langfristige Maßnahmen einzuführen, die die Umsetzung einer präventiven Strategie zur Verhinderung von Katastrophen zum Ziel haben. Dies stellt keine optionalen oder wirklichkeitsfremden Möglichkeiten dar, sondern ist absolut notwendig, wenn wir wollen, dass Katastrophen wie die, die heute im Mittelpunkt unserer Debatte steht, keine solch tragischen Folgen mehr haben.

Es geht aber auch um wirtschaftliche Überlegungen, wenn wir uns nur auf diesen Aspekt beschränken möchten, die die Institutionen zwingen, Maßnahmen im Sinne der Prävention zu ergreifen. Auch wenn wir in der Entschließung fordern, beträchtliche Summen der Beseitigung der Schäden zu widmen, so müssen wir unser Augenmerk und unsere Maßnahmen doch auf Investitionen und Initiativen für den Umweltschutz, die Aufforstung und den Schutz der Vegetation verlagern, angesichts der Tatsache, dass dadurch die Kosten für die Beseitigung von Umweltschäden gesenkt werden.

Wir müssen aus Katastrophen dieser Art lernen – der moderne Mensch muss aus ihnen lernen –, dass nicht alles kontrollierbar ist, aber alles begrenzt werden kann, wenn angemessene Schutzmaßnahmen getroffen werden. Wir müssen das tun, Herr Präsident, auch im Gedenken an die Opfer, wie die, die in den letzten Tagen und Wochen leider in ganz Europa die Realität unserer Regionen geprägt haben.

Raül Romeva i Rueda, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (IT) Herr Präsident, auch ich möchte mein tief empfundenes Mitgefühl – im Namen meiner Fraktion und in meinem eigenen Namen – und meine Solidarität mit den betroffenen Regionen zum Ausdruck bringen. Dabei bedauere ich die schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen dieser Katastrophen und möchte insbesondere den Familien der Opfer unser Beileid aussprechen. Es ist auch wichtig zu betonen, dass sich die nationalen, regionalen und lokalen Behörden jetzt auf wirksame Präventionspolitiken konzentrieren müssen und angemessenen Praktiken und Rechtsvorschriften bezüglich der Nutzung von Grund und Boden größere Aufmerksamkeit widmen müssen.

Aus eben diesem Grund wurden zwei Änderungsanträge von unserer Fraktion eingereicht, da die darin enthaltenen Punkte unserer Meinung nach in der gemeinsamen Entschließung fehlen. Der erste Antrag beinhaltet Folgendes: während in Frankreich Baugenehmigungen in Überschwemmungsgebieten und natürlichen Feuchtgebieten erteilt wurden; während die Bauspekulation den Bau von Gebäuden in gefährdeten Gebieten gefördert hat. Für uns ist das ein vitaler Aspekt, um Fortschritte zu machen.

Die zweite Änderung bezieht sich auf eine Kofinanzierung der Umsetzung dieser Pläne durch die Gemeinschaftsfonds, insbesondere den Strukturfonds, den ELER, den Kohäsionsfonds und den europäischen

Solidaritätsfonds, auf der Basis von Maßnahmen der Nachhaltigkeit. Für uns ist dies von entscheidender Bedeutung für die letzte Entscheidung, ob wir der Entschließung zustimmen werden oder nicht.

João Ferreira, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (PT) Herr Präsident, als erstes möchte ich den Angehörigen der Opfer dieser Katastrophe unser Beileid aussprechen und unsere Solidarität mit ihnen zum Ausdruck bringen. Wir begrüßen die Solidarität der Europäischen Union mit den betroffenen Gebieten und Städten. Es ist nun erforderlich, diese Solidarität greifbar zu machen, indem rasch die benötigten Mittel und Ressourcen mobilisiert werden, um die durch das Unwetter verursachten Schäden wiedergutzumachen.

In den letzten Jahren wurden die Mitgliedstaaten von einer beträchtlichen Zahl von Katastrophen heimgesucht, wie dies die 62 Anträge auf Freigabe von Mitteln aus dem Solidaritätsfonds belegen, die von insgesamt 21 Ländern in den ersten sechs Jahren seines Bestehens gestellt wurden.

Die durch diese Katastrophen verursachten Schäden sind nur schwer zu bewerten, insbesondere aufgrund des Verlusts von Menschenleben. In jedem Fall sind die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten so gut wie immer sehr beträchtlich.

Vor eben diesem Hintergrund muss die Prävention eine wichtigere gesellschaftliche Rolle spielen und eine immer wichtigere Phase im Prozess des Katastrophenmanagements werden. Es ist wichtig, Kooperation und Solidarität in diesem Bereich innerhalb der Europäischen Union zu entwickeln. Dazu muss zuallererst ein der Prävention angemessener finanzieller Rahmen geschaffen werden, der die Umsetzung von Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung, die Umwelt und das Klima durch die Mitgliedstaaten unterstützt.

Spezielle Beihilfen müssen unter anderem für Maßnahmen geleistet werden, die potenziell gefährliche Situationen entschärfen, die am stärksten gefährdeten Gebiete schützen, Frühwarnsysteme in den Mitgliedstaaten fördern und Verknüpfungen zwischen den verschiedenen Frühwarnsystemen schaffen oder bestehende Verknüpfungen weiter ausbauen.

Wie hier bereits ausgeführt wurde, sind eine vernünftige Nutzung von Grund und Boden, eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Einklang mit der Natur und ein verstärkter Zusammenhalt in der Europäischen Union ebenso Faktoren von entscheidender Bedeutung zur Prävention von Katastrophen.

Bruno Gollnisch (NI). – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mehrere europäische Regionen sind durch eine Reihe außergewöhnlicher meteorologischer Naturphänomene getroffen worden, die zu immensen materiellen und wirtschaftlichen Schäden in Landwirtschaft und Umwelt geführt haben und traurigerweise allzu viele Menschenleben gekostet haben.

Ich wage die Hoffnung, Herr Kommissar, dass über Ihr angebrachtes Beileid hinaus der Europäische Solidaritätsfonds, eine europäische Aktivität, die in diesem Fall Nutzen bringt, rasch und flexibel in Frankreich und Madeira eingesetzt werden kann, so wie dies – wie erwähnt – in anderen europäischen Ländern der Fall war, um meine Landsleuten in der Vendée und Charente-Maritime dabei zu unterstützen, ihre lebenswichtige Infrastruktur und Dienste wiederaufzubauen.

So wie ich Ihre Worte verstanden habe, hat sich die französische Regierung in dieser Angelegenheit noch nicht an Sie gewendet, worüber ich sehr erstaunt bin. Ich muss jedoch sagen, dass ich einige Aspekte schwer erträglich finde in der Art und Weise, wie diese Ereignisse von bestimmten Personen ausgenutzt werden.

Erstens ist das dieses zwanghafte Bedürfnis, die Naturkatastrophen, die uns treffen, mit der so genannten Erderwärmung zu verknüpfen. Mit welchen politischen oder pseudowissenschaftlichen Vorgaben wir auch gefüttert werden mögen, sie diktieren weder das Wetter noch die Fluten und können auch ebenso wenig Erdbeben verhindern.

Zweitens ist das die systematische Suche nach Schuldigen und nahe liegenden Sündenböcken. Der Orkan Xynthia im Westen Frankreichs ist auf das sehr seltene Zusammentreffen von zwei Ereignissen zurückzuführen: der Orkan selbst natürlich und einige ungewöhnlich hohe Flutwellen, die zum Zusammenbruch der Dämme führten.

Es ist eine Kontroverse über die durch die Bürgermeister gewährten Baugenehmigungen entbrannt, die persönlich verantwortlich für die Toten in ihren Gemeinden gemacht wurden. Aber niemand – weder das Département noch die Region, die öffentlichen Dienste, die Stadtplaner oder die Architekten – hat Einspruch gegen die von Einzelnen beantragten Baugenehmigungen erhoben.

Die gewählten Vertreter der Region und insbesondere in den kleinen Gemeinden werden von ihren Mitbürgern zu Recht hoch geachtet. Sie übernehmen ein großes Maß an Verantwortung für nahezu keine Gegenleistung, sie haben einen bemerkenswerten Sinn für das Gemeinwohl, sie bewältigen immer komplexere Aufgaben, wofür Europa teilweise verantwortlich ist, und sie wurden auch von den Behörden völlig im Stich gelassen. Es war mir wichtig, diesen Punkt hier hervorzuheben.

Lambert van Nistelrooij (PPE). – (NL) Herr Präsident, die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) unterstützt die Entschließung und möchte in angemessenen Worten ihr Beileid und ihre Solidarität zum Ausdruck bringen, verbunden mit der Forderung, direkte Maßnahmen einzuleiten. Einige Punkte möchte ich hier anfügen. Zuerst möchte ich es außerordentlich begrüßen, dass die Kommission eingesprungen ist und dass Herr Hahn auch Erwägungen anstellt, wie er seine Arbeitsprogramme abändern könnte. Das alles verheißt kurzfristig gesehen Gutes.

Das tatsächliche Problem liegt jedoch im Solidaritätsfonds begründet. Wie ist es möglich, dass der Rat Maßnahmen des Parlaments, die eine Flexibilisierung des Solidaritätsfonds zum Ziel haben, jahrelang blockieren konnte? Meiner Meinung nach ist es wirklich eine gute Sache, dass Herr Potočnik so klar und eindeutig geäußert hat, dass die Kommission nun die Initiative ergreifen wird. Der spanische Ratsvorsitz hätte heute wirklich hier sein sollen, um dies zu bestätigen. Jetzt ist es an der Zeit zu handeln, und das Parlament ist äußerst unglücklich über diese Verzögerung.

Dieses Thema birgt jedoch noch eine zweite Dimension. Ich komme aus den Niederlanden. Ein großer Teil des niederländischen Staatsgebietes liegt unter dem Meeresspiegel. Da die Springflut von 1953 in unserem Gedächtnis noch sehr lebendig ist, wissen wir, dass es immens wichtig ist, nach vorn zu blicken. Wir wissen, dass Sicherheit und Präventionsmaßnahmen Hand in Hand mit den Entwicklungen in diesen Regionen gehen müssen, das heißt, den Entwicklungen aller Aktivitäten, die Auswirkungen auf die Küste haben. Und das ist definitiv ein Ziel, das erreichbar ist. Wir in den Niederlanden haben jetzt einen Plan entwickelt, einen Delta-Plan, um unseren Küstenschutz zu verstärken, und wir prüfen auch andere Angelegenheiten, bei denen es zwingend notwendig ist, Sicherheit mit wirtschaftlicher Entwicklung zu koppeln.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen und hinzufügen, dass 2008 in der französischen Küstenstadt Saint Malo eine Initiative ergriffen wurde, die alle Küstenregionen unter der Federführung der Vereinten Nationen in Verbindung mit der OECD vereint. Die Vereinten Nationen verfügen nun über einen Katastrophenschutzplan für die Küstenregionen, und eben diese weltweite Perspektive ist so ungeheuer wichtig. Das Europäische Parlament verfügt über ein Pilotprojekt für den Zeitraum 2009 bis 2010, und wir haben die Teilnahme unserer Regionen daran unterstützt, indem wir neben anderen Maßnahmen Finanzmittel dafür bereitgestellt haben. Die weltweite Dimension ist etwas, das wir in der kommenden Periode in Angriff nehmen müssen.

Bernadette Vergnaud (S&D). – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zunächst mein tiefstes Mitgefühl und meine ganze Solidarität mit den Opfern der Überschwemmungen auf Madeira und des Orkans Xynthia zum Ausdruck bringen.

Die notwendigen Fragen müssen gestellt werden, warum solche zerstörerischen Wetterphänomene in besorgniserregendem Umfang zunehmen, welche Rolle der Klimawandel dabei spielt und wie dringend notwendig es ist, Lösungen zu finden. Im Augenblick geht es darum, dringend notwendige Lösungen für die Bevölkerung bereitzustellen, die durch diese Katastrophen erschüttert wurde. Sicherlich müssen die öffentlichen und privaten Versicherer reagieren, aber in Bezug auf die zerstörte Infrastruktur und den Wiederaufbau der betroffenen Gebiete muss die Solidarität Europas zum Ausdruck kommen.

Aus diesem Grund hat die französische Regierung Hilfen aus dem 2002 geschaffenen EU-Solidaritätsfonds beantragt, die, wie ich hoffe, rasch und in großem Umfang bewilligt werden. Das ist Gegenstand der zwei Schreiben, die ich seit dem 1. März in meiner Eigenschaft als gewählte Vertreterin der Region Frankreich-West an die Kommission geschickt habe und die ich letzten Donnerstag in La Rochelle mit Kommissar Hahn diskutieren durfte, dem ich aufrichtig für seine große Reaktionsbereitschaft diesbezüglich danke.

Kommissar Hahn stimmte zu, dass der Mechanismus komplex und schwer umzusetzen ist. Nun, wir müssen daraus schließen, dass die Strukturen hätten flexibler gestaltet werden können, wenn der Rat nicht so unverständlich die Überarbeitung der Funktionsweise dieses Fonds blockiert hätte, die durch eine große Mehrheit der Abgeordneten im Mai 2006 beschlossen wurde. Ich hoffe daher, dass der spanische Ratsvorsitz die Sperre für diesen Text aufheben wird, damit das System effektiver gemacht werden kann.

Ganz unmittelbar fordere ich die Kommission auf, eine außerordentliche Aufstockung der Kofinanzierung über die regionalen Fonds von EFRE und ESF für Projekte in den betroffenen Regionen zu bewilligen, in einem Zeitrahmen, der den Volkswirtschaften eine Erholung bis zum Sommer ermöglichen wird.

Schließlich sollten diese Hilfen nicht zum Wiederaufbau in einer Weise eingesetzt werden, bei der dieselben tragischen Fehler in Bezug auf Umweltschutz und Stadtplanung gemacht werden; sie sollten stattdessen überlegt eingesetzt werden, um nach Möglichkeit die Wiederholung solcher Tragödien zu verhindern.

François Alfonsi (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident, im Anschluss an die Katastrophe, die die französische Küste nur wenige Wochen nach Madeira traf, hat unsere Fraktion einige Änderungsanträge eingereicht, damit unser Parlament nicht nur seine Solidarität zum Ausdruck bringt, sondern auch die Verantwortlichen benennt. Denn in diesen Katastrophen sind europäische Bürgerinnen und Bürger nicht nur deshalb gestorben oder haben alles verloren, weil einfach die Naturkräfte entfesselt wurden. Dies ist auch geschehen, weil einige sehr schwere Fehler gemacht wurden, indem man eine Bebauung der Küsten und Flussufer gestattet hat. Für diese Fehler sind die Mitgliedstaaten, ihre Gesetze, die unzureichend sind, ihre Behörden, die zu lasch sind, und ihre Regierungen verantwortlich, die zu wenig verantwortungsbewusst sind.

Es ist nicht weniger schlimm, die Bebauung in Überschwemmungsgebieten zugelassen zu haben als den Tabakkonsum oder Asbest jahrelang erlaubt und gefördert zu haben, obwohl dies Menschen zu Tode brachte und der Grund dafür ganz klar war. Vor Xynthia kam Madeira, und vor Madeira war Sizilien; morgen wird es weitere Katastrophen geben. Wenn das Europäische Parlament seine Stimme nicht erhebt, wird es seinerseits verantwortlich für die Katastrophen der Zukunft sein. Die Europäische Union muss ihre Solidarität zeigen, muss jedoch zugleich einen Sinn für Verantwortung unter Beweis stellen.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, wie alle hier sind wir in Gedanken zuerst und vor allem bei den Menschen, bei den trauernden Familien und denen, die durch den Orkan Xynthia alles verloren haben.

Eine der Lehren, die auch aus dieser Katastrophe gezogen werden kann, ist der hohe Nutzen der Dienste der Mitgliedstaaten, der Gemeinden, der Departements, der Regionen, einschließlich der öffentlichen Hand und des Katastrophenschutzes, die ihre Effektivität unter Beweis gestellt haben. Heute müssen wir, dem stimmen wir alle zu, dringend die Familien bei den Aufräumarbeiten und dem Wiederaufbau unterstützen, aber der Wiederaufbau muss auf andere Weise erfolgen, unter Berücksichtigung der Natur und der Menschen. Um das zu erreichen, müssen wir die Versicherungsunternehmen, die in Gewinnen schwimmen, auffordern, den Menschen eine Wiedergutmachung für die verursachten Schäden zu leisten.

Einerseits muss die Europäische Union, angesichts der außergewöhnlichen Natur der Katastrophe, die diese Regionen getroffen hat, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten Maßnahmen in größerem Maßstab und viel rascher ergreifen, nicht zuletzt durch Inanspruchnahme des Europäischen Solidaritätsfonds, und dies muss sehr viel flexibler geschehen, als Sie, Herr Kommissar, es gerade dargelegt haben. In der Tat wurden so viele Häuser und Fabriken zerstört, wurde so viel Agrarland unfruchtbar gemacht, dass eine Quantifizierung nach unseren herkömmlichen Kriterien unmöglich ist.

Andererseits müssen wir auch die Regionalfonds und den ESF-Fonds kombinieren, um die Regionen beim Wiederaufbau zu unterstützen. Darüber hinaus ist es wichtig, aus dem gerade Geschehenen zu lernen und Maßnahmen zu ergreifen, die solche Katastrophen verhindern oder die Schäden solcher Klimaphänomene begrenzen helfen. Das Thema der Bebauung von Überschwemmungsgebieten und die Bekämpfung der Immobilienspekulation an der Küste muss im Zusammenhang mit dem Gleichgewicht der Natur, den landwirtschaftlichen Aktivitäten, der Aquakultur, den Austernfarmen und der Fischerei, die durch die europäischen Politiken allzu oft zerstört werden, völlig neu untersucht werden.

Aus diesem Grund schlage ich vor, dass die Europäische Union in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und den Regionen einen konsistenten, nachhaltigen Wiederaufbau- und Entwicklungsplan schaffen sollte, der Geografie, Umwelt, Biodiversität und die Aktivitäten an der Küste berücksichtigt.

Schließlich muss es möglich sein, ein gemeinsames Präventions-, Überwachungs- und Warnsystem zu schaffen, durch das eine schnelle, auf Solidarität basierende Hilfe für die Bevölkerung geleistet werden kann.

Maurice Ponga (PPE). – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Wie meine Kollegen Frau Morin-Chartier und die anderen Abgeordneten bereits ausgeführt haben, hat am 27. und 28. Februar der gewaltige Orkan Xynthia in mehreren französischen Regionen gewütet, 53 Menschenleben gefordert und immense materielle Schäden verursacht.

Der Orkan war außerordentlich mächtig; er verursachte verheerende Fluten entlang der französischen Küste. Nach Madeira wurde Europa erneut getroffen. Die Bretagne, die Region meines Kollegen und Freundes, Herrn Cadec, wurde schwer getroffen. Für drei französische Regionen wurde der Katastrophenzustand ausgerufen: Bretagne, Poitou-Charentes und Pays de la Loire.

Angesichts dieser Katastrophen muss die Europäische Union ihre Reaktionsfähigkeit unter Beweis stellen und ihre Solidarität ausdrücken. Worte und eine Entschliebung allein versetzen uns nicht in die Lage, die Opfer dieser Katastrophen zu unterstützen: Wir müssen auch und vor allem finanzielle Hilfe bereitstellen.

Ich rufe daher die Europäische Kommission auf – und mein Antrag wird durch meinen Kollegen Herrn Béchu unterstützt –, Mittel aus dem EU-Solidaritätsfonds rasch freizugeben, um die von der Katastrophe betroffenen Gebiete bei der Beseitigung der Schäden zu unterstützen.

Diese Katastrophe zeigt, dass der Vorschlag von Herrn Barnier zur Schaffung einer europäischen Katastrophenschutztruppe relevant ist. Die Europäer müssen gemeinsame Maßnahmen ergreifen, da mehr und mehr Katastrophen unsere europäischen Gebiete treffen, insbesondere unsere am stärksten isolierten und gefährdetsten Regionen, wie die Inseln im Indischen Ozean und in der Karibik.

Ricardo Cortés Lastra (S&D). – (ES) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zuerst möchte mich meine Solidarität mit den Familien der Opfer des Orkans Xynthia zum Ausdruck bringen.

Letzte Woche hatte ich Gelegenheit, zusammen mit einer Delegation des Ausschusses für regionale Entwicklung von Abgeordneten der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament Madeira zu besuchen. Zum ersten Mal hatte eine europäische Delegation Gelegenheit, dort an Ort und Stelle zu sein und Gespräche mit den Behörden und den Menschen auf der Insel zu führen.

Die Stürme, die Madeira trafen, forderten über 40 Todesopfer und verletzten Hunderte von Menschen oder machten sie obdachlos. Die wirtschaftlichen Verluste werden auf 100 Millionen EUR geschätzt, 900 Unternehmen und 3.500 Arbeitnehmer sind direkt betroffen.

Priorität ist es jetzt, die Infrastruktur wiederaufzubauen, sicherzustellen, dass die Situation zur Normalität zurückkehrt und vor allem das Image von Madeira im Ausland wiederherzustellen, damit die Menschen wieder Vertrauen in den Tourismus auf Madeira gewinnen und dadurch die Wirtschaft und Entwicklung stimuliert wird.

Eine Reihe von widrigen Wetterbedingungen, insbesondere der Orkan Xynthia, haben auch Spanien getroffen, insbesondere die Region Andalusien und die kanarischen Inseln, sowie Westfrankreich und andere Länder.

Diese großen Katastrophen haben enorme wirtschaftliche Schäden verursacht und erfordern eine dringende, rasche und effiziente Reaktion der Europäischen Union; wir müssen daher die notwendigen Werkzeuge mobilisieren, um diese Art von Katastrophe zu bewältigen.

Herr Kommissar, dies ist eine außergewöhnliche Situation, die außergewöhnliche Maßnahmen erfordert.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – (RO) Auftreten und Ausmaß der Unglücke und Naturkatastrophen, die uns in letzter Zeit getroffen haben, sind alarmierend. Die Zeit ist gekommen, um den 2006 durch Michel Barnier vorgelegten Vorschlag zur Schaffung einer europäischen Katastrophenschutztruppe in die Praxis umzusetzen.

Es besteht auch die dringende Notwendigkeit, eine Lösung für den Anstoß der Prüfung der Verordnung zum europäischen Solidaritätsfonds zu finden. Das Parlament hat auf der Grundlage seiner Stellungnahme 2006 den Änderungsantrag für die Verordnung angenommen, der auf die Schaffung der Möglichkeit zur raschen, effektiven Reaktion abzielt, wenn die Mitgliedstaaten einen Antrag stellen. Die Absenkung der Schwelle für die Inanspruchnahme des Fonds und die Bereitstellung rascher Zahlungen auf der Grundlage einer vorläufigen Einschätzung sind äußerst wichtige Maßnahmen, die in der geänderten Form der Verordnung enthalten sind.

Daher fordere ich den Rat auf, den Antrag auf Prüfung der Verordnung zum europäischen Solidaritätsfonds freizugeben, die sofortige Prüfung zu beantragen und die neue Verordnung nicht zurückzuweisen.

Vielen Dank.

Karin Kadenbach (S&D). - Herr Präsident! Herr Kommissar! Ich hatte im Oktober des vergangenen Jahres die Möglichkeit, im Rahmen einer Delegation des Ausschusses für regionale Entwicklung auf Madeira zu sehen, was mit den Geldern der Europäischen Union dort alles Großartiges vollbracht wird, und daher hat

mich diese Katastrophe auch persönlich sehr betroffen gemacht. Ich möchte auch den betroffenen Angehörigen mein Beileid aussprechen, aber auch jenen, die in wenigen Stunden alles das, was sie ein Leben lang aufgebaut haben, verloren haben.

Gerade in dieser Zeit steht die Europäische Union auf dem Prüfstand, und der Solidaritätsfonds wurde für solche schwierigen Situationen eingerichtet, denn die Menschen auf Madeira und in Frankreich brauchen jetzt nicht nur unser Mitgefühl, sondern sie brauchen vor allem unsere finanzielle Unterstützung.

Die Katastrophe sowohl in Frankreich wie auch auf Madeira ist aber auch dadurch verstärkt worden, dass die Menschen vielleicht zu ehrgeizig versucht haben, der Natur Raum abzurufen, und versucht haben, damit zu leben, dass sie Naturgesetze außer Kraft setzen. Dass das auf Dauer nicht funktioniert, wurde uns diesmal wieder sehr schmerzlich klargemacht.

Das heißt, alle finanziellen Mittel müssen auch so verwendet werden, dass sie Sicherheit, Prävention und Nachhaltigkeit garantieren, und darauf ist besonderes Augenmerk zu legen.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – (ES) Herr Präsident, zunächst möchte ich Frankreich und Portugal meine Solidarität und mein Beileid aussprechen, insbesondere La Rochelle und Madeira; zweitens möchte ich gegenüber meinem eigenen Land meine Solidarität zum Ausdruck bringen, insbesondere Andalusien und den kanarischen Inseln, die von diesen starken Orkanen getroffen wurden. Ich muss jedoch starke Kritik an dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union üben.

Der Solidaritätsfonds ist veraltet und die Entschließung des Parlaments von 2006 wurde für den Fonds nicht berücksichtigt. Er hat keinerlei Wert mehr. Die genannten Zahlen – 0,6 % des BIP und 3 Milliarden EUR – entsprechen nicht dem, was diese Situation erfordert, da es nicht mehr nur um Nothilfe geht, sondern auch um eine Wiederaufbauleistung. Wir haben Vertrauen in den spanischen Ratsvorsitz, und wir rufen ihn daher auf, den notwendigen Anstoß für die Reform des Solidaritätsfonds zu geben.

Nuno Teixeira (PPE). – (PT) Herr Präsident, ich möchte zuerst allen Familien der Opfer des Orkans Xynthia, insbesondere in Frankreich und Spanien, mein tief empfundenes Beileid aussprechen. Niemand hätte erwartet, dass dieser Orkan nur eine Woche nach den Geschehnissen in Madeira die Küsten von Frankreich, Spanien und insbesondere der kanarischen Inseln mit solcher Gewalt treffen würde.

Letzten Samstag hatte ich die Gelegenheit, Herrn Hahn zu begleiten, der in Madeira die am stärksten betroffenen Gebiete besuchte und sich selbst von dem Ausmaß an Zerstörung vor Ort überzeugen konnte. Morgen wird dies der Präsident der Kommission, Herr Barroso, ebenfalls tun. Die Tatsache, dass sie dorthin reisen, um persönlich das Ausmaß der Zerstörung in Augenschein zu nehmen, macht sie zu privilegierten Zeugen des Geschehenen und konzentriert die Aufmerksamkeit der Menschen auf das, was jetzt am Wichtigsten ist: dringende Hilfe.

Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass sich das Parlament für eine rasche Prüfung der Strukturen des Solidaritätsfonds entscheidet, mit dem Ziel der einfacheren und schnelleren Bereitstellung von Hilfen, um rasch Unterstützung für die Menschen zu leisten, denen wir nicht mehr Zeit abverlangen können.

Petru Constantin Luhan (PPE). – (RO) Ich begrüße die Initiative, die die Entschließung des Europäischen Parlaments über die Naturkatastrophe größeren Ausmaßes in der Autonomen Region Madeira und Folgen des Orkans Xynthia in Europa unterstützt. Gestatten Sie mir, mein Mitgefühl für die von dieser Katastrophe Betroffenen zum Ausdruck zu bringen, ebenso wie meine Wertschätzung für all diejenigen, die geholfen haben, die Intervention nach diesen Katastrophen zu leisten.

Ich bin überzeugt davon, dass den Regionen Europas weitaus mehr finanzielle Unterstützung gewährt werden muss, um die Umsetzung von Maßnahmen zur Prävention solcher Katastrophen zu unterstützen. Die Europäische Union kann Verbesserungen vornehmen und komplexe Systeme zur Analyse der Ursachen der Katastrophen entwickeln, um die wirkungsvollsten Maßnahmen zur Prävention auszuarbeiten. Ich glaube, dass Maßnahmen, die speziell darauf abzielen, für jede Makroregion Europas aufgenommen werden können. Ich denke in diesem Moment, auch wenn in der Entschließung nicht speziell darauf Bezug genommen wird, an die Donaustategie der EU, angesichts dessen, dass dieser Fluss in jüngster Vergangenheit, in den Jahren 2002 und 2004, Auslöser von Naturkatastrophen war.

Darüber hinaus wird die ergänzende Nutzung aller verfügbarer Ressourcen in der am besten zugänglichen Art und Weise die Schaffung einer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und territorialen Kohäsion erleichtern, durch Bereitstellung einer Plattform für Solidaritätsakte im Fall solcher Katastrophen.

Vielen Dank.

Janez Potočnik, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, ich komme aus einem kleinen Dorf mit ungefähr 500 Einwohnern, das vor nur zwei Jahren von Überschwemmungen stark getroffen wurde. Es war wirklich ein Wunder – oder, wenn Sie so wollen, reines Glück –, dass es dabei nicht zu Verlusten an Menschenleben kam. Seinerzeit konnten wir sehr stark von eben diesem Solidaritätsfonds profitieren, über den wir gerade sprechen. Ich verstehe voll und ganz die Gefühle der Menschen vor Ort. Auch sie suchen nach Solidarität von überall in der Europäischen Union – eine Solidarität, die rasch und wirkungsvoll kommt.

Daher bin ich der Ansicht, dass es außerordentlich wichtig ist, dass wir uns auf die Verordnung zum Solidaritätsfonds konzentrieren. Wie Sie wissen, geht der Vorschlag der Kommission für eine Änderung der Verordnung zum Solidaritätsfonds der Europäischen Union auf das Jahr 2005 zurück. Dieser Vorschlag betrifft im Wesentlichen die Ausweitung des Fonds auf andere Ereignisse als Naturkatastrophen. Er umfasst jedoch auch Elemente, die im ebenso im Fall von Xynthia hätten relevant sein können – ein Vorschlag zur Herabsetzung der Schwellen und die Möglichkeit, Vorschusszahlungen auf die erwarteten Hilfsleistungen zu machen.

Es gab in jüngster Zeit Signale aus mehreren Mitgliedstaaten – auch aus Frankreich –, dass sie ihre abschlägige Position neu überdenken könnten. Zusammen mit dem Parlament beabsichtigt die Kommission, sehr kurzfristig eine neue Initiative beim Rat und seinem spanischen Ratsvorsitz einzubringen, um den Antrag freizugeben.

Ich stimme auch der Anmerkung zu, dass wir unser Möglichstes tun sollten, um besser vorbereitet zu sein. Die Häufigkeit und Intensität der Katastrophenereignisse steigt eindeutig an, und das ist beunruhigend. Ich glaube daher, dass es äußerst wichtig ist, besser vorbereitet zu sein. In diesem Zusammenhang sollten auch der Kohäsions- und der Strukturfonds eine Rolle spielen. Es gibt daneben auch noch weitere Möglichkeiten, die erforscht werden können. Ich habe bereits den Struktur- und den Kohäsionsfonds erwähnt. Auch der Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums kann umgelenkt werden, aber natürlich nur auf Antrag des Mitgliedstaates.

Ich möchte Ihnen für Ihre Unterstützung danken, auch im Namen meines Kollegen Johannes Hahn, der für diesen Bereich zuständig ist.

Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Alain Cadec (PPE), *schriftlich*. – (FR) Am 27. und 28. Februar suchte der gewaltige Orkan Xynthia mehrere französische Regionen heim. Er forderte 53 Menschenleben und verursachte immensen materiellen Schaden, vor allem auch schwere Überschwemmungen. Nach der Katastrophe von Madeira wurde Europa erneut getroffen. Meine Region, die Bretagne, wurde schwer getroffen, und in drei Departements wurde der Katastrophenzustand ausgerufen, ebenso wie in den Regionen Poitou-Charentes und Pays de la Loire. Ich möchte den betroffenen Familien und den Opfern der Katastrophe meine volle Solidarität und Unterstützung aussprechen. Die Europäische Union als Ganzes muss ihre Reaktionsfähigkeit und ihre Solidarität mittels eines finanziellen Hilfspakets demonstrieren und Unterstützungsmaßnahmen mit dem Ziel des Wiederaufbaus unterstützen. Herr Béchu schließt sich meinem Antrag auf Soforthilfe an. Heute scheint die Implementierung der finanziellen Ressourcen des Solidaritätsfonds schwierig. Es muss anerkannt werden, dass das Parlament seit 2005 eine wirkungsvollere und raschere Nutzung des EU-Solidaritätsfonds gefordert hat. Die Kommission und der Rat müssen die rasche Freigabe dieses Fonds für die betroffenen Regionen unterstützen. Diese Katastrophe zeigt, dass der Barnier-Bericht über die Schaffung einer europäischen Katastrophenschutztruppe, EuropeAid, äußerst sinnvoll ist und es uns ermöglichen würde, eine wirkungsvollere Reaktion auf Katastrophen zu entwickeln.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) In den letzten Wochen haben zwei Naturkatastrophen tragischen Ausmaßes Europa und seine Mitgliedstaaten getroffen, eine Spur von Tod und Zerstörung hinterlassen und Schäden in Höhe von Zehntausenden von Euro verursacht.

Wir werden die dramatischen Bilder aus Madeira Ende Februar nicht vergessen – die ich mit besonderer Trauer betrachtet habe, weil diese Tragödie eine Insel traf, die ich sehr gut kenne – oder den dramatischen Bericht darüber, wie sich der Orkan Xynthia seinen Weg durch mehrere Regionen in Europa bahnte.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mein tiefes Mitgefühl gegenüber all denen zum Ausdruck bringen, die durch diese Tragödien getroffen wurden, und gleichzeitig die Kommission zu raschem Handeln bei der

Unterstützung der am meisten betroffenen Regionen drängen. Dies muss nicht nur durch eine so dringend und flexibel wie möglich erfolgende Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union im größtmöglichen finanziellen Umfang geschehen, sondern auch durch Nutzung aller durch den Kohäsionsfonds verfügbar gemachten Instrumente und Mechanismen zur Unterstützung der betroffenen Regionen bei der Überwindung dieser schrecklichen Tragödie.

Ich möchte auch gern diese Gelegenheit ergreifen, um meine Solidarität mit allen Anstrengungen zum Ausdruck zu bringen, die die örtlichen Behörden und die Bevölkerung von Madeira geleistet haben.

Veronica Lope Fontagné (PPE), *schriftlich*. – (ES) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Leider müssen wir uns erneut mit dieser traurigen und heute so häufig gewordenen Angelegenheit beschäftigen. Ich möchte meinen Respekt und meine Dankbarkeit gegenüber allen professionellen und freiwilligen Helfern zum Ausdruck bringen, die ihren Beitrag zu den Rettungs- und Wiederaufbauarbeiten in den betroffenen Gebieten geleistet haben, und ich möchte vor allem den Familien der Opfer mein tief empfundenes Beileid aussprechen. Wir müssen Hilfe für die Opfer bereitstellen und den Weg ebnen, damit sich die betroffenen Gebiete rasch erholen können. Wir müssen auch weiter intensiv im Bereich der Prävention arbeiten. Schließlich, und das ist der wichtigste Punkt, möchte ich die spanische Regierung aufrufen, ihren derzeitigen Ratsvorsitz der Europäischen Union zu nutzen, um den für die Änderung der derzeitigen Verordnung zum Solidaritätsfonds der Europäischen Union benötigten Anstoß zu liefern – eine Forderung, die bereits bei zahlreichen Anlässen durch das Europäische Parlament vorgebracht wurde –, damit der Zugriff auf diese Mittel schneller, flexibler und effizienter erfolgen kann.

Iosif Matula (PPE), *schriftlich*. – (RO) Die Häufigkeit globaler Naturkatastrophen ist alarmierend. Wir können heute die Folgen unseres unverantwortlichen Handelns in der Vergangenheit sehen, da wir einer neuen Herausforderung gegenüberstehen: dem Kampf gegen die Folgen des Klimawandels.

Selbstverständlich liegen die Kosten der Aktivitäten für den Wiederaufbau der durch die Naturkatastrophen betroffenen Gebiete ungleich höher, bezogen auf die für die Prävention erforderlichen Anstrengungen. Auf EU-Ebene stehen uns Instrumente für die Bewältigung solcher Situationen zur Verfügung, die die von den Regionen durchgeführten Projekte ergänzen. So wird beispielsweise in der westlichen Region Rumäniens, die ich vertrete, ein Projekt zur Verbesserung der Kapazitäten und der Qualität des in Notsituationen bereitgestellten Interventionssystems gefördert. Die verfügbaren Finanzierungsinstrumente, einschließlich des Struktur- und Kohäsionsfonds sowie des Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, müssen reformiert werden, damit sie in Notfällen mehr Flexibilität bieten.

Hinsichtlich des Solidaritätsfonds würde die Absenkung der Schwelle für die Inanspruchnahme des Fonds und die Möglichkeit zur Leistung von Vorschusszahlungen der relevanten Summen die Interventions- und Wiederaufbauarbeiten beschleunigen und wirksamer machen.

Nicht zuletzt müssen wir einer älteren Initiative gebührend Aufmerksamkeit schenken, nämlich der schnellen Eingreiftruppe, die das gesamte Gebiet der Europäischen Union abdecken soll, da Naturphänomene benachbarte Regionen betreffen und dies die Bedingungen für Solidarität und grenzüberschreitendes Handeln schafft.

Maria do Céu Patrão Neves (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ich möchte mich den vielen Bekundungen des Mitgefühls für die Opfer des Orkans anschließen, der Madeira am 20. Februar heimgesucht hat, ebenso wie den Erklärungen der Solidarität mit all jenen, die schmerzvoll um Angehörige und Freunde trauern und ihr Hab und Gut verloren haben. Ich möchte auch die weiter bestehende Notwendigkeit einer Konsolidierung der Fähigkeiten der Europäischen Union zur Bereitstellung von Hilfe für die Menschen hervorheben, die von Naturkatastrophen getroffen werden. Diese Menschen können durch den Verlust ihrer persönlichen Besitztümer wie ihrer Häuser, ihrer Lebensgrundlagen und ihrer Arbeitsplätze in eine verzweifelte Lage geraten. In diesen Fällen wird soziale Gerechtigkeit nur durch Solidarität erreicht, wobei nicht vergessen werden darf, dass es der ganzen Gesellschaft Nutzen bringt, wenn alle ihrer Bürgerinnen und Bürger annehmbare Lebensbedingungen haben. Daher ist es nicht zu viel verlangt, auf die Notwendigkeit einer Ausweitung und stärkeren Flexibilisierung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zu bestehen. In diesem Zusammenhang möchte ich meine umfassende Unterstützung für die Entschließung zu Madeira erklären, die heute durch das Europäische Parlament angenommen wurde.

Richard Seeber (PPE), *schriftlich*. – Die kürzlichen Unwetter über Madeira, Teile von Spanien und Frankreich haben mit über 40 Toten in Madeira, weiteren 60 in Frankreich, unzähligen Vermissten und beträchtlichen Sachschäden einen hohen Tribut gefordert. Bei der Bewältigung von Naturkatastrophen kann Europa seinen Mehrwert unter Beweis stellen. Schnelle und unkomplizierte Zusammenarbeit zwischen den europäischen

Partnern ist gefordert, um den dramatischen Auswirkungen des Sturmes Xynthia und den verheerenden Regenfluten zu begegnen. Mit dem Solidaritätsfonds und weiteren Finanzinstrumenten der EU können zumindest die wirtschaftlichen Schäden der Katastrophe schneller wieder behoben werden. Die Organisation des Katastrophenschutzes muss jedoch stets in Händen der Mitgliedstaaten verbleiben, die auf ihre nationalen Gegebenheiten am besten eingestellt sind und in Notfällen daher am schnellsten reagieren können. Um künftigen Sturmschäden vorzubeugen, sollte die Kommission die Mitgliedstaaten in ihrem Bestreben unterstützen, wirksame Notfallpläne und Risikotabellen zu erstellen. Mit dem fortschreitenden Klimawandel und der dadurch begünstigten Verschiebung der Wasserkreisläufe wird man heftigere Unwetter natürlich nicht ganz abwehren können. Die Schäden können mit besserer Vorausplanung jedoch sicher noch vermindert werden.

Dominique Vlasto (PPE), schriftlich. – (FR) Der Orkan Xynthia ist eine weitere tragische und schmerzhafteste Demonstration der Störungen des Klimas, die die Gewalt und Häufigkeit dessen verstärken, was nichtsdestotrotz Naturphänomene sind. Heute ist die Europäische Union so häufig mit solchen Naturkatastrophen konfrontiert, dass es nicht ausreicht, sich mit den bestehenden Politiken zu begnügen, und ich glaube, dass sie drei Bereiche der Intervention stärken sollte, um ihre Bürgerinnen und Bürger besser zu schützen: Prävention, wie dies im Weißbuch 2009 zur Anpassung an den Klimawandel angesprochen wird, für das ich Berichterstatter für die Stellungnahme war, und das speziell die Schadenanfälligkeit der Küsten- und Bergregionen hervorhebt; rasches Eingreifen, indem endlich diese europäische Katastrophenschutztruppe geschaffen wird, über die wir bisher nur geredet haben und die nur eines Vorschlags bedarf, um Realität zu werden; und Wiederherstellung, indem man die Inanspruchnahme des Strukturfonds im Notfall – wenn erforderlich außerhalb des regionalen Rahmens der geplanten Interventionsbereiche – und des Solidaritätsfonds gestattet, für den die Verordnung geändert werden muss, um die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme zu beschleunigen und zu vereinfachen. Es ist daher klar, dass ich diese Entschließung unterstütze, aber ich bedaure es, wenn unser Haus erneut verpflichtet sein sollte, Maßnahmen zu fordern, die nach einer der allzu zahlreichen Naturkatastrophen hätten vorgeschlagen werden können, welche Europa in den letzten Jahren in Trauer versetzt haben.

4. Naturkatastrophe größeren Ausmaßes in der Autonomen Region Madeira und Folgen des Orkans Xynthia in Europa (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

5. Lage in Chile und die EU-Strategie für humanitäre Hilfe (Aussprache)

Präsident. – Der nächste Punkt ist die Erklärung der Kommission zur Lage in Chile und zur EU-Strategie für humanitäre Hilfe.

Janez Potočnik, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich gebe diese Erklärung im Namen meiner Kollegin Kristalina Georgieva ab, der Kommissarin für internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion. Warum ich für sie spreche? Das ist ganz klar und offensichtlich. Kommissarin Georgieva ist gestern, am 10. März, in Chile eingetroffen, um die durch das jüngste Erdbeben betroffenen Gebiete zu besuchen und um die Arbeit der europäischen Experten für humanitäre Hilfe und Zivilschutz vor Ort zu verfolgen.

Unmittelbar nach ihrer Ankunft in Chiles Hauptstadt Santiago reiste Frau Georgieva in die am stärksten von dem Erdbeben und dem Tsunami betroffenen Gebiete, zu denen die Küstenregion rund um Constitución, Talca und Concepción gehört.

Während ihres Besuchs vor Ort traf sie mit Vertretern der ECHO-Partner zusammen, die in diesem Gebiet arbeiten, besuchte die Zentrale des Überwachungs- und Informationszentrums in Penco und führte bilaterale Gespräche mit den chilenischen Behörden in der Region.

Kommissarin Georgieva wird auch Präsident Barroso bei der Amtseinführung des Präsidenten Sebastián Piñera in Valparaíso später am heutigen Tag vertreten.

Das gewaltige Erdbeben und der nachfolgende Tsunami, die Chile in den frühen Morgenstunden am Samstag, dem 27. Februar, erschüttert haben, sind eine furchtbare Tragödie. Gemäß den neuesten offiziellen Zahlen wurden mindestens 528 Menschen getötet, und es ist davon auszugehen, dass diese Zahl noch steigt. Mehr als zwei Millionen Menschen sind betroffen. Die Schäden an der Infrastruktur sind enorm, und eine halbe Million Häuser wurden schwer beschädigt.

Die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, Frau Ashton, telefonierte noch am selben Tag mit dem chilenischen Außenminister Mariano Fernández, um den Familien der Opfer unser Beileid auszusprechen und unsere Bereitschaft für Hilfe und Unterstützung zu bekunden.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Nachrichten über das Erdbeben wurde das ECHO-Notfalleinsatzsystem mobilisiert. Der EU-Katastrophenschutzmechanismus gab sofort eine Warnmeldung an die teilnehmenden Staaten aus. Der Krisenstab des Informations- und Beobachtungszentrums (MIC) arbeitete am ganzen ersten Wochenende rund um die Uhr, nahm Berichte über das Ausmaß und die Auswirkungen des Erdbebens entgegen und identifizierte Katastrophenschutzmittel, die für den raschen Einsatz bereitstehen könnten. Kommissarin Georgieva war am Tag beim Krisenstab, um die Operationen zu leiten.

Eine Reihe von EU-Mitgliedstaaten haben das MIC von bereitgestellter oder angebotener Hilfe in Kenntnis gesetzt. Dazu gehören Hilfskräfte und Ausrüstung, die Spanien, Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich bereits nach Concepción entsendet haben, Finanzmittelzusagen von Finnland, dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden, und Angebote für Brücken, Zelte, Feldküchen und Generatoren von Bulgarien, der Slowakei, Schweden und Österreich.

Die chilenischen Behörden haben bereits signalisiert, dass sie die Hilfsangebote der Mitgliedstaaten der Europäischen Union annehmen werden.

Das System der Kommission für die humanitäre Hilfe im Notfall wurde gleichzeitig in Brüssel und im ECHO-Regionalbüro in Managua gestartet, das für Lateinamerika zuständig ist.

Potenzielle Partner für die Finanzierung im Schnellverfahren mit der Kapazität, Soforthilfe bereitzustellen, wurden kontaktiert und ECHO-Feldexperten wurden mobilisiert, die bei der ersten Gelegenheit in das Erdbebengebiet reisen. Eine Soforthilfe von 3 Millionen Euro wurde am Sonntagmorgen beschlossen. Humanitäre Finanzhilfevereinbarungen wurden mit vier Partneragenturen abgeschlossen: mit Telecom Sans Frontières aus Frankreich für die Bereitstellung von Telekommunikationsdiensten; mit der panamerikanischen Gesundheitsorganisation und dem spanischen Roten Kreuz zur Unterstützung des Wiederaufbaus der Gesundheitsversorgung, und mit dem deutschen Roten Kreuz zur Lieferung von Unterkünften, sauberem Trinkwasser und grundlegenden Haushaltsgegenständen.

ECHO stellte ein Team von zwei Experten für humanitäre Hilfe bereit, die am Montag, dem 1. März, morgens in Chile eintrafen, um den Bedarf abzuschätzen und Gespräche mit den Behörden und möglichen Partnern für die Umsetzung zu führen. Zwei weitere Mitglieder des Teams trafen am folgenden Tag ein, ein fünfter Experte kam einige Tage später hinzu.

Ein EU-Katastrophenschutzteam von sechs Experten befindet sich außerdem jetzt in Chile. Vier von ihnen arbeiten im Erdbebengebiet in der Nähe von Concepción, während sich zwei derzeit in Santiago aufhalten, um die Verbindung mit den Behörden sicherzustellen und die Reaktionen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu koordinieren.

Die ECHO-Experten für humanitäre Hilfe und das EU-Katastrophenschutzteam nehmen in den meisten betroffenen Gebieten gemeinsame Einschätzungen mit der OCHA und mehreren UN-Agenturen vor.

Michèle Striffler, *im Namen der PPE-Fraktion*. – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Wie bereits gesagt wurde, forderte das Erdbeben in Chile, das stärker als das durch die Haitianer erlittene Erdbeben war und dem darüber hinaus ein Tsunami nachfolgte, dennoch wesentlich weniger Todesopfer, dank eines funktionierenden Frühwarnsystems, dank einer besser auf Katastrophen vorbereiteten Bevölkerung und dank eines robusten Staates, der in der Lage war zu handeln.

Ich begrüße das rasche Reagieren von Seiten der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten. Das Informations- und Beobachtungszentrum der Europäischen Kommission wurde sofort aktiviert, ein Beschluss für humanitäre Nothilfe wurde angenommen, mit dem 3 Millionen EUR als Soforthilfe bereitgestellt wurden, und Sachverständige der Generaldirektion für humanitäre Hilfe (GD ECHO) wurden in die Katastrophengebiete entsendet, um eine Abschätzung des Bedarfs durchzuführen.

Ich möchte insbesondere die sofortige öffentliche Reaktion von Kommissarin Georgieva positiv hervorheben, die gestern in Santiago zu einem Besuch in den betroffenen Gebieten eingetroffen ist.

Die meisten Naturkatastrophen sind unerwartete Ereignisse. Um Menschenleben in für Naturkatastrophen besonders anfälligen Gebieten zu schützen, ist es von größter Bedeutung, die Gefahren abzumildern, indem

man sich besser vorbereitet und für diese Bedingungen geeignete Gebäude hat. Auch ist es wichtig sicherzustellen, dass in die Entwicklungshilfe eine Abminderung des Katastrophenrisikos integriert wird, das heißt, eine Vorbereitung auf Katastrophen, die Linderung ihrer Auswirkungen und vor allem ihre Prävention.

María Muñiz De Urquiza, im Namen der S&D-Fraktion. – (ES) Herr Präsident, zuallererst möchte ich im Namen der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Chile unsere Solidarität mit dem chilenischen Volk, dem Parlament und der Regierung von Chile im Anschluss an das zerstörerische Erdbeben vom 27. Februar und den über zweihundert darauf folgenden Nachbeben bisher zum Ausdruck bringen.

Mindestens 500 Menschen, auch zwei Europäer, wurden getötet, und zwei Millionen Chilenen wurden von den Erdbeben betroffen. Das Volk der Mapuche wurde am schlimmsten getroffen, da der Grund und Boden dieses Volkes in drei der vier südlichen Regionen des Landes liegt.

Ich möchte auch meine Dankbarkeit gegenüber allen Menschen zum Ausdruck bringen, die sich selbstlos eingesetzt haben, und gegenüber allen Hilfskräften, die die Opfer unterstützt haben. Das chilenische Volk hat sich selbst bewiesen, dass es in der Lage ist, die Herausforderungen einer sehr komplexen Situation zu bewältigen. Ich möchte Präsidentin Bachelet für die Soforthilfe danken, die ihre Regierung freigab, um die durch das schreckliche Erdbeben verursachte Lage zu kontrollieren, bei dem Häuser und Infrastruktur zerstört wurden.

Die chilenische Regierung handelte rasch und identifizierte mit Seriosität und Verantwortung die speziellen Gebiete, in denen Hilfe nötig war; auch die internationale Gemeinschaft zeigte Solidarität, was ein Zeugnis für die ausgezeichneten Beziehungen von Chile mit seinen Nachbarn und strategischen Partnern ist.

Ich möchte auch der neuen Regierung von Sebastián Piñera gratulieren, der heute in sein Amt eingeführt wird, und ihm Mut für seine Wiederaufbauarbeit wünschen, für die er, wie ich hoffe, auf die volle Unterstützung der Europäischen Union bauen kann.

Chile ist nicht nur ein Freund und Partner der Europäischen Union, sondern auch ein entwickeltes Land und Mitglied der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD; trotzdem werden die Kosten für den Wiederaufbau beträchtlich sein; sie werden schätzungsweise bei 20 Millionen USD liegen, was 15 % des chilenischen BIP entspricht. Aus diesem Grund rufe ich die Europäische Union auf, alle Werkzeuge für die chilenischen Behörden verfügbar zu machen, um sie bei der Aufgabe des Wiederaufbaus zu unterstützen. Chile wird internationale Kredite benötigen, und die Europäische Investitionsbank, mit der Chile soeben ein Abkommen geschlossen hat, sollte durch eine Finanzierung der Wiederaufbauprojekte helfen.

Die Europäische Union hat unter dem spanischen Ratsvorsitz ein Verfahren zur Koordination von Hilfen mit den Vereinten Nationen und eine Katastropheneingreiftruppe eingerichtet; auch wird in den nächsten Tagen die Ankunft der europäischen Kommissarin für internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion vor Ort erwartet. Wir hoffen, dass die Kommission, ohne andere gleichermaßen dringende Engagements wie die Lage in Haiti aus dem Blickfeld zu verlieren, sich auch erheben wird, um den Erwartungen der Menschen in Chile gerecht zu werden.

Izaskun Bilbao Barandica, im Namen der ALDE-Fraktion. – (ES) Herr Präsident, wir sollten mit mehr als nur Worten bekunden, dass wir solidarisch mit einem Land sind, das eine Katastrophe erlitten hat wie Chile, und wir haben dies heute vom Vertreter der Kommission gehört.

Chile ist für uns in der Vergangenheit ein Ort des Schutzes und des Asyls gewesen. So lebt dort beispielsweise eine große Gemeinschaft von Basken, die im 19. Jahrhundert aus wirtschaftlichen Gründen und im 20. Jahrhundert aus politischen Gründen dorthin ausgewandert ist.

Aus diesem Grund sollten in diesem Fall die Worte durch Taten gestützt werden, und ich bin zufrieden mit den raschen Maßnahmen durch die Europäische Union, die sofort 3 Millionen EUR bereitgestellt hat, um Hilfsoperationen zu finanzieren; ich bin auch erfreut über die Reaktion der Hohen Vertreterin, Frau Ashton, und ich gratuliere Kommissarin Georgieva, die rasch gehandelt hat und seit gestern in Chile weilt, wo sie vor Ort Mut zuspricht und ermittelt, was tatsächlich benötigt wird.

Ich bin zufrieden mit der Art und Weise, in der das neue Katastrophenschutzsystem für humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission arbeitet, mit der durch die Europäischen Institutionen bereitgestellten Hilfe und mit der Zusammenarbeit, die durch die verschiedenen Agenturen eingerichtet wurde.

Zeiten wie diese boten Europa – und werden es weiterhin tun – die Gelegenheit, seine führende Rolle auf der internationalen Bühne zu konsolidieren, durch direkte Zusammenarbeit mit den Betroffenen und Unterstützung bei der Koordination der Hilfe, die durch die Mitgliedstaaten und Regionen organisiert wird.

Ich möchte die Schritte von Präsidentin Bachelet hervorheben, da sie erneut unter Beweis gestellt hat, wie Politik geführt werden sollte: Sie zeigte große Menschlichkeit und arbeitete eng mit Herrn Piñera zusammen, der heute das Präsidentenamt übernehmen wird; Ich möchte auch ihm zu der beispielhaften Art und Weise gratulieren, in der er die Politik beiseite schob, um sich der Herausforderung so zu stellen, wie es sein Land braucht.

Im Namen der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa möchte ich meine Solidarität zum Ausdruck bringen, meine Unterstützung für alle durchgeführten Operationen und mein Beileid für die Familien der 528 Todesopfer und alle Vermissten, ebenso wie für alle Menschen, die obdachlos geworden sind.

Wir haben vor kurzem das Gebiet im Rahmen einer Beobachtungsmission vor den Wahlen für die Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Chile besucht. Wir hatten Gelegenheit, die sich dort entwickelnden Projekte zu beobachten, und wir haben gesehen, dass Chile ein Modell für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Südamerika ist.

Wir müssen sicherstellen, dass dieses Erdbeben nicht die Fortschritte hin zu einer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unterbricht.

Raül Romeva i Rueda, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (ES) Herr Präsident, ich möchte zunächst wiederholen, was Frau Muñoz und Frau Bilbao bereits geäußert haben, weil ich der Überzeugung bin, dass unsere erste Pflicht die Bekundung der Solidarität der Europäischen Union mit dem chilenischen Volk und den chilenischen Institutionen ist, die durch Präsidentin Bachelet und den gewählten Präsidenten Piñera repräsentiert werden.

Zweitens glaube ich, dass es ebenso wichtig ist daran zu erinnern, wie dies üblicherweise in solchen Situationen der Fall ist, dass Naturkatastrophen ihre Opfer unterschiedslos treffen, ohne Rücksicht auf Wohlstand oder Armut der Menschen; es trifft alle gleich. Klar ist jedoch, dass die Armen am meisten leiden, und es ist besonders schwierig, arme Gebiete wiederaufzubauen.

Daher bin ich der Ansicht, dass es wichtig ist, nicht nur die nach dem Eintreten einer Katastrophe notwendigen Wiederherstellungs- und Wiederaufbaumaßnahmen zu betrachten, sondern in vielen Fällen auch gewisse strukturelle Elemente neu zu prüfen, und meine Frage bezieht sich auf diesen Punkt. Wenn Sie es mir gestatten, Herr Kommissar, möchte ich gern eine sehr spezifische Frage im Zusammenhang mit dem Länderstrategiepapier der Europäischen Union für Chile stellen.

Welcher Anteil der für den Zeitraum 2007 bis 2013 bereitgestellten von 41 Millionen EUR wird speziell für den Ausbau der Infrastruktur wie Straßen und Transport eingesetzt werden? Welche Summe wird für die Verbesserung der Wohnbauten verwendet, um sicherzustellen, dass die Menschen bei möglichen überraschenden Katastrophen in der Zukunft besser für diese Lage gerüstet sind? Schließlich, welcher Anteil dieser Ressourcen wurde bereits für diese Zwecke beiseite gestellt?

Tomasz Piotr Poręba, im Namen der ECR-Fraktion. – (PL) Das Erdbeben in Chile hat mehrere Hundert Opfer gefordert, und mehr als eineinhalb Millionen Menschen haben ihre Häuser verloren. Lassen Sie uns jedoch heute unsere Solidarität mit Chile bekunden und daran erinnern, dass es den Menschen dort noch immer an Hygieneartikeln und dem Zugang zu Trinkwasser mangelt, ebenso wie an Nahrung, Arzneimitteln und Decken. Darüber hinaus werden die Menschen durch kriminelle Banden eingeschüchtert, die verlassene Läden und Häuser plündern.

Wir als Europäische Union müssen alles uns Mögliche tun, um zu verhindern, dass Menschen, die all ihren Besitz und in vielen Fällen Angehörige verloren haben, zu Opfern von Dieben werden, die sich an ihrem Leiden bereichern.

Unser Beschluss, 3 Millionen EUR für den dringendsten Bedarf bereitzustellen, ist eine gute Sache. Wir sollten jedoch daran denken, dass es immer noch Orte in Chile gibt, die noch keine Hilfsmaßnahmen erreicht haben, weil Straßen und Brücken beschädigt sind. Die jüngsten Ereignisse in Chile und Haiti demonstrieren, dass ebenso wie die Finanzhilfen von der Europäischen Union die Mechanismen der Hilfsmaßnahmen für durch Katastrophen getroffene Länder weiterhin verbessert werden müssen.

Solidarität mit Chile ist eine schöne Sache, und es ist gut, dass die Europäische Union ihre Solidarität zeigt. Lassen Sie uns jedoch daran denken, dass wir es nicht nur bei der Solidarität belassen dürfen, sondern Chile auch in Zukunft unterstützen müssen.

Fiorello Provera, im Namen der EFD-Fraktion. – (IT) Herr Präsident, ich wünsche Ihnen eine rasche Genesung. Als erstes möchte ich meiner tief empfundenen Solidarität mit all denen, die diese Naturkatastrophe getroffen hat, Ausdruck verleihen. Leider kommt es immer wieder zu Tragödien aufgrund gewaltiger Erdbeben. In Situationen wie dieser, in denen Gebäude und Infrastruktur in großem Umfang zerstört und Tausende getötet wurden, ist es wichtig, ständig die Koordination von Zivilschutz- und Katastrophenschutzbehörden zu verbessern, um doppelte Arbeiten und die Verschwendung von Ressourcen zu vermeiden. Die Europäische Union hat unverzüglich in Chile interveniert, aber sie muss mit den örtlichen Behörden zusammenarbeiten, um den Bedarf zu ermitteln und die Hilfe wirksam zu koordinieren.

In den heutigen Morgenpresse wurde berichtet, dass die Hälfte der Hilfsleistungen der Vereinten Nationen für Somalia durch die örtlichen Partner, einige UNO-Beamte und militante Islamisten gestohlen wurden. Ein Aspekt, den es daher zu bedenken gilt, ist die Transparenz bei der Sammlung öffentlicher und privater Spenden und die Effektivität der Verteilung der bereitgestellten Hilfe an die Bevölkerung. Großzügigkeit darf nicht enttäuscht werden, und ein strenges System von Kontrollen muss eingeführt werden, um zu verhindern, dass Gelder verschwendet oder gestohlen werden, insbesondere wenn Hilfsleistungen an sehr weit entfernte Länder gesendet werden, deren Institutionen durch Krisen geschwächt sein können.

Diane Dodds (NI). – Herr Präsident, unsere Bevölkerung wird hochofret sein zu hören, dass positive Maßnahmen ergriffen wurden, um der chilenischen Bevölkerung zu helfen. Wir sind alle erschüttert über das Leid, das sie erfahren hat.

Heute möchte ich jedoch meine Anmerkungen allgemeineren Themen in Zusammenhang mit der Strategie der humanitären Hilfe widmen. Die Europäische Kommission ist sehr stolz zu erklären, dass sie einer der weltweit größten Geber humanitärer Hilfe ist. Ihr Mandat ist es, so erklärt sie, Leben zu retten und zu schützen, Zuflucht für Vertriebene zu suchen und der Welt dabei zu helfen, eine angemessene Katastrophenvorsorge zu gewährleisten. Dies sind wirklich edle Ziele. Allerdings spendet die Kommission nicht ihr eigenes Geld. Es ist britisches, deutsches, französisches Geld – in der Tat stammt das Geld aus 27 Nationalstaaten. In Zeiten einer Wirtschaftskrise sollte jede einzelne dieser Nationen für ihre verdienstvollen Anstrengungen anerkannt werden. Vielleicht sollte die Kommission dies in ihren Dokumenten darlegen und die Anstrengungen derer würdigen, die tatsächlich diese Opfer bringen. Das sind nicht die politische Elite und die Beamten des Berlaymont, sondern gewöhnliche Menschen aus gewöhnlichen Gemeinden.

Es ist zwar wahr, dass Entwicklungsländer Hilfe benötigen, aber es ist auch wahr, dass sie unsere Unterstützung benötigen, um glaubwürdige demokratische Strukturen zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Sie benötigen unsere Hilfe beim Aufbau einer starken und freien bürgerlichen Gesellschaft. Sie benötigen auch unsere Hilfe – und insbesondere unsere Aufrichtigkeit – auf das Fehlverhalten politischer Regime aufmerksam zu machen, das dafür sorgt, dass die normalen Menschen weiterhin arm und bedürftig leben.

Georgios Papanikolaou (PPE). – (EL) Herr Präsident, das jüngste starke, katastrophale Erdbeben in Chile hat, kurz nach der Katastrophe in Haïti, Hunderten von Menschen das Leben gekostet und enorme Schäden an der Struktur des Landes verursacht, insbesondere im Gebiet von Concepción.

Wir müssen den Opfern und ihren Familien beistehen und unsere Solidarität klar zum Ausdruck bringen. Wir müssen einem Land beistehen, mit dem wir enge und freundschaftliche Beziehungen pflegen, das eine der stärksten Volkswirtschaften in der Region und Maßstab für die Entwicklung benachbarter Länder ist. Dies wurde im Rahmen des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses festgestellt.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Europäische Union und Chile ein Assoziierungsabkommen geschlossen haben, das 2005 in Kraft trat und eine globale politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie gemeinsame Aktionen vorsieht. Darüber hinaus hat die Europäische Kommission, wie bereits ausgeführt wurde, einen sich über sechs Jahre erstreckenden strategischen Entwicklungsplan für Chile 2007 bis 2013 angenommen, der die Ausschöpfung von EU-Ressourcen durch dieses lateinamerikanische Land für regionale und sektorale Programme vorsieht, die durch die jüngst gewählte Regierung des Landes durchgeführt werden.

Die sofortige Ankündigung finanzieller Hilfen und alle weiteren Ausführungen, die die Kommission heute gemacht hat, sind ermutigend. Ich möchte jedoch betonen, dass wir eine möglichst rasche Freigabe der unter dem genannten strategischen Rahmen EU-Chile bereitgestellten Ressourcen erleichtern müssen, damit die

Folgen dieses jüngsten Erdbebens für die Infrastruktur des Landes und für die weitere Entwicklung des Landes rasch bewältigt werden können.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – (ES) Herr Präsident, ich möchte zunächst meine Solidarität mit dem chilenischen Volk zum Ausdruck bringen, und diese Solidarität gilt auch der Bevölkerung von Haiti, der Türkei und Peru, die ebenso in jüngster Zeit von Naturkatastrophen betroffen wurden.

Solidarität ist eines der prägenden Merkmale der Europäischen Union, und wir müssen diese Solidarität im Blick auf die Zukunft verstärken.

Glücklicherweise ist Chile ein Land mit weitreichenden Fähigkeiten zur Reaktion in solchen Zeiten einer Naturkatastrophe; aber große Teile der Welt verfügen nicht über dieselben Fähigkeiten.

Ich möchte daher auf die europäische Strategie für humanitäre Hilfe zu sprechen kommen. Unsere Reaktion könnte noch effizienter sein; sie könnte schneller und effektiver sein, wenn wir uns in die richtige Richtung bewegen. Was aber ist die richtige Richtung? Erstens benötigen wir meiner Ansicht nach eine stärkere Koordination zwischen den Mitgliedstaaten, ihren jeweiligen humanitären Hilfsorganisationen und den Institutionen der Europäischen Union.

Zweitens benötigen wir eine bessere Koordination zwischen der Europäischen Union und den internationalen humanitären Hilfsorganisationen, insbesondere den Vereinten Nationen.

Drittens benötigen wir eine stärkere Koordination zwischen militärischen und humanitären Akteuren. Wir müssen die Sicherheit der Zivilbevölkerung und der humanitären Gruppen wahren und gleichzeitig die Unabhängigkeit, Neutralität und Unparteilichkeit der humanitären Hilfe und die Beachtung des internationalen Rechts aufrechterhalten.

Was die Europäische Union anbetrifft, benötigen wir mehr personelle und finanzielle Mittel, damit die humanitäre Hilfe und die Krisenreaktion eine fundamentale Komponente unserer außenpolitischen Tätigkeit bilden können.

Wir können den Barnier-Bericht nutzen, um ein europäisches Freiwilligencorps zu installieren, und ergänzend möchte ich hinzufügen, da Kommissar Piebalgs hier anwesend ist, um die Verknüpfung zwischen humanitärer Hilfe und den Wiederaufbau- und Entwicklungspolitiken zu stärken und besser zu koordinieren.

Jim Higgins (PPE). – Herr Präsident, ich stimme all dem zu, was Herr Guerrero Salom im Hinblick auf unsere Reaktion ausgeführt hat. Ich muss auch sagen, dass ich anfänglich schockiert war, als ich gehört habe, dass die Europäische Union – Frau Ashton – eine Summe im Bereich von 3 Millionen EUR spenden würde. 3 Millionen EUR ist nichts, betrachtet man die Folgen und die verursachten Zerstörungen.

Bei unserem letzten Zusammentreffen – vor vier Wochen – haben wir über Haiti gesprochen. Heute Morgen haben wir über den Orkan Xynthia in Europa diskutiert, und wir diskutieren auch über die Auswirkungen der Erdbebenkatastrophe in Chile vor erst zwei Wochen. Das anschließende Nachbeben mit einer Stärke von 6,6 war für sich selbst genommen absolut zerstörerisch.

Die Auswirkungen sind da. Die Folgen sind da. Die Statistik ist da. Wir sprechen über 500 000 – eine halbe Million – zerstörte Häuser. Diese müssen wieder aufgebaut werden, und hier müssen wir mit praktischer Hilfe kommen. Es gab nahezu 540 Todesopfer, und noch immer werden weitere Opfer aus den Ruinen geborgen. Das ist eine Naturkatastrophe für sich selbst genommen. Aber wir sprechen hier über eine Gesamtrechnung von 22 Milliarden EUR. Wir müssen wirklich unsere spezielle Hilfsleistung in dieser Hinsicht aufstocken.

Eines der wesentlichen Argumente für den Vertrag von Lissabon – und wie wir wissen, wurde die erste Fassung des Vertrags von Lissabon in Irland abgelehnt – war es, dass wir bei Naturkatastrophen sofort mit humanitärer Hilfe reagieren müssen. Ich muss sagen, ob das nun Haiti, Südeuropa oder aus Sicht der Lage in Chile ist, wir haben nicht reagiert. Ich weiß, es ist früh für eine solche Aussage, aber wir müssen wirklich gemeinsam handeln. Was wir vor allem benötigen, ist praktische Hilfe: (a) Geld, (b) sauberes Wasser, (c) Wiederherstellung der Stromversorgung und (d) unverzügliches Wiederankurbeln der Wirtschaft.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – (ES) Herr Präsident, gestern führte ich ein Gespräch mit Senator Pizarro, der vor wenigen Stunden sein Amt als Senatspräsident von Chile antrat. Heute wird Herr Pizarro Präsident Piñera in sein Amt einführen. Ich hoffe, dass Präsident Piñera die Wiederaufbauarbeiten effizient durchführen wird, und ich möchte Präsidentin Bachelet zu ihrem Krisenmanagement gratulieren.

Herr Präsident, ich möchte gerne meine Solidarität und mein brüderliches Mitgefühl mit dem chilenischen Volk nach dem schrecklichen Erdbeben und dem Tsunami zum Ausdruck bringen, der die Gebiete von Concepción, Biobío, Temuco und Valparaíso getroffen hat. Ich bin sicher, dass das heldenhafte Volk Chiles fähig zur Überwindung dieser Katastrophensituation sein wird, wie es dies bereits früher unter Beweis gestellt hat. Ich möchte nochmals mein Mitgefühl und meine tiefste Solidarität mit Chile betonen.

Andreas Mölzer (NI). - Herr Präsident! Angesichts der verheerenden Folgen des Erdbebens der Stärke 8,8 in Chile muss man der Bürgermeisterin von Concepción Recht geben: 24 Stunden sind eine Ewigkeit für jemanden, der unter Trümmern begraben liegt. Obgleich die Regierungsbehörden und Rettungsdienste in diesem lateinamerikanischen Staat zweifellos gut auf etwaige Erdbeben eingestellt sind, kam die Hilfe bei mehr als 2 Millionen Betroffenen aufgrund logistischer Probleme nicht überall rechtzeitig an. Erst spät eintreffende Truppen waren mit dem Chaos überfordert. Die Menschen mussten nicht nur aus Angst vor Nachbeben, sondern auch aus Angst vor Kriminellen auf die Dächer flüchten und Straßensperren errichten. Chile mag zwar wohlhabend genug sein, um die vom Erdbeben betroffene Bevölkerung selbst zu versorgen, es hat aber gottlob seinen Stolz überwunden und um Unterstützung gebeten, auch bei der EU.

Wir werden aber auch selbst daraus Lehren ziehen müssen, nämlich die, dass im Notfall der Lack der Zivilisation schnell abblättert und 24 Stunden zu lange sein können. In diesem Sinn gilt es, Notfallpläne und die Koordination von Hilfseinsätzen auch innerhalb der EU für den Ernstfall effektiver zu gestalten.

Janez Potočnik, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, wir waren alle schockiert von dem Ausmaß dieser Katastrophe für die Natur und die Menschen. Dank der raschen Mobilisierung der ECHO-Nothilfe und des Katastrophenschutzmechanismus der EU waren wir in der Lage, rasch nach Eintreten des Erdbebens koordinierte und praktische Hilfe anzubieten.

Wie ich bereits erwähnt habe, war auch die von einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten bereitgestellte oder angebotene Unterstützung wichtig.

Neben den humanitären und anderen Aktionen, die ich angesprochen habe, muss auch erwähnt werden, dass am Dienstag in Luxemburg die Europäische Investitionsbank und Chile – darauf hat ein Abgeordneter bereits hingewiesen – ein Rahmenabkommen geschlossen haben, das der Bank ein Tätigwerden in Chile ermöglicht.

Diese Entwicklung zeigt den ausgezeichneten Zustand der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Chile und unser gemeinsames Engagement für den weiteren Ausbau und die Vertiefung unserer Partnerschaft. Der Zeitpunkt ist auch äußerst günstig, da die EIB ein weiteres Werkzeug für die Europäische Union bei der Zusammenarbeit mit Chile hinsichtlich den mittel- bis langfristigen Wiederaufbauanstrengungen darstellt, die bereits auf den Weg gebracht wurden.

Hinsichtlich der konkreten Frage der Länderstrategie für Chile und den bereitgestellten 41 Millionen EUR möchte ich ausführen: 25 Millionen EUR wurden in der ersten Runde ausgegeben; 15,6 Millionen EUR verbleiben für die zweite Runde. Normalerweise sollte diese Summe zu 50 Prozent dem sozialen Zusammenhalt und zu 50 Prozent der Innovation und dem Wettbewerb gewidmet werden. Wir haben angeboten, diese Mittel für den Wiederaufbau einzusetzen, über den wir hier sprechen. Bisher haben die chilenischen Behörden keine Anträge gestellt, aber die Gelder könnten natürlich unter beiden Titeln dem Wiederaufbau zugeführt werden.

Die chilenischen Behörden haben bisher keine spezifischen Anträge an die Europäische Union zur Unterstützung des Wiederaufbaus gerichtet. Wie ich bereits erwähnt habe, wird Präsident Piñera heute in sein Amt eingeführt. Er wird mit Sicherheit der Bewertung und Quantifizierung der Schäden sowie der Planung der gewaltigen Anstrengungen, die nötig sein werden, oberste Priorität geben.

Die Kommission ist bereit, alle eventuell gestellten Anträge zu prüfen. Wie ich bereits erwähnt habe, wird durch die Tatsache, dass die Europäische Investitionsbank jetzt in Chile tätig werden kann, ein weiteres Instrument geschaffen, das wir neben den bereits für uns zur Verfügung stehenden nutzen können.

Es muss auch daran erinnert werden, was einige Redner bereits erwähnt haben, dass Chile ein gutes Beispiel für Entwicklung ist. Chile ist tatsächlich sogar in einer Netto-Gläubigerposition, anders als die meisten südamerikanischen Länder. Der aus dem Amt scheidende Finanzminister hob letzten Freitag die Tatsache hervor, dass anders als bei anderen Tragödien, die das chilenische Volk getroffen haben, das Volk und der chilenische Staat dieses Mal auch eigene Ressourcen zur Verfügung haben.

Abschließen möchte ich damit, dass die Europäische Union – das Volk, die Regionen und Länder der EU – Seite an Seite mit Chile bei der Bewältigung dieser Katastrophe stehen, und dass dies in einer zivilisierten und menschlichen Welt auch so sein sollte.

Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

António Fernando Correia De Campos (S&D), schriftlich. – (PT) Nach dem Erdbeben in Haiti sind wir erneut Zeugen einer schrecklichen Katastrophe geworden, mit 800 bestätigten Opfern und einem Schaden, der nahezu 15 Prozent des chilenischen BIP entspricht. Laut der chilenischen Präsidentin Frau Bachelet ist 80 Prozent der Bevölkerung betroffen und die Infrastruktur des Landes ist schwerwiegend beschädigt.

Wieder einmal hat die EU ihre Verantwortung als bevorzugter Handelspartner dieses Landes übernommen, dessen primärer Handelspartner sie ist, ebenso wie der primäre Markt für chilenische Exporte. Die Reaktion der EU bestand in der Bereitstellung von 3 Millionen EUR als Nothilfe, während europäische Katastrophenschutzexperten vor Ort sind, um den dringendsten Bedarf einzuschätzen.

Die Naturkatastrophen, unter denen die Welt zu leiden hat, wie die Erdbeben und tödlichen Orkane, deren Zeugen wir vor kurzem in der EU wurden, lassen uns das Paradigma von humanitärer Hilfe und Notfällen, die einer raschen, flexiblen und abgestimmten Antwort bedürfen, neu überdenken.

Die EU hat ihre Effektivität und Fähigkeit zu reagieren unter Beweis gestellt. Das Parlament hat nicht nur Chile gegenüber sein tief empfundenes Beileid ausgedrückt, sondern auch in dieser Debatte sein Engagement zur Unterstützung beim Aufbau dieses Landes demonstriert, das durch das Erdbeben vom 27. Februar so schwer getroffen wurde.

(Die Sitzung wird um 11.40 Uhr unterbrochen und um 12.00 Uhr wieder aufgenommen.)

VORSITZ: Gianni PITTELLA

Vizepräsident

6. Erklärung des Präsidenten

Der Präsident. – Meine Damen und Herren! Bevor wir mit der Abstimmung beginnen, möchte ich eine kurze Erklärung abgeben, da wir heute zum sechsten Mal den Europäischen Gedenktag für die Opfer des Terrorismus begehen.

Wir gedenken den mehr als 5 000 Opfern in Europa und verleihen unserer Solidarität mit den unzähligen Verletzten Ausdruck, die durch die Barbarei des Terrorismus zu Schaden kamen.

Die Bombenanschläge von Madrid vor sechs Jahren, am 11. März 2004, bei denen 191 Menschen aus 17 Ländern ihr Leben verloren, sowie die Bomben, die am 7. Juli 2005 in London detonierten, gehören zu den schlimmsten Terrorakten, die je auf europäischem Boden ausgeübt wurden.

Terrorismus ist ein Angriff auf uns alle: ein Angriff auf die Grundfesten unserer demokratischen Gesellschaft.

Deswegen wird Europa den Terrorismus stets geschlossen bekämpfen, egal ob er von Separatisten, religiösen Fanatikern oder politischen Extremisten ausgeht.

Terrorismus kann niemals und unter keinen Umständen gerechtfertigt werden. Dieser europäische Gedenktag gibt uns die Möglichkeit, zu zeigen, dass kein Terrorist und keine terroristische Handlung jemals das Vertrauen in unsere Grundwerte der Menschenrechte und der Demokratie erschüttern kann.

(Beifall)

7. Tagungskalender: siehe Protokoll

8. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmung.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll)

Robert Goebbels (S&D). – (FR) Herr Präsident! Ich möchte Sie darum bitten, noch ein wenig zu warten, da viele Kolleginnen und Kollegen noch in den Fahrstühlen stecken. Irgendjemand hatte die grandiose Idee, die Fahrstühle in der einen Woche des Monats zu reparieren, in der wir hier in Straßburg sind, obwohl das in den übrigen drei Wochen hätte erledigt werden können.

Der Präsident. – Herr Goebbels, es ist schon nach 12.00 Uhr. Wir haben bereits fünf Minuten gewartet. Ich denke, dass wir nun zur Abstimmung übergehen können.

(Beifall)

8.1. Kuba (B7-0169/2010) (Abstimmung)

8.2. Investitionen in Technologien mit geringer Kohlenstoffintensität (Abstimmung)

8.3. Naturkatastrophe größeren Ausmaßes in der Autonomen Region Madeira und Folgen des Orkans Xynthia in Europa (B7-0139/2010) (Abstimmung)

9. Stimmerklärungen

Mündliche Stimmerklärungen

Gemeinsamer Entschließungsantrag RC-B7-0169/2010

Miroslav Mikolášik (PPE). – (SK) Staatliche Archive und andere verfügbare Quellen belegen, dass das kommunistische Regime zwischen 1948 und 1989 in der Slowakei 71 168 Menschen für angebliche politische Verbrechen verurteilt hat.

Es gibt keinen besseren Weg, dieser politischen Häftlinge und der Gefangenen aus Gesinnungsgründen zu gedenken, als aktiv die Verbreitung von Freiheit und Demokratie in jenen Ländern zu fördern, in denen diese Werte als unerreichbarer Luxus gelten. Die Appelle der Europäischen Union haben bislang keine Reaktion hervorgerufen. Ich bin allerdings zutiefst besorgt wegen der Lage politischer Häftlinge in Kuba und bitte daher den Rat und die Kommission inständig, effektive Maßnahmen für die Freilassung politischer Gefangener zu ergreifen und deren Arbeit als Verfechter der Menschenrechte zu unterstützen und zu ermöglichen. An die Bürgerinnen und Bürger Kubas...

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Filip Kaczmarek (PPE). – (PL) Herr Präsident! Ich habe die Annahme des gemeinsamen Entschließungsantrags zu Kuba unterstützt. Offen gesagt, verstehe ich nicht, warum Fidel Castros europäische Freunde weiterhin so verbissen die Idee einer bankrotten und demoralisierten Revolution unterstützen. Können denn etwa nur die Todesopfer eines sich selbst als fortschrittlich bezeichnenden Regimes den Menschen die Notwendigkeit einer Veränderung in Kuba verdeutlichen? Manchmal tragen die Opfer Einzelner zu historischen Veränderungen bei. Ich hoffe, das wird auch dieses Mal der Fall sein. Ebenso wünsche ich mir jedoch, dass der Dogmatismus des Staatsapparats und dessen Unfähigkeit, seine eigene Position zu erkennen und zu ändern, keine weiteren Opfer fordert.

Ich kann auch nicht akzeptieren, dass viele AKP-Staaten dem Wesen und den Auswirkungen des sozialen und politischen Systems, das in Kuba aufgebaut wurde, völlig unkritisch gegenüberstehen. Ich bin absolut überzeugt, dass dies eine falsche Auslegung von Solidarität ist. Es wäre ehrlicher, anzuerkennen, was in Kuba erreicht wurde, gleichzeitig aber die Misserfolge zu verurteilen, die sich als unsozial, unmenschlich und destruktiv erwiesen haben.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – (ES) Herr Präsident! Ich möchte im Namen von Frau Muñiz erklären, warum die spanische Delegation der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament gegen Änderungsantrag 2 gestimmt hat, der von der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke vorgelegt wurde, obwohl dieser Änderungsantrag die Unterstützung des spanischen Ratsvorsitzes in dessen Umgang mit Kuba fordert.

Erstens möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass wir keine Änderungsanträge unterstützen können, die von einer Fraktion vorgelegt werden, die sich von dem Entschließungsantrag gänzlich zu distanzieren versucht hat, und dass unsere Verpflichtung allen Fraktionen gegenüber, die diesen Entschließungsantrag unterschrieben haben, es uns nicht erlauben würde, eine teilweise Änderung des Dokuments zu unterstützen.

Zweitens entspricht der von der GUE/NGL-Fraktion vorgelegte Änderungsantrag 2 nicht der Position des spanischen Ratsvorsitzes, der zwar einen Konsens innerhalb der Europäischen Union erreichen möchte, um neue Rahmenbedingungen für unsere Beziehungen zu Kuba schaffen zu können, nicht aber um den Preis eines vollständigen Bruchs mit dem Gemeinsamen Standpunkt, was dieser Änderungsantrag jedoch fordert.

Aus diesem Grund lehnen wir den Änderungsantrag ab.

Zuzana Roithová (PPE). – (CS) Es war mir eine Ehre, heute den Entschließungsantrag zur Lage der politischen Häftlinge und der Gefangenen aus Gesinnungsgründen in Kuba zu unterstützen, nicht nur als Abgeordnete aus einem ehemals totalitären kommunistischen Staat, sondern auch, weil ich in der Vergangenheit die Gelegenheit hatte, kubanische Dissidenten kennenzulernen, speziell den Arzt Dr. Darsí Ferrer, der gemeinsam mit anderen seit Juli letzten Jahres im Gefängnis sitzt.

Nach meiner Rückkehr informierte ich das Parlament über den beklagenswerten Zustand des Gesundheitswesens und ich möchte noch einmal betonen, dass alle, die keine Mitglieder der Kommunistischen Partei sind und keine Dollars besitzen, keinen Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Dr. Darsí Ferrer war eine bedeutende Persönlichkeit in Havanna und er half Dissidenten bei der Beschaffung von Medikamenten. Jetzt sitzt er hinter Gittern.

Ich freue mich sehr, dass wir diesen Entschließungsantrag angenommen haben, weil er eine sehr klare Sprache spricht und auch die europäischen Behörden unmissverständlich dazu herausfordert, sich weiterhin für einen demokratischen Wandel in Kuba einzusetzen.

Daniel Hannan (ECR). – Herr Präsident! Wer hätte vor 20 Jahren, als die Luft über Europa mit dem Staub einstürzender Mauern und mit Freudenschreien der Freiheit angefüllt war, gedacht, dass die rote Flagge auch heute noch über Havanna wehen würde und dass Fidel Castro auf dieser schwülen Karibikinsel einmal friedlich im Bett sterben würde.

Sola mors tyrannicida est, sagte mein Landsmann Sir Thomas Morus: Nur der Tod befreit uns von Tyrannen.

Zwei Faktoren haben für das Fortbestehen des kommunistischen Regimes in Kuba gesorgt: zum einen die starrköpfige Blockade Amerikas, die es Castro und seinem Regime ermöglichte, alle Entbehrungen ihrer Landsleute auf den ausländischen Imperialismus zu schieben, statt auf die Misswirtschaft des Kommunismus, und zweitens die Nachsicht einiger Europäer, auch einiger in diesem Haus, die eine abstoßende Doppelmoral an den Tag legen, indem sie die Verletzung von Menschenrechten und die Verweigerung von Demokratie auf Kuba damit entschuldigen, dass dieses Land gute Ärzte und Ballerinen hervorbringt.

Ich hoffe, dass dieses Haus erwachsen wird und dass manche in diesem Haus es schaffen, ihre Studentenzeit hinter sich zu lassen, in der sie T-Shirts mit dem Abbild Che Guevaras trugen. Die Zeit ist reif für eine konstruktive Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften Kubas. Die Geschichte wird uns freisprechen.

Philip Claeys (NI). – (NL) Herr Präsident! ich habe mich für den Entschließungsantrag zu Kuba ausgesprochen, weil dieser in seiner Gesamtheit dem totalitären Regime in Havanna recht kritisch gegenübersteht. Gleichzeitig möchte ich diese Gelegenheit nutzen, dem Rat ans Herz zu legen, seine Versuche, die Beziehungen zu Kuba zu normalisieren, einzustellen, solange wir es dort mit einer kommunistischen Diktatur zu tun haben, die schamlos Menschenrechte verletzt.

Ich möchte auch der Hohen Vertreterin dringend empfehlen, nicht der Richtung zu folgen, die die Kommission mit ihrer bisherigen Gesetzgebung vorgegeben hat. Ich verweise z. B. auf Herrn Louis Michel, der mehrmals Kuba besucht hat, ohne je auch nur einen Hauch der Kritik zur Situation der Menschenrechte und der Demokratie dort zu äußern. Es ist für die Europäische Union absolut nicht hinnehmbar, sich bei dem kommunistischen Regime in Kuba einzuschmeicheln.

Entschließungsantrag B7-0148/2010

Jarosław Kalinowski (PPE). – (PL) Herr Präsident! Durch meine Befürwortung des Entschließungsantrags wollte ich meine Unterstützung für Investitionen in die Entwicklung von Technologien mit geringen CO₂-Emissionen zum Ausdruck bringen. Der SET-Plan ist nur dann effektiv und glaubwürdig, wenn er

vernünftig finanziert wird, und dazu gehört auch die Finanzierung aus privaten Quellen. Argumente für die Notwendigkeit derartiger Maßnahmen sind vor allem die derzeitige wirtschaftliche Situation Europas, der gefährliche Klimawandel und die Bedrohung der Energiesicherheit. Dank neuester Forschung und Technik gibt es nun eine Chance, diese Krise zu überwinden und damit gleichzeitig Maßnahmen gegen den Klimawandel zu unterstützen. Es ist auch eine Chance für die Landwirtschaft in Europa und eine Möglichkeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten im nicht landwirtschaftlichen Sektor. Diese Arbeitsplätze könnten vor allem durch den Ausbau erneuerbarer Energiequellen entstehen.

Jan Březina (PPE). – (CS) Auch ich habe für den Entschließungsantrag zu Investitionen in die Entwicklung von Technologien mit geringen CO₂-Emissionen (den SET-Plan) gestimmt, da er meiner Meinung nach der Union die Möglichkeit gibt, ihre Wirtschaft innovativer zu gestalten, um anspruchsvollen Aufgaben besser gewachsen zu sein. In dieser Hinsicht halte ich es für unabdingbar, dass die Kommission in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank bis spätestens 2011 einen umfassenden Vorschlag für ein Instrument zur Investition in erneuerbare Energien, Energieeffizienzprojekte und intelligente Netzwerke vorlegt. Gleichzeitig sollte die Rolle der Europäischen Investitionsbank bei der Finanzierung von Energieprojekten gestärkt werden, vor allem von Projekten mit höherem Risiko.

Ich wehre mich kategorisch dagegen, dass das Thema der emissionsarmen Technologien von einigen Kolleginnen und Kollegen des linken politischen Spektrums ausgenutzt wird, um die Kernenergie unter der Gürtellinie anzugreifen. Ich bleibe bei dem Standpunkt, dass die Kernenergie eine saubere Energieart ist, die zur nachhaltigen Entwicklung beiträgt.

Marek Józef Gróbarczyk (ECR). – (PL) Ich konnte den Entschließungsantrag nicht unterstützen, obwohl er für die Wirtschaft Europas äußerst wichtig ist. Es sollte festgehalten werden, dass dieser Entschließungsantrag eine sehr starke Konzentration von Geldern nur in bestimmten Bereichen begünstigt, nur in bestimmten Branchen der Energiewirtschaft, nämlich den „grünen“ Bereichen. Dies widerspricht der Idee der Energiesolidarität mit jenen Ländern, die vorrangig von Kohle abhängig sind. Polens Energiewirtschaft basiert auf Kohle, deshalb ist ein sanfter Übergang zu einer grünen Wirtschaft für uns äußerst wichtig. Als Folge derartiger Maßnahmen würden wir in Polen keine Arbeitsplätze schaffen, sondern sie abschaffen. In Krisenzeiten ist so etwas sehr problematisch und es würde Polen schaden.

Gemeinsamer Entschließungsantrag RC-B7-0139/2010

Sophie Auconie (PPE). – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 27. und 28. Februar traf der Orkan Xynthia Frankreich. Fast 60 Menschen kamen ums Leben, Hunderttausende erlitten schwere Verluste.

Die Europäische Union muss angesichts dieser Tragödie ein Exempel statuieren. Deswegen habe ich persönlich meinen Beitrag zum Entwurf dieses Entschließungsantrags geleistet, der von der Europäischen Kommission ein entschiedenes Handeln fordert. Wir erwarten, dass sie den von der Katastrophe betroffenen Gebieten Finanzhilfen aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Verfügung stellt.

Falls infolge dieser Tragödie die Regionen Poitou-Charentes, Charente-Maritime, Pays de la Loire und Bretagne eine Änderung ihrer durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Europäischen Sozialfonds kofinanzierten zugewiesenen Mittel beantragen, wird die Europäische Kommission diese Anträge sehr schnell und sehr wohlwollend bearbeiten müssen.

Abgesehen von diesem Entschließungsantrag bin ich, genau wie meine Kolleginnen und Kollegen von der UMP, davon überzeugt, dass es Zeit für die Schaffung einer europäischen Zivilschutztruppe ist. Nur auf diese Weise kann dringend benötigte zusätzliche Hilfe in Katastrophenszenarien wie diesen geleistet werden.

Der Präsident. – Herr Kelly! Obwohl Sie vor der ersten Stimmerklärung keinen Redebeitrag angemeldet hatten, haben Sie ausnahmsweise dennoch das Wort. Bitte melden Sie sich das nächste Mal an.

Entschließungsantrag B7-0148/2010

Seán Kelly (PPE). – Herr Präsident! Ich möchte nur sagen, dass es meiner Meinung nach Zeit für ein schlüssiges Dokument zum Thema Kernenergie wäre, das den Fortschritt und die Sicherheitsmaßnahmen in diesem Bereich darstellt und zeigt, wie sich diese Entwicklung in Zukunft auf die Forschung auswirken wird, damit die Bürgerinnen und Bürger sich eine eigene Meinung bilden können.

Es herrscht viel Skepsis und es gibt viele Zweifel zu diesem Thema. Hier tut Aufklärung not, das würde die Diskussion über die Technologien mit geringen CO₂-Emissionen deutlich entlasten.

Zu guter Letzt möchte ich am heutigen Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung von Litauen und Estland diesen beiden Staaten zum 20-jährigen Bestehen ihrer Unabhängigkeit gratulieren.

Schriftliche Stimmerklärungen

Gemeinsamer Entschließungsantrag RC-B7-0169/2010

John Stuart Agnew, Marta Andreasen, Gerard Batten, John Bufton und Mike Natrass (EFD), schriftlich. – Obgleich wir die Meinung teilen, dass in Kuba eine kommunistische Tyrannenherrschaft besteht, und obgleich wir uns eine Wandlung Kubas in einen friedlichen, demokratischen Staat wünschen, sehen wir die EU nicht als Teil dieses Prozesses.

Charalampos Angourakis (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Dieser Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments, der unter dem Vorwand des Todes des kubanischen Häftlings Orlando Zapata Tamayo beschlossen wurde, welcher trotz der Bemühungen der kubanischen Gesundheitsbeamten, sein Leben zu retten, infolge eines Hungerstreiks verstarb, ist ein provokanter und nicht hinnehmbarer Angriff auf die sozialistische Regierung und das kubanische Volk und er ist Teil der antikommunistischen Strategie, die von der EU vorgegeben und vom Europäischen Parlament angeführt wird, um den Umsturz des sozialistischen Regimes herbeizuführen. Wir verurteilen den scheinheiligen und provokanten Versuch der Vertreter des Kapitals aus der Mitte-Rechts-, der Mitte-Links- und der Grünen-Fraktion, diesen Vorfall auszunutzen.

Die Kommunistische Partei Griechenlands verurteilt diesen Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments und hat dagegen gestimmt. Sie ruft die Völker dazu auf, ihrer Solidarität mit der Regierung und dem Volk Kubas Ausdruck zu verleihen, sich für die Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts gegen Kuba einzusetzen, Versuche der Europäischen Union zu unterbinden, die Menschenrechte als Vorwand zu benutzen, um imperialistischen Druck und Zwang auf das kubanische Volk und seine Regierung auszuüben, die sofortige Aufhebung des kriminellen US-Embargos gegen Kuba zu fordern, die sofortige Freilassung der fünf in US-Gefängnissen inhaftierten Kubaner zu fordern und das sozialistische Kuba zu verteidigen.

Sebastian Valentin Bodu (PPE), schriftlich. – (RO) Die Europäische Union ist die demokratischste Struktur der Welt und das Fundament, auf dem sie aufgebaut wurde, ist die Achtung der Menschenrechte. Deswegen finde ich es lobenswert und ermutigend, dass alle Fraktionen des Parlaments geschlossen hinter der Verurteilung der Verstöße gegen die Menschenrechte durch die kubanischen Behörden stehen, ganz zu schweigen von dem konstruktiven, dialogbereiten Ansatz, den die EU gegenüber Kuba vertreten will.

Wir leben im 21. Jahrhundert und nirgendwo auf der Welt dürften mehr Menschen wegen ihrer Meinung oder ihres Gewissens inhaftiert werden, ganz gleich wie lang die Geschichte von Totalitarismus und Diktatur eines Landes ist. Der internationale Dialog kann - viel eher als die Verhängung von Sanktionen - dazu genutzt werden, Haltungen zu ändern, damit diejenigen, die mit ihrer Staatsführung nicht einer Meinung sind, nicht länger den für menschenverachtende Regimes typischen Misshandlungen und Ungerechtigkeiten ausgesetzt sind.

Tragödien wie die, die dem kubanischen Dissidenten Orlando Zapata Tamayo widerfahren ist, der sich eines Gewissensdelikts schuldig gemacht hatte, dürfen sich nicht wiederholen. Es gibt noch mehr politische Häftlinge in Kuba, die in Gefahr sind. Als Garant für die Achtung der Menschenrechte muss die EU eine aktive Rolle übernehmen und schnell diplomatisch einschreiten, damit sich eine Tragödie wie die von Orlando Zapata Tamayo weder in Kuba noch in einem anderen Teil der Welt jemals wiederholen kann.

Andrew Henry William Brons (NI), schriftlich. – Ich verurteile uneingeschränkt die Misshandlung von Menschen in Kuba (oder an jedem anderen Ort der Welt). Trotzdem habe ich mich bei dem Entschließungsantrag gegen Kuba als Ganzes der Stimme enthalten. Ein Grund dafür war, dass der Entschließungsantrag der Europäischen Union und deren Funktionären die Vollmacht einräumt, im Namen der Mitgliedstaaten zu sprechen und zu handeln. Der andere Grund war, dass viele Mitgliedstaaten der Europäischen Union Menschen für ihre gewaltlose freie Meinungsäußerung, für abweichende Weltanschauungen oder für die Teilnahme an Aktivitäten Andersdenkender verfolgen und inhaftieren. Es ist äußerst scheinheilig, wenn Parteien, die in Europa politische Unterdrückung befürworten, mit dem Finger auf Staaten wie Kuba zeigen, die lediglich genauso repressiv und antidemokratisch denken und handeln.

Edite Estrela (S&D), schriftlich. – (PT) Ich habe für den Entschließungsantrag zur Lage der politischen Häftlinge und der Gefangenen aus Gewissensgründen in Kuba gestimmt. Wir bekräftigten noch einmal die Notwendigkeit, alle politischen Häftlinge und Gefangenen aus Gewissensgründen sofort freizulassen. Wir

glauben, dass die Inhaftierung kubanischer Dissidenten wegen ihrer Wertvorstellungen und ihrer friedlichen politischen Handlungen eine Verletzung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte darstellt.

Göran Färm, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Marita Ulvskog und Åsa Westlund (S&D), schriftlich. – (SV) Wir als schwedische Sozialdemokraten teilen die in dem Änderungsantrag dargelegte Auffassung, dass das Handelsembargo gegen Kuba aufgehoben werden sollte. Wir sind allerdings nicht der Meinung, dass diese Feststellung Teil des vorliegenden Entschließungsantrags sein sollte, da dieser Gefangene aus Gewissensgründen betrifft.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Orlando Zapata Tamayo starb den Hungertod, weil er als das behandelt werden wollte, was er war: ein politischer Gefangener, der von einem Regime verfolgt wurde, das trotz der Änderungen in seiner Führung weiterhin mit eiserner Hand über seine Bürgerinnen und Bürger herrscht und ihnen verbietet, sich zusammenzuschließen oder ihre Meinung frei zu äußern.

Die tragischen Umstände seines Todes sollten uns alle mit Scham erfüllen. Vor allem aber die politischen Entscheidungsträger, die unter der Führung von Herrn Zapatero und Botschafter Moratinos die Strategie Europas gegenüber Kuba verändert haben.

Alles, was die Europäische Union mit ihren zaghaften Beschwichtigungsversuchen erreicht hat, ist ein verstärktes Gefühl der Straffreiheit, während die Demokraten, die viel mehr Unterstützung von unserer Seite verdient hätten, sich zunehmend ausgegrenzt fühlen.

Ich hoffe, dass wir zu der entschlossenen demokratischen Politik zurückkehren werden, die erst in letzter Zeit verwässert wurde. Ich möchte, dass die Europäische Union endlich anerkennt, dass dieser Strategiewechsel ein völliger Fehlschlag war. Ich möchte auch, dass Oswaldo Payá und die Damen in Weiß ungehindert nach Europa reisen können, um die Umstände der Vorgänge in Kuba zu enthüllen.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Wir haben gegen diesen Entschließungsantrag gestimmt, weil die Mehrheit des Parlaments den Tod von Zapata Tamayo, der infolge eines Hungerstreiks trotz medizinischer Versorgung in einem kubanischen Gefängnis ums Leben kam, politisch ausnutzt. Sie wollen die vom spanischen Ratsvorsitz öffentlich erklärte Absicht vereiteln, den Gemeinsamen Standpunkt zu Kuba aufzuheben. Wieder einmal greifen sie Kuba und dessen Volk an, indem sie sich in seine Unabhängigkeit und Souveränität einzumischen versuchen, in seine wirtschaftlichen und sozialen Erfolge und seine beispielhafte internationale Solidarität.

Kapitalismus ist nicht die Zukunft der Menschheit. Kuba ist auch weiterhin ein Beispiel dafür, dass es möglich ist, eine Gesellschaft ohne Ausbeuter und Ausgebeutete aufzubauen - eine sozialistische Gesellschaft. Die Vertreter des Kapitalismus im Europäischen Parlament akzeptieren diese Tatsache nicht. Sie versuchen, einen umfassenden politischen Dialog mit der kubanischen Regierung zu denselben Bedingungen, die für alle anderen Länder gelten, mit denen die EU diplomatische Beziehungen pflegt, zu verhindern.

Sie verurteilen das US-Embargo gegen Kuba nicht, dessen unverzügliche Aufhebung bereits 18 Mal von der Generalversammlung der Vereinten Nationen gefordert wurde. Sie sagen nichts zur Situation der fünf kubanischen Bürger, die seit 1998 ohne fairen Prozess in den Vereinigten Staaten inhaftiert sind, und ignorieren die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten einen Kubaner beherbergen, der Drahtzieher eines Bombenanschlags auf ein Flugzeug war, der 76 Menschen das Leben kostete.

Jacek Olgierd Kurski (ECR), schriftlich. – (PL) Ich habe bei der heutigen Abstimmung den Entschließungsantrag zur Lage der politischen Häftlinge und der Gefangenen aus Gewissensgründen in Kuba unterstützt. Wir als Europäisches Parlament müssen unmissverständlich die Praktiken des Regimes in Havanna verurteilen und uns für die Rechte von unabhängigen Journalisten, friedlichen Dissidenten und von Verfechtern der Menschenrechte aussprechen. In dem angenommenen Entschließungsantrag haben wir unsere aufrichtige Solidarität mit allen Kubanern zum Ausdruck gebracht und ihre Bemühungen um Demokratie sowie um die Achtung und den Schutz der Grundrechte unterstützt. Ich komme aus einem Land, in dem eine Volksbewegung in Opposition zum kommunistischen Regime entstanden ist: die Solidaritätsbewegung Solidarność. Auch, wenn Polen und andere Staaten Mittel- und Osteuropas, die heute Teil der Europäischen Union sind, ihre schmerzhaften Erfahrungen mit kommunistischen Herrschaften hinter sich gelassen haben, dürfen wir auf keinen Fall diejenigen vergessen, die inhaftiert und verfolgt werden, weil sie sich so sehr nach Demokratie, Freiheit und dem Recht auf freie Meinungsäußerung sehnen.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Die EU darf sich keiner romantischen Vorstellung von dem politischen Regime in Kuba hingeben, da es sich hier um eine echte kommunistische Diktatur handelt, die auf der Logik

einer einzigen Partei beruht, die die Menschenrechte verletzt, ihre Bürgerinnen und Bürger unterdrückt, ihre politischen Gegner verfolgt und ausschaltet und zahllose Menschen nur deshalb ins Gefängnis steckt, weil sie das Vergehen begangen haben, eine eigene Meinung zu besitzen.

Der Tod von Orlando Zapata war nur ein weiterer Fall, der die Welt schockierte, und das Europäische Parlament muss diesen Vorfall aufs Strengste verurteilen, ohne Zögern und ohne falsche Rechtfertigungen. Deswegen lehne ich die Versuche einiger Kolleginnen und Kollegen von Linksaußen ab, dieses abstoßende Verbrechen in einen politischen Zusammenhang zu bringen, einzig und allein um ein Regime zu legitimieren, das weder geduldet noch akzeptiert werden darf.

Willy Meyer (GUE/NGL), schriftlich. – (ES) Ich habe gegen den Entschließungsantrag RC-B7-0169/2010 zu Kuba gestimmt, weil dieser meiner Meinung nach einen unrechtmäßigen Eingriff darstellt, der internationales Recht verletzt. Ich habe mit meiner Stimme diesen politischen Manipulationsversuch verurteilt, der nur darauf abzielt, die kubanische Regierung zu missbilligen. Die Abgeordneten, die für diesen Entwurf gestimmt haben, sind dieselben, die sich immer wieder geweigert haben, diesem Parlament einen Entschließungsantrag zur Verurteilung des Staatsstreichs in Honduras vorzulegen. Der vorliegende Entschließungsantrag drängt die Europäische Union dazu, einen Regimewechsel in der Republik Kuba vorbehaltlos zu unterstützen, und schlägt auch die Nutzung von Mechanismen der Zusammenarbeit mit Europa vor, um dieses Ziel zu erreichen, was einen inakzeptablen Eingriff darstellt, der mit dem internationalen Recht nicht vereinbar ist. Seit über 50 Jahren besteht von Seiten der Vereinigten Staaten von Amerika ein Wirtschafts-, Handels- und Finanzembargo gegen Kuba, das eine offenkundige Verletzung von internationalem Recht darstellt und schwerwiegende Folgen für die wirtschaftliche Situation und die Lebensbedingungen der Kubaner hat. Und trotzdem hat die kubanische Regierung ihren Bürgerinnen und Bürgern immer universellen Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung garantiert.

Andreas Mölzer (NI), schriftlich. – Ich habe für den gemeinsamen Entschließungsantrag zu Kuba gestimmt, da es wichtig ist, auch von Seiten der EU klar zum Ausdruck zu bringen, dass es dringend zu einer Demokratisierung in diesem immer noch kommunistisch regierten Land kommt. Die Inhaftierung von Dissidenten und politischen Gegnern ist ein typisches Merkmal für kommunistische Staaten, wird aber in Kuba exzessiv praktiziert. Dass man nicht einmal der Familie des an den Folgen eines Hungerstreiks gestorbenen Häftlings erlaubt, ein Begräbnis zu organisieren, ist ein besonderer Skandal.

Es ist zu hoffen, dass es möglichst bald zu einer Änderung des politischen Systems in diesem Land kommt. Unabhängig davon ist es aber wichtig, dass die EU und auch die USA überall die gleichen Maßstäbe anlegen. Es ist nicht hinzunehmen, dass die USA kubanischen Personen, die in Bombenanschläge verwickelt sind, „politisches Asyl“ gewähren. Man kann nur dann effektiv Kritik üben, wenn man sich auch selbst an die aufgestellten Kriterien hält.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE), schriftlich. – (ES) Ich habe für den gemeinsamen Entschließungsantrag zu Kuba (RC-B7-0169/2010) gestimmt, weil, wie ich schon in der gestrigen Debatte sagte, der Tod von Orlando Zapata Tamayo an sich ein bedauerlicher Vorfall ist, unabhängig von unseren jeweiligen Positionen zum Thema Kuba.

Auch ich bestehe darauf, dass wir die Freilassung aller politischen Gefangenen und Gefangenen aus Gewissensgründen in Kuba und im Rest der Welt fordern müssen, rate aber dennoch davon ab, Maßnahmen zu ergreifen, die sich für die Entwicklung Kubas hin zu mehr Demokratie und Freiheit bereits als nachteilig erwiesen haben, wie das Embargo und die Blockade. Es ist klar, dass die Insel dringend Veränderungen braucht, und die Europäische Union sollte diese Veränderungen überwachen, damit der Übergang zur Demokratie dem kubanischen Volk zugutekommt.

Alf Svensson (PPE), schriftlich. – (SV) Seit 48 Jahren besteht das Handelsembargo der USA gegen Kuba. Dieses Embargo beeinträchtigt die kubanische Bevölkerung und wird unaufhörlich und immer wieder als Rechtfertigung für die Unzulänglichkeiten des Castro-Regimes genutzt. Schuld an allem ist angeblich das US-Embargo und deshalb kann das kubanische Volk die Schuld nicht eindeutig dem kommunistischen Regime geben und sich davon distanzieren. Die demokratische Opposition in Kuba fordert die Aufhebung des Embargos. Am 29. Oktober 2009 stimmten 187 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen für eine Aufhebung des Embargos. Drei Staaten stimmten für die Beibehaltung des Embargos und zwei enthielten sich. Keiner der Mitgliedstaaten der EU stimmte für eine Verlängerung des Embargos. In der Vergangenheit hat das Europäische Parlament das Embargo gegen Kuba verurteilt und im Einklang mit den Forderungen, die mehrfach von der Generalversammlung der Vereinten Nationen ausgesprochen wurden, die sofortige Aufhebung gefordert. (P5_TA(2003)0374) Das Europäische Parlament hat auch festgestellt, dass das Embargo

sein Ziel verfehlt. (P6_TA(2004)0061) Der aktuelle Entschließungsantrag RC-B7-0169/2010 bezieht sich auf die Lage von politischen Häftlingen und Gefangenen aus Gesinnungsgründen in Kuba. In der Diskussion vor der Abstimmung habe ich den Vorschlag gemacht, Kuba ein Ultimatum zu stellen. Das Embargo wird aufgehoben und binnen sechs Monaten müssen alle Gefangenen aus Gesinnungsgründen freigelassen und Reformen eingeführt werden. Falls das Regime sich nicht an diese Bedingungen hält, werden die USA, die EU und Kanada neue, intelligentere Sanktionen verhängen, die die kubanische Führungsspitze treffen, wie ein Reiseverbot in das Land und das Einfrieren von kubanischem Anlagevermögen und Auslandsinvestitionen.

Entschließungsantrag B7-0148/2010

Sebastian Valentin Bodu (PPE), *schriftlich*. – (RO) Die Europäische Union hat sich das Ziel gesetzt, bis 2020 die Treibhausgasemissionen und den Energieverbrauch um 20 % zu senken und den Anteil der Energiegewinnung aus erneuerbaren Energiequellen auf 20 % zu steigern. Darüber hinaus möchte die EU auf globaler Ebene ein Beispiel setzen, was die Einsparung von Ressourcen und den Umweltschutz betrifft.

Diese ambitionierten Ziele lassen sich nur erreichen, wenn die EU als Ganzes und alle Mitgliedstaaten einzeln klare Terminzusagen machen. Investitionen in CO₂-arme Technologien sind der Schlüssel zur Erreichung der Ziele für 2020, denn das Jahr 2020 ist gar nicht so weit entfernt. Die Erfüllung dieser Ziele geht einher mit einem beachtlichen finanziellen Einsatz: Mehrere exakte Berechnungen gehen von 58 Mrd. EUR aus, die aus öffentlichen und privaten Quellen aufgebracht werden müssen.

Diese finanziellen, logistischen und verwaltungstechnischen Anstrengungen werden dafür sorgen, dass die EU im Innovationsbereich eine weltweite Führungsposition einnimmt und dass die Wirtschaft positiv beeinflusst wird, durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und durch neue Perspektiven in der Forschung, die jahrzehntelang ungerechtfertigterweise nicht ausreichend finanziert wurde. Die Investitionen in die Entwicklung CO₂-armer Technologien werden mittel- und langfristig zu Ergebnissen führen, die sich positiv auf die gesamte Europäische Union auswirken werden.

Maria Da Graça Carvalho (PPE), *schriftlich*. – (PT) Wir müssen unbedingt auf einem radikalen Wandel der Gesellschaft bestehen, der auf der nachhaltigen Entwicklung von Städten, der dezentralisierten Energieerzeugung und der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie basiert. Diese Strategie ist unabdingbar für eine florierende und nachhaltig wirtschaftende Gesellschaft, die den Herausforderungen des Klimawandels, der Energiesicherheit und der Globalisierung gegenüber gewappnet ist und im Bereich der sauberen Technologien eine Führungsrolle einnimmt. Der SET-Plan ist speziell darauf ausgerichtet, die Entwicklung sauberer Technologien zu fördern. Ich begrüße die in der Mitteilung vorgelegten grundlegenden Richtlinien zur Organisation der Logik der Intervention zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor sowie zwischen Gemeinschafts-, nationaler und regionaler Finanzierung. Es ist allerdings unumgänglich, dass die Finanzierung von wissenschaftlicher Forschungsarbeit im Bereich der sauberen Technologien aus öffentlichen Quellen erhöht wird. Europa muss noch Bedingungen für mehr private Investitionen in wissenschaftliche Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration im Energiebereich schaffen. Wir müssen unbedingt vom Wort zur Tat schreiten. Die nächste Finanzielle Vorausschau der EU und das Achte Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung sollten ihre Prioritäten auf die Energiesicherheit, den Kampf gegen den Klimawandel und die Umwelt setzen. Nur so können die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie gewährleistet und das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen gefördert werden.

Edite Estrela (S&D), *schriftlich*. – (PT) Ich habe für den Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments zu Investitionen in die Entwicklung von Technologien mit geringen CO₂-Emissionen (SET-Plan) gestimmt, weil im Sinne einer effektiven Bewältigung der Wirtschaftskrise die Investition in diese neuen Technologien, die das größte Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen haben, als Priorität betrachtet werden sollte. Ich glaube, dass diese Investitionen neue Chancen für die Entwicklung der Wirtschaft und der Wettbewerbsfähigkeit der EU mit sich bringen könnten.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Der von der Kommission vorgelegte SET-Plan schlägt Investitionen in Forschung und Entwicklung von effizienten und nachhaltigen Technologien für saubere Energie mit geringen Kohlenstoffemissionen vor, wodurch die notwendige Reduzierung der Treibhausgasemissionen erreicht werden kann, ohne die Industrie Europas zu gefährden. Auf diese Weise wird eine unserer Meinung nach ernsthafte Verpflichtung zur nachhaltigen Entwicklung eingegangen.

Neue Energiestrategien dürfen, vor allem vor dem Hintergrund der allgemeinen Krise, die wirtschaftliche Effizienz nicht außer Acht lassen und auf keinen Fall die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Länder Europas aufs Spiel setzen; aber auch bei der Umwelt dürfen deshalb keine Abstriche gemacht werden.

Aus diesem Grund dränge ich auf einen neuen energiepolitischen Ansatz: einen Ansatz, der auf sauberer Energie, der effizienteren Nutzung natürlicher Ressourcen und beachtlichen Investitionen in umweltfreundlichere Technologien basiert, damit wir die Wettbewerbsfähigkeit Europas erhalten und im Rahmen einer auf Innovation und Nachhaltigkeit beruhenden Wirtschaft neue Arbeitsplätze schaffen können.

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Ich begrüße die Ziele des SET-Plans (Strategieplan für Energietechnologie), der die Entwicklung einer Gesellschaft fordert, in der wenig Kohlenstoffemissionen produziert werden. Der SET-Plan zielt darauf ab, die Entwicklung und Markteinführung emissionsarmer Technologien zu beschleunigen. Der Plan enthält auch Maßnahmen für die Planung, Umsetzung, Ressourcenverteilung und internationale Zusammenarbeit im Bereich der innovativen Technologien im Energiesektor. Mehrere Studien gehen davon aus, dass durch die Einhaltung des Ziels, 20 % der erzeugten Energie in Europa aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen, bis 2020 Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen werden können. Darüber hinaus werden ungefähr zwei Drittel dieser Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen entstehen. Die Entwicklung umweltfreundlicher Technologien ist Grundlage der Lösung. Deshalb brauchen wir mehr finanzielle Mittel für den SET-Plan und ich setze mich dafür ein, dass dies in der nächsten Fassung der Finanziellen Vorausschau berücksichtigt wird. Wir müssen umweltfreundliche Technologien und entsprechendes Know-how auch fördern, indem wir in Forschung und Bildung investieren. Je schneller wir die emissionsarme Gesellschaft verwirklichen können, desto schneller finden wir den Ausweg aus der Krise.

João Ferreira (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Die Entwicklung und der Einsatz emissionsarmer Technologien sind nicht nur aus Gründen des Umweltschutzes äußerst wichtig, da dadurch unter anderem die Emission von Kohlendioxid in die Atmosphäre vermindert wird, sondern auch aus energiepolitischen Gründen, wenn man in Betracht zieht, dass die fossilen Brennstoffreserven, von denen die Menschheit so abhängig ist, stetig und unausweichlich schwinden und schließlich erschöpft sein werden.

Leider stellen sowohl der SET-Plan als auch der soeben angenommene Entschließungsantrag nicht nur einen unvollständigen Ansatz zur Lösung des Problems in Bezug auf die in Betracht zu ziehenden Technologien und Energiequellen und die Notwendigkeit zur Senkung des Energieverbrauchs dar, sie werden vor allem nach wie vor als gute Gelegenheit für Geschäfte angesehen, im Zuge derer einige Wenige sehr viel Geld auf Kosten Vieler verdienen werden, anstatt sie als umwelt- und energiepolitischen Imperativ zu sehen, der der gesamten Menschheit zugutekommen soll.

Es ist bezeichnend und aufschlussreich, dass man sich in der Abstimmung über die Änderungsanträge zu dem Entschließungsantrag entschieden hat, anstelle ambitionierter Ziele zur Senkung der Kohlendioxid-Emissionen in die Atmosphäre „den weltweiten Handel von CO₂-Emissionen zu fördern“.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Der Einsatz emissionsarmer Technologien, die logischerweise weniger Kohlendioxid erzeugen, ist ein positiver und wünschenswerter Schritt.

Wir können allerdings nicht akzeptieren, dass auf Kosten der technischen Entwicklung und der Stärkung des sogenannten SET-Plans nur wieder ein neuer Vorwand gesucht wird, um die nationale energiepolitische Strategien zu schwächen.

Wenn wir die Worte der Kommission lesen, dass „der SET-Plan ... die technologische Basis der Energie- und Klimaschutzpolitik der EU“ ist, bleibt kein Zweifel an den wahren Absichten der Europäischen Kommission, der es darum geht, die Unabhängigkeit der Mitgliedstaaten in so entscheidenden Bereichen wie der Energiepolitik zu schwächen.

Der Entschließungsantrag enthält genauer betrachtet Punkte, mit denen wir uns nicht einverstanden erklären können, wie vor allem die Förderung des „weltweiten Handels von CO₂-Emissionen“, der sich bereits als unwirksames Mittel zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen erwiesen hat, oder auch die Bildung zusätzlicher öffentlich-privaten Partnerschaften, wobei betont wird, dass „der Anteil der öffentlichen Investitionen ... erheblich angehoben werden muss“, was dazu führt, dass öffentliche Gelder für die Interessen und Profite des privaten Sektors ausgegeben werden.

Unsere Fraktion hat aus diesen Gründen dagegen gestimmt.

Eija-Riitta Korhola (PPE), *schriftlich*. – Herr Präsident! Die Nachhaltigkeit und Effizienz von CO₂-armen Technologien sind die wichtigsten Faktoren für die große Herausforderung der Senkung von Kohlenstoffemissionen, die wir in der EU und weltweit umsetzen müssen. Aus diesem Grund habe ich den schnellen Prozess begrüßt, mit dem das Parlament einen Entschließungsantrag zu diesem Thema entworfen hat, der der Kommission und dem Rat klar signalisiert, dass der SET-Plan wichtig und zeitgemäß ist. Wenn wir diese Aufgabe ernst nehmen, ist es offensichtlich, dass wir uns aller CO₂-armen Technologien bedienen müssen, auch der nachhaltigen Kernenergie. Deswegen freue ich mich darüber, dass wir es geschafft haben, den Text in Erwägung i zu streichen, der wieder einmal einen Versuch darstellte, die Kernenergie in ein Licht zu rücken, das ihr heutzutage nicht gerecht wird. Diese Erwägung hätte einen negativen Einfluss auf das Konzept der „nachhaltigen Technologien mit geringen CO₂-Emissionen“ haben können, indem er suggerierte, dass die Kernenergie nicht Teil dieser Technologien ist. Es ist aber für uns in der EU tatsächlich so, dass wir uns den Verzicht auf diese Form der Energie nicht leisten können, wenn wir den Klimawandel ernst nehmen wollen. Bis die erneuerbaren Energien wirklich effektive Ergebnisse produzieren und eine sicherere, konstante Energieversorgung gewährleisten können, sind es solche emissionsarmen Technologien, auf die wir uns verlassen müssen.

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Investitionen in CO₂-arme Technologien müssen als Priorität gelten, denn auf diese Weise kann der Klimawandel am effektivsten bekämpft und die EU auf eine umweltfreundliche Wirtschaft vorbereitet werden. Intelligente Lösungen mit geringen Kohlenstoffemissionen bedürfen daher unserer besonderen Aufmerksamkeit, natürlich auch im Hinblick auf die Finanzierung durch die Gemeinschaft, damit wir die Umweltziele, die sich die EU gesetzt hat, bis 2020 erreichen können.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – (DE) Ich habe mich bei der Abstimmung über die „Entschließung zu Investitionen in die Entwicklung von Technologien mit geringen CO₂-Emissionen“ der Stimme enthalten, da sie zwar mehrere vernünftige Ansätze enthält, jedoch auch auf die Weiterentwicklung der Kernkraft, der ich aufgrund der großen Gefahren, die damit verbunden sind, ablehnend gegenüberstehe, setzt. In der Entschließung wird richtigerweise dargelegt, dass die Forschung bisher mit viel zu geringen Mitteln ausgestattet war. Damit Europa aber gegenüber den anderen globalen Spielern konkurrenzfähig bleibt, muss die Finanzierung von Forschungsvorhaben speziell in Bereich der neuen Energien massiv ausgeweitet werden. Die Entwicklung von neuen, kohlendioxidarmen Technologien im Energiesektor wird hoffentlich nicht nur die vorhandenen Arbeitsplätze in diesem Bereich sichern, sondern viele zusätzliche hochqualifizierte Jobs schaffen. Dabei soll aber meiner Meinung nach in die Bereiche Sonnenenergie und Kohlenstoffabscheidung und -speicherung investiert werden. Die Investments in Kernenergie müssen aufgrund der möglichen schwerwiegenden Folgen überdacht und umgeschichtet werden. Durch diese neue Ausrichtung in Energiefragen wird sich auch die Energieversorgungssicherheit innerhalb der EU verbessern sowie eine stärkere Unabhängigkeit von ausländischen Lieferanten einstellen.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE), *schriftlich*. – (ES) Genau wie die Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz habe ich aus mehreren Gründen gegen den Entschließungsantrag (B7-0148/2010) zur Investition in die Entwicklung von Technologien mit geringem CO₂-Emissionen (SET-Plan) gestimmt; vor allem, weil der Änderungsantrag, der die Streichung von Erwägung i forderte und der für uns entscheidend war, angenommen wurde. In dieser Ziffer wurde vorgeschlagen, dass die sechste Europäische Industrie-Initiative zur „nachhaltigen Kernenergie“ in „Kernenergie“ umbenannt werden sollte. Wir halten den Begriff „nachhaltige Kernenergie“ für unsinnig, weil es im besten Fall möglich ist, die Gefahr für die Umwelt und die Gesundheit der Menschen zu begrenzen und die Risiken der nuklearen Aufrüstung, die mit der Entwicklung und Nutzung der Kernenergie einhergehen, einzuschränken, aber man kann diese Risiken nicht aus der Welt schaffen.

Gemeinsamer Entschließungsantrag RC-B7-0139/2010

Luís Paulo Alves (S&D), *schriftlich*. – (PT) Ich habe für diesen Entschließungsantrag gestimmt, um meiner Trauer um die Opfer beider Naturkatastrophen und meiner Solidarität mit ihren Familien und Freunden Ausdruck zu verleihen. Die Katastrophen haben mehrere Mitgliedstaaten und Regionen schwer getroffen.

Ich möchte daher festhalten, dass Europa jetzt schnell auf diese Ereignisse reagieren muss, indem es den Solidaritätsfonds der Europäischen Union nutzt, um Solidarität von Seiten der EU mit den Betroffenen zu zeigen.

In diesem Moment ist es wichtig, vor allem Inselregionen und Regionen in äußerster Randlage besondere Aufmerksamkeit zu schenken, da diese zusätzlich zu ihren generellen Schwierigkeiten nun mit einer verwüsteten Infrastruktur und zerstörtem persönlichem, kommerziellem und landwirtschaftlichem Eigentum konfrontiert sind. In vielen Fällen wird es nicht möglich sein, den Normalbetrieb schnell wiederherzustellen,

vor allem in den vom Tourismus abhängigen Gebieten, da die Medienberichterstattung über diese Ereignisse potenzielle Gäste abschrecken könnte.

Daher ist es notwendig, dass wir die Kommission und der Rat zu schnellem Handeln auffordern, damit der Rat den Vorschlag zu einem einfacheren, schnelleren und flexibleren Einsatz des EU-Solidaritätsfonds neu bewertet.

Genauso wichtig ist es, dass gemeinsam mit den jeweiligen Mitgliedstaaten die europäischen Programme und die Fonds für strukturelle Hilfe, Landwirtschaft und soziale Unterstützung überprüft werden, damit auf die Folgen derartiger Katastrophen besser reagiert werden kann.

Elena Băsescu (PPE), schriftlich. – (RO) Ich habe für den Entschließungsantrag zu den schweren Naturkatastrophen in der Autonomen Region Madeira und den Auswirkungen des Sturmtiefs Xynthia in Europa gestimmt. Ich denke, dass sich die Europäische Union mit denen solidarisch zeigen muss, die infolge dieser Naturkatastrophen leiden müssen. Die Naturkatastrophen haben Gebiete in Portugal, den Westen Frankreichs und mehrere Regionen Spaniens, vor allem die Kanarischen Inseln und Andalusien, getroffen, ebenso Belgien, Deutschland und die Niederlande. Im Westen Frankreichs hat der Sturm ungefähr 60 Todesopfer und viele Vermisste gefordert, ganz zu schweigen von der Zerstörung mehrerer tausend Wohnhäuser. Die Europäische Kommission kann durch den Solidaritätsfonds der Europäischen Union den betroffenen Gebieten finanzielle Hilfe zukommen lassen. Es ist absolut notwendig, dass ein Gefühl der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten herrscht, wenn derartige Naturkatastrophen auftreten. Die lokalen, nationalen und europäischen Behörden müssen zusammenarbeiten, um die betroffenen Gebiete wieder aufzubauen. Dabei dürfen auch Präventionsmaßnahmen nicht außer Acht gelassen werden. Wir müssen sicherstellen, dass in diesem Fall und in der Zukunft die Gelder aus den europäischen Fonds die betroffenen Gebiete so schnell wie möglich erreichen, damit denen geholfen werden kann, die von Naturkatastrophen betroffen sind.

Regina Bastos (PPE), schriftlich. – (PT) Am 20. Februar trat auf Madeira ein einzigartiges meteorologisches Phänomen auf, das mindestens 42 Todesopfer, 32 Vermisste, 370 Obdachlose und circa 70 Verletzte zur Folge hatte.

Am 27. und 28. Februar trat an der Atlantikküste im Westen Frankreichs (Poitou-Charentes und Pays de la Loire) ein weiteres Phänomen auf, das 60 Todesopfer und 10 Vermisste forderte sowie über 2 000 Menschen obdachlos werden ließ. Dieser Orkan schnitt auch mehrere Regionen Spaniens von der Außenwelt ab, vor allem auf den Kanarischen Inseln und in Andalusien.

Abgesehen vom menschlichen und psychischen Leid haben diese meteorologischen Phänomene ein Bild der weitläufigen Zerstörung hinterlassen und dadurch, dass viele Menschen ihr gesamtes Hab und Gut verloren haben, entstand auch äußerst ernstzunehmender sozialer und wirtschaftlicher Schaden in diesen Gebieten.

Ich habe für diesen Entschließungsantrag gestimmt, der von der Kommission fordert, dass unverzüglich alle nötigen Schritte zur Mobilisierung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF) unternommen werden, damit den Opfern so schnell und flexibel wie möglich die größtmögliche Hilfe zukommt.

Ich möchte auch die Notwendigkeit betonen, dass die Regelungen des EUSF auf der Basis der Vorschläge der Kommission neu entworfen werden, damit die Auswirkungen von Naturkatastrophen flexibler und effektiver bekämpft werden können.

Maria Da Graça Carvalho (PPE), schriftlich. – (PT) Der Sturm, der am 20. Februar Madeira verwüstete, hat der Region Madeira enormen menschlichen und materiellen Schaden zugefügt. Die EU hat eine entscheidende Funktion, da ihr Mechanismen und Instrumente wie der Solidaritätsfonds, die Strukturfonds - also der Europäische Fonds für regionale Entwicklung und der Europäische Sozialfonds - und der Kohäsionsfonds zur Verfügung stehen, die schnell, flexibel und unkompliziert aktiviert und eingesetzt werden müssen. Ich begrüße den Entschließungsantrag, in dem die Europäische Kommission gebeten wird, auf Anfrage der portugiesischen Regierung unverzüglich alle nötigen Schritte einzuleiten, um den Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF) so schnell, so flexibel und so umfangreich wie möglich einzusetzen. Ich rufe die Institutionen der Europäischen Union zur Solidarität auf, damit der Kohäsionsfonds schnell und flexibel eingesetzt wird, wobei wir auch Madeiras spezielle Situation als Inselregion und Region in äußerster Randlage der EU beachten müssen. Ich appelliere an den guten Willen der Europäischen Kommission in Bezug auf die Verhandlungen über die Überarbeitung der regionalen operationellen Programme INTERVIR+ (EFRE) und

RUMOS (ESF), sowie des Kapitels zu Madeira des thematischen operationellen Programms für territoriale Verbesserungen (Kohäsionsfonds).

Nessa Childers (S&D), *schriftlich*. – Ich habe für diesen Bericht gestimmt und war sehr erfreut darüber, dass er von Parlament angenommen wurde. Aufgrund der ähnlichen, wenn auch weniger schweren Unwetter, die in Irland Überschwemmungen und erst vor kurzem Schnee mit sich brachten, weiß ich, wie sehr diese Tragödien die Familien und Bürgerinnen und Bürger der EU treffen und wie wichtig es ist, dass dieses Haus auf jede ihm zur Verfügung stehende Weise Hilfe leistet.

Carlos Coelho (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die Naturkatastrophe, die am 20. Februar Madeira traf, hinterließ ein Bild der Verwüstung, des menschlichen Leids und der weitreichenden Zerstörung, und sie hatte verheerende Konsequenzen für die Strukturen von Wirtschaft und Produktion.

Eine Woche später traf eine weitere Naturkatastrophe, das Sturmtief Xynthia, eine Region im Westen Frankreichs und mehrere Gebiete Spaniens mit verheerenden Folgen.

Auch ich möchte meiner Trauer Ausdruck verleihen und meine Solidarität mit allen aussprechen, die sowohl aufgrund von menschlichen als auch materiellen Verlusten von dieser Tragödie betroffen sind.

Den Menschen muss geholfen werden und ihre Infrastruktur, ihre öffentlichen Einrichtungen und die Grundversorgung müssen wiederhergestellt werden.

In der Tat können erst nach Vollendung des Verfahrens zur Mobilisierung des Fonds und der entsprechenden Billigung durch den Rat und das Parlament finanzielle Mittel aus dem Solidaritätsfonds ausgezahlt werden. In der aktuellen Situation ist es allerdings sehr schwierig, von den Menschen zu verlangen, dass sie angesichts dieser extremen Schwierigkeiten ihr Leben normal weiterführen und warten. Deshalb fordern wir, mit größtmöglicher Dringlichkeit und Flexibilität darauf hinzuwirken, dass die Gelder zur Verfügung gestellt und außerordentliche Maßnahmen ergriffen werden, um Madeira zu helfen.

José Manuel Fernandes (PPE), *schriftlich*. – (PT) Am 20. Februar dieses Jahres wurde Madeira von einer Tragödie getroffen, die sich in Form von beispiellosen, sintflutartigen Regenfällen, starkem Wind und riesigen Wellen manifestierte. Mindestens 42 Menschen kamen ums Leben, einige werden vermisst, hunderte sind obdachlos und dutzende verletzt. Ich möchte die unverzüglichen Anstrengungen der Regionalregierung Madeiras und ihrer Behörden hervorheben, die schnell und koordiniert auf diese Tragödie reagierten. Am 27. und 28. Februar 2010 traf ein sehr schwerer, zerstörerischer Orkan, genannt Xynthia, den Westen Frankreichs, vor allem die Regionen Poitou-Charentes und Pays de la Loire. Mehr als 60 Menschen kamen ums Leben, einige werden vermisst und tausende sind obdachlos. Im Angesicht dieser Tragödien möchte ich meiner tiefen Trauer Ausdruck verleihen und meine Solidarität mit den betroffenen Regionen bekunden; dabei will ich auch den Familien der Opfer mein Beileid aussprechen und den Such- und Rettungsmannschaften meine Anerkennung zollen. Ich möchte die Kommission bitten, auf Anfrage der jeweiligen Staaten umgehend alle nötigen Schritte zu unternehmen, um so viele Mittel wie möglich aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union zu mobilisieren. Bei der Bewertung der Anfragen muss die Kommission auch die jeweiligen Eigenheiten der einzelnen Regionen beachten, vor allem die besonders heikle Situation isolierter und entlegener Regionen.

Sylvie Guillaume (S&D), *schriftlich*. – (FR) Ich habe den Entschließungsantrag unterstützt, der die Aktionen betrifft, die infolge des verheerenden und tödlichen Sturmtiefs Xynthia, das unser Land heimsuchte, unternommen werden müssen, denn jenseits aller Schuldzuweisungen müssen wir vor allem Solidarität innerhalb Europas zeigen, um den Opfern dieser Katastrophe zu helfen, die mehrere Länder Europas getroffen hat. Dabei müssen wir nicht nur den Solidaritätsfonds nutzen, sondern auch auf Mittel aus dem Kohäsionsfonds, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, dem Europäischen Sozialfonds und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums zurückgreifen. Zu guter Letzt müssen wir die Versicherungsunternehmen dazu auffordern, so schnell wie möglich tätig zu werden und aus den Folgen derartiger Ereignisse zu lernen, wenn es um die Vergabe von Planungsgenehmigungen geht.

Filip Kaczmarek (PPE), *schriftlich*. – (PL) Meine Damen und Herren! Ich habe für den Entschließungsantrag zu den schweren Naturkatastrophen in der Autonomen Region Madeira und den Auswirkungen des Sturmtiefs Xynthia in Europa gestimmt. Wir sollten uns auf Madeira konzentrieren, da dort die Katastrophe die schlimmsten Auswirkungen hatte. Wir erschaffen aus vielen Gründen eine große und starke Gemeinschaft, unter anderem damit wir uns gegenseitig helfen können, wenn wir Hilfe brauchen. Heute brauchen Madeira und andere Regionen Hilfe, denn sie wurden schwer von den Auswirkungen des Orkans getroffen. Es ist

unsere Pflicht, denen zu helfen, die unsere Hilfe benötigen. Ich hoffe, dass der Entschließungsantrag seinen Beitrag dazu leisten wird, die Auswirkungen dieser Tragödie gänzlich zu beheben. Ich möchte allen Opfern und ihren Familien mein tiefstes Mitgefühl aussprechen. Vielen Dank.

Véronique Mathieu (PPE), *schriftlich*. – (FR) In den vergangenen Wochen wurden mehrere Gebiete der EU von Naturkatastrophen heimgesucht: Madeira, dann der Westen Frankreichs und mehrere Regionen Spaniens. Die Gewalt dieses meteorologischen Phänomens zog menschliche und materielle Verluste nach sich, die uns Abgeordnete tief bewegt haben. Dies erklärt den Entschließungsantrag zu Naturkatastrophen, über den heute im Europäischen Parlament abgestimmt wurde. Auf diese Weise drücken wir unser tiefes Mitgefühl und unsere Solidarität mit den Opfern in den verwüsteten Regionen aus. Die Solidarität Europas muss sich auf finanzielle Weise widerspiegeln, indem der Solidaritätsfonds der Europäischen Union und andere durch Europa finanzierte Projekte mobilisiert werden. In Bezug auf den Solidaritätsfonds muss ich allerdings anmerken, dass die derzeitige Regelung keine Reaktion zulässt, die schnell und flexibel genug ist; es besteht die Möglichkeit, diese Regelung zu ändern, und es liegt jetzt in der Hand des Europäischen Rats, in dieser Sache Fortschritte zu erzielen. Ich habe auch für den Änderungsantrag gestimmt, der sich für den 2006 von Herrn Barnier vorgelegten Vorschlag ausspricht, eine europäische Zivilschutztruppe aufzubauen. Bedauerlicherweise wurde er nicht angenommen; eine Umsetzung dieses Änderungsvorschlags würde die Fähigkeit der EU, auf Krisen zu reagieren, deutlich verbessern.

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die Naturkatastrophe, die vor kurzem Madeira heimsuchte, hat die Insel in einem chaotischen Zustand hinterlassen. Auch andere Regionen Europas wurden durch das Sturmtief Xynthia verwüstet. Die EU sollte uneingeschränkt Hilfe leisten und gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um sich solidarisch zu zeigen, indem sie den Solidaritätsfonds der Europäischen Union mobilisiert. Der EUSF wurde eingerichtet, um dringende finanzielle Hilfe an Mitgliedstaaten leisten zu können, die von Naturkatastrophen getroffen werden.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – Am 20. Februar hat eine schwere Naturkatastrophe mit heftigen Regenfällen ungekannten Ausmaßes, in Verbindung mit starkem Sturm und sehr hohen Wellen, Madeira heimgesucht und dabei mindestens 42 Menschen das Leben gekostet, mehrere Personen werden noch vermisst. Überdies sind hunderte von Personen obdachlos geworden. Ein paar Tage später ist der verheerende Orkan Xynthia an der französischen Atlantikküste entlanggezogen und hat insbesondere in den Regionen Poitou-Charentes, Pays de la Loire und Bretagne den Tod von beinahe 60 Menschen verursacht. Auch dort werden nach wie vor mehrere Personen vermisst.

Es gibt zudem tausende Obdachlose. Ich unterstütze daher die in der gemeinsamen Entschließung vorgeschlagenen Maßnahmen, diesen Ländern und Regionen von Seiten der EU finanziell unter die Arme zu greifen, weshalb ich für den Antrag gestimmt habe. Insbesondere muss dafür Sorge getragen werden, dass der Solidaritätsfonds der Europäischen Union unverzüglich und in flexibler Weise mobilisiert wird.

Wojciech Michał Olejniczak (S&D), *schriftlich*. – (PL) Ich habe für die Annahme des Entschließungsantrags RC-B7-0139/2010 des Europäischen Parlaments gestimmt. Umwelt- und Naturkatastrophen werden zunehmend Teil unseres Alltags. Die Gefahren, die von Veränderungen der Umwelt ausgehen, sind in den letzten Jahrzehnten gewachsen und wir sollten alles in unserer Macht Stehende unternehmen, um diese Gefahren zu vermeiden.

Die Europäische Union mit ihren 27 Mitgliedstaaten und einer halben Milliarde Bürgerinnen und Bürger muss nicht nur gegen die auftretenden Veränderungen des Klimas und der Umwelt vorgehen, sondern auch für das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger sorgen, damit diese nach einer Krise die bestmöglichen Überlebenschancen haben. Unsere Anstrengungen dürfen sich aber nicht nur darauf konzentrieren, nachträglich Hilfe zu leisten. Ein entscheidender Grund für die Existenz der Europäischen Union ist die Vermittlung eines Gefühls der Sicherheit für ihre Bürgerinnen und Bürger. In diesem Zusammenhang müssen die entsprechenden Institutionen der EU bestimmte Schritte einleiten, um die Regionen und ihre Möglichkeiten, Präventivmaßnahmen zu ergreifen, zu überwachen.

Um die Auswirkungen des Sturmtiefs Xynthia so schnell wie möglich anzugehen, sollten wir den EU-Solidaritätsfonds mobilisieren und allen helfen, die durch diese Katastrophe einen Schaden erlitten haben. Widrige und schmerzhaft Ereignisse, die anderen widerfahren, sollten uns stets dazu bringen, effektiv zu handeln und uns solidarisch zu zeigen, um den Leidtragenden zu helfen. Lassen Sie uns zeigen, dass es auch diesmal so ist.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE), *schriftlich*. – Ich habe mich bei der Abstimmung über den Entschließungsantrag zu den schweren Naturkatastrophen in der Autonomen Region Madeira und den

Auswirkungen des Sturmtiefs Xynthia in Europa (RC-B7-0139/2010) enthalten, da zwei unserer wichtigsten Änderungsanträge abgelehnt wurden. Genauer gesagt, der Antrag, der darauf verwies, dass in Frankreich in Überschwemmungsgebieten und natürlichen Feuchtgebieten gebaut werden durfte und dass Bauspekulationen dazu geführt haben, dass in gefährdeten Gebieten Gebäude errichtet wurden, und der Antrag, wonach Gemeinschaftsmittel, vor allem Mittel aus den Strukturfonds, dem ELER, dem Kohäsionsfonds und dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union, für die Umsetzung derartiger Pläne nur unter der Bedingung vergeben werden dürfen, dass Kriterien der Nachhaltigkeit beachtet werden.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), schriftlich. – (RO) Ich möchte zunächst meiner Solidarität mit den Familien der Opfer der Naturkatastrophen auf Madeira und mit den Familien der Opfer des Sturmtiefs Xynthia Ausdruck verleihen. Naturkatastrophen sind in letzter Zeit aufgrund des Klimawandels immer häufiger aufgetreten. Aus diesem Grund müssen wir dafür sorgen, dass die Europäische Union dazu bereit ist, möglichst schnell und effektiv zu reagieren.

Ich habe für den Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments gestimmt, der der Kommission nahelegt, die Möglichkeiten für einen höheren Anteil der EU-Kofinanzierung für regionale operationelle Programme zu prüfen. Kein Mitgliedstaat wird alleine mit Naturkatastrophen dieser Größenordnung fertig. Deswegen muss die Europäische Kommission den Solidaritätsfonds der Europäischen Union so anpassen, dass er schnellere und effizientere Hilfe für Mitgliedstaaten gewährleistet, die von Naturkatastrophen betroffen sind.

Nuno Teixeira (PPE), schriftlich. – (PT) Dieser Entschließungsantrag bekräftigt die Notwendigkeit der Hilfeleistung für jene Regionen Europas, die kürzlich von Naturkatastrophen heimgesucht wurden, wie die Autonome Region Madeira. Die schweren Regenfälle, die am 20. Februar Madeira trafen, brachten zum einen schlimme menschliche Verluste mit sich, da 42 Menschen ums Leben kamen, viele verletzt wurden und ihr Obdach verloren, aber sie führten auch zu weiteren schwerwiegenden Konsequenzen und hinterließen ernsthafte Sachschäden.

In diesem Zusammenhang müssen wir Hilfe für die betroffenen Regionen mobilisieren, damit diese sich von den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Katastrophen erholen können. Ich möchte auch noch einmal die besonders heikle Situation von Inselregionen und Regionen in äußerster Randlage wie Madeira betonen, denn diese weisen aufgrund ihrer speziellen Eigenschaften ganz eigene wirtschaftliche und soziale Strukturen auf und benötigen deshalb besonders dringend die bestmögliche Hilfe.

Ich möchte daher gegenüber der Europäischen Kommission noch einmal die Notwendigkeit der flexiblen Mobilisierung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union betonen, sowie die Notwendigkeit, die vom Kohäsionsfonds finanzierten regionalen Programme zu überprüfen, um sie an die veränderten Ansprüche anzupassen, die als Folge dieser Tragödie aufgetreten sind.

Ebenso wäre es angemessen, die für 2010 geplante Finanzierung für spezielle Projekte gemäß den allgemeinen Bedingungen für die Strukturfonds für die Jahre 2007-2013 zu überprüfen.

Angesichts des Ausmaßes der Naturkatastrophe auf Madeira und deren unwiderruflicher Konsequenzen und angesichts der Auswirkungen des Sturmtiefs Xynthia habe ich für das vorgelegte Dokument gestimmt.

10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 12.30 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

12. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

12.1. Der Fall Gilad Schalit

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Artikel 122 GO), zunächst der Fall Gilad Schalit (Vier⁽²⁾ Entschließungsanträge).

Bastiaan Belder (IND/DEM), Verfasser. – (NL) Herr Präsident! Heute Morgen um ca. 8 Uhr habe ich hier im Parlament die Gilad Shalit gewidmete Website besucht und es fiel mir sofort eine schmerzvolle Tatsache auf: 1355 Tage, 3 Stunden, 12 Minuten und 37 Sekunden lang wurde Gilad, der entführt worden war, jeglicher Kontakt mit seinem Vater, seiner Mutter und seiner Schwester verweigert. Auf der gleichen Website bin ich jedoch auch auf eine Passage aus dem Buch Jeremia gestoßen: „Es gibt eine Hoffnung für deine Nachkommen – Spruch des Herrn: Die Söhne werden zurückkehren in ihre Heimat.“ Noam Shalit, der heute bei uns ist, setzt seine Hoffnung und sein Vertrauen in Sie, ebenso wie in den Gott Israels, um die Freilassung seines unersetzbaren Sohnes zu erzielen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, heute diskutieren wir den Fall Gilad Shalit. Gestern Nachmittag habe ich Noam Shalit auf einer Sondersitzung mit der israelischen Delegation versichert, dass sein Anliegen – die Freilassung von Gilad Shalit – auch unser Anliegen ist. Sorgen Sie dafür, dass diese Debatte und diese Entschließung klare Zeichen dafür sind, die jedoch definitiv von der Hohen Vertreterin der Union für Auswärtige Angelegenheiten weiterverfolgt werden muss. Gestern Morgen habe ich mit Frau Ashton persönlich darüber gesprochen. Der Fall Shalit ist unsere Angelegenheit, eine europäische Angelegenheit.

Meine Damen und Herren, bleiben Sie dieser Angelegenheit bitte auch in nächster Zeit treu. Ich zähle auf Sie. Lassen Sie Europa eine wichtige Rolle im Nahen Osten spielen. Zusammen mit Noam Shalit und seiner Familie freuen wir uns auf den Moment, in dem das rabbinische Gebet für Shalit, Psalm 126, Vers 1, in Erfüllung geht: „Als der Herr das Los der Gefangenschaft Zions wendete, da waren wir alle wie Träumende.“

Frédérique Ries, Verfasserin. – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar! Gilad Shalit war 19 Jahre alt, als er während eines Angriffs der Hamas in der Nähe des Gazastreifens entführt wurde. Nicht im Gazastreifen, sondern in Israel, in einem Kibbuz, in dem seine Einheit stationiert war.

Fast vier Jahre lang lebt dieser junge Mann schon in einem Keller; Gilad hat kein Recht, Besucher zu empfangen, er hat keinen Zugang zu einem Arzt oder einem Anwalt, er darf keine Post empfangen, es gab keine Gerichtsverhandlung und das Genfer Abkommen gilt auch nicht für ihn. Er, der jetzt – zu Unrecht – als der Soldat Gilad Shalit bekannt ist, hat seinen Militärdienst geleistet, wie alle jungen Menschen in seinem Land.

Er ist ein eher schüchterner junger Mann – übrigens ebenso wie sein Vater, den wir zu verschiedenen Gelegenheiten getroffen haben und den wir zu unserer Freude auch heute wieder in diesem Plenarsaal begrüßen dürfen – ein junger Mann, der Mathematik und Fußball liebte, und der selbstverständlich wieder Zivilist wäre, wenn er nicht seit nunmehr vier Jahren in einer Elendswohnung leben würde, abgeschnitten von der Außenwelt und abgeschnitten von seiner Familie.

Herr Kommissar, ich möchte heute Nachmittag mit Ihnen nicht über Politik sprechen; ich möchte mit Ihnen nicht über den Nahen Osten, Konflikte, Handel oder Gefangenenaustausche sprechen. Unser Parlament fordert Sie heute einstimmig auf, einem jungen Mann zu helfen, nach Hause zurückzukehren – einem jungen Israeli, einem jungen Franzosen, einem jungen Europäer.

Aus diesem Grund schreibe ich heute zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen Frau Sari Essayah, Herrn Daniel Cohn-Bendit, Herrn Richard Howitt, Herrn Charles Tannock und Herrn Bastiaan Belder, der eben gesprochen hat, mit denen ich diese Entschließung gemeinsam verfasst habe, und die sechs verschiedenen Fraktionen angehören, an Frau Ashton.

Wir fordern Baronin Ashton, die kommenden Mittwoch nach Israel und in den Gazastreifen reisen wird, energisch auf, sich mit ihrem gesamten Einfluss für die Freilassung von Gilad Shalit einzusetzen, mit dem Einfluss, der ihr durch das Mandat unserer heutigen Entschließung verliehen wird, dem Einfluss von 500 Millionen europäischen Bürgerinnen und Bürgern, die wir in diesem Parlament repräsentieren.

(Beifall)

(2) Siehe Protokoll.

Proinsias De Rossa, Verfasser. – Herr Präsident! Ich begrüße diese parteiübergreifende Entschließung, die die Freilassung des seit 2006 durch den militärischen Flgel der Hamas gefangen gehaltenen israelischen Soldaten Gilad Shalit fordert. Ich stimme Gilads Vater zu, der gefordert hat, dass der Fall seines Sohnes als eine humanitäre Frage behandelt wird und nicht zu einem politischen Spielball gemacht werden sollte. Während des Schlagabtauschs in der politischen Debatte dürfen wir weder das Leiden der israelischen noch der palästinensischen Familien aus den Augen verlieren, deren Angehörige ihnen während dieses Konflikts entrissen wurden.

Das Genfer Abkommen muss von allen Seiten respektiert werden. Es ist völlig inakzeptabel, dass Gilad Shalit seine Rechte als Kriegsgefangener verweigert werden, die ihm laut Goldstone-Bericht eindeutig zustehen. Seine Familie hat keine Informationen über seinen Gesundheitszustand, weder in Bezug auf seine körperliche noch auf seine geistige Gesundheit.

Gleichzeitig werden 1 500 der insgesamt 7 200 palästinensischen Gefangenen, die auch unter Verletzung des Genfer Abkommens in israelischen Gefängnissen festgehalten werden, auf unbestimmte Zeit festgehalten und 13 von ihnen sitzen bereits seit 25 Jahren in einem israelischen Gefängnis. 44 von ihnen sind Kinder und 23 Mitglieder des Palästinensischen Legislativrates, und werden als Vergeltung für die Gefangennahme von Gilad Shalit festgehalten. Auch in diesem Fall drückt sich der Goldstone-Bericht klar aus: diese Internierungen von Mitgliedern des Palästinensischen Legislativrates verstoen gegen internationales Recht.

Ich werde diese Themen dieses Wochenende auf der in Jordanien stattfindenden Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung ansprechen. Ich bitte Catherine Ashton dringend, während ihres bevorstehenden Besuchs in der Region auf die israelischen und palästinensischen Behörden, einschließlich der Behörden im Gazastreifen, einzuwirken, Gilad Shalit und die palästinensischen Kinder und Mitglieder des Palästinensischen Legislativrates freizulassen und ihre sichere und baldige Rückkehr zu ihren Familien sicherzustellen.

Charles Tannock, Verfasser. – Herr Präsident, der Unteroffizier Gilad Shalit wird seit mehr als drei Jahren von Dschihad-Fanatikern der Hamas als Geisel festgehalten. Die Hamas behauptet, ein rechtmäßiger Akteur zu sein, der das Genfer Abkommen einhält, und dass Gilad Shalit daher ein Kriegsgefangener ist. Israel betrachtet ihn jedoch, von dem Moment an, in dem er gefangen genommen worden ist, meiner Meinung nach zu Recht als ein Entfhrungsopfer. Ungeachtet seines rechtlichen Status und des Völkerrechts ist er auf grausame Weise im Gazastreifen festgehalten worden, er ist isoliert und ohne jeglichen Kontakt zur Außenwelt. Sogar der Zugang zum Roten Kreuz, den das Genfer Abkommen vorschreibt, wurde ihm verweigert. Seine Familie hat keine Informationen über seinen Gesundheitszustand außer einem Video und sporadischer Meldungen der Hamas, dass er immer noch am Leben ist und es ihm gut geht.

Wenn die Hamas den Anspruch hat, von der internationalen Gemeinschaft ernst genommen zu werden, dann sollte sie zumindest eindeutig zeigen, dass die Bedingungen seiner Inhaftierung dem humanitären Völkerrecht entsprechen.

Aber wir fordern noch mehr. Wir fordern seine sofortige und bedingungslose Freilassung. Ich mache kein Geheimnis aus meiner Ablehnung des Dialogs mit den Terroristen der Hamas, einer Organisation, die sich der Vernichtung Israels verpflichtet hat, aber wenn wir jemals mit der Hamas verhandeln sollten, dann nur nachdem Gilad Shalit aus seiner schrecklichen Gefangenschaft befreit worden ist.

Sari Essayah, Verfasserin. – Herr Präsident! Normalerweise ist es in diesem Parlament bei einer Entschließung, die auch nur die kleinste Verbindung mit der Situation im Nahen Osten hat, nur sehr schwer eine einvernehmliche Übereinkunft zu erreichen. Diesmal ist das dank der Kolleginnen und Kollegen, die das ermöglicht haben, nicht der Fall.

Der Zustand von Gilad Shalit ist eine humanitäre Angelegenheit und unsere gemeinsame Entschließung unterstreicht die Tatsache, dass er, seitdem er vor fast vier Jahren in Geiselhaft genommen wurde, an einem unbekannten Ort im Gazastreifen festgehalten wird, an dem ihm die Grundrechte, die ihm nach humanitären Standards, einschließlich des Dritten Genfer Abkommens, zustehen, verweigert werden. Es sind diese humanitären Gesichtspunkte, aufgrund derer wir die sofortige Freilassung von Gilad Shalit fordern. In der Zwischenzeit ist unsere Minimalforderung, dass dem Roten Kreuz und Gilad Shalits Eltern der Kontakt zu ihm erlaubt wird.

Der Wert eines Menschen kann nicht gemessen werden. Er ist unermesslich. Gilad Shalit sollte von der terroristischen Organisation Hamas nicht zu einem Tauschobjekt gemacht, sondern sofort freigelassen

werden. Wir würden uns wünschen, dass die Hohe Vertreterin, Frau Ashton, diese Botschaft auf ihrem bevorstehenden Besuch im Gazastreifen mitnimmt.

Takis Hadjigeorgiou, Verfasser. – (EL) Herr Präsident, gestern habe ich zusammen mit anderen Abgeordneten an einem Treffen teilgenommen, bei dem auch Gilad Shalits Vater anwesend war, und ich muss sagen, dass die Tragödie dieser Familie niemanden ungerührt lässt. Deshalb ist es unsere Position, dass Gilad Shalit, ein Mitglied der israelischen Armee, das am 24. Juni 2006 auf israelischem Gebiet gefangen genommen worden ist, alle Kriterien erfüllt, um als Kriegsgefangener gemäß des Dritten Genfer Abkommens angesehen zu werden.

Als solcher sollte ihm eine humanitäre Behandlung zukommen und es sollte ihm erlaubt werden, mit der Außenwelt Kontakt aufzunehmen. Das Internationale Rote Kreuz sollte die Erlaubnis bekommen, ihn zu besuchen, und seine Familie sollte jedes Recht haben, über seinen Zustand informiert zu werden und natürlich auch, ihn zu besuchen. Gleichzeitig möchten wir unserer Überzeugung Ausdruck verleihen, dass diese Person freigelassen wird.

Ohne das schmälern zu wollen, was ich soeben gesagt habe, denke ich dennoch, dass unsere Position, dass diese Angelegenheit von einer Reihe von Palästinensern abgekoppelt werden kann, die sich im Gefängnis befinden, etwas unpolitisch ist. Die Tatsache, dass sie sich in diesen Gefängnissen befinden, ist auch eine humanitäre Frage. Ich denke, dass wir bei dieser Familie falsche Hoffnungen wecken, wenn wir denken, dass wir, indem wir uns als Parlament ausschließlich auf die Freilassung dieser einzelnen Person konzentrieren, etwas erreichen werden.

Ist die Tatsache, dass sich Dutzende von 16 Jahre alten palästinensischen Kindern im Gefängnis befinden, etwa keine humanitäre Frage? Wie kann man diese beiden Fragen voneinander trennen? Da jemand zuvor gesagt hat, dass er in einer Elendswohnung lebt, und er lebt in der Tat in einer Elendswohnung, können wir nicht unerwähnt lassen, dass der Gazastreifen an sich, ich wiederhole, der Gazastreifen an sich ein riesengroßes Elendsquartier ist. Die 1,5 Millionen dort lebenden Palästinenserinnen und Palästinenser leben in einem kollektiven Elendsquartier. 7 200 Palästinenserinnen und Palästinenser befinden sich in israelischen Gefängnissen; zu ihnen gehören 270 Kinder im Alter von 16 bis 18 und 44 Kinder unter 16 Jahren. 750 000 Palästinenserinnen und Palästinenser sind seit 1967 festgenommen und inhaftiert worden.

Daher fordern wir die Freilassung von Gilad Shalit. Aber unsere Position, dass dies durch die Abkopplung seines Falls von der in Palästina vorherrschenden Gesamtsituation erreicht werden kann, ist unpolitisch.

Zum Schluss möchte ich hinzufügen, dass Palästina das einzige Gebiet auf der Welt mit einem Minister für Gefangene ist. Ich möchte noch einmal unsere Zuwendung und unser Mitgefühl für die Familie zum Ausdruck bringen, und ich vertraue darauf, dass dieses Problem in Kürze gelöst wird.

Nicole Kiil-Nielsen, Verfasserin. – (FR) Herr Präsident, die Entschließung über den Unteroffizier Gilad Shalit, die wir heute behandeln, ergänzt die vielen Entschließungen über die Menschenrechtslage im Nahen Osten, die in der Vergangenheit vom Europäischen Parlament verabschiedet worden sind.

Der Unteroffizier Gilad Shalit, der seit 1 355 Tagen als Geisel festgehalten wird, muss so schnell wie möglich freigelassen werden. Wir fordern und wir hoffen aufrichtig, dass er freigelassen wird. Der junge Franko-Palästinenser Salah Hamouri, der seit dem 13. März 2005 von den israelischen Behörden festgehalten wird, muss freigelassen werden. Die in Israel unter Verletzung der Bestimmungen des Völkerrechts und der Konvention über die Rechte des Kindes gefangen gehaltenen Kinder müssen freigelassen werden. Die Aktivisten der gewaltlosen Bürgerbewegung gegen die Besatzung, wie Abdallah Abu Rahmah des Bürgerkomitees Bil'in, müssen freigelassen werden. Die gewählten Vertreter, die Mitglieder des Palästinensischen Legislativrates – einschließlich Marwan Barghouti – müssen freigelassen werden.

Es ist an der Zeit, dass die Europäische Union sich nachhaltig dafür einsetzt, dass die Menschenrechte und das Völkerrecht im Nahen Osten respektiert werden. Die Lösung dieser Frage liegt nicht darin, dass man versucht, mit repressiven und gewalttätigen Mitteln die Vormachtstellung zu erlangen, wie etwa durch die Ermordung eines Hamasführers in Dubai, die wir verurteilen, nicht zuletzt, weil sie die Freilassung von Gilad Shalit noch schwieriger gestaltet.

Elena Băsescu, im Namen der PPE-Fraktion. – (RO) Dies ist die zweite Gelegenheit, zu der ich in den letzten zwei Wochen über Gilad Shalit im Plenum gesprochen habe, und es freut mich, dass unsere gemeinsamen Bemühungen als Abgeordnete des Europäischen Parlaments zu dieser Entschließung geführt haben. „Der Fall Gilad Shalit“ veranschaulicht das besondere Interesse der Europäischen Union an der humanitären Lage

im Gazastreifen. Gilads Rechte, die in dem Genfer Abkommen festgelegt sind, sollten nicht vom israelisch-palästinensischen Konflikt abhängig gemacht werden. Tatsächlich hat Gilad Shalits Vater Noam wiederholt bestätigt, dass weder er noch seine Familie politisch aktiv sind. Sie haben es sich nicht ausgesucht, in diesem Moment in dieser Situation zu sein. Das ideale Szenario für uns Europäerinnen und Europäer wären zwei Staaten, die nebeneinander in Frieden und Sicherheit bestehen.

Die Verhandlungen über Gilads Freilassung laufen bereits seit 2006 über verschiedene Mittelsleute, und es wurde ein höchst kontroverser Vorschlag vorgelegt, der beinhaltet, dass er im Austausch für 1 000 palästinensische Gefangene freigelassen wird. Gilad und seine Familie brauchen unsere Hilfe.

Vielen Dank.

Olga Sehnalová, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (CS) Der Fall Gilad Shalit ist zu einem Symbol der unendlichen Verzweiflung und Frustration im Nahen Osten geworden. Diese Aussage trifft sowohl auf die dort lebende Bevölkerung als auch auf die internationale Gemeinschaft zu, die sich dort engagiert. Gilad Shalit ist eine Geisel mit einem Namen, dessen bewegtes Schicksal wir mit Mitgefühl und Sorgen verfolgen. Die Menschen im Nahen Osten sind die namenlosen Geiseln dieses ewigen Konflikts. Auge um Auge und Zahn um Zahn. Oder gibt es noch Hoffnung für Gilad und all die anderen Opfer?

Alle Normen des Völkerrechts werden die eine Sache, von der wir in diesem Konflikt so schrecklich wenig hören, nicht ersetzen können – einen Appell für die Menschlichkeit. Zu versuchen, die geopolitische Sichtweise der Welt abzulegen, in der Menschen und ihre Schicksale manipuliert werden wie in einem Kartenspiel. Zu versuchen, uns in die Lage der Familien der Opfer und all der unschuldig Inhaftierten und Not leidenden Menschen zu versetzen.

Was verhindert dann die Freilassung von Gilad Shalit und all derer, deren Schuld vor Gericht nicht zweifelsfrei bewiesen worden ist? Ganz zu schweigen von der Ermutung derer, die in Frieden leben wollen. Der Schlüssel zum Frieden ist Vertrauen, Verständigung und der Mut, den Frieden gegen alle zu verteidigen, die für eine Versöhnung nicht bereit sind. Ich möchte Sie bitten, den ersten Schritt zu tun.

Margrete Auken, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (DA) Herr Präsident! Der Zweck unserer heutigen Debatte ist, dem menschlichen Leid mit aller Ernsthaftigkeit einen Namen und ein Gesicht zu geben, um auf diese Weise unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme auszuweiten. In diesem Sinne ist es wirklich sehr sinnvoll, dass wir Gilad Shalit zu einem Thema unserer heutigen Aussprache gemacht haben. Dadurch wird es uns ermöglicht, unser Mitgefühl auch auf andere auszuweiten, damit wir uns mit ihrem Leid und dem Leid ihrer Familien identifizieren können. Tausende von Palästinenserinnen und Palästinensern werden unter völlig inakzeptablen Bedingungen festgehalten, was im vollkommenen Widerspruch zu den internationalen Vorschriften steht. Diese Situation ist für sie ebenso schwierig wie für Gilad Shalit und seine Familie. Wir müssen unser Bestes tun, damit dieses Problem ernsthaft behandelt wird, und ich habe das Gefühl, dass wir alle in diesem Parlament dazu bereit sind. Es geht hier nicht nur um einen einzelnen Gefangenen, sondern um Tausende von Gefangenen, die Opfer dieses großen Konflikts sind.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt hinzufügen: es ist wichtig, dass wir uns der Ursache für dieses Leid voll und ganz stellen, und dass wir realisieren, dass, wenn wir nichts, nicht nur hinsichtlich der Belagerung des Gazastreifens, sondern auch gegen die Besatzung Palästinas als Ganzes, unternehmen und wenn wir keine Zwei-Staaten-Lösung erreichen, von der ich denke, dass wir alle sie fordern und wollen, es keine Zukunft für diese Menschen geben wird. Ich denke, dass dies eine wirklich produktive Art ist, eine gemeinsame Lösung zu finden, und ich hoffe, dass Frau Ashton die EU in eine Lage versetzt, in der nicht nur zahlen, zahlen, zahlen zählt, sondern in der sie sich auch ab und zu Gehör verschaffen kann.

Louis Bontes (NI). – (NL) Herr Präsident! Am 25. Juni 2006 wurde ein Rekrut der israelischen Armee, Unteroffizier Gilad Shalit, infolge einer Infiltrierung durch Terroristen aus dem Gazastreifen entführt. Er wird seitdem von der Hamas als Geisel festgehalten. Die Hamas hat Shalit vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten. Er wurde in tiefster Dunkelheit inhaftiert und nicht einmal dem Roten Kreuz wird Zugang zu ihm gewährt.

Der Fall Shalit beweist wieder einmal, dass Europa und Israel auf der gleichen Seite sind. Barbarische islamische Mächte führen einen radikalen Krieg gegen die westliche Zivilisation. Israel befindet sich an der Frontlinie dieses Krieges. In Israel und in Europa zählt jedes einzelne Menschenleben. Für islamische Terroristen zählt ein Menschenleben gar nichts, oder zählt vielmehr ein Menschenleben so viel wie tausend Leben, weil die Hamas fordert, dass Israel im Austausch für Shalit tausend Gefangene freilässt, unter denen sich eine große Zahl an terroristischen Mördern befinden.

Es ist wichtig, dass wir Gilad Shalits Freilassung erreichen, jedoch ohne dass Israel im Gegenzug Terroristen freilassen muss. Wir haben schließlich gesehen, wohin solche Austausche in der Vergangenheit geführt haben: zur Sieges euphorie der Terroristen, ihrer Anhänger und Anführer, und unweigerlich zu mehr Terror. Wir können nicht zulassen, dass diese Leute aus dem Terrorismus Profit ziehen, und es wäre unverantwortlich, wenn wir Israel ermutigen würden, auf eine derartige Geiselnahme mit einem Austausch zu antworten, weil die nächste Geisel der Hamas jemand aus Paris, Amsterdam oder Brüssel sein könnte. Und in was für einer Position würden wir uns dann befinden?

Die Rollenverteilung sollte sofort geändert werden: nicht Israel, sondern die Hamas sollte dafür bezahlen, dass sie Gilad Shalit, einen Europäer, als Geisel genommen hat. Der Preis sollte so hoch sein, dass sie ihn freiwillig freilassen. Daher fordern wir, dass allen Funktionären des Hamas-Regimes, einschließlich derer, die formal nicht der Hamas angehören und derer, die nicht auf der EU-Terrorliste stehen, die Einreise nach und die Durchreise durch Europa untersagt wird.

Tunne Kelam (PPE). – Herr Präsident! Dieser junge Mann wird seit fast 1 400 Tagen unter vollkommener Missachtung jeglicher internationaler Normen festgehalten und nicht einmal dem Roten Kreuz wird Zugang zu ihm gewährt. Ich denke, dass dieser Fall als eine menschliche Tragödie gesehen und ebenso gelöst werden sollte. Ich fühle mich von der breiten Unterstützung im Europäischen Parlament für diese Aussprache und vom herzlichen Empfang, den unsere Kolleginnen und Kollegen Gilad Shalits Vater gestern bereitet haben, ermutigt.

Shalit sollte nicht zu einem Tauschobjekt gemacht werden. Vielmehr wird sein Schicksal von Interesse für die Hamas sein, wenn sie im Friedensprozess an Legitimität gewinnen will. Der beste Beweis für ihre Glaubwürdigkeit wäre daher die bedingungslose Freilassung von Gilad Shalit und der Verzicht auf weitere Entführungen.

Filip Kaczmarek (PPE). – (PL) Die Entschließung, über die wir heute debattieren, hat keinen politischen Charakter, und wir versuchen auch nicht, den Nahostkonflikt zu lösen. Alles, was wir wollen, ist, dass es einem unschuldigen Sohn erlaubt wird, wieder zu seinem Vater und seiner Familie zurückzukehren. Ich weiß nicht, ob meinen Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten eine Organisation namens „Parents Circle“ bekannt ist. Dies ist eine Organisation von israelischen und palästinensischen Familien, die Angehörige im Konflikt verloren haben. Wir sprechen heute gerade deswegen über einen einzelnen Fall, weil wir nicht wollen, dass Gilad Shalits Vater auch zu denen gehört, die diejenigen verloren haben, die ihnen am meisten am Herzen liegen – ihre Kinder.

Wir setzen uns für die Freilassung einer Geisel ein, weil wir nicht mit dem Konzept einverstanden sind, dass der Zweck die Mittel heiligt. Der Kampf für eine gerechte Sache rechtfertigt keine Taten, die allgemein als falsch oder als terroristische Akte angesehen werden. Organisationen, die unsere Anerkennung und unseren Respekt gewinnen wollen, dürfen keine Geiseln festhalten.

(Beifall)

Cristian Dan Preda (PPE). – (RO) Ich möchte diejenigen, die sowohl heute als auch gestern in diesem Plenarsaal die Freilassung von Gilad Shalit gefordert haben, unterstützten, und ich möchte außerdem seiner Familie mein Mitgefühl ausdrücken.

Ich möchte meine Rede an diejenigen richten, die sich vielleicht die Frage stellen: „Wieso sollten wir eine Entschließung über den Fall Gilad Shalit verabschieden, und wieso gerade jetzt?“ Andere Kolleginnen und Kollegen haben uns daran erinnert, dass es bald vier Jahre sind, die der junge Gilad Shalit nun schon unter brutalen Bedingungen und unter Verletzung der internationalen Standards, die das Dritte Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen anerkennt, als Geisel festgehalten wird. Wie sich jeder von uns vorstellen kann, bedeutet jeder Tag in Gefangenschaft schreckliches Leid für Shalit und seine Familie.

Ich möchte noch einen weiteren Grund für unsere Unterstützung angeben, nämlich die Tatsache, dass Gilad Shalit ein europäischer Bürger ist, und er somit ein europäisches Opfer des Terrorismus ist. Deshalb kann ich mir heute, am Europäischen Tag der Opfer des Terrorismus, keine symbolträchtigere Geste vorstellen als diese Entschließung.

Ana Gomes (S&D). – Herr Präsident, zuallererst möchte ich die Anstrengungen würdigen, die Gilad Shalits Familie unternommen hat, um seine Freilassung zu erreichen, und die wir aus vollem Herzen unterstützen. Dies ist die Botschaft, die wir durch diese Entschließung vermitteln wollen. Wir glauben, dass ihm, wie der

Goldstone-Bericht unterstreicht, der Status eines Kriegsgefangenen gebührt, ebenso wie den Gefangenen in Israel, zu denen viele Kinder gehören.

Wir wollen, dass sie alle freigelassen werden. Wir wollen, dass Gilad Shalit und all die jungen palästinensischen Männer und Frauen freigelassen werden. Tatsächlich ist dies der einzige Weg, auf dem in dieser Region Frieden erreicht werden kann. Wir bitten Frau Ashton dringend, sich mit allen Mitteln für die Freilassung von Gilad Shalit und all den anderen palästinensischen Kriegsgefangenen einzusetzen, und insbesondere der jungen Menschen, die diese Gefangenschaft ertragen müssen.

Ryszard Czarnecki (ECR). – (PL) Der Fall Gilad Shalit hat eine besondere, eine persönliche Dimension. Es ist der tragische Fall eines sehr jungen Mannes, der sich im gleichen Alter wie mein Sohn befindet, und auch der tragische Fall seiner Familie. Lassen Sie uns jedoch nicht so tun, als ob dieser Fall nicht auch in einem weiteren politischen Kontext stehen würde. Er macht uns vielmehr bewusst, dass die Schwarz-Weiß-Malerei, in der auch in diesem Parlament nur einseitig von den Opfern auf der palästinensischen Seite gesprochen wurde, nicht sehr objektiv ist.

Ich denke, dass wir heute ganz klar die Freilassung dieses jungen Mannes fordern sollten. Wir sollten jedoch auch daran denken, dass diejenigen, die Raketen auf Sderot abfeuern, dafür verantwortlich sind, dass er immer noch gefangen gehalten wird.

Eija-Riitta Korhola (PPE). – (FI) Herr Präsident, wie wir wissen, sind die Hintergründe für diese Entschließung einige politisch sehr sensible Umstände, aber dies sollte uns nicht daran hindern, eine ganz klar humanitäre Entschließung zu verabschieden, die nicht durch allgemeine politische Bemerkungen zur Gesamtsituation abgeschwächt wird.

Es freut mich, dass diese Entschließung sich auf das Wesentliche konzentriert. Ich beabsichtige, für sie zu stimmen. Sie hebt das Konzept hervor, dass alle an der Krise im Nahen Osten beteiligten Parteien das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechtsbestimmungen einhalten müssen. Ich hoffe, dass dieses Parlament diese Entschließung mit ganzer Kraft unterstützt.

(Beifall)

Janez Potočnik, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Der Fall des entführten israelischen Soldaten Gilad Shalit ist von großem Interesse für die Europäische Union.

Meine ehemalige Kollegin, Kommissarin Ferrero-Waldner, hat am 5. Juli 2006, weniger als zwei Wochen nach der Gefangennahme von Herrn Shalit, in eben diesem Plenarsaal mit Nachdruck seine Freilassung gefordert. In den letzten Jahren hat die EU die Geiselnahme von Herrn Shalit zu mehreren Gelegenheiten, u. a. anlässlich des letzten Assoziationsrates mit Israel im Juni letzten Jahres und in den Schlussfolgerungen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten vom Dezember 2009, immer wieder aufgefordert, ihn unverzüglich freizulassen. Daher schließen wir uns den heutigen Anträgen des Parlaments an, in denen seine Freilassung gefordert wird.

Wir sind der Meinung, dass die Bedingungen, unter denen Herr Shalit festgehalten wird, dem humanitären Völkerrecht widersprechen, und stimmen darin mit den Einschätzungen vieler Menschenrechtsorganisationen überein. Daher fordern wir seine Entführer dringend auf, solche Verpflichtungen zu respektieren und es insbesondere Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zu erlauben, ihn zu besuchen. Schließlich ist uns auch bekannt, dass Vermittlungsaktivitäten stattgefunden haben, die die Freilassung von Gilad Shalit zum Ziel hatten. Wir unterstützen alle Bemühungen in diese Richtung und wir möchten unsere Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass sie bald von Erfolg gekrönt werden. Ich werde auch persönlich eine klare Botschaft von Ihnen an meine Kollegin Cathy Ashton übermitteln.

Natürlich sind unsere Gedanken bei der Familie von Gilad Shalit. Ich weiß, dass sein Vater diese Woche in diesem Parlament gewesen ist, und wie ich gehört habe, befindet er sich auch in diesem Moment unter uns.

(Beifall)

Ich möchte ihm versichern, dass unsere Gedanken und unsere Bemühungen ihm gelten, und natürlich auch allen anderen, die unter den Konsequenzen dieses lange andauernden Konflikts leiden.

(Beifall)

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet im Anschluss an die Aussprache statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Indrek Tarand (Verts/ALE), schriftlich. – Ich möchte mein Bedauern hinsichtlich der Gefangenschaft Gilad Shalits ausdrücken. Seine Entführung und die Internierung der restlichen Gefangenen auf diesem Gebiet sind inakzeptabel. Diese Situation muss so schnell wie möglich geändert werden. Ich denke, dass die Freilassung von Shalit auch ein Beitrag zum Friedensprozess im Nahen Osten im Allgemeinen wäre.

(FR) Im Übrigen hat Frankreich gerade entschieden, ein Kriegsschiff der Mistral-Klasse an die Russische Föderation zu verkaufen; wir glauben, dass es dies ehrlich bedauern wird.

12.2. Eskalierende Gewalt in Mexiko

Der Präsident. – Als nächstes Thema folgt die Aussprache über sieben⁽³⁾ Entschließungsanträge zu eskalierende Gewalt in Mexiko.

Ramón Jáuregui Atondo, Verfasser. – (ES) Herr Präsident, ich möchte damit beginnen, dass Mexiko eine großartige Demokratie ist, die in den vergangenen 20 Jahren stetige Fortschritte erzielt hat. Es ist ein Freund der Europäischen Union, mit dem wir ein strategisches Partnerschaftsabkommen geschlossen haben. Ich möchte außerdem erwähnen, dass Mexiko einen sehr schwierigen Kampf gegen den organisierten Drogenhandel führt.

Heute sprechen wir im Europäischen Parlament jedoch über Mexiko im Bezug auf die Menschenrechte, weil es dort einen bedeutenden Anstieg der Gewalt gab und immer noch gibt, der besonders die mexikanische Bevölkerung betrifft, und weil es wiederholte, ernsthafte Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen gab.

Die Entschließung, die die großen Fraktionen heute hier verabschieden wollen, basiert auf Respekt und Konsens; selbstverständlich berücksichtigt sie die Situation, die ich soeben beschrieben habe, und fordert Mexiko dringend auf, den Weg hin zur Rechtsstaatlichkeit und einer vollwertigen Demokratie weiterzugehen.

In ihr sind jedoch außerdem noch vier Forderungen enthalten: es wird gefordert, dass Mexiko die Pressefreiheit sicherstellt, weil es zu Angriffen auf Journalisten gekommen ist; dass es den Schutz von Menschenrechtsorganisationen garantiert, weil diese Gruppen angegriffen und bedroht worden sind; dass es den Schutz von Frauen gewährleistet, die Gewalt ausgesetzt sind, weil viele Frauen ermordet worden sind; und dass es die Straflosigkeit und den Machtmissbrauch in den Reihen der Polizei verhindert. Dies hat das Europäische Parlament von Mexiko im Geiste der Freundschaft, die auf einer guten Beziehung zu Mexiko basiert, gefordert.

Renate Weber, Verfasserin. – (ES) Herr Präsident, meine Damen und Herren, diese Woche feiern wir den Internationalen Frauentag. Wir haben in diesem Parlament jede Menge Plakate in allen Sprachen der Europäischen Union gesehen, mit der Botschaft, dass wir die Gewalt gegen Frauen aufhalten können. Heute sprechen wir über die Gewalt in Mexiko, und ich denke, dass es angebracht wäre, wenn wir anerkennen würden, dass mexikanischen Frauen, sowohl indigenen als auch nicht-indigenen Opfern, von den kommunalen und Bundesbehörden das geringste Maß an Schutz zukommt.

Mexikanische Frauen sind Opfer von allen Formen der Gewalt, von häuslicher Gewalt hin zu sexueller Gewalt und Folterung durch die Armee oder die Polizei, und sie werden auch Opfer von Morden. Bedauerlicherweise war die Reaktion der mexikanischen Behörden auf diese Vorgänge bis jetzt wirkungslos, weshalb wir jetzt auf einen Fall von fast vollständiger Straflosigkeit blicken.

In unserer Entschließung fordern wir die mexikanische Regierung auf, gegen die Frauenmorde zu kämpfen, was ein harsches, aber zutreffendes Wort ist, wenn man bedenkt, dass alle Morde, bei denen das Opfer eine Frau war, unbestraft bleiben. In den letzten vier Jahren sind zum Beispiel in Mexiko nur 11 % der Kriminellen, die fast 700 Frauen ermordet haben, verurteilt worden.

Gleichzeitig hat es den Anschein, dass Frauen das Lieblingsopfer des Justizwesens sind. Es lässt sich anders nicht erklären, wie es möglich war, dass zwei indigene Frauen, Alberta Alcántara und Teresa González, die

⁽³⁾ Siehe Protokoll.

für die Entführung von sechs Beamten der mexikanischen Bundespolizei, die sie ganz allein durchgeführt haben sollen, seit nunmehr über drei Jahren inhaftiert sind und zu insgesamt 21 Jahren Haft verurteilt werden konnten. Wollen wir hoffen, dass der Richter, der in einer Woche über die von den beiden Frauen eingereichte Berufung entscheiden soll, realisiert, wie lächerlich und ungerecht die Situation ist.

Die Gewalt gegen Frauen beginnt jedoch schon zu Hause. Ich hoffe, dass die mexikanischen Gesetzgeber schon bald Verbesserungen am Allgemeinen Gesetz über den Zugang für Frauen zu einem gewaltfreien Leben vornehmen werden, damit die verschiedenen Gewaltformen und die Mechanismen zur Umsetzung der Gesetze genau festgelegt werden können. Es wäre außerdem angemessen, häusliche Gewalt und Vergewaltigung innerhalb der Ehe als strafbare Handlung zu definieren.

Ferner ist es wichtig, dass dieses Problem in Schulen als grundlegender Gegenstand in der Ausbildung junger Menschen behandelt wird, damit die mexikanische Gesellschaft sich verändert und Gewalt gegen Frauen ablehnt.

Adam Bielan, Verfasser. – (PL) Seit mehreren Jahren führen die mexikanischen Behörden nun, mit Präsident Felipe Calderón an erster Stelle, einen blutigen Kampf gegen Drogenbanden. Über 40 000 Soldaten waren an diesem Kampf beteiligt und es konnten diverse Erfolge erzielt werden. Zu diesen Erfolgen gehören zweifellos die Festnahme der Bosse des Sinaloa- und des Juarez-Kartells, die Zerstörung von über 23 000 Hektar Opiumpflanzen und 38 000 Hektar Marihuana, die Schließung von über 50 illegalen Labors, in denen Drogen produziert wurden, und die Festnahme von über 45 000 Personen, die an diesem Prozess beteiligt waren.

Wir müssen uns bewusst machen, dass die mexikanischen Drogenkartelle jährlich mehrere Milliarden Dollar einnehmen, was unvergleichbar mehr ist, als die von der mexikanischen Regierung für die Bekämpfung des Drogenproblems zur Verfügung gestellten Gelder. Die Banden geben also enorme Summen für die Bestechung von Politikern, Richtern und Polizeibeamten aus. Aus genau diesem Grund verlieren die Behörden den Kampf. Seit 2006 wurden fast 15 000 Menschen getötet, über 6 000 von ihnen seit Oktober letzten Jahres. Journalisten sind besonders gefährdet, da über 60 von ihnen schon getötet wurden, so wie auch kürzlich Jorge Ochoa Martínez.

Wir müssen uns darüber bewusst sein, dass Mexiko diesen Kampf ohne ein internationales Engagement nicht gewinnen wird.

(Beifall)

Santiago Fisas Aixela, Verfasser. – (ES) Herr Präsident, meine Damen und Herren, Mexiko hat ein großes Problem mit Drogenhandel und Gewalt im Zusammenhang mit Drogen. Um diesem Problem zu begegnen, hat die Regierung von Präsident Felipe Calderón eine harte Haltung eingenommen, um seine Beseitigung zu erreichen: Der Präsident hat sich dazu entschieden, vorübergehend die Armee zu mobilisieren, was bedeutende Auswirkungen auf die Zahl der festgenommenen Personen, die Zerstörung von Drogen und die Beschlagnahmung von Waffen hatte. Die Armee hat alle Empfehlungen der nationalen Menschenrechtskommission angenommen, einschließlich der Empfehlungen, die die Ermittlungen zu Beschwerden über ihr eigenes Vorgehen betreffen.

Die Regierung erkennt auch an, dass sie grundlegende Änderungen im Bereich der Sicherheit und der Justiz vornehmen muss, und setzt momentan eine ehrgeizige Reform des Gerichtswesens um, um es transparenter zu gestalten und unter gleichzeitiger Achtung der Menschenrechte diejenigen vor Gericht zu bringen, die Straftaten begehen.

Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) möchte sich mit dem mexikanischen Volk in seinem Kampf gegen den Drogenhandel solidarisch zeigen. Wir unterstützen auch Präsident Calderón in seiner Absicht, die organisierte Kriminalität zu bekämpfen.

Schließlich möchte ich auch meine Zufriedenheit mit dieser Übereinkunft ausdrücken, die die größten Fraktionen dieses Parlaments einigt.

Marie-Christine Vergiat, Verfasserin. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit 2007 hat sich die Zahl der Menschenrechtsverletzungen in Mexiko stetig erhöht.

Laut Berichten von mexikanischen Nichtregierungsorganisationen und Medien gab es allein im Jahr 2009 6 500 Morde, die den Drogenkartellen zuzuschreiben sind, die große Mehrheit davon im Bundesstaat

Chihuahua. Die Regierung von Präsident Calderón hat Tausende von Soldaten in die am schlimmsten betroffenen Gebiete geschickt.

Danach haben sich die durch diese Streitkräfte und die durch die Polizei verübten Gewalttaten erhöht, die Täter wurden jedoch nicht zur Rechenschaft gezogen. Die Nichtregierungsorganisationen veröffentlichen mehr Berichte denn je und sprechen jetzt von staatlichen Verbrechen. Journalisten, indigene Gemeinschaften und insbesondere Frauen, sowohl indigene als auch nicht-indigene Frauen, sind besonders betroffen. Ich habe einige dieser Frauen aus San Salvador Atenco getroffen; sie wurden von Polizisten vergewaltigt und gefoltert. Ich war erschüttert darüber, was sie mir erzählt haben. Diejenigen, die diese Taten im Mai 2006 begangen haben, genießen immer noch vollkommene Straffreiheit.

Daher können wir die Bedenken der mexikanischen Behörden nicht teilen, deren Vertreter regelmäßig Menschenrechte verletzen. Demzufolge werden wir die gemeinsame Entschließung nicht unterstützen und wir werden einbringen ...

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort)

Barbara Lochbihler, Verfasserin. – Herr Präsident! Die Bilder brutaler Gewaltanwendung auf offener Straße im sogenannten Drogenkampf in Mexiko erreichen uns regelmäßig über die Massenmedien. Die hundertfachen Frauenmorde, zumeist an Arbeiterinnen im Norden des Landes, machen Schlagzeilen und haben den Begriff Feminizide geschaffen. Das Europäische Parlament hat einen eigenen Bericht dazu vorgelegt. Trotz des Wissens über den gravierenden Anstieg schwerer Menschenrechtsverletzungen ist die mexikanische Regierung anscheinend aber nicht in der Lage oder nicht willens, entschieden dagegen vorzugehen. Der Verweis auf die notwendige Härte im Kampf gegen Drogendealer ist kein Ersatz für konsequentes Regierungshandeln. Die starke Ausweitung militärischer Präsenz und Macht, die Zuständigkeit von Militärgerichten für Verbrechen, die von Soldaten begangen wurden, die fast vollständige Straflosigkeit – das sind die eigentlichen Ursachen für die eskalierende Gewalt im Land. Selbst die nationale Menschenrechtskommission Mexikos dokumentiert wiederholt den Anstieg von Gewaltverbrechen durch das Militär.

Die Regierung selbst will das nicht wahrhaben. Immer wieder vertuscht sie auch Verbrechen. So ging gestern durch die Medien, dass das Verteidigungsministerium sehr viel Geld an Angehörige von Gewaltopfern verteilt haben soll, um ihr Schweigen zu erkaufen. Die Täter: Soldaten. Die EU muss den Kampf gegen Straflosigkeit in allen ihren Beziehungen zu Mexiko ansprechen. Gemessen an der Schwere der Menschenrechtsverletzungen ist es absolut geboten, dass die EU das Globalabkommen mit Mexiko nicht fortschreibt. So lange nicht, bis es eine substanzielle Verbesserung bei der Menschenrechtssituation im Lande gibt.

Cristian Dan Preda, im Namen der PPE-Fraktion. – (RO) Die Eskalation der Gewalt in den mexikanischen Bundesstaaten an der Grenze zu den Vereinigten Staaten von Amerika, insbesondere in Ciudad Juárez, ist sehr besorgniserregend. Die Ereignisse der letzten Monate waren sehr blutig, da das Eingreifen der Bundesbehörden in dieser Region auch von einem bedeutenden Anstieg von Straftaten im Zusammenhang mit Drogenhandel begleitet war. Zu den Kämpfen zwischen rivalisierenden kriminellen Banden kam also auch der Kampf gegen Drogenhändler, was eine Mordserie von außergewöhnlicher Brutalität zur Folge hatte.

Ich denke, dass Mexiko ein extremer Fall ist, an dessen Beispiel deutlich wird, wie schwierig es ist, entschlossen gegen Kriminalität vorzugehen, um die nationale Sicherheit zu gewährleisten. Es ist äußerst wichtig, dass wir hier im Europäischen Parlament ein klares Signal aussenden, um die von der mexikanischen Regierung gemachten Anstrengungen zur Beseitigung der Kriminalität zu unterstützen und auf diese Weise die Lage der Zivilbevölkerung zu verbessern.

Gleichzeitig müssen wir die mexikanischen Behörden ermutigen, grundlegende Reformen zur Festigung der Rechtsstaatlichkeit durchzuführen, insbesondere die Reform des Gerichtswesen und des Strafvollzugs.

Vielen Dank.

Ana Gomes, im Namen der S&D-Fraktion. – (PT) Die Gewalt in Mexiko ist mit dem Drogenhandel und den sozialen Ungleichheiten, die durch die Wirtschaftskrise noch verschlimmert wurden, verknüpft. Die Bekämpfung der Straflosigkeit ist hierbei der Schlüssel. Investitionen in das Justizwesen sind unerlässlich, damit Straftäter bestraft und Zeugen und Opfer geschützt werden, von denen viele junge arbeitende Frauen sind, die im Netz der Gewalt der Drogenhändler gefangen sind.

Es ist schockierend, dass Juárez die Welthauptstadt des Frauenmords ist, aber noch schockierender ist die Macho-Kultur, die die Tatenlosigkeit der Behörden bei der Verfolgung der Verantwortlichen für diese

Verbrechen und bei der Gewährleistung des Schutzes für Menschenrechtsverteidiger und Journalisten rechtfertigt.

Europa muss die strategische Partnerschaft mit Mexiko nutzen, um all jene, die für die Menschenrechte kämpfen, auf eine konstruktive Art und Weise zu unterstützen. Es sind dieselben Menschen, die für die Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie kämpfen. Ohne Menschenrechte gibt es weder Rechtsstaatlichkeit noch Demokratie.

Ryszard Czarnecki, im Namen der ECR-Fraktion. – (PL) Herr Präsident, vor Kurzem habe ich in diesem Plenarsaal den Aufruf gehört, die Vereinbarung mit Mexiko nicht zu unterzeichnen. Ich kann diese Forderung nicht nachvollziehen. Wir haben doch den mexikanischen Präsidenten für seinen entschlossenen Kampf gegen die Drogenbarone und die Mafia gelobt, und diejenigen, die kurz vor mir gesprochen haben, haben ihn auch gelobt. Wir sollten die mexikanischen Behörden daher für ihre Maßnahmen loben, wobei wir sie natürlich gleichzeitig davor warnen müssen, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten, und sie dazu auffordern müssen, in diesem Kampf trotzdem die Menschenrechte zu respektieren. Das ist klar. Wir müssen die Situation eines Landes verstehen, das seit Jahrzehnten mit riesigen Verbrecherorganisationen und mit der Mafia kämpft. Wenn der Präsident dieses Landes auf diesem Gebiet den Krieg erklärt, sollte er unsere volle Unterstützung erhalten. Wir haben hier aber selbstverständlich über Journalisten und über andere Opfer gesprochen. Es sollte hervorgehoben werden, dass diese Menschen nicht diskriminiert werden sollten.

Rui Tavares, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (PT) Meine Damen und Herren! Heute Morgen wurde die mexikanische Gewerkschaft der Elektriker von 100 bis 200 Polizisten umstellt. Es handelt sich hierbei um dieselbe Gewerkschaft, deren Anführer Domingo Aguilar Vázquez nach der Ankündigung eines Generalstreiks am nächsten Tag, dem 16. März, aufgrund erfundener Anschuldigungen festgenommen worden war.

Dieser direkt von der Regierung ausgehende Angriff auf die freie gewerkschaftliche Betätigung in Mexiko ist besonders schockierend, weil wir hier über die mexikanische Bundesregierung sprechen, die zum Beispiel von ihrem eigenen Militär begangene Straftaten oder die unwirksame Bekämpfung des Drogenhandels nicht ahndet.

Ja, die Situation ist komplex. Es gibt Angriffe der Armee auf Drogenhändler, aber gleichzeitig gibt es Angriffe auf Gewerkschaften. Was passiert, ist, dass in einer Situation, in der Unwirksamkeit, Straflosigkeit und im vermehrten Maße Autoritarismus vorherrschen, eine Demokratie wie die mexikanische Demokratie außer Kontrolle gerät.

Dieses Parlament muss diese Vorgänge auf energische Weise verurteilen und vor allem die mexikanische Regierung dazu auffordern, in Bezug auf Straftäter wirksamer zu handeln und ihre autoritäre Vorgehensweise, zum Beispiel gegen Gewerkschaften, Arbeitnehmer und Bewegungen der Zivilgesellschaft, einzustellen.

Eija-Riitta Korhola (PPE). – (FI) Herr Präsident, ich würde gerne zwei Fragen in unserer Entschließung zu Mexiko hervorheben.

Erstens hat die Gewalt, wie wir gehört haben, in diesem Jahr zugenommen. Mexiko wird von großen Drogenkartellen beherrscht, und die von ihnen ausgeübte Gewalt hat schätzungsweise bereits 15 000 Menschen das Leben gekostet. Die Situation ist in der Nähe der mexikanisch-amerikanischen Grenze besonders schlimm. Die mexikanische Regierung versucht, die Situation durch den massiven Einsatz von Militär und Polizei unter Kontrolle zu bringen. Diese Strategie wird sehr stark kritisiert. Die Verantwortlichen für Drogenhandel, Geldwäsche und die dadurch verursachten Probleme befinden sich offensichtlich teilweise außerhalb Mexikos, und wir müssen Mexiko unsere Unterstützung und Zusammenarbeit anbieten.

Zweitens möchte ich die jüngsten Berichte von Amnesty International nennen, die sich auf den mangelnden Willen seitens der Behörden zum Schutz der Menschenrechtsaktivisten beziehen. Diejenigen, die sich für die indigene Bevölkerung und für arme Gemeinschaften einsetzen, sind besonders in Gefahr. Wenn es gefährlich wird, sich für die Förderung der Menschenrechte einzusetzen, müssen viele die Risiken ihrer Arbeit neu bewerten. Diejenigen, für die sich die Aktivisten einsetzen, verlieren dann ihre Hoffnung.

Diese Themen, die mit dem Drogenhandel und den Menschenrechten zu tun haben, müssen im Mai, wenn wir auf dem nächsten Gipfel EU/Mexiko über unsere geplante Zusammenarbeit nachdenken, auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Die mexikanische Regierung muss sich ausdrücklich zur Bekämpfung des Drogenhandels und zur Wahrung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit verpflichten.

Der Drogenhandel hat zu Gewaltakten geführt, bei denen viele Menschen ihr Leben verloren haben. Die Städte Tijuana und Ciudad Juárez gehörten 2009 zu den zehn gefährlichsten Städten der Welt. Seit 2007 sind im Kampf gegen Drogen 15 000 Morde verübt worden, und allein 2009 waren es 7 724.

Junge Menschen und Frauen haben am meisten unter den Folgen des Drogenhandels und Drogenkonsums zu leiden. In Mexiko könnte die Wirtschaftskrise zu einem sozialen Konflikt führen, in dem Armut und mangelnde Bildung zu den entscheidenden Faktoren gehören, die darüber bestimmen können, ob junge Menschen zu Drogen greifen. Im Jahr 2010 haben in Mexiko 7,5 Millionen junge Menschen keinen Zugang zum öffentlichen Bildungssystem, was auch bedeutet, dass sie keine Hoffnung darauf haben, ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass der Dialog zwischen der Europäischen Union und Mexiko verstärkt werden muss, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit zu fördern.

Vielen Dank.

Bernd Posselt (PPE). - Herr Präsident! Wir befassen uns hier oft mit Diktaturen. Mexiko ist keine Diktatur, sondern eine Demokratie. Wir befassen uns mit Einzelfällen von schweren Menschenrechtsverletzungen. Das ist bei Mexiko auch nicht das Thema, sondern das Thema ist, dass diese große Demokratie, die uns ein strategischer Partner ist, seit Jahrzehnten an einer schweren, vielleicht sogar tödlichen Krankheit leidet.

Deshalb ist es notwendig, die richtige Therapie und den richtigen Arzt zu haben. Präsident Calderón und seine Mitstreiter sind dieser Arzt. Das heißt nicht, dass sie jede Therapie anwenden können und dürfen, aber wir müssen sie unterstützen.

Und deshalb halte ich Ziffer 12 der Entschließung für so wichtig, in der wir sagen, dass wir unser Finanzierungsinstrument verstärkt dafür einsetzen wollen, die Staatsführung, die Rechtsstaatlichkeit und die rechtsstaatlichen Strukturen zu stärken gegen Staatszerfall, gegen organisierte Kriminalität, gegen die zu Recht kritisierte Straflosigkeit. Das können wir aber nicht, indem wir unsere Kontakte einfrieren oder abbrechen, sondern indem wir sie verstärken.

Francisco José Millán Mon (PPE). – (ES) Herr Präsident, wir alle sind besorgt wegen der Zunahme der Gewalt in Ciudad Juárez, aber ich vertraue auf die breit angelegten Maßnahmen, die die mexikanischen Behörden eingeleitet haben, um diese komplexe Situation in wirksamer Weise zu bewältigen. Ich unterstütze außerdem den energischen Kampf, den Präsident Calderón gegenwärtig gegen den Drogenhandel führt, der eine sehr ernsthafte weltweite Bedrohung ist, die uns alle betrifft. Aus diesem Grund sollten wir den mexikanischen Behörden in diesem schwierigen Kampf helfen.

Meine Damen und Herren, in den vergangenen 10 Jahren durchlief Mexiko einen sehr positiven Prozess der Modernisierung seiner Politik und seiner Regierung. Präsident Calderón setzt sich stetig für Reformen ein. Mexiko hat auch auf internationaler Ebene größere Verantwortung und eine aktive Rolle, zum Beispiel bei den Vereinten Nationen und den G-20, übernommen.

Ich habe in diesem Parlament innerhalb meiner bescheidenen Möglichkeiten immer die Schaffung einer strategischen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Mexiko unterstützt, die wir 2008 endlich realisiert haben. Ich hoffe, dass wir auf dem im Mai in Madrid stattfindenden Gipfeltreffen einen ehrgeizigen gemeinsamen Aktionsplan oder ein Programm verabschieden können, weil die Europäische Union und Mexiko auf vielen Gebieten, sowohl auf bilateraler Ebene als auch in multilateralen Foren, zusammenarbeiten müssen, um Herausforderungen und Bedrohungen wie dem Drogenhandel und anderen Formen der organisierten Kriminalität gemeinsam begegnen zu können.

Charles Tannock (ECR). – Herr Präsident, Mexiko war lange Zeit der primäre Zugangskanal zum weltweit größten Markt für illegale Drogen, den Vereinigten Staaten von Amerika. Brutalität und Gewalt, die mit dem Drogenhandel Hand in Hand gehen, haben in Mexiko daher ihre Spuren hinterlassen. Darüber hinaus wurde Mexiko, das ein Land mit 100 Millionen Einwohnern und ein bedeutender strategischer Partner der EU ist, leider selbst immer mehr zu einem wichtigen Markt für Kokain. Der steigende Konsum bei jungen Menschen ist besonders besorgniserregend.

Die drogenbedingte Gewalt scheint in Mexiko immer mehr zuzunehmen. Es kommt zu immer grausameren Morden, und Journalisten, die über diese Fälle berichten, werden selbst zur Zielscheibe. Die weit verbreitete Arbeitslosigkeit und Armut wirken sich wahrscheinlich auch nicht positiv auf die Gesamtsituation aus und erzeugen in Teilen Mexikos ein Klima der Gesetzlosigkeit. Präsident Calderón steht vor enormen

Herausforderungen, ist jedoch entschlossen, ihnen offensiv zu begegnen, und die EU sollte ihn dabei unterstützen. Wir sollten insbesondere seine Bemühungen unterstützen, die Polizei und das Strafrechtssystem zu reformieren und zu restrukturieren, um die korrupten Verbindungen zwischen den Drogenkartellen und den Strafverfolgungsbehörden aufzubrechen. Ich halte auch sein Vorgehen für gerechtfertigt, als vorübergehende Notfallmaßnahme die Armee einzusetzen.

Janez Potočnik, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, ein unvorhersehbares Anwachsen der Gewalt hat innerhalb des Landes zur Entstehung eines Gefühls der tiefen Unsicherheit in der Bevölkerung geführt. Die Kommission ist natürlich sehr besorgt über diese Situation. Wir wissen, dass die mexikanischen Behörden dies ernst nehmen und einige Maßnahmen eingeleitet haben, um gegen dieses Problem vorzugehen.

Präsident Calderóns Kampf gegen das organisierte Verbrechen ist seine Hauptpriorität. Abgesehen von der Stationierung von Soldaten in mehreren Landesteilen, um das organisierte Verbrechen zu bekämpfen, unternimmt Mexiko gewaltige Anstrengungen, um die Strafverfolgungsbehörden und das Justizwesen zu stärken.

Im August 2008 wurde ein Paket von Sicherheitsmaßnahmen verabschiedet, das die Reorganisation der mexikanischen Strafverfolgungs- und Justizbehörden zum Ziel hat. Die vom mexikanischen Kongress im Jahr 2008 verabschiedete Reform des Gerichtswesens hat das Potenzial, die wichtigsten systemischen Probleme anzugehen, vor denen die Strafverfolgungsbehörden in Mexiko stehen, obwohl wir uns bewusst sind, dass die Umsetzung dieser Reformen ein langfristiges Engagement erfordern wird.

Mexiko unternimmt auch sehr ernsthafte Anstrengungen, um auf die in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen geäußerten Sorgen zu reagieren, insbesondere in Bezug auf den Einfluss des organisierten Verbrechens und die berechtigten Interessen in Zusammenhang mit der Presse- und Redefreiheit, auf die die EU durch Organisationen der Zivilgesellschaft aufmerksam gemacht worden ist. In diesem Zusammenhang hat die mexikanische Regierung 2006 einen Sonderstaatsanwalt ernannt, der für die Ermittlung und Verfolgung von Straftaten, die gegen Journalisten begangen worden sind, zuständig ist.

Sie unternimmt auch erhebliche Anstrengungen, andere Mängel zu beheben, wie man an der Verabschiedung eines Bundesgesetzes zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und der Ernennung eines Sonderstaatsanwalts für diesen Bereich sowie am neuen Bundesgesetz zur Bekämpfung des Menschenhandels erkennen konnte.

Als ein Mitglied des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen hat sich Mexiko dazu verpflichtet, eine staatliche Strategie zu Menschenrechten zu verabschieden und auf internationaler Ebene im Hinblick auf Menschenrechte offen zu bleiben. Die Frage des Schutzes der Menschenrechte im Rahmen des Kampfes gegen das organisierte Verbrechen und der Unversehrtheit von Menschenrechtsaktivisten spiegelt sich in den Empfehlungen wider, die Mexiko nach seiner Teilnahme an der allgemeinen regelmäßigen Überprüfung (UPR – Universal Periodic Review) der UN angenommen hat.

Mexiko hat Interesse und Bereitschaft gezeigt, all diese Fragen mit der Europäischen Union zu diskutieren, zuletzt während der Tagung des Gemischten Ausschusses EU-Mexiko vom 26.-27. November 2009 in Brüssel. In Bezug auf diesen Bereich findet wirklich eine intensive Zusammenarbeit statt.

Vom 3.-4. Dezember 2009 haben die EU und Mexiko gemeinsam ein internationales Seminar in Cancún zum Thema „The Legitimate Use of Force and the Protection of Human Rights“ (Der legitime Einsatz von Gewalt und der Schutz der Menschenrechte) organisiert. Das Seminar hat die Möglichkeit geboten, Anhörungen von Sachverständigen zum Entwurf eines Strategiepapiers zur Rechenschaftspflicht lokaler Polizeikräfte in Bezug auf Menschenrechte abzuhalten.

Der Entwurf des Strategiepapiers wurde nach dem Seminar dem lokalen Kongress von Quintana Roo vorgelegt. Diese Initiative ergänzt das kürzlich verabschiedete Bundesgesetz zur Reformierung des Justizwesens und könnte auch von anderen Bundesstaaten übernommen werden.

Wir denken, dass die strategische Partnerschaft EU-Mexiko für die EU den besten Rahmen bietet, Mexiko in den Bereichen der öffentlichen Sicherheit und der Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen. Das Exekutivdokument der strategischen Partnerschaft, über das momentan verhandelt wird, sieht die Etablierung eines formalen politischen Dialogs zwischen der EU und Mexiko über Sicherheitsfragen sowie eine intensiverte Zusammenarbeit mit den zuständigen EU-Agenturen wie der europäischen Polizeiakademie (CEPOL), Europol, Eurojust und der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) vor.

Was die Kommission betrifft, so haben wir bereits von 2004-2007 ein Projekt unterstützt, um die Justizverwaltung in Mexiko zu verbessern. Im Zeitraum 2011-2013 ist eine weitere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet vorgesehen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Mexiko vor wichtigen Herausforderungen auf den Gebieten der öffentlichen Sicherheit und der Achtung der Menschenrechte steht. Es ist nicht einfach, und die Situation ist bei weitem nicht ideal, aber man muss auch fairerweise sagen, dass Mexiko die Bereitschaft und Entschlossenheit zeigt, die Vereinbarkeit einer wirksamen Politik der öffentlichen Sicherheit und der Achtung der Menschenrechte sicherzustellen. Wir werden Mexiko bei seinen Bemühungen weiterhin unterstützen.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet nach den Aussprachen statt.

12.3. Südkorea – Todesstrafe für legal erklärt

Der Präsident. – Als nächstes Thema folgt die Aussprache über fünf⁽⁴⁾ Entschließungsanträge zum Südkorea – Todesstrafe für legal erklärt.

Renate Weber, Verfasserin. – Herr Präsident, nach 13 Jahren, in denen in der Republik Korea keine Hinrichtungen stattgefunden haben, hat sich das südkoreanische Verfassungsgericht vor einigen Wochen leider für die Todesstrafe ausgesprochen. Das Urteil besagt, dass die Todesstrafe eine legale Strafmaßnahme ist, die eine Abschreckung gegen Verbrechen zum Wohl der Allgemeinheit ist. Das ist ein Argument, das man oft hören kann, das jedoch nur eine Reaktion auf gefühlsgeladene Situationen zu einem bestimmten Zeitpunkt und in einem bestimmten Land ist.

Tatsächlich bedeutet es, dass die Todesstrafe als Präventivmaßnahme angesehen wird, mit der Hoffnung, dass, wenn ein Verbrecher bzw. eine Verbrecherin weiß, dass es eine Todesstrafe gibt, er oder sie zweimal über seine oder ihre Taten nachdenkt. Wir alle kennen viele Studien, die diese Idee widerlegt haben.

Viel wichtiger ist die Tatsache, dass eine Hinrichtung irreversibel ist; es gibt keinen Weg zurück. Das römische Recht zur Zeit Justinians besagte, dass es besser sei, wenn ein Schuldiger nicht bestraft würde, als wenn einer unschuldigen Person das Leben genommen würde. Das war vor 15 Jahrhunderten. Da das südkoreanische Verfassungsgericht selbst zugegeben hat, dass die Todesstrafe aufgrund von Fehlern verhängt oder missbraucht werden könnte, könnten die heute von uns vorgebrachten Bedenken die demokratischen Institutionen der Republik Korea in der Überzeugung bestärken, dass diese Methode der Bestrafung für immer abgeschafft werden sollte.

Da die Republik Korea 1990 dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte beigetreten ist und die meisten großen Menschenrechtsverträge unterzeichnet hat, wäre eine Rückentwicklung sehr schädlich für ihr internationales Ansehen.

David Martin, Verfasser. – Herr Präsident! Die Europäische Union im Allgemeinen und dieses Parlament im Besonderen haben eine sehr stolze Bilanz – eine ehrenvolle Tradition – der Ablehnung der Todesstrafe. Daher bleibt uns nichts anderes übrig, außer die Entscheidung des Verfassungsgerichts der Republik Korea zu bedauern, dass die Todesstrafe nicht gegen die Verfassung des Landes verstößt.

Ich denke jedoch, dass wir diese Frage im richtigen Verhältnis betrachten müssen. Die Stimmenverteilung fiel bei der Urteilsfindung mit vier zu fünf Stimmen sehr knapp aus. Bei der letzten Abstimmung war die Stimmenverteilung sieben zu zwei. Die Richter wollten den Einsatz der Todesstrafe nicht befürworten oder stillschweigend dulden, sondern forderten eine politische Entscheidung. Das südkoreanische Parlament sollte über die zukünftige Abschaffung der Todesstrafe in diesem Land entscheiden.

Wir sollten außerdem beachten, dass die Bevölkerung der Republik Korea mehrheitlich für die Abschaffung der Todesstrafe ist. Seit Februar 1998 sind keine Hinrichtungen mehr durchgeführt worden, und 2007 hat Amnesty International die Republik Korea als ein Land eingestuft, das die Todesstrafe praktisch abgeschafft hat.

(4) Siehe Protokoll.

Die Bedeutung dieses Themas wird jedoch wieder in den Vordergrund gerückt, wenn wir realisieren, dass der Fraktionsvorsitzende der Großen Nationalpartei in der Republik Korea erst vor Kurzem gesagt hat, dass dieses De-facto-Moratorium zur Todesstrafe beendet werden und die rasche Hinrichtung bestimmter Häftlinge stattfinden sollte. Ich hoffe, dass diese bedauernswerte opportunistische Stimme in der Republik Korea ignoriert wird, und dass die Republik Korea sich von einem Land mit einem De-facto-Moratorium durch eine Gesetzesänderung zu einem Land mit einem De-jure-Moratorium weiterentwickelt.

Martin Kastler, *Verfasser*. – Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es ist bedauerlich, dass etliche Staaten in der Welt heute noch diese unmenschliche Art der Bestrafung von Schwerverbrechern vornehmen bzw. erlauben. Meiner Meinung nach hat kein Mensch das Recht, über Leben oder Tod eines anderen Menschen zu befinden, egal, ob am Anfang oder am Ende des Lebens, und erst recht nicht, wenn es darum geht, eine Straftat zu ahnden. Diese barbarische Bestrafung durch Hinrichtung hat in der Welt von heute nichts mehr zu suchen!

Der unvergessliche, große Papst Johannes Paul II. hat vor allem darauf hingewiesen, dass die Wiedergutmachung, die Chance auf Versöhnung möglich sein müssen. Das ist bei einer irreversiblen Tat wie der Todesstrafe nicht möglich. Deshalb fordern wir gemeinsam als Fraktionen unsere Kollegen in Südkorea auf, sich dieses Themas in ihrem Parlament anzunehmen und gemeinsam mit uns Europäern für die Abschaffung der Todesstrafe zu kämpfen, als Zeichen der Menschlichkeit. Ich möchte alle Kollegen auffordern, diesen gemeinsamen Entschließungsantrag einmütig zu unterstützen.

Marie-Christine Vergiat, *Verfasserin*. – (FR) Herr Präsident! Auf dem Ende Februar in Genf abgehaltenen vierten Weltkongress gegen die Todesstrafe hat die Bewegung, die sich für die Abschaffung der Todesstrafe einsetzt, die wachsende Zahl der Länder begrüßt, die die Todesstrafe abgeschafft oder ausgesetzt haben. Die Republik Korea schien sich diesen Ländern angeschlossen zu haben, da seit Dezember 1997 dort keine Hinrichtungen mehr durchgeführt worden sind.

Die jüngste Entscheidung des Verfassungsgerichts der Republik Korea muss uns Sorgen machen; wir können sie nur bedauern. Wir verlangen daher, dass die Kommission und der Rat die Abschaffung der Todesstrafe – die ein Verstoß gegen das Recht auf Leben und ein staatliches Verbrechen darstellt – als ein Schlüsselement der Beziehungen der Europäischen Union mit Drittländern ansehen.

Wir wollen, dass die Kommission die südkoreanische Regierung und den Präsidenten der Republik Korea, der 1981 selbst zum Tode verurteilt wurde, dazu auffordern, sich energisch für die Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen; sich gemäß dem Beschluss der Vereinten Nationen für ein Moratorium zu entscheiden; ihre Besorgnis angesichts der Situation der 59 Menschen zu äußern, zu denen gewisse politische Gefangene gehören, die in diesem Land zum Tode verurteilt worden sind; und zu fordern, dass ihre Todesstrafen umgewandelt werden.

Barbara Lochbihler, *Verfasserin*. – Herr Präsident! Die Politik zur Abschaffung der Todesstrafe ist ein sehr erfolgreicher Teil europäischer Außenpolitik. Das zeigt sich bei Beitrittsverhandlungen, bei bilateralen Gesprächen und auch innerhalb der Vereinten Nationen, wo immer mehr Staaten der Weltgemeinschaft sich dazu entschließen, ein Moratorium auszusprechen oder die Todesstrafe ganz abzuschaffen. Die Republik Südkorea gehörte bis vor Kurzem zu den Staaten, die diese entwürdigende und erniedrigende Strafe in der Praxis nicht mehr angewandt haben.

Diese heutige Entschließung ist Ausdruck unserer Sorge, dass mit der Entscheidung des südkoreanischen Verfassungsgerichts, Hinrichtungen seien mit der Verfassung rechtlich vereinbar, nun eine Situation entstanden ist, die durchaus eine Wiederanwendung der Todesstrafe ermöglicht. Deshalb appellieren wir an die Regierung von Südkorea, alles dafür zu tun, zuerst ein rechtlich verbindliches Moratorium anzunehmen, das es verbietet, Hinrichtungen durchzuführen – es sitzen ja noch über 55 Menschen in den Todeszellen –, worauf in einem zweiten Schritt das südkoreanische Parlament ein Gesetz zur Abschaffung der Todesstrafe verabschieden sollte.

Es ist sehr positiv zu bewerten, dass auch innerhalb der südkoreanischen Gesellschaft eine Bewegung entstanden ist, die sich dafür einsetzt, dass letztendlich mit einem Gesetz zur Abschaffung der Todesstrafe beigetragen wird. Diese Bewegung sollten wir hier unterstützen.

Jarosław Leszek Wałęsa, *im Namen der PPE-Fraktion*. – (PL) Herr Präsident, zu einer Zeit, in der die Zahl der Länder, die die Todesstrafe aufgeben, steigt, sollte die Entscheidung des Verfassungsgerichts der Republik Korea zumindest mit Überraschung vernommen werden.

Die Todesstrafe ist ein klarer Verstoß gegen die Menschenrechte, weil das menschliche Leben schließlich ein Wert ist, der durch das Gesetz geschützt sein sollte, und ein Justizwesen, das die Todesstrafe zulässt, seine eigenen Fundamente untergräbt und eine besondere Art der Heuchelei ist. Es gibt viele Argumente, die gegen den Einsatz dieser Mittel der Rechtsprechung sprechen. Für mich ist das wichtigste Argument die Unabänderlichkeit. Egal, was man sonst noch über sie sagen könnte: die Todesstrafe ist eine Strafmaßnahme, die endgültig ist. Sie beraubt die Menschen der wertvollsten Sache, die sie je besitzen werden. Außerdem lastet noch die moralische Verantwortung auf denjenigen, die dieses Gesetz umsetzen, weil immer das Risiko besteht, dass sie eine unschuldige Person hinrichten.

Ferner ist die Entscheidung des Verfassungsgerichts enttäuschend, weil wir wissen, dass in der Republik Korea seit Jahren keine Hinrichtungen mehr durchgeführt worden sind. Ich hoffe, dass diese Entscheidung die Zahl der verhängten Urteile nicht beeinflussen wird. Mehr noch, ich fordere, dass die Fällung von Todesurteilen in der Republik Korea vollständig eingestellt wird.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg, *im Namen der S&D-Fraktion*. – (PL) Die Republik Korea ist einer der wichtigsten Handelspartner der Europäischen Union. Es ist außerdem ein Land, mit dem die Europäische Kommission ein Freihandelsabkommen ausgehandelt hat, das beiden Seiten einen sehr breiten Zugang zum Markt des anderen gewährt. Im Hinblick auf so enge wirtschaftliche Beziehungen bin ich überrascht, dass die EU und die Republik Korea so unterschiedliche Ansichten in Bezug auf die Menschenrechte haben.

Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben das 13. Protokoll der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten unterzeichnet, das die Vollstreckung der Todesstrafe verbietet. Zugleich hat die EU auf internationaler Ebene verkündet, dass sie sich selbst das Ziel gesetzt hat, sich für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen. In Übereinstimmung mit dieser Erklärung sollte die EU die Bewegung, die sich in der Republik Korea für die Abschaffung der Todesstrafe einsetzt, ganz klar unterstützen. Wir hoffen darauf, dass zuallererst ein Moratorium für die Vollstreckung von Hinrichtungen eingeführt wird, und dass die südkoreanische Regierung sich im Rahmen der UNO aktiv dafür einsetzt, dass die Todesstrafe abgeschafft wird.

Als Europäisches Parlament haben wir das Recht und die Verpflichtung, im Rahmen unserer neuen Kompetenzen auf dem Gebiet der Handelspolitik die Abschaffung der Todesstrafe in allen Partnerländern der Europäischen Union zu fordern.

Zbigniew Ziobro, *im Namen der ECR-Fraktion*. – (PL) Herr Präsident, wenn die heutigen Ansichten über die Todesstrafe zum Zeitpunkt der Nürnberger Prozesse vorgeherrscht hätten, wäre über keinen der vom Gericht verurteilten Nazi-Verbrecher, die verantwortlich waren für den grausamen Tod von Millionen unschuldiger Menschen, die Todesstrafe verhängt worden. Ich habe nicht gehört, dass irgendjemand in Europa den Nürnberger Militärgerichtshof für seine ungerechten Urteile kritisiert hätte.

Europa bewegt sich immer mehr weg vom Kern einer gerechten Bestrafung als angemessene Reaktion auf das vom Täter begangene Unrecht und die daraus resultierende Schuld. Wenn wir über den Mord, die Tötung, vieler Menschen sprechen, zum Beispiel durch einen terroristischen Akt, oder wenn wir über Genozid und den Tod von Millionen von Menschen sprechen, der doch in Europa passiert ist, dann stellt sich die Frage nach einer angemessenen Bestrafung. Es stimmt, dass auch in akademischen Kreisen in Europa eine Debatte über die Wirksamkeit dieser Bestrafung in Bezug auf ihre Präventivwirkung und den Schutz unschuldiger Menschen stattfindet. Dies ist hier jedoch wahrscheinlich nicht das wichtigste Argument.

Europa wendet heute die Todesstrafe nicht mehr an. Dies ist eine demokratische Entscheidung, und wir wollen, dass diese Entscheidung respektiert wird. Wir sollten jedoch auch die Entscheidungen anderer respektieren, weshalb ich für eine Diskussion zu diesem Thema bin. Eine Diskussion, die man auch mit der Bevölkerung in der Republik Korea führen sollte. Es ist ein demokratischer Staat, ein demokratisches Land.

Marek Henryk Migalski (ECR). – (PL) Meiner Meinung nach gibt es mindestens zwei Gründe, aus denen wir uns zu diesem Thema nicht äußern und uns nicht einmischen sollten. Erstens, weil die Republik Korea ein demokratisches Land und das Urteil des Verfassungsgerichts das Urteil eines rechtmäßigen staatlichen Gremiums ist. Aus diesem Grund besteht nicht die Gefahr, dass die Todesstrafe in politischen oder geringfügigen Fällen vollstreckt wird – sie wird nur auf Kriminelle und Mörder angewendet. Zweitens ist die Todesstrafe ein Abschreckungsmittel. Es ist natürlich nicht möglich, dies empirisch zu belegen, aber wenn wir annehmen, dass der logische Schluss stimmt, dass eine Strafe umso abschreckender wirkt, je schwerer sie ist, es bedeutet, dass die schwerste Strafe am meisten abschreckt, und dies bedeutet, dass die Todesstrafe am abschreckendsten ist. Daher retten wir durch die Anwendung der Todesstrafe tatsächlich die Leben

unschuldiger Menschen. Aus diesen Gründen sollten die Europäische Union und das Europäische Parlament sich nicht in diese Angelegenheit der Republik Korea einmischen.

Bogusław Sonik (PPE). – (PL) Herr Präsident! Die Entscheidung des südkoreanischen Verfassungsgerichts, dass die Todesstrafe keinen Verstoß gegen die Verfassung darstellt, muss mit Bedauern aufgenommen werden. Diese Entscheidung bedeutet einen Schritt zurück im Vergleich zum vorherrschenden Trend in der Republik Korea, in der die Todesstrafe seit einem Jahrzehnt nicht mehr vollstreckt worden ist. Die letzte Hinrichtung ist vor 13 Jahren vollstreckt worden. Gegenwärtig warten 57 Verurteilte im Todestrakt auf die Vollstreckung ihres Urteils. Das Urteil des südkoreanischen Gerichts sollte kritisch betrachtet werden. Die Republik Korea sollte aufgrund ihrer wirtschaftlichen Führungsrolle in der Region ein besonderes Beispiel in Bezug auf die Achtung des Rechts auf Leben jedes einzelnen Menschen setzen. Die Todesstrafe ist nicht mit einem zeitgemäßen System der Strafgerichtsbarkeit vereinbar, und entgegen der gängigen Meinung führt sie überhaupt nicht zu einer Reduzierung der Kriminalität.

Jaroslav Paška (EFD). – (SK) Die Todesstrafe ist ein Thema, das so lange bestehen wird, solange Monster und Mörder mit dem Bewusstsein leben, dass sie Menschen quälen, missbrauchen und ermorden und in unserer Gesellschaft versteckt bleiben können, weil eine schwache und ohnmächtige Gesellschaft nicht in der Lage ist, mit ihrem brutalen Verhalten fertig zu werden.

Jedes der Opfer dieser Monster hatte das gleiche Recht auf Leben wie wir alle, bis sie den Weg eines solchen Monsters kreuzten, eines Verbrechers, durch den eine Person ohne das Recht auf Gnade oder Verteidigung zu ihrem Schicksal verdammt worden ist, um seinem perversen Vergnügen zu dienen. Das Verfassungsgericht der Republik Korea hat eine Stellungnahme vorgelegt, der zufolge die Todesstrafe nicht mit der Verfassung der Republik Korea in Konflikt steht. Der rechtliche Status wurde also praktisch festgesetzt. Die Tatsache, dass die politischen Eliten in Europa in unserem Namen diesen Weg verlassen haben, heißt jedoch nicht, dass wir zu besseren Menschen geworden sind oder unsere Gesellschaft humaner geworden ist. Nein, die Tötung von anständigen Menschen durch diese Monster hat in Europa, ebenso wie in der Republik Korea, nicht aufgehört. Der einzige Unterschied ist, dass die europäischen Monster sich keine Sorgen über die Todesstrafe machen müssen.

Meine Damen und Herren! Ich respektiere unser Model, das auf der Europäischen Menschenrechtskonvention basiert, aber ich glaube, dass wir, bevor wir der übrigen Welt dieses Model aufzwingen, sicherstellen sollten, dass es wirklich eine bessere Lösung für anständige Menschen ist, und dass ...

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort)

Joanna Katarzyna Skrzydlewska (PPE). – (PL) Ich möchte sagen, dass die Entscheidung des Verfassungsgerichts der Republik Korea enttäuschend und beunruhigend ist. Obwohl die letzten Hinrichtungen in der Republik Korea 1997 stattgefunden haben, hat das Gericht am 25. Februar entschieden, dass das Todesurteil eine Strafe ist, die das in der Verfassung festgeschriebene Recht auf Leben nicht verletzt. Dies ist nun das zweite Urteil dieses Gerichts mit dem gleichen Inhalt. Das erste Urteil wurde 1996 gesprochen, als das Gericht erklärte, dass die öffentliche Meinung die Abschaffung der Todesstrafe nicht befürwortet. Man kann daraus schließen, dass die öffentliche Meinung in der Republik Korea sich nicht verändert hat, was bedauerlich ist, weil ein Land, das im wirtschaftlichen Bereich führend ist, für andere Länder in Bezug auf die Achtung des Rechts auf Leben, das ein grundlegendes Menschenrecht ist, als gutes Beispiel dienen sollte.

(Beifall)

Janez Potočnik, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, der Kampf gegen die Todesstrafe steht im Zentrum der Menschenrechtspolitik der EU. Die EU sieht die Todesstrafe als eine grausame und inhumane Strafe an, die kriminelles Verhalten nicht verhindern kann, wogegen die Abschaffung der Todesstrafe zur Stärkung der Menschenwürde beiträgt.

Zu unserer Freude gab es kürzlich einige positive Entwicklungen im Kampf gegen die Todesstrafe. Im Januar dieses Jahres hat die Mongolei ein Moratorium für die Todesstrafe bekannt gegeben. 2009 haben Burundi, Togo und der US-Bundesstaat New Mexico die Todesstrafe abgeschafft. 2007 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine EntschlieÙung verabschiedet, die alle Mitgliedstaaten der UN dazu auffordert, ein Moratorium für Hinrichtungen im Hinblick auf die Abschaffung der Todesstrafe festzulegen; Im Jahr 2008 wurde diese Forderung in einer weiteren EntschlieÙung nochmals unterstrichen.

Vor diesem Hintergrund war die EU natürlich enttäuscht über das mit vier zu fünf Stimmen gefällte Urteil des Verfassungsgerichts der Republik Korea vom 25. Februar, das besagt, dass die Todesstrafe mit den

Bestimmungen der südkoreanischen Verfassung übereinstimmt. Wir stellen jedoch fest, dass es in diesem Fall um die Interpretation der südkoreanischen Verfassung ging; es war keine politische Entscheidung über die Beibehaltung der Todesstrafe. Wir nehmen insbesondere die späteren Äußerungen von drei der fünf Richter zur Kenntnis, die die Ansicht vertreten haben, dass die Todesstrafe mit der Verfassung übereinstimmt. Die Richter Lee Kang-Kook und Min Hyung-Ki haben die Notwendigkeit verdeutlicht, den Einsatz der Todesstrafe einzuschränken und die Anzahl der Straftaten, die mit der Todesstrafe bestraft werden können, zu reduzieren, wogegen der Richter Song Doo-Hwan eingewendet hat, dass die Entscheidung über die Todesstrafe in einer öffentlichen Debatte thematisiert werden und Maßnahmen des Gesetzgebers nach sich ziehen sollte.

Obwohl die Gerichte immer noch Todesurteile aussprechen, besteht in der Republik Korea seit 1997 ein Moratorium für Hinrichtungen. Es gibt derzeit keine Hinweise, dass das Urteil des Verfassungsgerichts einen Einfluss auf dieses Moratorium haben wird. Wir begrüßen die Entschlossenheit der Republik Korea, dieses Moratorium für die Durchführung von Hinrichtungen aufrechtzuerhalten.

Dennoch sollte ein Moratorium, wie auch in der Entschließung der Generalversammlung der Vereinten Nationen festgestellt wurde, nicht als ein Ziel an sich betrachtet werden, sondern als ein Schritt auf dem Weg hin zur vollständigen Abschaffung der Todesstrafe. Dementsprechend fordert die EU die südkoreanische Nationalversammlung dringend auf, so schnell wie möglich Schritte zur Abschaffung der Todesstrafe einzuleiten. Die Republik Korea hatte auf regionaler Ebene lange Zeit eine Führungsrolle in Bezug auf Menschenrechtsfragen in Asien. Die Abschaffung der Todesstrafe würde daher nur die Verpflichtung der Republik Korea zum Schutz und der Förderung der Menschenrechte bestätigen.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet im Anschluss an die Aussprache statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Gerard Batten (EFD), schriftlich. – Ich gratuliere dem südkoreanischen Verfassungsgericht dazu, dass es die Todesstrafe aufrechterhalten hat. Sie beabsichtigen, die Todesstrafe für die schlimmsten Straftäter beizubehalten. Zum Beispiel für einen Herrn Kang Ho-Soon, der Berichten zufolge gestanden hat, sieben Frauen getötet zu haben. Das Justizministerium hat kürzlich Zahlen veröffentlicht, die zeigen, dass mehr als 60 % der Bevölkerung die Todesstrafe befürworten. Wenn die gleiche Frage in Großbritannien gestellt würde, würde man zum gleichen Ergebnis kommen. In britischen Gefängnissen verbüßen diverse Serienmörder, Vergewaltiger, Pädophile, die ihre Opfer getötet haben, Nekrophile und Kannibalen lebenslängliche Freiheitsstrafen. Erst letzte Woche gab es das jüngste Beispiel des Perverslings Peter Chapman, der sein 17-jähriges Opfer Ashleigh Hall in den Tod gelockt hat und zu 35 Jahren verurteilt worden ist. Dies ist ein unzureichendes Urteil. Er und seinesgleichen sollten hingerichtet werden. Dadurch könnten jährlich auch Millionen Pfund eingespart werden, die dafür verschwendet werden, dass solche Kriminelle ihre lebenslängliche Freiheitsstrafe im Gefängnis verbüßen. Dieses Geld könnte besser für alte und kranke Menschen verwendet werden. Deshalb sage ich: gut gemacht, Südkorea. Richtet weiterhin eure schlimmsten Straftäter hin.

Monica Luisa Macovei (PPE), schriftlich. – „Jeder hat das Recht auf Leben. Wenn dies nicht gewährleistet ist, erreicht der Mörder unabsichtlich einen endgültigen und perversen moralischen Sieg, indem er den Staat auch zum Mörder macht und auf diese Weise die Abscheu der Gesellschaft vor der bewussten Auslöschung von Menschen abbaut“ (Amnesty International, 1998). Moral, Abschreckung und Fairness sind die Schlüsselbegriffe in dieser Debatte über die Todesstrafe. Im Ansatz der „Kriminalitätsbekämpfung“ wird die Unterdrückung von kriminellern Verhalten angestrebt, wogegen im Modell „Menschenrechte/ordentliche Verfahren“ der Schwerpunkt auf die Rechte des Individuums gelegt wird. Im ersten Ansatz wird die Todesstrafe als moralisch angesehen, weil der Angeklagte ein Leben genommen hat (Vergeltung), als eine Abschreckung, weil diejenigen, die möglicherweise töten könnten, dies unterlassen, weil sie um ihr Leben fürchten, wogegen Fairness als unwichtig oder unbewiesen angesehen wird. Im letzteren Modell wird behauptet, dass die Todesstrafe unmoralisch ist, weil der Staat nicht töten sollte, sie keine Abschreckung ist – wie die Statistiken beweisen – und sie auf unfaire Weise umgesetzt wird, da die in den Todeszellen sitzenden Menschen manchmal unschuldig sind und es in ihren Verhandlungen zu Unregelmäßigkeiten kommen kann. Ich glaube an das Menschenrechts-Modell, das sich auch in den Rechtsinstrumenten des nicht zwingenden („soft law“) wie auch des zwingenden („hard law“) Rechts der internationalen Gemeinschaft und in der steigenden Zahl der Länder, die die Todesstrafe abschaffen, widerspiegelt. Ich fordere die Republik Korea dringend auf, einen klaren politischen Willen zur Abschaffung der Todesstrafe zu zeigen, und in der Zwischenzeit umgehend ein Moratorium für ihre Umsetzung zu verabschieden.

Cristian Dan Preda (PPE), schriftlich. – (RO) Die EU-Leitlinien zur Todesstrafe wurden 1998 verabschiedet. In eben diesem Jahr begann die Periode des inoffiziellen Moratoriums zur Todesstrafe in der Republik Korea. In diesem Zeitraum hat das südkoreanische Parlament über drei Vorschläge zur Abschaffung der Todesstrafe debattiert. Im vergangenen Monat hat das Verfassungsgericht dieses Landes mit einer knappen Mehrheit bestätigt, dass die Todesstrafe verfassungskonform ist.

Ich bedauere diese Entscheidung und hoffe, dass das südkoreanische Parlament eine Entschließung einbringen wird, durch die die Todesstrafe verboten wird.

Wenn die Republik Korea sich den Gegnern der Todesstrafe anschließen würde, würde auf diese Weise ein starkes Signal an den gesamten asiatischen Kontinent ausgesendet werden.

13. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmung.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll)

13.1. Der Fall Gilad Schalit (B7-0171/2010)

13.2. Eskalierende Gewalt in Mexiko (B7-0188/2010)

13.3. Südkorea – Todesstrafe für legal erklärt (B7-0191/2010)

14. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

15. Standpunkte des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll

16. Beschlüsse betreffend über Dokumente: siehe Protokoll

17. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

18. Schriftliche Erklärungen im Register (Artikel 123 GO): siehe Protokoll

19. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

20. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

21. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 16.30 Uhr geschlossen.)

ANLAGE (Schriftliche Antworten)

ANFRAGEN AN DEN RAT (Für diese Antworten trägt der amtierende Ratsvorsitz der Europäischen Union die Verantwortung)

Anfrage Nr. 9 von Radvilė Morkūnaitė-Mikulėnienė(H-0060/10)

Betrifft: Geplanter Bau eines Kernkraftwerks in Belarus sowie eines Kernkraftwerks in der Russischen Föderation

In Belarus und in der Russischen Föderation (Oblast Kaliningrad) ist jeweils der Bau eines Kernkraftwerks in einer Entfernung von weniger als 100 km von zwei Mitgliedstaaten, Litauen und Polen, geplant. Noch dazu planen sowohl Litauen als auch Polen den Bau eines eigenen Kernkraftwerks.

Was hält der Rat von dieser Kernkraftkonzentration am östlichen Rand der EU? Welche konkreten Initiativen plant der Rat im Rahmen der vom spanischen Ratsvorsitz angestrebten Erneuerung der strategischen Partnerschaft mit Russland, um mit Belarus und der Russischen Föderation hinsichtlich der Umweltauswirkungen ihrer künftigen Kernkraftwerke zusammenzuarbeiten?

Antwort

(EN) Die vorliegende Antwort, die vom Vorsitz ausgearbeitet wurde und weder für den Rat noch für die Ratsmitglieder als solche bindend ist, wurde in der Fragestunde des Rates in der Plenartagung des Europäischen Parlaments im März 2010 nicht mündlich vorgetragen.

Der Rat hat die Bedeutung hoher Standards bei der nuklearen Sicherheit und eines hohen Umweltschutzniveaus fortwährend hervorgehoben. Der Rat betont regelmäßig seine Unterstützung für ein hohes Maß an nuklearer Sicherheit und des Umweltschutzes innerhalb der Europäischen Union und in Drittländern.

Die nationale Verantwortung für die nukleare Sicherheit wird durch die internationalen Übereinkommen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) bestätigt, wie beispielsweise dem Übereinkommen über nukleare Sicherheit (CNS), dem sowohl Belarus und Russland als auch Euratom und die meisten EU-Mitgliedstaaten angehören. Dennoch bietet die Überprüfungskonferenz im Rahmen des CNS eine Gelegenheit, Gruppenzwang auf andere Parteien im Hinblick auf die Sicherheit ihrer Anlagen und die Art und Weise, wie sie die relevanten Bestimmungen des Übereinkommens umsetzen, anzuwenden.

Der Rat möchte insbesondere darauf hinweisen, dass, im Rahmen des CNS, diejenigen Vertragsparteien, die sich in der Nähe eines der geplanten Kernkraftwerke befinden, konsultiert werden müssen, da es anzunehmen ist, dass der Bau dieser Anlagen auch sie betrifft.

Darüber hinaus wird das Euratom-Russland Übereinkommen über die friedliche Nutzung der Kernenergie, über das zurzeit noch verhandelt wird, Bestimmungen zu überprüfbaren Auflagen für nukleare Sicherheit und den Gesundheitsschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beinhalten.

Der Rat erinnert ferner daran, dass diese Angelegenheit regelmäßig Thema im Rahmen des Energiedialogs EU-Russland sowie in den Ständigen Partnerschaftsräten über Energiefragen ist. Diesbezüglich sollte angemerkt werden, dass der letzte (zehnte) Fortschrittsbericht über den Dialog besagt, dass:

„die Parteien [Russland, die EU] hervorheben, dass die Diversifizierung von sowohl Energieressourcen als auch der Verkehrsinfrastruktur in der heutigen Zeit eine Notwendigkeit ist. In diesem Rahmenwerk unterstützen sie die Entwicklung des Handels mit elektrischer Energie zwischen der EU und Russland unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, ein höchstes Maß an nuklearer Sicherheit zu gewährleisten.“

Bezüglich der Abschätzung der Folgen im internationalen Kontext bemerkt der Rat, dass Belarus Mitglied des Espooer Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen im Namen der Europäischen Gemeinschaft ist, welches bindende Verpflichtungen beinhaltet, die Umweltbelastung und die potenziellen Gefahren für die Umwelt zu beurteilen und zu minimieren. Der Rat unterstreicht, dass die Verantwortung für die Umweltverträglichkeitsprüfung größtenteils bei den Förderern dieser Projekte liegt.

Die Russische Föderation ist keine volle „Vertragspartei“ des Espooer Übereinkommens. Nichtsdestotrotz ermutigt die EU Russland, das Espooer Übereinkommen auf freiwilliger Basis anzuwenden, worauf Russland schon seit längerer Zeit, auch in Bezug auf die bereits bestehenden Kernkraftwerke, hingewiesen wird.

Anfrage Nr. 10 von Czesław Adam Siekierski (H-0062/10)

Betrifft: Zusammensetzung des Europäischen Parlaments nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon

Der am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon sieht für das Europäische Parlament eine Anzahl von 750 Abgeordneten sowie einen Präsidenten bzw. eine Präsidentin vor. Dies entspricht einer Erhöhung der Zahl der Abgeordneten um 18 gegenüber dem Stand gemäß dem bis zum 1. Dezember 2009 geltenden Vertrag von Nizza.

Im November 2009 verabschiedete das Europäische Parlament einen Bericht über den Status der neuen Abgeordneten, in dem festgehalten ist, dass die neuen, zusätzlichen Abgeordneten nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und nachdem alle Mitgliedstaaten ein Zusatzprotokoll über die Erhöhung der Zahl der Abgeordneten ratifiziert haben, ihre Mandate antreten werden. Dieses Zusatzprotokoll ist jedoch bisher nicht von den Staatsoberhäuptern der EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet worden, und es lässt sich kaum vorhersagen, wann dies geschehen wird. Bevor nicht eine entsprechende Regierungskonferenz einberufen wird, werden die neuen Abgeordneten ihr Mandat nicht antreten können.

Welche Maßnahmen sieht der Rat angesichts der beschriebenen Situation vor, um die Annahme einer Regelung zu beschleunigen, die den neuen Abgeordneten das Antreten ihres Mandats gemäß dem Vertrag von Lissabon ermöglicht? Ist mit einer Lösung während des spanischen Ratsvorsitzes zu rechnen?

Antwort

(DE) Die vorliegende Antwort, die vom Ratsvorsitz ausgearbeitet wurde und weder für den Rat noch die Ratsmitglieder als solche bindend ist, wurde in der Fragestunde des Rates während der Tagung des Europäischen Parlaments im März 2010 in Straßburg nicht mündlich vorgetragen.

Wie der Herr Abgeordnete richtig ausgeführt hat, darf gemäß Artikel 14 des Vertrags über die Europäische Union (EU-Vertrag), wie im Vertrag von Lissabon aufgenommen, die Anzahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments 750 sowie einen Präsidenten bzw. eine Präsidentin nicht überschreiten. Da die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 auf der Grundlage des früheren Vertrags (d. h. 736 gewählte Abgeordnete) stattfanden, einigte sich der Europäische Rat vom 18./19. Juni 2009 anlässlich des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon darauf, 18 weitere Sitze zu den 736 Abgeordneten der Wahlen vom Juni hinzuzufügen ⁽⁵⁾. Die Umsetzung dieses Übereinkommens des Europäischen Rates erfordert, in Einklang mit dem Verfahren gemäß Artikel 48 Absatz 3 des EU-Vertrags, die Annahme und Ratifizierung eines dem Vertrag von Lissabon beigefügtem Zusatzprotokolls durch die 27 Mitgliedstaaten, zur Änderung von Artikel 2 des Protokolls (Nr. 36) über die Übergangsmaßnahmen. Am 4. Dezember 2009 legte die spanische Regierung einen Vorschlag für die Änderung der Verträge zu diesem Zweck vor.

Der Europäische Rat beschloss am 10./11. Dezember 2009 ⁽⁶⁾, das Europäische Parlament und die Kommission mit dem Ziel der Prüfung dieses Vorschlags zu konsultieren. Nach Artikel 48 Absatz 3 Unterabsatz 2 des EU-Vertrags präzisierte der Europäische Rat, dass er nicht die Absicht habe, einen Konvent (zusammengesetzt aus Vertretern nationaler Parlamente, der Staats- oder Regierungschefs der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission) vor der Konferenz der Vertreter der Mitgliedstaaten einzuberufen, da nach Ansicht des Europäischen Rates dies durch den Umfang der Änderungsvorschläge nicht gerechtfertigt war. Die Vertreter des Europäischen Rates forderten daher die Zustimmung des Europäischen Parlaments in dieser Sache, wie es Artikel 48 Absatz 3 des EU-Vertrags vorsieht.

Der geschätzte Zeitrahmen für die Eröffnung der Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten hängt von der Annahme der Stellungnahme des Europäischen Parlaments zu diesen beiden Fragen ab.

*
* *

⁽⁵⁾ 11225/2/09 REV 2

⁽⁶⁾ EUCO 6/09

Anfrage Nr. 11 von Zigmantas Balčytis(H-0065/10)**Betrifft: Institutionelle Überwachung der im Rahmen der Ostseestrategie vorgesehenen Projekte**

Die Ostseestrategie stellt für die Region der baltischen Staaten einen Prozess von historischer und strategischer Bedeutung dar. Ihre erfolgreiche Durchführung wird auch die Einheit der EU als Ganzes stärken, da sie Millionen von Menschen, die in geografischer Nähe leben, aber aufgrund traditioneller historischer Gegebenheiten wenig Umgang miteinander pflegen, für gemeinsame Projekte mobilisieren wird. Sorge bereitet mir als Vertreter dieser Region das von den Ländern des EU-Dreivorsitzes ausgearbeitete 18-Monatsprogramm, in dem der Donastrategie große Aufmerksamkeit gewidmet wird, die Ostseestrategie aber unerwähnt bleibt.

Hält der Rat es angesichts der Tatsache, dass gerade erst mit der Durchführung der Ostseestrategie begonnen wurde, nicht für verfrüht, das Projekt als gelungen zu betrachten und ihm weniger institutionelle Aufmerksamkeit zu schenken? Teilt er die Auffassung, dass die Ostseestrategie in das 18-Monatsprogramm des EU-Dreivorsitzes aufgenommen und ein zukunftsweisender Überwachungsmechanismus zur Sicherstellung der rechtzeitigen Durchführung der geplanten Projekte vorgesehen werden sollte?

Antwort

(EN) Die vorliegende Antwort, die vom Vorsitz ausgearbeitet wurde und weder für den Rat noch für die Ratsmitglieder als solche bindend ist, wurde in der Fragestunde des Rates in der Plenartagung des Europäischen Parlaments im März 2009 in Straßburg nicht mündlich vorgetragen.

Am 14. Dezember 2007 hat der Europäische Rat die Kommission aufgefordert, eine Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum auszuarbeiten. Den Vorschlag hat die Kommission dem Parlament, dem Rat, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie dem Ausschuss der Regionen im Juni 2009 vorgelegt.

Die Ostseestrategie zielt darauf ab, die einzelnen Aktionen der Mitgliedstaaten, der Regionen, der EU, der pan-baltischen Organisationen, der Finanzierungsinstitutionen und der nichtstaatlichen Gremien zur Förderung einer ausgewogeneren Entwicklung des Ostseeraums besser zu koordinieren. Die Strategie wird durch einen Aktionsplan, der auf folgende vier Eckpfeiler aufbaut, ergänzt: Meeresumwelt, Wohlstand, Verkehr und Energie, Sicherheit.

Im Oktober 2009 hat der Europäische Rat bekräftigt, dass die Ostseestrategie einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg der Region und zu ihrem sozialen und territorialen Zusammenhalt sowie zur Wettbewerbsfähigkeit der EU leistet. Der Rat hat deshalb alle einschlägigen Akteure zu raschem Handeln und zu einer uneingeschränkten Umsetzung der Ostseestrategie aufgerufen.

Grundlage für die Strategie sind bereits bestehende EU-Instrumente, Fonds, Strategien und Programme.

Wie in den Schlussfolgerungen des Rates vom 26. Oktober 2009 dargelegt, nimmt der Rat in diesem Sinne die Rolle des Strategieentwicklers wahr, indem er von der Kommission regelmäßig Berichte und Vorschläge für Empfehlungen erhält, während die Kommission ihrerseits verantwortlich für die tatsächliche Koordinierung, Überwachung, Berichterstattung, Förderung der Umsetzung und Nachverfolgung zeichnet.

Darüber hinaus hat der Rat die Kommission aufgefordert, bis spätestens Juni 2011 einen Fortschrittsbericht vorzulegen und damit über den Zeitraum des 18-Monatsprogramms des Dreivorsitzes hinauszugehen.

Bis dahin wird der Rat nur dann einbezogen werden, wenn die Kommission eine Änderung der Strategie beschließen sollte, da in diesem Fall das Einverständnis des Rates zum Änderungsvorschlag ersucht werden sollte.

*
* *

Anfrage Nr. 12 von Ilda Figueiredo (H-0066/10)**Betrifft: Gemeinschaftsmittel**

Die schwierige Lage einiger Mitgliedstaaten macht in verschiedenen Bereichen Sofortmaßnahmen, insbesondere haushaltstechnische und finanzpolitische Maßnahmen notwendig, um die Arbeitslosigkeit und Armut wirksam zu bekämpfen, der Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit Vorrang zu geben, die Produktion und die Schaffung von mit Rechten verbundenen Arbeitsplätzen zu unterstützen und den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten.

Ist der Rat im Hinblick auf die Solidarität zwischen Mitgliedstaaten bereit, die Überweisung von Gemeinschaftsmitteln, auf die die Länder mit großen sozialen und finanziellen Problemen Anspruch haben, zu unterstützen, damit diese diese Mittel ohne irgendeinen nationalen Beitrag verwenden können? Ist er bereit, mit der EZB Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung in Betracht zu ziehen, insbesondere die Gewährung von Darlehen zu günstigen Bedingungen?

Antwort

(EN) Die vorliegende Antwort, die vom Vorsitz ausgearbeitet wurde und weder für den Rat noch für die Ratsmitglieder als solche bindend ist, wurde in der Fragestunde des Rates in der Plenartagung des Europäischen Parlaments im März 2010 in Straßburg nicht mündlich vorgetragen.

Seit Dezember 2008 haben die EU und ihre Mitgliedstaaten eine Reihe außergewöhnlicher Maßnahmen zur Bewältigung der Krise ergriffen, wie z. B. das Europäische Konjunkturprogramm auf der Basis von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit. Als Teil dieses Programms wurde die Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) 2009 erneut geprüft, damit der Fonds die Entlassungen aufgrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise abdecken konnte.

Des Weiteren soll ein neues Mikrofinanzierungsinstrument zwischen 2010 und 2013 bereitgestellt werden. Dieses Instrument soll den Zugang zu Anleihen erleichtern, und dadurch die aus der Krise entstandene Arbeitslosigkeit und Armut verringern. Der Rat ist der Ansicht, dass die mit dem Europäischen Parlament in erster Lesung erzielte Vereinbarung über ein neues Mikrofinanzierungsinstrument diesbezüglich ein positiver Beitrag ist.

Im Bereich der Strukturfonds werden aber zusätzliche Maßnahmen erforderlich, um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise gerade in den am schwersten betroffenen Mitgliedstaaten einzudämmen. Aus diesem Grund sieht der Rat Maßnahmen zur Vereinfachung der Vorauszahlungen an die Begünstigten von staatlichen Beihilfen vor. Des Weiteren sieht der Rat eine zusätzliche Vorfinanzierungsrate für 2010 vor, um einen regelmäßigen Cashflow zu ermöglichen und die Zahlungen an Begünstigte während der Programmumsetzung zu vereinfachen.

Was die finanzielle Unterstützung angeht, sollten den Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten Verantwortung und Solidarität zugrunde liegen.

Während die Wirtschafts- und Währungsunion durch ihre bloße Existenz bereits Stabilität und Schutz vor Turbulenzen an den Märkten bereitstellt, haben die Länder der Eurozone eine gemeinsame Verantwortung für die Stabilität im Euro-Währungsgebiet; ihre Wirtschaftsstrategien sind daher eine Angelegenheit des gemeinsamen Interesses.

Wenn Mitgliedstaaten außerhalb des Euro-Währungsgebiets in Schwierigkeiten sind oder sich ernsthaft von Schwierigkeiten hinsichtlich externer Zahlungen bedroht sehen, kann ihnen der Rat finanzielle Unterstützung gewähren.

*
* *

Anfrage Nr. 13 von Gay Mitchell (H-0070/10)

Betrifft: Förderung des Wirtschaftsaufschwungs

Die meisten Mitgliedstaaten der EU und der Eurozone konnten die Rezession gemeinsam überwinden und befinden sich in einer Phase zaghaften Wachstums. Dieses hoffnungsvoll stimmende Phänomen ist in verschiedenen Teilen Europas und der Welt zu beobachten. Welche entsprechenden Maßnahmen gedenkt der Rat daher zu ergreifen, um den Wirtschaftsaufschwung zu unterstützen und sicherzustellen, dass er an Größe und Stärke gewinnt?

Antwort

(EN) Die vorliegende Antwort, die vom Vorsitz ausgearbeitet wurde und weder für den Rat noch für die Ratsmitglieder als solche bindend ist, wurde in der Fragestunde des Rates in der Plenartagung des Europäischen Parlaments im März 2010 in Straßburg nicht mündlich vorgetragen.

Nach den ersten günstigen Zeichen für ein Nachlassen der Krise im letzten Herbst wendete sich das Wirtschaftswachstum in der EU im dritten Quartal des letzten Jahres zum Positiven.

Währenddessen hatten die Mitgliedstaaten und die EU zur Überwindung der Wirtschaftskrise weitreichende finanzpolitische Eingriffe vorgenommen, um den Finanzsektor und die Realwirtschaft zu stützen, insbesondere im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms, das im Dezember 2008 als Reaktion auf die weltweite Finanzkrise und den globalen Wirtschaftsabschwung verabschiedet wurde.

Trotzdem liegen derzeit in 20 Mitgliedstaaten übermäßige Defizite vor, die in den nächsten Jahren unter den Richtwert gebracht werden müssen. Das Fehlen einer soliden Haushaltspolitik und ein schwacher Wirtschaftssektor könnten den Aufschwung stark beeinträchtigen und die Glaubwürdigkeit der makroökonomischen Strategien der Europäischen Union untergraben.

Während es also einerseits notwendig ist, außergewöhnliche finanzielle Maßnahmen, die für die Mitgliedstaaten untragbar sind, auslaufen zu lassen, muss andererseits die Terminierung dieses Auslaufens mit einem dauerhaften Wirtschaftsaufschwung kompatibel sein.

Perspektivisch sollte die Politik der Union sich also neu orientieren, hin zu langfristigen Reformen innerhalb einer ambitionierten und umgearbeiteten neuen Strategie, um die Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verbessern und das nachhaltige Wachstumspotential der EU zu erhöhen.

Auf der Grundlage der Mitteilung der Kommission vom 3. März 2010 zu der Strategie „Europa 2020“ hat die Kommission vorgeschlagen, dass auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates die thematischen Prioritäten dieser Strategie vereinbart, die Kernziele festgelegt und die Struktur der politischen Steuerung unter Dach und Fach gebracht werden sollen. Ferner solle der Europäische Rat im Juni die integrierten Leitlinien bestätigen, um die Strategie und die länderspezifischen Kernziele umzusetzen.

*
* *

Anfrage Nr. 14 von Vilija Blinkevičiūtė (H-0073/10)

Betrifft: Kernaussage zur Geschlechterfrage

Die Gleichstellung der Geschlechter ist nach dem EG-Vertrag ein Grundprinzip der Europäischen Union und gehört zu den Zielen und Aufgaben der Gemeinschaft. Das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern gilt für alle Politikbereiche. Fragen der Gleichstellung der Geschlechter sind von Belang bei nachhaltigem Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen und beim wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der EU.

Fragen der Gleichstellung der Geschlechter weit oben auf der Tagesordnung zu halten, stellt in diesen Zeiten der wirtschaftlichen Rezession eine Herausforderung dar. Für ständige Sichtbarkeit dieser Anliegen zu sorgen, ist eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen. In den Schlussfolgerungen des Rates vom 30. November 2009 wurden der Vorsitz und die Kommission aufgefordert, einen Abschnitt über Gleichstellungsfragen in die Kernaussagen aufzunehmen, die der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ annehmen und der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2010 vorlegen soll.

Wird der EPSCO-Rat eine Kernaussage zur Geschlechterfrage beschließen und der Frühjahrstagung des Europäischen Rates vorlegen?

Antwort

(EN) Die vorliegende Antwort, die vom Vorsitz ausgearbeitet wurde und weder für den Rat noch für die Ratsmitglieder als solche bindend ist, wurde in der Fragestunde des Rates in der Plenartagung des Europäischen Parlaments im März 2010 in Straßburg nicht mündlich vorgetragen.

Wie die Frau Abgeordnete treffend bemerkte, ist die Gleichstellung der Geschlechter von fachübergreifender und grundlegender Bedeutung in der EU. Die Gleichstellung von Frauen und Männern wird in den Bestimmungen der EU-Verträge mit Nachdruck bekräftigt. Artikel 3 des Vertrags über die Europäische Union sieht vor, dass die Union die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern muss, und Artikel 8 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union bestimmt, dass dieses Ziel bei allen Aktivitäten der Union zu verfolgen ist. Der Europäische Rat hat am 23./24. März 2006 bei der Verabschiedung des Europäischen Pakts für die Gleichstellung der Geschlechter ⁽⁷⁾ ebenfalls ausdrücklich bestätigt, dass die Politik zur

⁽⁷⁾ Siehe Dok. 7775/1/06 REV 1, Ziffer 40 und Anhang II.

Gleichstellung der Geschlechter für Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit von größter Bedeutung ist.

Am 30. November 2009 hat der Rat genau zu diesem Thema Schlussfolgerungen⁽⁸⁾ angenommen, in denen gefordert wurde, Kernaussagen über die Gleichstellung an den Europäischen Rat weiterzuleiten.

In diesen Schlussfolgerungen bekräftigte der Rat insbesondere verschiedene Punkte, die auch von der Frau Abgeordneten hier angesprochen wurden. Insbesondere befand der Rat, dass „die Gleichstellung der Geschlechter für das Erreichen der Ziele der EU des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und eines hohen Beschäftigungsniveaus sowie für die Gewährleistung eines nachhaltigen Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit und die Bewältigung der demographischen Herausforderung von entscheidender Bedeutung ist“⁽⁹⁾.

Das Thema der Gleichstellung wird ebenfalls in der Strategie „Europa 2020“ angesprochen, die am 3. März von der Kommission verabschiedet wurde. Der Rat hatte einen Meinungsaustausch zu diesem allgemeinen Thema auf der Tagung vom 8. März, und der Vorsitz hat beantragt, das Ergebnis dieser Gespräche an den Europäischen Rat heranzutragen. Dieses Verfahren gibt den Mitgliedstaaten und dem Vorsitz eine gute Möglichkeit, die Bedenken und die positive Perspektive zu bestätigen, die der Rat in seinen Schlussfolgerungen im November zum Ausdruck gebracht hat.

Es ist ebenfalls anzumerken, dass der derzeitige spanische Ratsvorsitz der Europäischen Union auf dem Gebiet der Gleichstellung der Geschlechter sehr aktiv ist und am 4. und 5. Februar bereits das Europäische Frauenforum „Peking +15“ abgehalten hat, nachdem schon am 3. Februar der „European Women in Power“-Gipfel stattgefunden hatte, bei dem Vertreterinnen und Vertreter aus Regierungen der Europäischen Union, aus dem Europäischen Wirtschaftsraum, aus Kandidatenländern, aus der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und den größten europäischen Frauenverbänden, die sich für eine Gleichstellung der Geschlechter engagieren, zusammengebracht wurden.

Am 25. und 26. März hat der spanische Vorsitz eine informelle Sitzung der für Gleichstellung zuständigen Ministerinnen und Minister anberaumt, das sich auf das Thema „Gleichstellung als Grundlage für Wachstum und Beschäftigung“ konzentriert.

*
* *

Anfrage Nr. 15 von Alan Kelly (H-0075/10)

Betrifft: Unlautere Praktiken in der Lebensmittelversorgungskette

Welche Haltung nimmt der Rat zu unlauteren Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette ein? Wie die Kommission in ihrer Mitteilung KOM(2009)0591 darlegte, wurde die Senkung der Lebensmittelpreise bei den Erzeugern nicht an die Verbraucher in einer für diese spürbaren Weise weitergegeben, während dieselben hohen Lebensmittelpreise die Nachfrage nach europäischen Lebensmittelerzeugnissen dergestalt untergraben haben, dass die meisten Landwirte ihre Erzeugnisse unter den Herstellungskosten verkaufen.

Viele im Einzelhandel Beschäftigte haben über Vorfälle berichtet, dass große Einzelhandelsunternehmen Geld von den Lieferanten verlangt haben, nur um deren Waren zu lagern.

Gibt diese Situation nach Ansicht des Rates Anlass zu einer größeren EU-weiten Untersuchung aus Wettbewerbsgründen? Räumt der Rat ein, dass es zwischen den Einzelhandelsunternehmen und Lieferanten/Herstellern eine ungleiche Verhandlungsposition gibt und dass diese ausgenutzt zu werden droht, da die Zahl der Hersteller/Lieferanten um ein Vielfaches höher ist als die Zahl von Einzelhandelsunternehmen?

Wie soll dieses Problem angegangen werden, und wird der Rat in naher Zukunft Mitteilungen zu diesem Thema veröffentlichen?

⁽⁸⁾ Dok. 15782/09.

⁽⁹⁾ Dok. 15488/09, Ziffer 2(a).

Antwort

(EN) Die vorliegende Antwort, die vom Vorsitz ausgearbeitet wurde und weder für den Rat noch für die Ratsmitglieder als solche bindend ist, wurde in der Fragestunde des Rates in der Plenartagung des Europäischen Parlaments im März 2010 in Straßburg nicht mündlich vorgetragen.

Wie der spanische Vorsitz anlässlich ihres Erscheinens vor dem Landwirtschaftsausschuss am 27. Januar unterstrich, ist die Verbesserung des Funktionierens der Lebensmittelversorgungskette als Teil einer wirksamen und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie von äußerster Wichtigkeit, dem absolute Priorität gebührt.

Insbesondere untersucht der Rat derzeit die Mitteilung der Kommission „Die Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette in Europa verbessern“ (KOM (2009) 591 endgültig). Diesbezüglich hielt der Rat im Januar einen Meinungsaustausch zu diesem Thema auf der Basis eines vom Vorsitz erarbeiteten Fragebogens ab und arbeitet nun an einem Entwurf für die Schlussfolgerungen des Rats zu dieser Mitteilung.

Fünf Hauptpunkte werden in den Schlussfolgerungen des derzeit stehenden Entwurfs entwickelt, vorbehaltlich der Endfassung. Die meisten dieser Punkte werden in Ihrer Frage angesprochen:

Verbesserung der Struktur und des Zusammenschlusses in der Lebensmittelindustrie, um eine bessere Verhandlungsposition im Umgang mit großen Einzelhandelsunternehmen zu erreichen.

Transparenzsteigerung in der gesamten Lebensmittelkette. Mehr Transparenz führt zu einer leichteren Verfolgbarkeit von Preisniveaus und -entwicklungen und zu erhöhtem Druck auf die Stakeholder, die Preise schneller weiterzugeben. Dies ist der Schlüssel zur gerechten Verteilung des Mehrwerts in der gesamten Lebensmittelversorgungskette.

Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken. Die Kommission schlägt die Beurteilung dieser Praktiken auf dem Binnenmarkt vor, ebenso notwendige Gemeinschaftsmaßnahmen, um gegen diese Praktiken vorzugehen.

Selbstregulierungsinitiativen fördern. Die Kommission schlägt eine Zusammenarbeit mit den Stakeholdern der Lebensmittelversorgungskette vor, um eine Reihe von Standardverträgen zu erarbeiten. Auch die Verabschiedung von Kodizes bewährter Handelspraktiken wird ins Auge gefasst.

Untersuchung des Wettbewerbs in der Lebensmittelversorgungskette. Die Kommission schlägt eine Zusammenarbeit mit dem Europäischen Wettbewerbsnetz zur Entwicklung eines gemeinsamen Ansatzes in Bezug auf relevante Wettbewerbsfragen für die Arbeitsweise der Lebensmittelversorgungskette vor. Der Rat überprüft derzeit das Zusammenspiel zwischen dem bereits vorhandenen Wettbewerb und den Regelungen der GAP.

Der Vorsitz hofft, dass diese Schlussfolgerungen vom Ratsvorsitz auf dessen Märztagung angenommen werden.

Schließlich arbeitet der Rat derzeit zusammen mit dem Europäischen Parlament an einem Vorschlag der Kommission zur Neufassung der Richtlinie 2000/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 2000 zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr.

*

* *

Anfrage Nr. 16 von Georgios Papastamkos (H-0078/10)**Betrifft: Europäische Wirtschaftspolitik**

Die tiefe Finanzkrise Griechenlands sowie die Haushaltsdefizite anderer Mitgliedstaaten der Eurozone werfen die Frage auf, wie stabil, dynamisch und belastbar das Konstrukt der Wirtschafts- und Währungsunion an sich ist. Zweifellos ist die Sanierung des öffentlichen Haushalts eines Mitglieds der Eurozone Aufgabe ebendieses Staates. Die Finanzkrise hat jedoch deutlich gemacht, dass ein Missverhältnis zwischen der vollendeten Währungsunion und der noch nicht vollendeten Wirtschaftsunion in der EU besteht.

Wird der Rat vorschlagen, dass ein Europäischer Währungsfonds konzipiert und geschaffen wird, der die erforderlichen Mittel und Interventionsmöglichkeiten erhält, mit denen die strukturellen Defizite der WWU kompensiert werden können und die Ausdruck einer formaleren und koordinierteren europäischen Wirtschaftspolitik sind?

Antwort

(EN) Die vorliegende Antwort, die vom Vorsitz ausgearbeitet wurde und weder für den Rat noch für die Ratsmitglieder als solche bindend ist, wurde in der Fragestunde des Rates in der Plenartagung des Europäischen Parlaments im März 2010 in Straßburg nicht mündlich vorgetragen.

Während die Wirtschafts- und Währungsunion durch ihre bloße Existenz bereits Stabilität und Schutz vor Turbulenzen an den Märkten bereitstellt, haben die Länder der Eurozone eine gemeinsame Verantwortung für die Stabilität im Euro-Währungsgebiet; ihre Wirtschaftsstrategien sind daher eine Angelegenheit des gemeinsamen Interesses. Sie müssen solide nationale politische Strategien verfolgen, die mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und den Grundzügen der Wirtschaftspolitik im Einklang stehen.

Die aktuelle Wirtschaftskrise und die derzeitigen Entwicklungen auf den Finanzmärkten haben die Bedeutung einer engen Koordinierung der Wirtschaftsstrategien gezeigt. Auf ihrer informellen Tagung am 11. Februar erklärten die Staats- und Regierungschefs der EU, dass die Mitgliedstaaten der Eurozone erforderlichenfalls entschlossene und koordinierte Maßnahmen ergreifen würden, um die finanzielle Stabilität in der gesamten Eurozone zu gewährleisten. Bislang hat noch kein Mitgliedstaat der Eurozone um Hilfe gebeten.

Am 16. Februar befaste sich der Rat nach Aufforderung durch die Staats- und Regierungschefs mit der Situation bezüglich des öffentlichen Defizits und des öffentlichen Schuldenstands in Griechenland und nahm folgende Texte an:

eine Stellungnahme zu einer durch Griechenland vorgenommenen Aktualisierung seines Stabilitätsprogramms, in dem Pläne zur Verringerung des öffentlichen Defizits auf unter 3 % des Bruttoinlandsprodukts bis 2012 dargelegt sind;

ein Beschluss, in dem Griechenland aufgefordert wird, dieses übermäßige Defizit bis 2012 zu berichtigen, mit Aufstellung von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen gemäß einem festgelegten Zeitplan, einschließlich Fristen zur Bekanntmachung der durchgeführten Maßnahmen;

eine Empfehlung an Griechenland, seine Wirtschaftsstrategien mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik der EU in Einklang zu bringen.

Im Zusammenhang mit der allgemeineren wirtschaftlichen Koordinierung und Überwachung in der Eurozone beabsichtigt die Kommission, dem Rat in diesem Frühjahr einen Vorschlag gemäß Artikel 136 des Vertrags auf der Grundlage der Bestimmungen des Vertrags von Lissabon vorzulegen. Der Rat wird den Vorschlag der Kommission nach Erhalt prüfen. Bislang hat der Rat einen solchen Vorschlag noch nicht erhalten, insbesondere hat er noch keinen Vorschlag in Bezug auf den Europäischen Währungsfonds erhalten oder besprochen.

*
* *

Anfrage Nr. 17 von Mairead McGuinness (H-0083/10)**Betrifft: Scheme to Plan zur Verstärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung und Aufsicht unter den Mitgliedern der Eurozone**

Könnte der Rat sich im Detail zu Anregungen äußern, dass die Länder der Eurozone ein größeres Mitspracherecht in der Frage haben sollten, wie sich die Volkswirtschaften der übrigen Mitgliedstaaten der Eurozone entwickeln? In einer jüngsten Ankündigung der Kommission hieß es, die EU-Kommission werde noch vor Juni entsprechend den Befugnissen nach dem Vertrag von Lissabon einen Plan zur Verstärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung und Aufsicht vorlegen. Billigt der Rat diesen Ansatz einer stärkeren wirtschaftlichen Koordinierung, und glaubt der Rat, dass dieser neue Ansatz die Eurozone stärken würde?

Antwort

(EN) Die vorliegende Antwort, die vom Vorsitz ausgearbeitet wurde und weder für den Rat noch für die Ratsmitglieder als solche bindend ist, wurde in der Fragestunde des Rates in der Plenartagung des Europäischen Parlaments im März 2010 in Straßburg nicht mündlich vorgetragen.

Die aktuelle Wirtschaftskrise und die derzeitigen Entwicklungen auf den Finanzmärkten haben die Bedeutung einer engen Koordinierung der Wirtschaftsstrategien gezeigt, wie die Staats- und Regierungschefs der EU und der Präsident des Europäischen Rates anlässlich ihrer informellen Tagung am 11. Februar bestätigten.

Die Hauptverantwortung für die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten liegt bei den Mitgliedstaaten selbst. Die EU überwacht und koordiniert diese Wirtschaftspolitik, insbesondere im Kontext des Stabilitäts- und Wachstumspakts und der Grundzüge der Wirtschaftspolitik. Während sich der Stabilitäts- und Wachstumspakt hauptsächlich auf die Verstärkung und Aufrechterhaltung der Haushaltsdisziplin konzentriert, sorgen die Grundzüge der Wirtschaftspolitik für die Sicherstellung einer multilateralen Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Mitgliedstaaten. Die Strukturpolitik, insbesondere im Hinblick auf die wachsende Wettbewerbsfähigkeit, die zu stärkerem Wachstum und mehr Beschäftigung führt, wird im Rahmen der Lissabonner Strategie koordiniert, die in diesem Frühjahr als Strategie Europa 2020 wiederaufgenommen wird.

Alle diese Instrumente basieren auf der Partnerschaft und Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Der Vertrag von Lissabon gibt der Eurozone einen zusätzlichen gesetzlichen Rahmen, um das ordnungsgemäße Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion zu gewährleisten. Das Bestehen der Euro-Gruppe wird offiziell in Artikel 137 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und Protokoll 1 (Nr. 14) betreffend die Euro-Gruppe anerkannt. Des Weiteren sieht Artikel 136 AEUV die Verabschiedung zusätzlicher Maßnahmen vor, die nur in der Eurozone anwendbar sind und auf die Stärkung und Koordinierung und Überwachung der Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten der Eurozone abzielen bzw. Richtlinien einer Wirtschaftspolitik für diese Mitgliedstaaten aufstellen. Diese Maßnahmen werden nach den einschlägigen Bestimmungen der Verträge und dem entsprechenden Verfahren unter den in den Artikeln 121 und 126 genannten Verfahren, mit Ausnahme des in Artikel 126 Absatz 14 genannten Verfahrens erlassen.

Die Kommission beabsichtigt, dem Rat in diesem Frühjahr einen Vorschlag zur Stärkung der Koordinierung und Überwachung der Wirtschaftspolitik auf der Grundlage dieser Bestimmungen des Vertrags von Lissabon vorzulegen. Der Rat wird den Vorschlag der Kommission nach Erhalt prüfen.

*
* *

Anfrage Nr. 18 von Enrique Guerrero Salom (H-0086/10)

Betrifft: Illegale Finanzströme, Steuerhinterziehung und Entwicklungsländer

Heute liegen ausreichende Beweise dafür vor, wie illegale Finanzströme den Entwicklungsländern Schaden zufügen. Selbst wenn die grenzüberschreitenden illegalen Finanzströme weitgehend verborgen bleiben und zahlenmäßig schwer zu erfassen sind, bewegen sich realistische Schätzungen in einer Bandbreite von 1-3 Billionen Dollar jährlich. Die Weltbank geht von Beträgen von 1 Billion bis 1,6 Billionen Dollar jährlich aus, von denen die Hälfte – 500-800 Milliarden Dollar jährlich – aus den Entwicklungsländern kommen soll. Die geschätzten 500-800 Milliarden Dollar, die alljährlich aus den Entwicklungsländern abfließen sollen, sind ein für die Wirtschaft äußerst schädlicher Faktor, der zu Lasten der Armen geht. Dadurch werden die Reserven an harten Währungen aufgezehrt, die Inflation gesteigert und die Erhebung von Steuern eingeschränkt; außerdem sind viele andere Auswirkungen zu nennen, die die Chancen der Entwicklungsländer einschränken.

Welche Bemühungen und Initiativen unternimmt die EU oder beabsichtigt sie in den kommenden Monaten zu unternehmen, um Steuerhinterziehung und Kapitalflucht in die Entwicklungsländer und aus den Entwicklungsländern zu bekämpfen? Wie können wir die Kapazität der Entwicklungsländer im Bereich des Finanzmanagements stärken?

Antwort

(EN) Die vorliegende Antwort, die vom Vorsitz ausgearbeitet wurde und weder für den Rat noch für die Ratsmitglieder als solche bindend ist, wurde in der Fragestunde des Rates in der Plenartagung des Europäischen Parlaments im März 2010 in Straßburg nicht mündlich vorgetragen.

Steuerhinterziehung, Kapitalflucht und illegale Finanzströme sind zweifellos eine ernsthafte Herausforderung für die Entwicklungspolitik, insbesondere in Entwicklungsländern, und wurden in der Erklärung von Doha 2008 über Entwicklungsfinanzierung als die größten Hindernisse für die Mobilisierung der Inlandseinnahmen für die Entwicklungspolitik identifiziert.

Im Mai 2008 hat der Rat Schlussfolgerungen⁽¹⁰⁾ verabschiedet, die unterstreichen, dass verantwortliches Handeln im Steuerwesen, das die Grundsätze der Transparenz, des Informationsaustauschs und des fairen

⁽¹⁰⁾ Siehe Hintergrund zur vorliegenden Anmerkung zu den Schlussfolgerungen des Rates zu „Steuerangelegenheiten in Abkommen mit Drittländern“

Steuerwettbewerbs umfasst, ein wesentliches Mittel ist, um grenzüberschreitenden Steuerbetrug und Steuerhinterziehung zu bekämpfen und den Kampf gegen Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung zu intensivieren.

Die EU fördert diese Grundsätze aktiv in einer Reihe von Kontexten:

Die Europäische Nachbarschaftspolitik nimmt in mehreren ihrer Aktionspläne für bestimmte Drittländer allgemein auf die Zusammenarbeit in Steuerangelegenheiten und auf die Grundsätze der Transparenz und des Informationsaustauschs sowie auf den Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung Bezug. Diese Aktionspläne sind Hilfsmittel für die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen der EU und Partnerländern.

Im Rahmen der EU-Entwicklungszusammenarbeit wird Entwicklungsländern, die willens sind, das Prinzip des verantwortungsvollen Handelns u. a. auch im Steuerbereich zu übernehmen, zusätzliche Unterstützung gewährt, und zwar mit der Governance-Fazilität im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und die Initiative zur Förderung der verantwortungsvollen Staatsführung des 10. Europäischen Entwicklungsfonds.

Darüber hinaus hat die seit kurzem vorhandene breitere Akzeptanz der OECD-Steuerstandards sogar seitens vieler Entwicklungsländer das internationale Umfeld im Sinne einer größeren Transparenz in Steuerfragen wesentlich verändert und die Debatte innerhalb der EU weitergebracht. Am 28. April 2009 hat die Kommission eine Mitteilung über verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich⁽¹¹⁾ herausgegeben, die Vorschläge enthält, wie verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich gegenüber Drittländern gefördert werden kann.

In seinen Schlussfolgerungen vom 18. Mai 2009 hat der Rat die Kommission dazu aufgefordert, Vorschläge für eine konkrete EU-Aktion für den Dialog mit Entwicklungsländern und deren Unterstützung im Hinblick auf eine verantwortungsvolle Steuerverwaltung und effizientere nationale Steuersysteme zu machen, damit die Entwicklungsziele erreicht werden.

Das Thema wurde vom Rat im Rahmen seiner Schlussfolgerungen vom 17. November 2009 zur Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung erneut diskutiert. Die Angelegenheit wurde in die vorläufige Auswahl von fünf prioritären Themenbereichen aufgenommen, die im Rahmen des PCD-Arbeitsprogramms behandelt werden sollen, das dem Rat in diesem Jahr unterbreitet wird. In den Schlussfolgerungen wurde die Notwendigkeit einer Erhöhung der Transparenz und der Bekämpfung der illegalen grenzüberschreitenden Finanzströme und der Steuerhinterziehung erklärt „in der Erkenntnis, dass diese die Mobilisierung inländischer Ressourcen in den Entwicklungsländern schwer beeinträchtigen.“

Auf diesen vorherigen Errungenschaften aufbauend hat der spanische EU-Ratsvorsitz dieses Thema als eine seiner Prioritäten in die Entwicklungsagenda für dieses Halbjahr aufgenommen.

Auf diese Weise hatten die EU-Entwicklungsminister auf ihrem informellen Treffen in La Granja (Spanien) vom 17.-18. Februar 2010, an dem auch der Präsident des EP-Entwicklungsausschusses teilnahm, einen detaillierten Meinungsaustausch über die Frage des Steuerwesens und des verantwortungsvollen Handelns im Interesse von Entwicklung und innovativen Finanzierungsmechanismen.

Der Rat wird diese Debatte in den nächsten Monaten weiterführen und sieht der bevorstehenden Mitteilung der Kommission über die Förderung des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit entgegen, die dem Rat voraussichtlich als Teil des so genannten April-Pakets vorgelegt wird.

*
* *

Anfrage Nr. 19 von Nikolaos Chountis (H-0092/10)

Betrifft: Stabilitätspakt und die finanzielle Lage in den Mitgliedstaaten

Der Europäische Rat hat am 11. Februar – und die Eurogroup am 16. Februar – historische Beschlüsse gefasst. Zum ersten Mal wird ein Mitgliedstaat – Griechenland – unter eine dreifache Überwachung gestellt, zum ersten Mal verbietet der Rat offiziell die Ergreifung von Maßnahmen, die die Löhne und Gehälter, das Gesundheitssystem, das Rentenversorgungssystem, die öffentliche Verwaltung und die Märkte etc. betreffen. Dabei muss doch auch festgestellt werden, dass der Rat bis heute keine einzige Anmerkung zu der

⁽¹¹⁾ Dok. 9281/09 - KOM (2009) 201 endgültig

katastrophalen wirtschaftlichen Lage der übrigen EU-Länder gemacht hat. Das Haushaltsdefizit in Spanien beläuft sich beispielsweise auf 11,2 % und die Schuldenwachstumsrate auf 20 %. In Frankreich beträgt das Defizit 8,3 % und die Wachstumsrate bezüglich des Schuldenberges 10 %. Italien meldet ein Haushaltsdefizit von 5,3 % und eine entsprechende Verschuldung von 114 % des BIP. Das Defizit in Portugal beträgt 8,7 % und die Wachstumsrate der Verschuldung 10 %, während Großbritannien mit 12 % mit Griechenland gleichauf ist, und eine Weiterverschuldung von 20 % aufweist. Die Gesamtverschuldung der Niederlande nähert sich den 234 % des BIP, die Irlands 222 % und die Belgiens 219 %; Spanien liegt bei 207 % und Griechenland bei 179 %.

In Anbetracht dieser Fakten ist der Stabilitätspakt de facto abgeschafft. Stimmt der Rat dem zu? Kann der Rat erklären, ob die horrenden öffentlichen Defizite in der Europäischen Union auf verschiedene „illegale“ Maßnahmenpakete zur Unterstützung von Banken und Industriebetrieben zurückzuführen sind? Stellen die zu Lasten griechischer Arbeitnehmer ergriffenen Maßnahmen Verbote ähnlicher „Empfehlungen“ für die Arbeitnehmer in der gesamten Eurozone dar? Ist Griechenland hier das „Versuchskaninchen“, wie der griechische Ministerpräsident geltend macht?

Antwort

(EN) Die vorliegende Antwort, die vom Vorsitz ausgearbeitet wurde und weder für den Rat noch für die Ratsmitglieder als solche bindend ist, wurde in der Fragestunde des Rates in der Plenartagung des Europäischen Parlaments im März 2010 in Straßburg nicht mündlich vorgetragen.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt bleibt weiterhin das Hauptinstrument zur Bewahrung der finanziellen Stabilität in der EU als Ganzes sowie in der Eurozone. Er gilt konsequent und fair für alle Mitgliedstaaten und wird derzeit mit der Flexibilität angewendet, die mit seiner Neufassung im Jahr 2005 eingeführt wurde. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist daher sehr weit davon entfernt, aufgegeben zu werden.

Zur Überwindung der schlimmsten weltweiten Wirtschaftskrise seit 1929 haben die Mitgliedstaaten und die EU weitreichende finanzpolitische Eingriffe vorgenommen, um den Finanzsektor und die Realwirtschaft in den letzten zwei Jahren zu unterstützen, was natürlich zu einer Erhöhung der Haushaltsdefizite geführt hat. Diese Maßnahmen waren notwendig und richtig. Sie haben eine außerordentlich wichtige Rolle dabei gespielt, eine noch schwerwiegendere Krise abzuwenden, die Wirtschaft zu stabilisieren und einer noch drastischeren Rezession vorzubeugen. In dieser schwierigen Zeit hat der Stabilitäts- und Wachstumspakt den Wert seiner Flexibilität bewiesen.

Wenn der wirtschaftliche Aufschwung greift, müssen die außerordentlichen Maßnahmen wieder zurückgefahren werden. Der Rat hat sich bereits über die wichtigsten Grundsätze der Ausstiegsstrategien geeinigt. Auf fiskalischer Seite werden diese im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes umgesetzt. 2009 und 2010 hat der Rat Empfehlungen angenommen, die dazu beitragen sollen, das Haushaltsdefizit von 20 Mitgliedstaaten, darunter Belgien, Spanien, Irland, Italien, die Niederlande, Portugal und Großbritannien, unter den Referenzwert von 3 % des BIP zu bringen. Die Fristen für die Korrektur des Defizits variieren von 2011 bis zum Haushaltsjahr 2014 / 2015 je nach der spezifischen Situation in den einzelnen Mitgliedstaaten.

Von den Mitgliedstaaten, die sich gegenwärtig einem Verfahren aufgrund eines übermäßigen Defizits unterziehen, ist Griechenland der einzige Mitgliedstaat, der keine wirksamen Maßnahmen gemäß der im April 2009 ergangenen Empfehlung des Rates ergriffen hat. Darüber hinaus waren, wie die Aktualisierung der Haushaltsdaten im Oktober 2009 gezeigt hat, die von den griechischen Behörden vorgelegten Zahlen nicht zuverlässig. Der Rat wird die Situation in allen Mitgliedstaaten mit einem öffentlichen Defizit über dem Referenzwert weiterhin genau überwachen und, sollte einer von ihnen den Empfehlungen nicht nachkommen, die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

Die Empfehlungen für Griechenland oder irgendeinen anderen Mitgliedstaat zielen darauf ab, den Behörden dabei zu helfen, eine solide Haushaltspolitik aufrechtzuerhalten; sie richten sich nicht gegen irgendeine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern. Einige Mitgliedstaaten haben eine Entwicklung ihrer öffentlichen Finanzen zugelassen, die nicht vertretbar ist, und müssen daher korrigierende Maßnahmen ergreifen - dies ist der einzig richtige und nachhaltige Weg zu einem starken wirtschaftlichen Aufschwung. Auf lange Sicht würde eine mangelnde Haushaltsdisziplin zu untragbaren Haushaltsdefiziten und öffentlichen Schulden führen, die der Wirtschaft der EU als Ganzes sowie der Wirtschaft der betroffenen Mitgliedstaaten schaden würden.

*
* *

Anfrage Nr. 20 von Rodi Kratsa-Tsagaropoulou (H-0093/10)**Betrifft: Maßnahmen zur Förderung von Haushaltssanierung und Wachstum in Griechenland**

Der Europäische Rat „ECOFIN“ forderte Griechenland im Februar in seinem diesbezüglichen Beschluss und seiner Empfehlung vom 16. Februar auf, konsequente Sparmaßnahmen zu ergreifen und seine Einnahmen zu erhöhen, insbesondere durch Kürzung der Lohnkosten und Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Steuern auf Privatfahrzeuge und Energie. Da die meisten Maßnahmen, die die griechische Regierung bereits ergriffen hat oder ergreifen wird, ohnehin die Kürzung der Lohnkosten und die Erhöhung der Einnahmen durch Anhebung der direkten und indirekten Steuern betreffen, wird der Rat in Anbetracht dieser Tatsachen um Beantwortung folgender Fragen ersucht:

Ist er nicht der Auffassung, dass diese Maßnahmen, die auf eine konsequente Sparpolitik und eine Erhöhung der Einnahmen ausgerichtet sind, eventuell selbst dazu beitragen könnten, dass die Investitionen und die Verbrauchernachfrage in der griechischen Wirtschaft zurückgehen und damit die Bemühungen um Wiederaufschwung und Haushaltssanierung in Griechenland untergraben werden? Plant er der griechischen Regierung auch Konsolidierungsmaßnahmen vorzuschlagen, mit denen die Produktivität der griechischen Wirtschaft und die wachsende Arbeitslosigkeit angegangen werden können?

Antwort

(EN) Die vorliegende Antwort, die vom Vorsitz ausgearbeitet wurde und weder für den Rat noch für die Ratsmitglieder als solche bindend ist, wurde in der Fragestunde des Rates in der Plenartagung des Europäischen Parlaments im März 2010 in Straßburg nicht mündlich vorgetragen.

Die Verschlechterung der öffentlichen Finanzen in Griechenland zusammen mit größeren makroökonomischen Ungleichgewichten und dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft in den letzten Jahren hat zu der schwierigen wirtschaftlichen Situation geführt, der sich dieser Mitgliedstaat heute gegenüber sieht. Die griechischen Behörden haben sich dazu verpflichtet, die notwendigen Schritte einzuleiten, um diese Situation zu meistern, und der Rat hat sich dazu verpflichtet, die Bemühungen Griechenlands zu unterstützen.

Der Rat hat im Rahmen der multilateralen Überwachung schon mehrfach auf die längerfristigen strukturellen Probleme der griechischen Wirtschaft hingewiesen. In Verbindung mit der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung hat der Rat in seiner Empfehlung für die 2009 vorzunehmende Aktualisierung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten hervorgehoben, dass „ein intensiveres Vorgehen gegen die makroökonomischen Ungleichgewichte und die Strukturschwächen der griechischen Wirtschaft unumgänglich ist.“ Er empfahl Griechenland, den Wettbewerb bei freiberuflichen Dienstleistungen zu erhöhen, eine Steigerung der FuE-Investitionen herbeizuführen, die Strukturfonds wirksamer einzusetzen, die öffentliche Verwaltung zu reformieren und im Rahmen eines integrierten „Flexicurity“-Ansatzes ein breites Spektrum an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen einzuleiten.

Am 16. Februar befassete sich der Rat nach Aufforderung durch die Staats- und Regierungschefs mit der Situation bezüglich des öffentlichen Defizits und des öffentlichen Schuldenstands in Griechenland und nahm folgende Texte an:

eine Stellungnahme zu einer durch Griechenland vorgenommenen Aktualisierung seines Stabilitätsprogramms, in dem Pläne zur Verringerung des öffentlichen Defizits auf unter 3 % des Bruttoinlandsprodukts bis 2012 dargelegt sind;

eine Entscheidung, mit der Griechenland eine Frist gesetzt wird, um sein übermäßiges Defizit bis 2012 zu korrigieren, unter Angabe von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen in Übereinstimmung mit einem festgelegten Zeitplan, einschließlich Fristen für die Bekanntmachung der ergriffenen Maßnahmen;

eine Empfehlung an Griechenland, seine Wirtschaftsstrategien mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik der EU in Einklang zu bringen.

Im Kontext der oben erwähnten Maßnahmen empfahl der Rat Griechenland, ein umfassendes Maßnahmenpaket umzusetzen, um die Funktionsweise des Produktmarktes und die Rahmenbedingungen für seine Unternehmen zu verbessern, die Produktivität und das Beschäftigungswachstum zu steigern und die Effizienz der EU-Strukturfonds zu erhöhen und die Abrufung der Mittel zu beschleunigen sowie sein

übermäßiges Haushaltsdefizit zu korrigieren und die langfristige Tragfähigkeit seiner öffentlichen Finanzen in Angriff zu nehmen. Im Hinblick auf die Steigerung von Produktivität und Beschäftigungswachstum wurden die folgenden Aufforderungen an Griechenland gerichtet:

sofortige Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit zu ergreifen;

die Arbeitsmarktgesetzgebung einschließlich der Gesetze zum Beschäftigungsschutz mit dem Ziel zu überprüfen, das Arbeitsangebot zu erhöhen;

die Arbeitskräftenachfrage zu stützen, indem es verstärkt auf eine gezielte Senkung der Arbeitskosten hinarbeitet;

das Bildungssystem im Hinblick darauf zu reformieren, das Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte anzuheben und die Fähigkeit zur Anpassung an die Erfordernisse des Arbeitsmarkts zu verbessern.

Angeichts der Herausforderung, die Produktivität u. a. durch prioritäre öffentliche Investitionsstrategien zu steigern, sollte Griechenland alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Effizienz der EU-Strukturfonds zu erhöhen und die Abrufung der Mittel zu beschleunigen. Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei der zügigen und wirksamen Umsetzung der operationellen Programme „Verwaltungsreform“ und „Digitale Konvergenz“ geschenkt werden, da mit diesen grundlegende Reformen in der öffentlichen Verwaltung gefördert werden, was für die in der Stabilitätsprogrammaktualisierung vom Januar 2010 skizzierte Reformstrategie von zentraler Bedeutung ist.

Griechenland hat den ersten Bericht über die Umsetzung dieser Maßnahmen bis zum 16. März, den zweiten im Mai und die folgenden Berichte jeweils vierteljährlich vorzulegen. Der Rat wird die Situation genau überwachen und gegebenenfalls weitere Maßnahmen ergreifen, um die griechischen Behörden bei der Förderung des Wirtschaftswachstums sowie bei der Aufrechterhaltung einer soliden Haushaltspolitik zu unterstützen.

*
* *

Anfrage Nr. 21 von Ryszard Czarnecki (H-0096/10)

Betrifft: Diskriminierung der polnischen Minderheit in Belarus

Wird der Rat auf die vor allem in den letzten Wochen verstärkten diskriminierenden Maßnahmen gegen nationale Minderheiten und insbesondere gegen die polnische Minderheit in Belarus reagieren? Zahlreiche Führungspersonlichkeiten polnischer Organisationen wurden zum Teil wiederholt verhaftet. Zudem werden Gebäude, in denen polnischen Verbände und Vereinigungen ihren Sitz haben, und anderes Eigentum dieser Organisationen vom Staat eingezogen.

Antwort

(EN) Die vorliegende Antwort, die vom Vorsitz ausgearbeitet wurde und weder für den Rat noch für die Ratsmitglieder als solche bindend ist, wurde in der Fragestunde des Rates in der Plenartagung des Europäischen Parlaments im März 2010 in Straßburg nicht mündlich vorgetragen.

Die EU ist über die jüngste Verschlechterung der Situation in Weißrussland und die zunehmenden Verletzungen der Menschenrechte sehr besorgt. Die EU sieht die Situation im Umfeld der Union der Polen als Teil einer Verschlechterungstendenz, für die mangelnde Meinungs- und Versammlungsfreiheit, zunehmende Kontrolle über die Medien und Druck auf Journalisten, das neue Gesetz, das die Nutzung des Internets einschränkt, sowie Hetze gegen Aktivisten der Opposition weitere besorgniserregende Anzeichen sind.

In ihrer Erklärung vom 16. Februar äußerte sich die Hohe Vertreterin Ashton besorgt über die Situation der polnischen Minderheit in Weißrussland, insbesondere über Polizeiaktionen, bei denen Vertreter dieser Minderheit von Gemeinschaftseigentum vertrieben wurden, über Verhaftungen von Gemeinschaftsmitgliedern und über Versuche von Minsk, der Gemeinschaft eine Führung aufzuzwingen. Diese Bedenken sind den weißrussischen Behörden auch durch diplomatische Kanäle übermittelt worden.

Der Rat hielt zu dieser Angelegenheit am 22. Februar einen kurzen Meinungsaustausch ab und wird in den kommenden Monaten zu einer ausführlicheren Diskussion erneut zusammenkommen.

Bei ihrem kurzen Treffen mit Außenminister Martynow am Rande der Amtseinführung des ukrainischen Präsidenten Janukowitsch in Kiew am 25. Februar verließ die Hohe Vertreterin Ashton ihren schweren Bedenken im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen Ausdruck und wies darauf hin, dass die Situation der Union der Polen keine innere Angelegenheit Weißrusslands sei.

Der Rat beabsichtigt, die EU-Politik des bedingten Engagements fortzusetzen, was auch von prominenten weißrussischen pro-demokratischen und pro-europäischen Politikern wie Aliaksandr Milinkewitsch unterstützt wird.

Gleichzeitig ist es von größter Wichtigkeit, dass sich Weißrussland an seine OSZE- und internationalen Verpflichtungen u. a. im Hinblick auf den Schutz und die Förderung von Minderheitenrechten hält.

Es ist im Interesse der EU, die Beziehungen zu Weißrussland fortzusetzen, um gemeinsame Werte und Grundsätze weiterzuentwickeln.

Die EU wird die Menschenrechtssituation in Weißrussland weiterhin überwachen und diesen Punkt ganz oben auf der Tagesordnung des politischen Dialogs mit diesem Land halten.

*

* *

Anfrage Nr. 22 von Pat the Cope Gallagher (H-0097/10)

Betrifft: Missbräuchliche Verwendung europäischer Reisepässe

Gefälschte europäische Pässe, einschließlich irischer Reisepässe, wurden im Zusammenhang mit der Ermordung eines Führers der Hamas letzten Januar in Dubai verwendet. Kann der Rat eine aktualisierte Bewertung der Maßnahmen vorlegen, die er getroffen hat, um die Bedenken europäischer Bürger im Zusammenhang mit der missbräuchlichen Verwendung europäischer Reisepässe zu zerstreuen?

Antwort

(EN) Die vorliegende Antwort, die vom Vorsitz ausgearbeitet wurde und weder für den Rat noch für die Ratsmitglieder als solche bindend ist, wurde in der Fragestunde des Rates in der Plenartagung des Europäischen Parlaments im März 2010 in Straßburg nicht mündlich vorgetragen.

In einer am 22. Februar abgegebenen Erklärung betonte der Rat, dass die Tötung von Mahmoud al-Mabhouh in Dubai am 20. Januar Fragen aufgeworfen hat, die die Europäische Union zutiefst erschütterten.

Der Rat war der Ansicht, dass diese Aktion weder zu Frieden noch zu Stabilität im Nahen Osten beitragen kann. Die EU hat die Tatsache, dass die Beteiligten an dieser Aktion gefälschte Reisepässe aus EU-Mitgliedstaaten und Kreditkarten benutzten, die durch den Diebstahl der Identitäten von EU-Bürgern erworben wurden, aufs Schärfste verurteilt.

Die EU begrüßt die Untersuchung der Behörden in Dubai und fordert alle Länder zur Kooperation auf. Die in der EU betroffenen Länder führen selbst umfassende Untersuchungen bezüglich der betrügerischen Verwendung ihrer Reisepässe durch.

Die Europäische Union will sich dafür einsetzen, dass sowohl Bürgerinnen und Bürger der EU als auch Länder auf der ganzen Welt weiterhin Vertrauen in die Integrität der Reisepässe von EU-Mitgliedstaaten haben. Diesbezüglich hat die EU 2004 Normen für Sicherheitsmerkmale und biometrische Daten in von den Mitgliedstaaten ausgestellten Pässen und Reisedokumenten erlassen. Diese Gesetzgebung wurde 2009 aktualisiert und soll die Dokumente sicherer machen sowie eine zuverlässigere Verbindung zwischen dem Inhaber und dem Dokument gewährleisten.

*

* *

Anfrage Nr. 23 von Brian Crowley (H-0099/10)

Betrifft: Die Kalahari-Buschmänner

Der Oberste Gerichtshof von Botsuana entschied 2006 in einem Urteil, dass die Vertreibung der Kalahari-Buschmänner aus ihrem angestammten Land rechts- und verfassungswidrig war. Dessen ungeachtet hindert die Regierung von Botsuana die Kalahari-Buschmänner durch Unterbrechung der Wasserversorgung

weiterhin an der Rückkehr in ihr angestammtes Land. Ist der Rat gewillt, die Lage in Botsuana zu untersuchen, um das Ausmaß der gegen die Kalahari-Buschmänner in Botsuana gerichteten Schikanen festzustellen?

Antwort

(EN) Die vorliegende Antwort, die vom Vorsitz ausgearbeitet wurde und weder für den Rat noch für die Ratsmitglieder als solche bindend ist, wurde in der Fragestunde des Rates in der Plenartagung des Europäischen Parlaments im März 2010 in Straßburg nicht mündlich vorgetragen.

Die Politik der Regierung von Botsuana und ihr Programm zur Umsiedlung der San aus dem Central Kalahari Game Reserve (CKGR) haben besondere Aufmerksamkeit auf sich gezogen und innerhalb der internationalen Menschenrechtsgemeinschaft, u. a. dem UN-Ausschuss für die Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung und dem Ständigen Forum der UN für indigene Angelegenheiten, Besorgnis erregt.

Die EU ihrerseits hat die Frage der San/Buschmänner in Botsuana mit der botsuanischen Regierung durch lokale Missionsleiter regelmäßig diskutiert. Diese Diskussionen fanden im Kontext des Dialogs über Artikel 8 gemäß dem Cotonou-Abkommen statt, der einen systematischen und formellen Dialog in Bezug auf die drei wesentlichen Element des Cotonou-Abkommens, nämlich Achtung der Menschenrechte, demokratische Grundsätze und Rechtsstaatlichkeit, vorsieht. Auf diesen Treffen hat die Regierung die EU über die Nachbereitung der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs informiert. Laut unseren Informationen ernannten die San/Buschmänner im Dezember ihre Vertreter, die damit beauftragt wurden, die CKGR-Frage mit der Regierung zu erörtern. Um eine Lösung für die CKGR-Umsiedlungsfrage zu finden, werden nun Kontakte zwischen ihnen und der Regierung in die Wege geleitet.

Der Rat wird die Entwicklung der Lage der San/Buschmänner in Botsuana weiterhin genau verfolgen.

*
* *

Anfrage Nr. 25 von Georgios Toussas (H-0105/10)

Betrifft: ‚Neue Strategie‘ der USA in Afghanistan

Die NATO hat mit aktiver Unterstützung der EU und der GASP sowie im Rahmen der vom amerikanischen Präsidenten und Friedensnobelpreisträger, Barack Obama, beschlossenen ‚neuen amerikanischen Strategie‘ die Operation „Mustarak“ gestartet, die größte Offensive seit Beginn der militärischen Intervention der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten in Afghanistan. Nur wenige Tage nach Beginn der Operation kam es bereits zu Todesopfern. In der Region Mardscha gab es mindestens 15 Tote unter der Zivilbevölkerung. Die NATO-Kräfte geben nun vor, dass es sich hier um einen Irrtum handle, während die afghanischen Streitkräfte eingeräumt haben, das Ziel sei bewusst gewählt worden, die Verantwortung aber den Taliban aufbürden. Zu diesen Toten kommen noch die 2412 Menschen aus der Zivilbevölkerung, die nach Angaben der Vereinten Nationen allein im Jahr 2009 durch NATO-Truppen in Afghanistan zu Tode gekommen sind.

Verurteilt der Rat dieses erneute Abschachten von Bürgern aus der afghanischen Zivilbevölkerung? Wird er den Appellen der Friedensorganisationen folgen und den Abzug ausländischer Truppen aus Afghanistan fordern?

Antwort

(EN) Die vorliegende Antwort, die vom Vorsitz ausgearbeitet wurde und weder für den Rat noch für die Ratsmitglieder als solche bindend ist, wurde in der Fragestunde des Rates in der Plenartagung des Europäischen Parlaments im März 2010 in Straßburg nicht mündlich vorgetragen.

Der Rahmen für das Engagement der EU in Afghanistan ist im EU-Aktionsplan für Afghanistan und Pakistan dargelegt, der am 27. Oktober 2009 vom Rat angenommen wurde. Gemäß diesem Rahmen sind die Bemühungen der EU in Afghanistan ziviler Natur. Die EU ist nicht an der Operation „Mustarak“ oder irgendeiner anderen militärischen Operation beteiligt.

Die Bemühungen der EU konzentrieren sich auf der Stärkung der Fähigkeit des afghanischen Staates und seiner Institutionen, verantwortungsvolles Handeln, Menschenrechte und eine effiziente öffentliche Verwaltung, besonders auf regionaler Ebene, zu fördern. Die Unterstützung des Wirtschaftswachstums, insbesondere durch die Entwicklung des ländlichen Raums und durch sozialen Fortschritt, hat ebenfalls oberste Priorität.

Außerdem konzentriert die EU ihre Bemühungen auf die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, d. h. durch Hilfe bei der Bildung einer Zivilpolizei durch EUPOL Afghanistan, die EU-Polizeimission in Afghanistan, die von der Europäischen Union im Juni 2007 initiiert wurde und die Umsetzung des Nationalen Justizprogramms unterstützt.

Diese Bemühungen stehen auch im Einklang mit den strategischen Prioritäten, die von der afghanischen Regierung vorgelegt wurden.

Der Rat hat betont, dass die internationale Hilfe eine Übergangsstrategie sein muss, die sich darauf konzentriert, die afghanische Regierung dazu zu befähigen, die volle Verantwortung zu übernehmen, während die internationale Gemeinschaft schrittweise eine eher unterstützende Rolle spielt.

Die EU bedauert zutiefst die zivilen Opfer in Afghanistan.

*
* *

Anfrage Nr. 26 von Charalampos Angourakis (H-0106/10)

Betrifft: Tödliche Übergriffe Israels auf die Palästinenser

Die gegen die Palästinenser gerichteten Provokationen Israels in den palästinensischen Gebieten häufen sich. Die israelische Armee stürmte die Büros der Palästinensischen Volkspartei, wobei sie schwere materielle Schäden anrichtete, und verhaftete die anwesenden Personen. Dieser Vorfall fand im Rahmen Dutzender israelischer Übergriffe in Ramallah und im Westjordanland statt, wo hunderte Personen unter dem Vorwand, dass sie „die öffentliche Ordnung gestört hätten“, festgenommen wurden. Gleichzeitig unterstützt Israel weiterhin die Politik der „außergerichtlichen Hinrichtungen“ sowie die Ermordung von Funktionären palästinensischer Organisationen, die inoffiziell von den USA, der EU und der NATO Asyl erhalten.

Verurteilt der Rat die israelische Politik, die sich gegen das palästinensische Volk und gegen den Frieden in der Region richtet und tödliche Übergriffe der Armee beinhaltet, sowie die Weigerung Israels, einen unabhängigen palästinensischen Staat auf dem Gebiet von 1967 mit der Hauptstadt Ostjerusalem anzuerkennen?

Antwort

(EN) Die vorliegende Antwort, die vom Vorsitz ausgearbeitet wurde und weder für den Rat noch für die Ratsmitglieder als solche bindend ist, wurde in der Fragestunde des Rates in der Plenartagung des Europäischen Parlaments im März 2010 in Straßburg nicht mündlich vorgetragen.

Die Verfolgung einer Zivilbevölkerung durch eine Staatsmacht, ob gegen die eigenen Bürgerinnen und Bürger eines Staates oder gegen andere gerichtet, verstößt allgemein gegen Rechtsstaatlichkeit und demokratische Grundsätze. Somit sind solche Akte nicht mit den Grundwerten der Europäischen Union vereinbar, insbesondere nicht mit dem Recht, in Sicherheit zu leben. Es ist unerlässlich, dass derartige Vorwürfe einer gründlichen Untersuchung unterzogen werden.

Was die verschiedenen Vorfälle zwischen israelischen Sicherheitsdiensten und Palästinensern sowie die israelische Politik unter dem Besatzungsregime anbelangt, hat der Rat immer darauf bestanden, dass beide Seiten das internationale Recht und das humanitäre Völkerrecht respektieren. Das sind Grundsätze, auf die der Rat in seinen Schlussfolgerungen zum Friedensprozess im Nahen Osten hingewiesen hat, zuletzt im Dezember 2009.

Ich möchte dem Herrn Abgeordneten versichern, dass der Rat weiterhin den Menschenrechten gegenüber Einzelpersonen besondere Bedeutung beimisst, im Einklang mit den genannten Rechtsgrundsätzen, und dass er bereit ist, deren Verletzung zu verurteilen, wo dies angemessen erscheint und wenn es sichere Beweise dafür gibt.

*
* *

Anfrage Nr. 27 von Silvia-Adriana Țicău (H-0108/10)**Betrifft: Beschlüsse des Rates betreffend die Luftverkehrsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada**

Die Intensivierung des transatlantischen Dialogs zwischen der Europäischen Union einerseits und den Vereinigten Staaten und Kanada andererseits gehört zu den Prioritäten des spanischen Vorsitzes der Europäischen Union. Zwei der Aspekte des Dialogs mit Kanada betreffen erstens die Annahme eines Beschlusses des Rates und der Vertreter der Regierung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union betreffend die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung eines Abkommens über den Luftverkehr und zweitens die Annahme eines Beschlusses des Rates über die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Europäischen Union und Kanada über die Sicherheit in der Zivilluftfahrt.

Kann der Rat angesichts der Bedeutung, dieser Abkommen für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Kanada mitteilen, wie weit die Annahme dieser Beschlüsse gediehen ist?

Antwort

(EN) Die vorliegende Antwort, die vom Vorsitz ausgearbeitet wurde und weder für den Rat noch für die Ratsmitglieder als solche verbindlich ist, wurde in der Fragestunde des Rates in der Plenartagung des Europäischen Parlaments im März 2010 in Straßburg nicht mündlich vorgetragen.

Der Rat hat seinen Beschluss über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung des Luftverkehrsabkommens zwischen der EU und Kanada am 30. November 2009 verabschiedet und das Abkommen wurde am 17./18. Dezember 2009 unterzeichnet.

Gemäß den Bestimmungen des Abkommens und bis zu seinem Inkrafttreten wird das Abkommen von der Union und ihren Mitgliedstaaten im Einklang mit dem nationalen Recht ab dem ersten Tag des Monats vorläufig angewandt, der auf das Datum der diplomatischen Note folgt, mit der die letzte Vertragspartei den Abschluss der für diese vorläufige Anwendung im Inland erforderlichen Verfahren notifiziert hat. Der Rat hat bisher keine solche Benachrichtigung erhalten.

Dennoch werden die Vorbereitungsgremien des Rates mit Blick auf die Vorbereitung des Abschlusses des Abkommens termingerecht damit beginnen, die notwendigen Anpassungen an den Vertrag von Lissabon durchzuführen und danach beschließen, den Entwurf des Ratsbeschlusses über den Abschluss sowie den Text des Abkommens an das Europäische Parlament zum Zwecke der Zustimmung weiterzuleiten.

Hinsichtlich des Abkommens über die Sicherheit in der Zivilluftfahrt zwischen der Europäischen Union und Kanada erfolgte die Annahme des Beschlusses über die Unterzeichnung durch den Rat am 30. März 2009 und das Abkommen wurde am 6. Mai 2009 in Prag unterzeichnet..

Dieses Abkommen wird nicht auf vorläufiger Basis angewandt, das Abkommen muss vor seinem Inkrafttreten abgeschlossen sein. Daher haben die Vorbereitungsgremien des Rates damit begonnen, die notwendigen Anpassungen an den Vertrag von Lissabon mit Blick darauf durchzuführen, einen Beschluss zu fassen, den Entwurf des Ratsbeschlusses über den Abschluss sowie den Text des Abkommens an das Europäische Parlament zum Zwecke der Zustimmung weiterzuleiten.

*
* *

ANFRAGEN AN DIE KOMMISSION**Anfrage Nr. 38 von Marian Harkin (H-0087/10)****Betrifft: Grünbuch zur Freiwilligkeit**

Kann die Kommission mitteilen, ob sie – zur Bewusstseinsbildung über den Wert der Freiwilligkeit im gesamten EU-Raum – in Erwägung zieht, in Verbindung mit den vorgeschlagenen Initiativen zur Begehung des Europäischen Jahres der Freiwilligenarbeit ein umfassendes Grünbuch zur Freiwilligkeit auszuarbeiten, um die Freiwilligenarbeit zu erleichtern, ihr Anerkennung zu zollen und Mehrwert in dieser Hinsicht zu schaffen?

Wäre es nach Ansicht der Kommission zusätzlich zur Entwicklung eines solchen Grünbuchs nicht auch wichtig, Synergien mit anderen internationalen Organisationen, wie der IAO und der UNO in Bezug auf das

Volunteer Measurement Project der John Hopkins Universität/IAO und das UN-Nonprofit Handbook zu schaffen?

Antwort

(EN) Die Europäische Kommission begrüßt das anhaltende Interesse des Europäischen Parlaments am Thema der Freiwilligentätigkeit.

Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 wird sich auf die folgenden vier Ziele konzentrieren: erstens, ein günstiges Umfeld für die Freiwilligentätigkeit zu schaffen; zweitens, Freiwilligenorganisationen zu stärken; drittens, das Bewusstsein für die Wertigkeit und Bedeutung der Freiwilligentätigkeit zu stärken; und viertens, die Anerkennung der Freiwilligentätigkeiten zu verbessern. Das Europäische Jahr wird daher alle relevanten Interessengruppen einbinden, insbesondere Organisationen der Zivilgesellschaft auf EU-, nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Die Kommission hofft darüber hinaus auf eine dauerhafte Beteiligung des Parlaments während der Vorbereitungen auf das Jahr.

Die Kommission möchte der Frau Abgeordneten versichern, dass es ihr sehr wichtig ist, sicherzustellen, dass Maßnahmen zum Thema Freiwilligentätigkeit weit über das Europäische Jahr hinaus weitergeführt werden. Die Auswirkungen sollen sich in politischen Initiativen und einem ständigen Dialog mit Interessengruppen der Zivilgesellschaft, mit Unternehmen sowie europäischen und internationalen Institutionen widerspiegeln, die alle in den folgenden Jahren greifbare, vorteilhafte Ergebnisse für den Bereich der Freiwilligentätigkeit und die europäische Gesellschaft insgesamt gewährleisten werden. Allerdings ist die Kommission der Auffassung, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Vorbereitungen für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zu früh ist, um zu beurteilen, ob ein Grünbuch zur Freiwilligentätigkeit dazu geeignet wäre, die Freiwilligentätigkeit zu ermöglichen, anzuerkennen und aufzuwerten.

Eine Studie der Kommission über die Freiwilligentätigkeit in der Europäischen Union, die Anfang 2010 abgeschlossen wurde⁽¹²⁾, bietet zum ersten Mal wissenschaftliche Einblicke in die gegenwärtige Situation der Freiwilligentätigkeit in der Europäischen Union. Während diese Studie unterschiedlichste Quellen verbunden und verarbeitet hat, um so viel Information wie möglich über den Umfang der Freiwilligentätigkeit in der EU zu sammeln, bietet sie noch keinen statistisch genauen europaweiten Vergleich, und es mangelt noch an vergleichbaren Daten zwischen den Mitgliedstaaten. Die Kommission begrüßt daher Initiativen, die darauf abzielen, ihr Verständnis auf dem Gebiet der Freiwilligentätigkeit zu verbessern und gedenkt, die potentiellen Synergien mit Eurostat und anderen internationalen Institutionen, wie der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und den Vereinten Nationen, in vollem Umfang zu nutzen, wie das von der Frau Abgeordneten vorgeschlagen wurde.

*
* *

Anfrage Nr. 40 von Marc Tarabella (H-0095/10)

Betrifft: Von der Kommission zu ergreifende Maßnahmen zur wirkungsvollen Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

Das Europäische Parlament hat soeben mit großer Mehrheit eine Entschließung zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union - 2009 (<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2010-0021&language=DE>) angenommen. Die Berichterstatterin für den Ausschuss für die Rechte der Frau hat die Ausrufung eines Europäischen Jahrs der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen vorgeschlagen; dieser Vorschlag wurde mit 591 Stimmen bei 30 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen angenommen. Auch die schriftliche Erklärung von Eva-Britt Svensson mit der Forderung nach einem solchen Jahr vereinigte letztes Jahr im April 408 Unterschriften auf sich.

Wie wird die Kommission angesichts des großen, stetigen Interesses des Europäischen Parlaments an diesem Thema weiter verfahren?

Der Vorschlag der Berichterstatterin, in dem die Kommission aufgefordert wird, „mit der Ausarbeitung eines Vorschlags für eine allgemeine Richtlinie zur Vorbeugung und Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Frauen, einschließlich des Frauenhandels, zu beginnen“, wurde mit 558 Stimmen bei 85 Gegenstimmen und 22 Enthaltungen angenommen.

⁽¹²⁾ http://ec.europa.eu/citizenship/index_en

Wie wird die Kommission diesen Antrag weiterbehandeln?

Antwort

(EN) Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen hat für die Kommission politische Priorität. Die Kommission begrüßt die Annahme des Entschließungsantrags zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union (P_TA(2010)0021) sowie die Annahme des Vorschlags zur Ausrufung eines Europäischen Jahrs der Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen durch das Europäische Parlament.

Die Kommission ist entschlossen, ihre politischen, rechtlichen und finanziellen Befugnisse und Ressourcen zu nutzen, um die Ausmerzung von Gewalt gegen Frauen in Europa und anderswo zu unterstützen. Dem Problem wird auf Kommissionsebene mit rechtlichen und politischen Initiativen und Aktionen begegnet, und zwar in den Bereichen Schutz der Grundrechte, Gleichstellung der Geschlechter und durch andere beschäftigungs- und sozialpolitische Strategien, durch politische Maßnahmen gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung, durch Kooperation in Gesetzesvollzug und Strafjustiz, in der Asyl- und Einwanderungspolitik, im Gesundheitswesen, der Entwicklungshilfe, in Forschung und Bildung.

In der letzten Zeit hat die Kommission eine Reihe von Initiativen im Bereich der Bekämpfung von Gewalt ergriffen.

Derzeit wird eine mittelfristige Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern vorbereitet; sie soll Mitte 2010 als Folgemaßnahme zu dem vorhandenen Rahmen angenommen werden. Es ist vorgesehen, dass Gewalt gegen Frauen ein spezifischer Prioritätsbereich bleiben wird, auf den sich die Kommission konzentrieren wird.

Bezüglich des Bereichs der Strafjustiz wird die Kommission in Kürze einen Vorschlag zum Thema Menschenhandel vorlegen. Sie unterstützt auch das Projekt der spanischen Präsidentschaft, eine europäische Schutzanordnung zu schaffen, die auch einen besseren Schutz für Frauen bieten soll, die Opfer häuslicher Gewalt sind.

Das Programm Daphne III, welches die gezielteste und umfassendste Aktion im Bereich der Bekämpfung von Gewalt darstellt, hat vor kurzem eine Studie über gefährliche traditionelle Praktiken eingeleitet, die Anfang April abgeschlossen sein wird. Darüber hinaus wurde im Rahmen dieses Programms eine Eurobarometer-Erhebung zur Wahrnehmung der Gewalt gegen Frauen eingeleitet, die es erlauben wird, die Veränderungen in der Wahrnehmung von Gewalt in der EU innerhalb der letzten 10 Jahre zu vergleichen. Die Ergebnisse dieser Eurobarometer-Erhebung sollten Mitte 2010 verfügbar sein.

Darüber hinaus hat das Programm Daphne III auf Initiative des Europäischen Parlaments eine vorbereitende Maßnahme zur Vereinheitlichung der nationalen Rechtsvorschriften im Bereich geschlechtsspezifische Gewalt und Gewalt gegen Kinder in die Wege geleitet. Diese Studie soll der Kommission dabei helfen, den Umfang ihrer zukünftigen Maßnahmen einschließlich der Möglichkeit von Gesetzesvorschlägen in diesem Bereich zu ermitteln. Die Studie wird die Möglichkeit einer Harmonisierung der Gesetzgebung auf EU-Ebene zur geschlechtsspezifischen Gewalt untersuchen, die helfen könnte, die geschlechtsspezifische Gewalt innerhalb der Europäischen Union zu reduzieren. Die Studie wird zurzeit durchgeführt und der abschließende Bericht wird für Ende September 2010 erwartet. Die Ergebnisse dieser Studie werden auf einer Konferenz Ende 2010 präsentiert werden. Das wird der Kommission Gelegenheit geben, ihre Maßnahmen für eine verstärkte Politik zur Bekämpfung der Gewalt zu präsentieren.

Angesichts der oben erwähnten Initiativen nimmt die Kommission die Forderung des Parlaments zur Kenntnis, eine EU-weite Strategie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen einzuführen sowie bindende Rechtsinstrumente mit dem Ziel der Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und eine europäische bewussteinbildende Kampagne zum Thema Gewalt gegen Frauen vorzubereiten. Die Kommission untersucht gegenwärtig diese Möglichkeiten und überlegt, wie diesen Forderungen am besten entsprochen werden kann.

*
* *

Anfrage Nr. 41 von Brian Crowley (H-0100/10)

Betrifft: Die EU-Strategie zur Drogenbekämpfung

Der illegale Drogenhandel hat für Einzelpersonen, Familien und Gemeinschaften in ganz Europa nach wie vor verheerende Folgen. Beabsichtigt die Kommission, die Wirksamkeit der EU-Strategie zur

Drogenbekämpfung dahingehend zu verbessern, dass dem Problem des grenzüberschreitenden Handels und der Versorgung mit illegalen Drogen in angemessener Weise begegnet wird?

Antwort

(EN) Die Drogenstrategie der EU 2005-2012 wurde vom Europäischen Rat 2004 angenommen. Sie ist eine Strategie und kein offizielles Rechtsinstrument. Die Umsetzung liegt größtenteils in den Händen der Mitgliedstaaten.

Die Rolle der Kommission besteht in dieser Hinsicht darin, Vier-Jahres-Aktionspläne zur Umsetzung der Strategie vorzuschlagen und diese zu überwachen. Die Überwachungsberichte werden dem Rat und dem Europäischen Parlament in der Form von Mitteilungen übermittelt.

*
* *

Frage Nr. 42 von Sarah Ludford (H-0058/10)

Betrifft: Elfenbeinhandel in Tansania und Sambia

Tansania und Sambia möchten auf der CITES-Konferenz im März erreichen, dass ihnen die Genehmigung zum Verkauf ihrer Elfenbeinlagerbestände erteilt wird. Dies soll dadurch geschehen, dass ihre Elefantenpopulationen aus Anhang I des CITES-Übereinkommens, der jeglichen Handel untersagt, gestrichen werden und in Anhang II aufgenommen werden, nach dem ein kontrollierter Handel erlaubt ist.

Andere afrikanische Länder, die der African Elephant Coalition (Bündnis für den Schutz der afrikanischen Elefanten) angehören, lehnen diese Forderung entschieden ab und haben einen Gegenvorschlag für die CITES-Konferenz eingereicht, worin ein striktes Moratorium für jeglichen Handel mit Elfenbein gefordert wird.

Werden die EU und ihre Mitgliedstaaten die Forderung nach einem Moratorium voll unterstützen und die Genehmigung für erneute Elfenbeinverkäufe ablehnen?

Antwort

(EN) Die Europäische Union muss ihre Position zu den verschiedenen Vorschlägen in Bezug auf Elefanten, die auf der Konferenz der CITES-Vertragsstaaten ab dem 13. März 2010 erörtert werden, noch endgültig festlegen. Die Position wird feststehen, wenn alle relevanten Daten verfügbar sind, insbesondere der Bericht der Expertengruppe, die vom ständigen Ausschuss des CITES (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora/Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen) ernannt wurde, um die Vorschläge von Tansania und Sambia zu beurteilen.

Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, dass die EU irgendwelche Entscheidungen unterstützt, die eine Wiederaufnahme des Elfenbeinhandels erlauben. Die Beurteilung möglicher Verbindungen zwischen früheren einmaligen Elfenbeinverkäufen und illegalen Aktivitäten ist Gegenstand einer derzeit laufenden Studie. Unter diesen Umständen kann kaum davon ausgegangen werden, dass die Europäische Union einer Wiederaufnahme des Elfenbeinhandels zustimmen würde, besonders vor dem aktuellen Hintergrund der ungezügelten Wilderei und des illegalen Elfenbeinhandels.

*
* *

Anfrage Nr. 43 von Bendt Bendtsen (H-0059/10)

Betrifft: Schutz eigener Unternehmen durch China im Zusammenhang mit der Mitteilung Nr. 618

Mit dem chinesischen nationalen Programm für die Zulassung heimischer innovativer Produkte (Mitteilung Nr. 618 vom 15. November 2009) wird der Schutz chinesischer Unternehmen im Zusammenhang mit öffentlichen Aufträgen bezweckt. Das Programm schränkt offensichtlich die Möglichkeiten nicht chinesischer Unternehmen – selbst solcher mit Tochtergesellschaften in China –, unter das Programm fallende Produkte für den chinesischen Markt herzustellen und in China zu vermarkten, ein.

Was gedenkt die Kommission zu unternehmen, nachdem der Präsident der EU-Handelskammer in Peking, Jörg Wuttke, am 14. Dezember 2009 in einem Schreiben an die zuständigen chinesischen staatlichen Stellen

seine Besorgnis über das Programm klar zum Ausdruck gebracht und eine Reihe von klärenden Fragen zum Inhalt des Programms und zu möglichen Konsequenzen gestellt hat?

Wie steht die Kommission zu der neuen Politik Chinas zum Schutz der eigenen Unternehmen mit Blick auf die Verhandlungen über den Beitritt Chinas zum WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen?

Welche weiteren Schritte wird die Kommission in der gegenwärtigen Situation unternehmen?

Antwort

(EN) Am 17. November haben die chinesischen Behörden ein Rundschreiben herausgegeben, in dem sie Maßnahmen ankündigten, um ein System in innovativen Sektoren zu schaffen, in dem Zugang zu öffentlicher Auftragsvergabe auf der Basis eines Vorqualifizierungssystems (Akkreditierungswesens) erfolgt. Seit damals ist die Kommission in engem Kontakt mit europäischen Unternehmen in China und in Europa sowie mit internationalen Partnern, um die Auswirkungen dieses Rundschreibens einzuschätzen.

Die Kommission hat wiederholt das Thema in vielen bilateralen Kontakten auf verschiedensten Ebenen mit der chinesischen Regierung angesprochen, um ihren Bedenken bezüglich dieser Maßnahmen Ausdruck zu verleihen und die chinesische Regierung dazu aufzufordern, sie zu erklären. Zugleich haben eine Reihe internationaler Partner und eine bedeutende Anzahl nationaler und internationaler Unternehmensorganisationen das Gleiche getan.

Es ist die Ansicht der Kommission – die von vielen ihrer internationalen Partner geteilt wird –, dass die chinesischen Behörden keine zufriedenstellende Erklärung für diese neuen Maßnahmen abgegeben haben. Wichtige Fragen bleiben weiter unbeantwortet. Die Kommission beabsichtigt, das Thema mit den chinesischen Behörden auf allen relevanten Ebenen weiter zu diskutieren, um die Situation zu klären und sicherzustellen, dass die Interessen europäischer Unternehmen auf dem chinesischen Markt für die öffentliche Auftragsvergabe vertreten werden.

China ist nicht Vertragspartei des Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (ÜöB), obwohl entsprechende Verhandlungen geführt werden. Wenn China dem ÜöB beitrifft, wird es die international vereinbarten Verfahrensweisen einhalten müssen, denen eine entscheidende Bedeutung bei der Behandlung solcher Themen zukommen wird. In der Zwischenzeit führt die Kommission mit der WTO Gespräche darüber, wie Handelsverzerrungen behandelt werden sollen, die aus Subventionen erwachsen, die den Dienstleistungsverkehr beeinflussen, wie dies Artikel XV des Allgemeinen Übereinkommens über den Handel mit Dienstleistungen, das für China verbindlich ist, vorsieht.

*

* *

Anfrage Nr. 44 von Santiago Fisas Ayxela (H-0061/10)

Betrifft: Mehrparteien-Handelsabkommen der EU mit Kolumbien

Seit dem erfolgreichen Ausgang der Lima-Runde über das Mehrparteien-Handelsabkommen der EU mit Kolumbien kann das Abkommen praktisch als abgeschlossen gelten. Unter Verweis darauf, dass in Kolumbien Gewerkschafter ermordet wurden, dringen einige Abgeordnete allerdings darauf, dass dieses Abkommen nicht unterzeichnet wird, obschon die kolumbianische Regierung zweifellos Verbesserungen in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte erreicht hat. Diese wurden von der IAO und vom DEVE-Ausschuss des EP auch durchaus gewürdigt. Außerdem hat Präsident Obama kürzlich angekündigt, dass die Vereinigten Staaten die Handelsbeziehungen zu Kolumbien intensivieren werden.

Wie ist der Stand der Dinge bei den Verhandlungen mit Kolumbien und wann rechnet die Kommission mit der Unterzeichnung dieses Handelsabkommens?

Antwort

(EN) Am 1. März 2010 schloss die Kommission technische Verhandlungen mit Peru und Kolumbien über ein Mehrparteien-Handelsabkommen zwischen der EU und den Andenstaaten ab. Der Text muss jetzt noch rechtlich geprüft werden, bevor er paraphiert und ein Vorschlag an den Rat übermittelt werden kann, um die offizielle Unterzeichnung des Abkommens genehmigen zu können, woraufhin dann das Parlament um Zustimmung gebeten wird. Wie vom Mitglied der Kommission, das für den Handel zuständig ist, versprochen wurde, wird es auch eine politische Diskussion im INTA-Ausschuss des Europäischen Parlaments vor der

Paraphierung dieses Abkommens geben. Das ganze Verfahren wird mehrere Monate dauern und man kann sicher erwarten, dass die Unterzeichnung nach dem Sommer stattfinden kann.

*
* *

Anfrage Nr. 45 von Alan Kelly (H-0064/10)

Betrifft: Herstellung der Erreichbarkeit der Bürgerinitiative über das Internet

Der Vertrag von Lissabon hat einem neuen Modell der partizipatorischen Demokratie, der sogenannten Bürgerinitiative, Rechtsstatus verliehen. Wäre die Kommission bereit, die Möglichkeit der Herstellung der Erreichbarkeit der Bürgerinitiative über das Internet zu prüfen, um eine wirksame und leicht zugängliche Unterschriftensammlung zu gewährleisten?

Das Internet ist mittlerweile das wichtigste Massenkommunikationsmedium der Europäer und ein besonders effektives Mittel der partizipatorischen Demokratie. Wir alle haben Kampagnen für politische Initiativen auf MySpace und Facebook gesehen und auch, wie sehr die Bürger sich für die Herbeiführung des demokratischen Wandels engagiert haben.

Angeichts des Fortschritts der Informations- und Kommunikationstechnologie sollte es möglich sein, Unterschriften online zu überprüfen. Falls die Kommission ein Online-Element in die Bürgerinitiative aufnehmen würde, würde dies den Weg für wirkliche, partizipatorische Demokratie eröffnen, wobei Unterschriften viel einfacher und kostengünstiger gesammelt und Diskussionen in einem europäischen öffentlichen Raum eher ermöglicht werden können.

Könnte die Kommission mitteilen, ob sie diese Möglichkeit in Betracht zieht, auch unter der Berücksichtigung der Rechte derjenigen, die nicht das Internet nutzen, um an der Bürgerinitiative mit traditionellen Unterschriften teilzunehmen?

Antwort

(EN) Die Kommission ist der Meinung, dass die Möglichkeit vorhanden sein muss, eine Online-Sammlung von Unterstützungsbekundungen für die Europäische Bürgerinitiative anzubieten. Sie untersucht derzeit diese Angelegenheit im Rahmen der Vorbereitung der Gesetzesvorlage zu diesem Thema.

*
* *

Anfrage Nr. 46 von Ilda Figueiredo (H-0067/10)

Betrifft: Gemeinschaftsmittel

Die schwierige Lage in einigen Ländern der Europäischen Union erfordert Sofortmaßnahmen in verschiedenen Bereichen, insbesondere haushalts- und finanzpolitische Maßnahmen, um in wirksamer Weise die Arbeitslosigkeit, die mehr als 23 Millionen Menschen betrifft, und die Armut zu bekämpfen, von der mehr als 85 Millionen Menschen betroffen sind.

Es ist wesentlich, den Schwerpunkt auf den sozialen Fortschritt zu legen, um der Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit und der Armut Vorrang einzuräumen, die Produktion und die Schaffung von mit Rechten verbundenen Arbeitsplätzen zu unterstützen, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten und den Ländern, deren Situation äußerst schwierig ist, finanzielle Unterstützung zu leisten, insbesondere durch die Bereitstellung von Mitteln ohne das Erfordernis nationaler Beiträge.

Die Kommission wird daher gefragt, ob sie bereit ist, unverzüglich die Gemeinschaftsmittel zu überweisen, auf die die Länder mit äußerst großen sozialen und finanziellen Problemen Anspruch haben, damit diese diese Mittel verwenden können, ohne dass dafür irgendein nationaler Beitrag erforderlich ist.

Antwort

(EN) In ihren Mitteilungen „Europäisches Konjunkturprogramm“⁽¹³⁾ und „Ein gemeinsames Engagement für Beschäftigung“⁽¹⁴⁾ hat die Kommission sich verbindlich verpflichtet, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um den Mitgliedstaaten zu helfen, die Folgen der Krise zu bekämpfen, indem die Umsetzung operationeller Programme (OPs), die von den Strukturfonds und vom Kohäsionsfonds gemeinsam finanziert werden, beschleunigt wird.

Eine erste Reihe von Maßnahmen, welche die Vereinfachung der Regeln für die Qualifikation und einen zusätzlichen Vorschuss an OPs miteinschließt, wurde im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms im April und im Mai 2009 beschlossen. Zusätzlich wurden 4,5 Mrd. EUR aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und 1,8 Mrd. EUR aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) an die Mitgliedstaaten gezahlt, um Soforthilfeinsätze zu unterstützen, die für die Bewältigung der Krise notwendig sind (der von den Mitgliedstaaten 2009 gezahlte Gesamtvorschuss belief sich auf 11,3 Mrd. EUR).

Die Kommission hat die Mitgliedstaaten dazu ermutigt, die in die OPs integrierte Flexibilität zu nutzen, um Finanzierungen der Strukturfonds in Operationen zu lenken, mit denen auf die Krise reagiert werden soll, und die OPs zu modifizieren, wo immer das notwendig ist. Sie hat auch betont, dass einige Operationen durch die Strukturfonds allein finanziert werden könnten, wenn die Einhaltung der Grundsätze der Mitfinanzierung im Sinne des Durchschnitts für die Priorität während des Programmplanungszeitraums geschätzt wird. Das bedeutete, dass solche Einsätze zur Gänze durch die Fonds finanziert werden könnten, solange sie von anderen Fonds aufgefangen werden, die bis Ende 2015 zur Gänze durch nationale Fonds finanziert würden.

Die Mitteilung „Ein gemeinsames Engagement für Beschäftigung“ und die damit verbundenen Maßnahmen waren notwendig, um die Schaffung von Arbeitsplätzen anzukurbeln und den Folgen der Krise zu einer Zeit entgegenzuwirken, als die Realwirtschaft und der Arbeitsmarkt die Auswirkungen erstmals zu spüren bekamen. Sie wurde von Vorschlägen zur Änderung der allgemeinen Verordnung über die Strukturfonds und den Kohäsionsfonds begleitet.

Eine wesentliche Änderung ermöglichte eine zweijährige Ausnahme (für 2009 und 2010) von den Regeln zur Berechnung von Rückerstattungen von Zwischenzahlungen, die sich auf ESF-OPs bezog und bedeutet hätte, dass im Falle der Beantragung dieser Option durch einen Mitgliedstaat 100 % des öffentlichen Beitrags zu einer Priorität, die durch Zwischenzahlungsansprüche bis Ende 2010 gedeckt sind, zurückerstattet worden wären. Als Folge hätten die OPs, während sie die Mitfinanzierungsrate für die Periode insgesamt hätten akzeptieren müssen, gezeigt, was auf der Einsatzebene möglich ist. In Anbetracht der Beschaffenheit des ESF, der das Hauptinstrument der EU zur Investition in Menschen ist (er unterstützt jedes Jahr 9 Millionen Menschen), wurde mit dieser Bestimmung beabsichtigt, Einsätze zugunsten der Menschen zu beschleunigen, insbesondere zugunsten jener, die sie am dringendsten benötigen, nämlich die Beschäftigungslosen oder jene, die in Gefahr sind, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, mit einem geschätzten Kapitalfluss von 6,6 Mrd. EUR.

Der Rat erreichte eine Kompromissvereinbarung, welche die Zahlung eines zusätzlichen Vorschusses von 775 Mio. EUR aus dem ESF an den Kohäsionsfonds an die fünf am härtesten von der Krise betroffenen Mitgliedstaaten mit einschloss (Rumänien, Ungarn, Litauen, Lettland und Estland). Darüber hinaus wurde mehr Flexibilität im Hinblick auf die automatische Aufhebung der Verpflichtung von 2007 versprochen.

Die Kommission lehnte diesen Kompromiss ab, da sie der Ansicht war, er biete nicht genügend Unterstützung für die von der Krise betroffenen Menschen. Der Vorschlag liegt derzeit dem Parlament vor.

Der Vorschlag der Kommission für eine neue Strategie „Europa 2020“ beinhaltet mehrere Vorschläge als Teil der Vorreiterinitiativen, um EU-Instrumente zu schaffen oder zu stärken, die direkt oder indirekt zur Bekämpfung der wachsenden Arbeitslosigkeit verfügbar sind. Die Vorreiterinitiative „Eine Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“ schlägt vor, die Mobilität innerhalb der EU zu erleichtern und zu fördern und mit angemessener finanzieller Unterstützung durch die Strukturfonds, insbesondere durch den ESF, das Arbeitskräfteangebot besser auf den Arbeitskräftebedarf abzustimmen. Die Vorreiterinitiative „Innovation Union“ schlägt vor, die Rolle der Strukturfonds, der regionalen Entwicklungsfonds und des Rahmenprogramms für Forschung und Entwicklung bei ihrer Unterstützung

⁽¹³⁾ KOM(2008) 800 endgültig.

⁽¹⁴⁾ KOM(2009) 257 endgültig.

von Innovation zu stärken. Die Vorreiterinitiative „Eine digitale Agenda für Europa“ schlägt vor, die Nutzung der Strukturfonds der EU mit Blick auf diese Agenda zu vereinfachen.

*
* *

Anfrage Nr. 47 von Catherine Bearder (H-0074/10)

Betrifft: Biodiversity and the subjugation of environmental priorities to commercial interests

Die erneute Bedrohung, die für den afrikanischen Elefanten besteht, macht die Gefahr deutlich, dass eine der seltensten und gefährdetsten Arten der Erde der kommerziellen Nutzung preisgegeben wird. Die Bedrohung, die für diese Tierart besteht, ist symptomatisch für die Haltung, die wirtschaftlichen Erfordernisse über die Notwendigkeit zu stellen, dass unser Ökosystem und die Vielzahl von Tierarten, die es beherbergt, geschützt werden.

Ein zweites Beispiel ist das Dokument der Kommission, über das vor kurzem Informationen durchgesickert sind und aus dem hervorgeht, dass sie beabsichtigt, eine Neueinstufung der Palmenplantagen als „Wälder“ vorzunehmen, um die Nutzung von Palmöl als Biokraftstoff zu ermöglichen.

Bei einer solchen Neueinstufung der Ölpalmenplantagen durch die Kommission hätten die Palmölindustrie, die Holzwirtschaft und die Papierindustrie freie Hand und könnten weiter abholzen, zerstören und töten. Weltweit kämpfen Organisationen für das Überleben von Arten, die aufgrund der unkontrollierten Expansion dieser Wirtschaftszweige vom Aussterben bedroht sind.

Welche Maßnahmen gedenkt die Kommission in diesem Jahr, das von den Vereinten Nationen zum Jahr der biologischen Vielfalt ausgerufen wurde, zum Schutz der vielen gefährdeten Arten zu treffen, die durch die Nutzung für kommerzielle Zwecke bedroht sind?

Antwort

(EN) Die Kommission teilt die Bedenken, dass viele natürliche Ressourcen auf unnachhaltige Weise ausgebeutet werden. Die Kommission arbeitet auf verschiedene Weise, um gegen dieses Problem zu vorgehen und einen besseren Schutz der biologischen Vielfalt sowohl innerhalb der EU als auch über ihre Grenzen hinaus zu gewährleisten.

Die Kommission unterstützt gemeinsam mit Deutschland und anderen Staaten eine groß angelegte, unabhängige Untersuchung zur Ökonomie von Ökosystemen und zum Verlust an biologischer Vielfalt (TEEB)⁽¹⁵⁾. TEEB wurde von den G8-Umweltministern 2007 ins Leben gerufen und hat bis jetzt drei Berichte hervorgebracht, die unterstreichen, wie wichtig es ist, den wirtschaftlichen Wert biologischer Vielfalt und die wirtschaftlichen Folgen ihres kontinuierlichen Verlustes einzuschätzen. Diese Arbeit ist wichtig, denn solange der Wert der Natur nicht belegt ist, wird das wirtschaftliche Interesse für ihre Ausbeutung weiter Vorrang gegenüber Anstrengungen für ihren Erhalt haben. Es geht darum, dass die TEEB-Erkenntnisse und Empfehlungen in alle relevanten Entscheidungen und Politiken einfließen und anderen wirtschaftlichen Überlegungen gleichgestellt werden (zum Beispiel durch die Einbeziehung dieser Bewertung in konventionelle Kostenrechnungen), nicht nur in der EU, sondern in der ganzen Welt. Der abschließende TEEB-Bericht wird auf der 10.th Konferenz der Vertragsparteien der Biodiversitätskonvention (COP10 CBD) in Nagoya, Japan, im Oktober 2010 präsentiert werden.

Dieses Jahr, im Internationalen Jahr der Vereinten Nationen für Biodiversität, wird es Verhandlungen über neue, weltweite Rahmenbedingungen für Biodiversität im Geltungsbereich des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt (CBD) geben. Die 10.th Konferenz der Vertragsparteien des CBD in Nagoya im Oktober 2010 wird ein überarbeitetes und aktualisiertes strategisches Programm für das Übereinkommen verabschieden, und damit eine langfristige, globale Vision für biologische Vielfalt vermitteln, einen mittelfristigen Auftrag/ein Hauptziel und eine Gruppe von Zielsetzungen und Teilzielen, um diesen Auftrag/dieses Ziel zu erreichen. Die Kommission wird sich bemühen, sicherzustellen, dass der Schutz bedrohter Arten sich in den Rahmenbedingungen für die Zeit nach 2010 widerspiegelt, und den Erhaltungsschutz bedrohter Tierarten zu verbessern.

⁽¹⁵⁾ <http://www.teebweb.org/>

Die EU übernimmt auch eine Schlüsselrolle bei der Konferenz der Vertragsparteien von CITES (dem Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten) im März 2010. Sie wird die Annahme von Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt des Meeres vorschlagen, und zwar durch die Regulierung des internationalen Handels mit Meerestieren, die der Übernutzung ausgesetzt sind. Die EU wird auch die Annahme von Maßnahmen ablehnen, die zu einer Wiederaufnahme des Elfenbeinhandels unter den gegenwärtigen Bedingungen führen könnte, und wird weiterhin die afrikanischen Staaten dabei unterstützen, einen Aktionsplan zur besseren Erhaltung von Elefanten zu entwickeln.

Die Kommission wird sich auch weiter darum bemühen, sicherzustellen, dass ihr Verbrauch von Holz und Holzprodukten nicht zu illegalem Holzeinschlag beiträgt, was oft schwerwiegende negative Folgen für die biologische Vielfalt hat. Diesem Thema wird durch den Aktionsplan „Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor“ (FLEGT) und die vorgeschlagene Sorgfaltspflicht-Regulierung Rechnung getragen, die die Verpflichtungen von Betreibern festlegt, die Holz und Holzprodukte vermarkten, und die gerade das Mitentscheidungsverfahren durchläuft.

*
* *

Anfrage Nr. 48 von Ryszard Czarnecki (H-0076/10)

Betrifft: Verletzung der Gemeinschaftsregeln für Wettbewerb und Vermögenstransfers durch Unicredit

Mit dem Chopin-Projekt sind in der Unicredit-Gruppe, zu der in Polen die Bank Pekao AG gehört, die Gemeinschaftsregeln für Wettbewerb und Vermögenstransfers durch Absprachen und Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung verletzt worden. Unicredit hat gemeinsam mit dem Bauträger Mirelli im Juni 2005 das sogenannte Chopin-Abkommen mit der Pekao AG unterzeichnet; trotz der Informationspflicht sind weder der Markt noch die Finanzaufsicht davon in Kenntnis gesetzt worden. In der Folge zwang der Haupteigentümer Unicredit die Pekao AG im April 2006 dazu, einen ungünstigen Aktionärsvertrag mit Pirelli zu unterzeichnen, wobei Pirelli und Unicredit zu diesem Zeitpunkt über ihre Anteile an der Olimpia-AG miteinander verbunden waren, in der der Vorsitzende von Unicredit, Alessandro Profumo, eine leitende Funktion innehatte. Gleichzeitig hat in der Olimpia-AG eine asymmetrische Transaktion stattgefunden, nämlich der Kauf wertloser Optionen auf Aktien der Telecom Italia aus dem Besitz der Unicredit durch Pirelli.

Plant die Kommission im Lichte der vorherigen Anfrage des Verfassers (<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=QT&reference=H-2009-0506&language=DE>) sowie angesichts der Tatsache, dass es hier um Firmen geht, die in zwei EU-Mitgliedstaaten tätig sind, in dieser Angelegenheit aktiv zu werden?

Antwort

(FR) Zuerst möchte ich hervorheben, dass die Gemeinschaftsdimension eines Falles nicht notwendigerweise oder allein durch die einfache Tatsache erwiesen ist, dass sich die betroffenen Unternehmen in zwei Mitgliedstaaten befinden. In dieser Hinsicht hat der Gerichtshof nach ständiger Rechtsprechung klargemacht, dass die Gemeinschaftsdimension und das Interesse eines Falles auf der Basis seiner Auswirkungen auf den Handel innerhalb der Gemeinschaft festgestellt werden und dabei auch die Frage von Bedeutung ist, ob die betreffenden Verhaltensweisen auf eine Weise Einfluss auf die Handelsströme zwischen Mitgliedstaaten haben, die die Erreichung der Ziele eines Binnenmarkts gefährden könnte (siehe insbesondere in der Rechtssache EuGH, AEPI/Kommission (Rs. C-425/07P, speziell § 42). Aus der vom Herrn Abgeordneten angegebenen Information folgt, dass sich der betreffende Fall auf eine einmalige kommerzielle Vereinbarung zwischen zwei Unternehmen bezieht und es so aussieht, als ob diese Vereinbarung nicht im Interesse der Gemeinschaft sein muss.

Darüber hinaus hält die ständige Rechtsprechung fest, dass Wettbewerbsrecht, insbesondere die Vorschriften bezüglich Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung im Falle der Beziehungen zwischen einer Tochtergesellschaft und ihrer Muttergesellschaft, keine Anwendung finden (siehe insbesondere EuGH, Viho Europe BV/Kommission, Rs. C-73/95). Das Wettbewerbsrecht findet daher im gegenwärtigen Fall keine Anwendung.

Angesichts der oben erwähnten Punkte beabsichtigt die Kommission nicht, im dem Fall zu intervenieren, der ihr durch den Herrn Abgeordneten zur Kenntnis gebracht worden ist.

*
* *

Anfrage Nr. 49 von Georgios Papastamkos (H-0079/10)**Betrifft: Europäische Wirtschaftspolitik**

Die tiefe Finanzkrise Griechenlands sowie die Haushaltsdefizite anderer Mitgliedstaaten der Eurozone werfen die Frage auf, wie stabil, dynamisch und belastbar das Konstrukt der Wirtschafts- und Währungsunion an sich ist. Zweifellos ist die Sanierung des öffentlichen Haushalts eines Mitglieds der Eurozone Aufgabe ebendieses Staates. Die Finanzkrise hat jedoch deutlich gemacht, dass ein Missverhältnis zwischen der vollendeten Währungsunion und der noch nicht vollendeten Wirtschaftsunion in der EU besteht.

Wird die Kommission vorschlagen, dass ein Europäischer Währungsfonds konzipiert und geschaffen wird, der die erforderlichen Mittel und Interventionsmöglichkeiten erhält, mit denen die strukturellen Defizite der WWU kompensiert werden können und die Ausdruck einer formaleren und koordinierteren europäischen Wirtschaftspolitik sind?

Antwort

(EN) Die Rahmenbedingungen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), wie sie im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegt sind, ist auf die Gewährleistung solider wirtschaftlicher und haushaltspolitischer Bedingungen ausgerichtet. In einigen Fällen haben es Mitgliedstaaten der Eurozone leider versäumt, in guten Zeiten eine solide Politik einzuführen und stattdessen Unausgewogenheiten und Schwachstellen entwickelt, die während der Krise einen hohen Preis verlangen im Hinblick auf Wachstum und Beschäftigung und im Hinblick auf hohe staatliche Risikoprämien. Diese Staaten sind mit schweren wirtschaftlichen und finanzpolitischen Herausforderungen konfrontiert, die unverzüglich entschlossene Korrekturmaßnahmen erfordern. Die Kommission unterstützt sie in ihren Bemühungen mit ihrer Überwachung und politischen Beratungstätigkeit.

Insbesondere in Bezug auf Griechenland hat die Kommission am 3. Februar ein umfassendes und ehrgeiziges Paket detaillierter Empfehlungen beschlossen, welches die Finanzpolitik und die Erfassung statistischer Daten abdeckt (Empfehlung an den Rat, Maßnahmen gemäß Artikel 126 Absatz 9 – Verfahren bei einem übermäßigen Defizit – anzukündigen und zu ergreifen), sowie einen Vorschlag für eine Stellungnahme des Rates über das Stabilitätsprogramm und strukturpolitische Reformen (Empfehlung des Rates gemäß Art. 121 Absatz 4 – Widersprüchlichkeit mit Grundzügen der Wirtschaftspolitik und Risiko, das ordnungsgemäße Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion zu gefährden). Der ECOFIN-Rat hat die entsprechenden Dokumente am 16. Februar angenommen und einen erstmaligen Bericht zur unterstützenden Maßnahme gefordert, um das Defizitziel 2010 bis spätestens 16. März zu sichern.

Sowohl die Staats- und Regierungschefs als auch die Kommission haben die griechische Regierung aufgefordert, alles zu unternehmen, einschließlich der Ergreifung zusätzlicher Maßnahmen, damit die ehrgeizigen Ziele des aktualisierten Stabilitätsprogramms, insbesondere die Reduzierung des Haushaltsdefizits um 4 % des BIP in 2010, erreicht werden. Am 3. März hat der griechische Premierminister zusätzliche finanzpolitische Konsolidierungsmaßnahmen bekanntgegeben, die sich auf etwa 2 % des BIP belaufen. Die Kommission begrüßte die Maßnahmen, welche die Verpflichtung der griechischen Regierung bestätigen, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Ziele des Stabilitätsprogramms zu erreichen und insbesondere sicherzustellen, dass das Ziel der Reduzierung des Defizits um 4 % des BIP in 2010 erreicht wird. Zugleich betont die Kommission, dass die vollständige und rechtzeitige Einführung steuerlicher Maßnahmen zusammen mit durchgreifenden Strukturreformen im Einklang mit der Entscheidung des Rates vorrangig ist. Die Kommission überwacht die Situation ganz genau und bleibt in engem Kontakt mit den griechischen Behörden. Die Kommission wird eine detaillierte Einschätzung der Maßnahmen rechtzeitig vor dem Mitte März tagenden Ecofin-Rat vorbereiten, die auch auf dem vorgesehenen Bericht der griechischen Behörden beruht.

Wie von den Staats- und Regierungschefs betont wurde, tragen die Mitglieder der Eurozone eine gemeinsame Verantwortung für die Stabilität des Euro. Unsere Wirtschaftspolitiken sind eine Angelegenheit gemeinsamen Interesses. Die kritische Lektion aus dieser Krise ist die, dass wir dringend genauere und weiter reichende Überwachungsmethoden für unsere Wirtschaftspolitiken benötigen, einschließlich der Früherkennung und der Auseinandersetzung mit Ungleichgewichten, um die makrofinanzielle Stabilität in der Eurozone besser zu sichern. Die Kommission beabsichtigt, in Kürze Vorschläge vorzulegen, um die Koordination und Überwachung der nationalen Wirtschaftspolitiken innerhalb der Eurozone zu stärken.

*
* *

Anfrage Nr. 50 von Laima Liucija Andrikiene (H-0081/10)

Betrifft: Handelsbeziehungen zwischen der EU und Russland

Seit Beginn der Finanzkrise Ende 2008 hat Russland als Gegenmaßnahme etliche „zeitlich befristete“ Schutzzölle auf verschiedene Einfuhrwaren wie Fleisch- und Milchprodukte, Möbel, einige Stahlerzeugnisse, Lastkraftwagen, Fernsehgeräte und andere verhängt. Darüber hinaus wurde ab 1. Januar 2010 eine Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan geschaffen. Die von den drei Ländern vereinbarten Außenzolltarife stützen sich hauptsächlich auf Russlands Zollsätze. Infolgedessen kam es bei 30 % der von der EU nach Russland ausgeführten Produktlinien zu Zollerhöhungen.

Allgemein wird die Tatsache, dass Russland kein Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) ist und daher nicht an die WTO-Bestimmungen gebunden ist, denen zufolge einseitige Erhöhungen der Einfuhrzölle und andere handelsbeschränkende Maßnahmen Restriktionen unterliegen, als Hauptproblem anerkannt, mit dem die EU konfrontiert ist.

Wie beurteilt die Kommission die gegenwärtigen Handelsprobleme der EU mit Russland, und wie beabsichtigt sie diese anzugehen? Hat die EU eine besondere Strategie dafür, wie das Problem der WTO-Mitgliedschaft Russlands zu behandeln ist?

Antwort

(EN) Seit Ende 2008 hat Russland eine Politik der Erhöhung von Einfuhrzöllen auf ein weites Spektrum von Erzeugnissen verfolgt, angeblich als Reaktion auf die aktuelle Wirtschaftskrise. In der Tat ist Russland der G-20 Staat, der die höchste Anzahl von protektionistischen Maßnahmen während des letzten Jahres ergriffen hat. Diese Maßnahmen wirken sich direkt auf die wirtschaftlichen Interessen der EU aus, da Russland der größte Handelspartner der EU ist.

Diese protektionistischen Maßnahmen wurden ursprünglich nur auf zeitlich befristeter Basis eingeführt. Allerdings wurden sie im Rahmen der vor kurzem geschaffenen Zollunion mit Belarus und Kasachstan in permanente Maßnahmen umgewandelt. Der neue gemeinsame Außenzolltarif der Zollunion, der seit dem 1. Januar 2010 in Kraft ist, hat die meisten der „zeitlich befristeten“ Erhöhungen russischer Einfuhrzölle festgeschrieben und sie auch auf die beiden anderen Mitglieder der Zollunion ausgedehnt.

Während der letzten Monate hat sich die Kommission auf Anstrengungen konzentriert, die Auswirkungen dieses neuen Handelssystems zu beurteilen und möglichst einzudämmen. Die Kommission hat Russland dringend dazu aufgefordert, die Zölle auf eine große Anzahl von Produkten, die im Hinblick auf den Export für die EU von besonderer Bedeutung sind auf das vorherige Niveau zurückzuschrauben. Sie hat auch wiederholt von Russland gefordert, offizielle Gespräche zu führen, wie sie gemäß dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen vorgesehen sind.

Bis jetzt fährt Russland mit der Erhöhung der Zölle fort. Es sollte festgestellt werden, dass Russland gemäß den aktuellen bilateralen Vereinbarungen zwischen der EU und Russland keine speziellen rechtlichen Verpflichtungen hat, sich an eine Nichterhöhung der Einfuhrzölle zu halten. Aber eine derartige Nichterhöhung kann, obwohl rechtlich nicht einklagbar, normalerweise von jedem Land erwartet werden, das der Welthandelsorganisation (WTO) beitreten will.

Die Kommission engagiert sich weiterhin beim Verfahren um den WTO-Beitritt Russlands. Intensive Beratungen auf höchster Ebene laufen weiter, um über die neue Situation Klarheit zu schaffen. Die Kommission setzt sich auch weiter dafür ein, das Beitrittsverfahren voranzutreiben, und fordert Russland dringend auf, sein Handelssystem im Hinblick auf die Einhaltung der ausgehandelten Beitrittsverpflichtungen zu verbessern und zu stabilisieren.

*
* *

Anfrage Nr. 51 von Nadezhda Neynsky (H-0082/10)

Betrifft: Richtlinie 2001/18/EG zu genetisch veränderten Organismen

D i e R i c h t l i n i e
2001/18/EG <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+QT+H-2010-0082+0+DOC+XML+V0//DE>

\l "def1" des Europäischen Parlaments und des Rates gewährleistet weder Sicherheit hinsichtlich der horizontalen Übertragung von Viren genetischen Materials aus genetisch veränderten Organismen auf andere Kulturen noch die Schaffung GVO-freier landwirtschaftlicher Gebiete zwecks biologischer und konventioneller Erzeugung.

Welche Maßnahmen gedenkt die Kommission zu ergreifen, damit in der Richtlinie 2001/18/EG jedem Mitgliedstaat die Möglichkeit eröffnet wird, gegebenenfalls zusätzliche Einschränkungen für die umweltbelastende Freisetzung genetisch veränderter Organismen modifizierter Arten solcher landwirtschaftlichen Kulturen, die einen erheblichen wirtschaftlichen Stellenwert für das betreffende Land haben, wie auch für die Ausweisung GVO-freier Flächen zu verfügen, damit eine biologische und konventionelle Landwirtschaft und der Schutz der Artenvielfalt gewährleistet werden?

Antwort

(EN) Die Richtlinie regelt speziell die Beurteilung aller gesundheitsschädlichen und umweltschädigenden Auswirkungen, die durch die Freisetzung von genetisch veränderten Organismen (GVO) in die Umwelt eintreten können. Diese Beurteilung schließt die potentielle Übertragung genetischen Materials von Viren auf andere Organismen mit ein.

Im Hinblick auf die Einrichtung GVO-freier Flächen möchte die Kommission daran erinnern, dass im September 2009 der Präsident der Kommission angedeutet hat, dass es im Bereich der GVO möglich wäre, ein auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierendes EU-Genehmigungssystem mit der Freiheit der Mitgliedstaaten zu verbinden, zu entscheiden, ob sie GV-Kulturen auf ihrem Staatsgebiet anbauen wollen oder nicht.

Am 2. März 2010 hat die Kommission eine Analyse gestartet, um zu beurteilen, ob den Mitgliedstaaten diese Freiheit auf der Basis der existierenden Gesetzgebung eingeräumt werden kann, und andernfalls vor dem Sommer einen Legislativvorschlag zu unterbreiten.

*
* *

Anfrage Nr. 52 von Mairead McGuinness (H-0084/10)

Betrifft: Staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen

In Artikel 11 Absatz 8 der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+QT+H-2010-0084+0+DOC+XML+V0//DE> \l "def1" der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen ist vorgesehen, dass ab 1. Januar 2010 der Ausgleich, der Landwirten für Ernteschäden gewährt wird, die durch widrige Witterungsverhältnisse verursacht wurden, davon abhängt, ob die Landwirte eine Versicherung abgeschlossen haben, die mindestens 50 % der durchschnittlichen Jahreserzeugung oder des durchschnittlichen jährlichen Erzeugereinkommens abdeckt. Wenn Landwirte keine Ernteversicherung abgeschlossen haben, wird jeder ihnen angebotene Ausgleich um 50 % gekürzt. Welchen Status hat Artikel 11 Absatz 8 in Mitgliedstaaten, in denen von den Versicherungsgesellschaften keine Ernteversicherung angeboten wird?

Kann die Kommission Informationen über die in den Mitgliedstaaten derzeit verfügbaren Instrumente der Risikobewertung erteilen, insbesondere in den Mitgliedstaaten, in denen Versicherungsprodukte für Landwirte angeboten werden; welche Deckungshöhe wird durch diese Versicherungsprodukte geboten, und wie werden diese Produkte finanziert; werden sie beispielsweise durch den Staat, durch Landwirte oder gemeinsam finanziert?

Antwort

(EN) Wenn in einem Mitgliedstaat keine Versicherungsgesellschaft Versicherungsverträge anbietet, die Schäden durch die statistisch gesehen häufigsten Klimaereignisse abdecken, findet Artikel 11 Absatz 8 der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 keine Anwendung, aber die Beihilferegelung zum Ausgleich von Verlusten ist nicht wählbar, um gemäß derselben Verordnung eine Freistellung von der Anmeldepflicht zu erhalten. In einem solchen Fall könnte der Mitgliedstaat die Kommission gemäß Artikel 108 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union über die Beihilferegelung unterrichten und in der Mitteilung anzeigen, dass zum Zeitpunkt der Entstehung des Schadens trotz aller zumutbarer Anstrengungen kein erschwinglicher Versicherungsschutz verfügbar war, der die statistisch häufigsten Klimarisiken in dem

betroffenen Mitgliedstaat bzw. der betroffenen Region abgedeckt hätte. Wenn entsprechende Nachweise vorliegen, erfolgt die Kürzung um 50 % nicht.

Eine Vielfalt verschiedenster Instrumente für das Risikomanagement stehen zurzeit in den Mitgliedstaaten zur Verfügung. Im Hinblick auf Versicherungen sind in der EU überwiegend klassische Versicherungsmodelle verfügbar (hauptsächlich Einzelrisiko- und kombinierte Versicherungen, aber auch Ernteversicherungen), bei denen es sich im Allgemeinen um private Versicherungen handelt. In vielen Mitgliedstaaten gibt es allerdings nur eine begrenzte Anzahl von Versicherungsunternehmen. Der Entwicklungsgrad von Versicherungen für Landwirte in den einzelnen Ländern ist meist mit zwei entscheidenden Faktoren verbunden:

- die Bedürfnisse der einzelnen Länder (Risikoniveau);
- die wirtschaftliche Unterstützung der Versicherungssysteme, die in den einzelnen Mitgliedstaaten vorhanden ist.

Einige Regierungen subventionieren Versicherungen, während andere nachträgliche Hilfe auf Ad-hoc-Basis durch Kompensationssysteme oder Katastrophenfonds bieten, die von den landwirtschaftlichen Stakeholdern auf freiwilliger oder obligatorischer Basis teilweise finanziert werden können.

Der Bericht über Versicherungssysteme für die Landwirtschaft⁽¹⁶⁾, der von der Kommission finanziert und zuletzt 2008 aktualisiert wurde, präsentiert die verschiedenen Instrumente für das Risikomanagement, die den Landwirten in der EU zur Verfügung stehen. Das hilft, die Entwicklung der Versicherungssysteme in Europa besser zu verstehen, da die Entwicklung der Versicherungssysteme eng mit der Verfügbarkeit weiterer Instrumente für das Risikomanagement und mit der Rolle des öffentlichen Sektors verbunden ist, insbesondere Ad-hoc-Maßnahmen.

*
* *

Anfrage Nr. 53 von Nikolaos Chountis (H-0085/10)

Betrifft: Kurz bevorstehende Fusion von Olympic Air und Aegean Airlines

Am 11. Februar 2010 veröffentlichten die Fluggesellschaften Olympic Air und Aegean Airlines ähnlich lautende Erklärungen, in denen sie bestätigten, Gespräche im Hinblick auf eine „künftige Zusammenarbeit“ zu führen, obgleich in der Presse Berichte über die kurz bevorstehende Fusion der beiden Unternehmen erschienen waren. Dieses Szenario, das zu einem privaten Monopol und dem Verlust von 2 500 Arbeitsplätzen führen würde, hat scharfe Reaktionen vonseiten der Verbraucherschutzorganisationen ausgelöst. Es ist darauf hinzuweisen, dass die beiden Unternehmen praktisch den gesamten inländischen Flugpassagiermarkt in Griechenland kontrollieren, dass Griechenland aufgrund der geografischen Gegebenheiten mehr Flughäfen als andere Mitgliedstaaten hat und dass ein Anstieg der Inlandstarife sowie eine Erhöhung der Zahl und des Volumens der bezuschussten Dienstleistungen erwartet werden. Kann die Kommission in diesem Zusammenhang folgende Fragen beantworten:

Könnte der griechische Wettbewerbsausschuss aufgrund der Tatsache, dass die beiden Unternehmen 97 % des inländischen Flugpassagiermarktes in Griechenland kontrollieren, die Genehmigung für eine solche Fusion verweigert? Könnte der griechische Staat sich weigern, der neuen Fluggesellschaft, die aus dieser Fusion hervorgehen würde, den Namen und das Logo von Olympic Air zu übertragen und könnte er eine Anhebung der Flugpreise für Inlandsflüge verhindern, da die neue Gesellschaft einen Anteil von 97 % am inländischen Flugpassagiermarkt hätte?

Antwort

(EN) Die Kommission wurde durch Unternehmenserklärungen über eine geplante Fusion von Olympic Air und Aegean Airlines informiert.

In diesem frühen Stadium kann nicht festgestellt werden, ob diese Operation eine Benachrichtigung der Europäischen Kommission oder der zuständigen griechischen Wettbewerbsbehörden erforderlich macht.

⁽¹⁶⁾ http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/external/insurance/index_en.htm

Gemäß der Verordnung des Rates (EG) Nr. 139/2004 („Fusionskontrollverordnung“)⁽¹⁷⁾ ist die Kommission dafür zuständig, die Vereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt von Zusammenschlüssen „von gemeinschaftsweiter Bedeutung“ zu beurteilen, gemäß den Vorschriften für den Unternehmensumsatz, die in der Fusionskontrollverordnung festgelegt sind.

Die Hauptziel der Beurteilung eines Zusammenschlusses durch die Kommission besteht darin, einen wirksamen Wettbewerb innerhalb des Gemeinsamen Marktes aufrechtzuerhalten und negative Folgen für den Wettbewerb und letztendlich die Verbraucher zu verhindern. In ihrer Analyse berücksichtigt die Kommission unter anderem die Marktposition und die Stärke der betroffenen Unternehmen.

Da der geplante Zusammenschluss noch nicht Gegenstand einer offiziellen Benachrichtigung der Kommission gemäß der Fusionskontrollverordnung war, ist die Kommission zurzeit nicht in einer Position, weitere Einzelheiten der Transaktion, auf die sich der Herr Abgeordnete bezieht, zu kommentieren.

Der Name und das Logo „Olympic“ stellen Vermögenswerte dar, die seit dem Abschluss der Privatisierung der Olympic Airlines Eigentum der Olympic Air sind.

*
* *

Anfrage Nr. 54 von Rodi Kratsa-Tsagaropoulou (H-0094/10)

Betrifft: Maßnahmen zur Förderung von Haushaltssanierung und Wachstum in Griechenland

Der Rat „ECOFIN“ forderte Griechenland im Februar auf, gezielte Haushaltssanierungsmaßnahmen zu ergreifen. Jean-Claude Juncker betonte, dass die Europäische Kommission Griechenland ein Maßnahmenpaket vorschlagen werde, mit dem die Ausgaben reduziert und die Einnahmen erhöht werden könnten; als Beispiel führte er die Kürzung der Lohnkosten und die Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Steuern auf Privatfahrzeuge und Energie an. Da die meisten Maßnahmen, die die griechische Regierung bereits ergriffen hat oder zu ergreifen plant, ohnehin die Kürzung der Lohnkosten und die Erhöhung der Einnahmen durch Steuererhöhungen betreffen, wird die Kommission um Beantwortung folgender Fragen ersucht:

Ist die Kommission nicht der Auffassung, dass diese auf eine konsequente Sparpolitik und Einnahmenerhöhung ausgerichteten Maßnahmen eventuell selbst dazu beitragen könnten, dass Investitionen und Verbrauchernachfrage innerhalb der griechischen Wirtschaft weiter zurückgehen und damit die von Griechenland begonnenen Haushaltssanierung untergraben wird? Plant die Kommission der griechischen Regierung Sanierungsmaßnahmen vorzuschlagen, die an die in Griechenland herrschende Realität angepasst sind, um so einen Wiederaufschwung von Produktivität und Wirtschaftstätigkeit zu erreichen?

Antwort

(EN) Hohe Defizit- und Verschuldungsniveaus haben einen substanziellen, negativen Einfluss auf die Fähigkeit eines Landes, sich zu entwickeln, angesichts der Auswirkungen auf Finanzmärkte, Zinsniveaus und Kreditbedingungen. Deshalb ist für Wachstum auch Haushaltskonsolidierung erforderlich. Obwohl die Bedingungen für das Wachstum im Jahre 2010 in Griechenland ungünstig sein werden, würde eine Verzögerung der Haushaltskonsolidierung sicherlich zu schlimmeren Folgen für das Wachstum führen. Im Einklang mit den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes hat Griechenland im Januar 2010 ein aktualisiertes Stabilitätsprogramm vorgelegt, das umfangreiche Bemühungen um eine Haushaltskonsolidierung ankündigt, mit einer geplanten Verringerung des Defizits von 12,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2009 auf unter 3 % des BIP ab 2012. Ein erster Teil der Korrektur, nämlich um 4 % des BIP, soll in diesem Jahr erreicht werden. Die Kommission und der Rat haben das griechische Stabilitätsprogramm unterstützt und sind der Meinung, dass sowohl die Ziele als auch die zugrunde liegenden Maßnahmen angemessen sind.

In dem Maße, wie Risiken auftreten, die mit dem Defizit und den Schuldenobergrenzen zusammenhängen, werden zusätzliche Anstrengungen notwendig sein, um die Haushaltsziele auf Kurs zu halten. Die Kommission begrüßt die Ankündigung der griechischen Regierung vom 3. März 2010, eine Reihe zusätzlicher Konsolidierungsmaßnahmen einzuführen, die 2 % des BIP entsprechen. Diese Verlautbarung bestätigt die Verpflichtung der griechischen Regierung, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Ziele des Programms zu erreichen und insbesondere zu gewährleisten, dass das Ziel des Defizitabbaus um 4 % des BIP in 2010 erreicht wird. Die zusätzlichen Maßnahmen beinhalten passenderweise Ausgabenkürzungen

⁽¹⁷⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004

und insbesondere Einsparungen bei den Lohn- und Gehaltskosten im öffentlichen Sektor, was für die Erreichung permanenter Haushaltskonsolidierungseffekte und für die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit unerlässlich ist. Die angekündigten Maßnahmen zur Einnahmenerhöhung tragen ebenfalls zur Haushaltskonsolidierung bei. Die vollständige und rechtzeitige Umsetzung finanzpolitischer Maßnahmen parallel zu einschneidenden Strukturreformen im Einklang mit dem Beschluss des Rates sind vorrangig. Dies liegt im Interesse der Menschen in Griechenland, die von solideren öffentlichen Finanzen, besseren Wachstumsaussichten und Beschäftigungsmöglichkeiten profitieren werden. Es ist ebenfalls wichtig für die allgemeine finanzielle Stabilität der Eurozone.

*
* *

Anfrage Nr. 55 von Pat the Cope Gallagher (H-0098/10)

Betrifft: Sicherheit im Internet

Mehr als 50 % der europäischen Teenager stellen persönliche Informationen ins Internet, die von jedermann eingesehen werden können. Wird die Kommission neue Maßnahmen verabschieden, um die Sicherheit von Minderjährigen im Internet zu verbessern, mit besonderem Augenmerk auf Websites für die soziale Vernetzung?

Antwort

(EN) In Beantwortung der Frage des Herrn Abgeordneten vertritt die Kommission die Auffassung, dass die Verbesserung der Sicherheit von Minderjährigen im Internet, insbesondere auf Websites für die soziale Vernetzung, eine wichtige und gemeinsame Verantwortung der Behörden, der Eltern, der Schulen und der Wirtschaft darstellt.

Im Rahmen des Safer Internet Programme⁽¹⁸⁾ ermöglichte die Kommission 2009 die Unterzeichnung der Selbstregulierungsvereinbarung „Safer Social Networking Principles for the EU“⁽¹⁹⁾ (Grundsätze für eine sicherere Nutzung sozialer Netzwerke für die EU), durch 20 Unternehmen: Arto, Bebo, Dailymotion, Facebook, Giovanni.it, Google, Hyves, Microsoft Europe, MySpace, Nasza-klaza.pl, Netlog, One.lt, Piczo, Rate.ee, Skyrock, Tuenti, Sulake, VZnet Netzwerk Ltd., Yahoo!Europe und Zap.lu. Diese Unternehmen haben ihre Verantwortung erkannt und identifizieren potentielle Risiken auf ihren Sites für Jugendliche unter 18 Jahren, einschließlich Cyber-Mobbing, Cyber-Grooming (gezielte sexuelle Belästigung von Kindern und Jugendlichen im Internet) und riskantem Verhalten, wie etwa Preisgabe persönlicher Daten. Sie wollen diese Risiken durch eine Reihe spezifischer Maßnahmen verringern.

Die Kommission überwacht die Umsetzung dieser Vereinbarung sehr genau. Am 9. Februar 2010 veröffentlichte die Kommission einen Evaluierungsbericht zur Umsetzung der „Safer Social Networking Principles“ auf der Basis einer Analyse der Sicherheitsstrategien der Unternehmen und von Tests der entsprechenden Websites durch unabhängige Experten. Der Bericht zeigt, dass die meisten Unternehmen wirklich etwas getan haben, um Minderjährige zu schützen, indem Verfahren zum Ändern von Datenschutzeinstellungen, zum Sperren von Benutzern oder zum Löschen unerwünschter Kommentare und Inhalte vereinfacht wurden. Aber es muss noch viel getan werden, da nur 40 % der Unternehmen Profile von unter Achtzehnjährigen standardmäßig ausschließlich für deren Freunde sichtbar machen und nur ein Drittel auf Benutzerberichte reagiert hat, die um Hilfe baten.

Die Kommission wird die einzelnen Ergebnisse jedes Unterzeichners ausführlich untersuchen und sich auf Einzelfallbasis mit jedem Unternehmen näher beschäftigen, das weitere Anstrengungen unternehmen muss, um besondere Teile der Grundsätze der sozialen Vernetzung vollständig umzusetzen. Wie in den von den Unternehmen unterzeichneten „Safer Social Networking Principles for the EU“ vorgesehen, wird die European Social Networking Task Force⁽²⁰⁾ sich dieses Jahr noch einmal treffen, um weitere Möglichkeiten zu diskutieren, wie die Online-Sicherheit für unter Achtzehnjährige, die Websites für die soziale Vernetzung nutzen, verbessert werden kann.

⁽¹⁸⁾ http://ec.europa.eu/information_society/activities/sip/index_en.htm

⁽¹⁹⁾ http://ec.europa.eu/information_society/activities/social_networking/docs/sn_principles.pdf

⁽²⁰⁾ Die Social Networking Task Force wurde erstmals im April 2008 von der Europäischen Kommission einberufen und besteht aus sozialen Netzwerken sowie Wissenschaftlern und Kinderhilfsorganisationen.

Darüber hinaus überprüft die Kommission die gegenwärtigen EU-Vorschriften in Bezug auf Datenschutz und Privatsphäre. Zu diesem Zweck hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Neufassung der Datenschutzrichtlinie⁽²¹⁾ abgehalten, die im Dezember 2009 beendet wurde. Die betreffenden Ergebnisse zeigen, dass viele Bürgerinnen und Bürger strengere Zustimmungserfordernisse in Bezug auf Minderjährigen in der Online-Welt befürworten.

Darüber hinaus lautete das Motto des Tages des sichereren Internet (Safer Internet Day) am 9. Februar dieses Jahres „Think before you post“ („Denk nach, bevor du etwas ins Netz stellst“), um Jugendliche dazu zu bringen, besonders vorsichtig mit persönlichen Daten umzugehen, die sie ins Internet stellen.

*
* *

Anfrage Nr. 56 von Konrad Szymański (H-0101/10)

Betrifft: Gleichberechtigter Zugang zu Internetdiensten auf dem Binnenmarkt

Der durch das Unternehmen Apple geführte Online-Shop iTunes bietet seine Audio- und Videoprodukte nur den Verbrauchern bestimmter Mitgliedstaaten an (polnische Nutzer sind beispielsweise ausgeschlossen). Dies ist eine diskriminierende Praktik und stellt somit einen Verstoß gegen das Gemeinschaftsrecht dar. Letztlich wird dadurch auch die sogenannte Internet-Piraterie gefördert.

Anlass zur Sorge gibt vor allem die Tatsache, dass beispielsweise polnische Bürger durch die gezielt eingeführten technischen Einschränkungen beim Kreditkartengebrauch keine in einem anderen Land im Internet angebotenen Produkte online erwerben können.

Hat die neue Kommission abgesehen davon, dass sie in dieser Frage bereits im vergangenen Jahr ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht hat, konkrete Maßnahmen ergriffen, um dieser diskriminierenden Praxis ein Ende zu bereiten?

Wird die Kommission angesichts der Diskriminierung von Verbrauchern aus bestimmten Mitgliedstaaten im Rahmen des Online-Kaufs Maßnahmen ergreifen, um auf dem gemeinsamen Markt gleiche Verbraucherrechte durchzusetzen?

Antwort

(EN) Wie die Kommission in ihrer Antwort auf die Anfrage E-5058/09 deutlich gemacht hat, werden Unterschiede in der Behandlung durch Dienstleister gemäß der Nationalität oder des Wohnsitzes ihrer Kunden (wie etwa die Beschränkung der Verwendung von Kreditkarten, die Kunden eines Mitgliedstaats daran hindern, Zugang zu Dienstleistungen zu haben, die von einem Online-Shop in einem anderen Mitgliedstaat angeboten werden) speziell von der Nichtdiskriminierungsklausel in Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 123/2006/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt („Dienstleistungsrichtlinie“) Rechnung getragen. Während Diskriminierung verboten ist, stellt diese Bestimmung auch fest, dass nicht alle Unterschiede in der Behandlung verboten sind, da Unterschiede bei den Zugangsbedingungen erlaubt sind, „die unmittelbar durch objektive Kriterien gerechtfertigt sind.“

Die Durchsetzung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zur Einführung dieser Bestimmung liegt primär im Verantwortungsbereich der nationalen Behörden und Gerichte. Die Kommission ist nicht befugt, auf der Basis von Artikel 20 Absatz 2 der Dienstleistungsrichtlinie Vertragsverletzungsverfahren gegen private Vertragsparteien einzuleiten. Allerdings gewährt sie den Mitgliedstaaten Hilfe, um sicherzustellen, dass die einzelstaatlichen Bestimmungen zur Umsetzung von Artikel 20 Absatz 2 der Dienstleistungsrichtlinie auf nationaler Ebene durch nationale Behörden und Gerichte korrekt umgesetzt und durchgesetzt werden. Insbesondere hat die Kommission in diesem Zusammenhang vor kurzem eine Studie zu Geschäftspraktiken veröffentlicht, die wahrscheinlich in den Bereich von Artikel 20 Absatz 2 fallen, sowie zu den möglichen Gründen, die dahinterstehen. Verbraucher, die möglicherweise unter Diskriminierung gelitten haben, können Entschädigung verlangen, indem sie die Anlaufstellen in ihren Ländern kontaktieren, wie etwa Mitgliedszentren des EVZ-Netzes (Netz der europäischen Verbraucherzentren).

Wenn sie diese Bestimmungen anwenden, müssen nationale Behörden und Gerichte objektive Kriterien berücksichtigen, die die unterschiedliche Behandlung rechtfertigen könnten.

(21) Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr - ABl. L 281 vom 23.11.1995

Darüber hinaus muss, wie der Herr Abgeordnete vielleicht weiß, hervorgehoben werden, dass das Urheberrecht von Autoren und Rechte, die mit den Urheberrechten zu tun haben, wie die Rechte von Musikproduzenten und Künstlern, deren Tonaufnahmen von Musik in Online-Shops aufbewahrt werden, normalerweise auf nationaler Ebene lizenziert sind. Allerdings besitzt die Kommission keine Informationen, die besagen, dass die Notwendigkeit der Klärung von Urheberrechten, um in Polen Leistungen anbieten zu können, erklärt, warum der iTunes-Online-Shop in diesem Mitgliedstaat nicht verfügbar ist.

Zusätzlich zu der Anwendung der oben genannten Nichtdiskriminierungsklausel in Artikel 20 Absatz 2 der Dienstleistungsrichtlinie müssen autonome Entscheidungen von marktbeherrschenden Unternehmen gemäß Artikel 102 AEUV bewertet werden, der, da es mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar ist, Missbrauch einer marktbeherrschenden Position durch ein oder mehrere Unternehmen untersagt, da dieser den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen kann.

Die Kommission wird auch weiterhin Anstrengungen unternehmen, die Beseitigung von Hindernissen zu erreichen, die immer noch die Entwicklung der legitimen europaweiten Musikdienstleistungen verhindern, und um Verbraucher zu befähigen, in jedem Online-Shop in der EU einkaufen zu können, ungeachtet ihres Wohnsitzes. Die Beseitigung identifizierter Hindernisse wird zusammen mit der wirksamen Durchsetzung von Artikel 20 Absatz 2 der Dienstleistungsrichtlinie in den Mitgliedstaaten von entscheidender Bedeutung sein, um diese Ziele zu erreichen.

*
* *

Anfrage Nr. 57 von Morten Messerschmidt (H-0107/10)

Betrifft: Grenzkontrollen

Laut Auskünften der dänischen Polizei wurden im vergangenen Jahr 203-mal Personen festgenommen, die ein Einreiseverbot verletzt hatten. Das ist, so die Polizei, vermutlich nur die Spitze des Eisbergs. Nach Aussagen der dänischen Jean-Monnet-Professorin Marlene Wind ist es für ausgewiesene Kriminelle dank den offenen Grenzen leicht, zurückzukommen und weitere Straftaten zu begehen.

Welche Überlegungen stellt die Kommission demnach im Zusammenhang mit der umfangreichen Länder übergreifenden Kriminalität in der EU an? Was ist zu der unzulänglichen Verbrechensbekämpfung in Bulgarien und Rumänien vor dem Hintergrund des Vorhabens zu sagen, zum Jahresende auch dort die Grenzkontrollen abzuschaffen?

Antwort

(EN) Die Schaffung eines Gebietes ohne Binnengrenzkontrollen wird von begleitenden Maßnahmen flankiert, wie etwa effektive Politik und justizielle Zusammenarbeit. In diesem Sinne wurden Strafverfolgungsbehörden der EU wie EUROPOL und EUROJUST gegründet und eine ganze Reihe juristischer Instrumente beschlossen, um den Mitgliedstaaten zu erlauben, wirksam grenzüberschreitende Verbrechen zu bekämpfen, wie zum Beispiel ein Beschluss aus dem Jahr 2008 über die Verstärkung der Kooperation an den Grenzübergängen, insbesondere zum Zweck der Bekämpfung des Terrorismus und grenzüberschreitender Kriminalität. Die Bestimmungen beziehen sich insbesondere auf den automatischen Austausch von Informationen im Hinblick auf Großereignisse und zum Zweck der Terrorbekämpfung sowie im Hinblick auf andere Formen der grenzüberschreitenden polizeilichen Kooperation.

Was die Effizienz von Wiedereinreiseverboten anbelangt, wird der Herr Abgeordnete auf die Richtlinie 2008/115/EG über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (umzusetzen von den Mitgliedstaaten bis Dezember 2010) aufmerksam gemacht, die für ein harmonisiertes, EU-weites Wiedereinreiseverbot sorgt. Dieses Wiedereinreiseverbot hat präventive Wirkung und fördert die Glaubwürdigkeit einer europäischen Rückführungspolitik, indem eine klare Botschaft ausgesandt wird, dass es denjenigen, die kein Recht haben, in Mitgliedstaaten der EU zu bleiben und die dort Migrationsvorschriften missachtet haben, nicht mehr erlaubt sein wird, für eine bestimmte Dauer in einen Mitgliedstaat der EU wiedereinzureisen.

Was Bulgarien und Rumänien anbelangt, wird gemäß der Beitrittsakte vor Aufhebung der Binnengrenzkontrollen ein spezielles Bewertungsverfahren durchgeführt, um festzustellen, ob alle Vorbedingungen für die Anwendung des Schengen-Besitzstands erfüllt sind.

Diese Bewertung schließt die Gebiete der Außengrenzen, Visa, polizeiliche Kooperation, das Schengen-Informationssystem und Datenschutz mit ein. Bulgarien und Rumänien haben den geplanten

Termin für die Aufhebung der Binnengrenzkontrolle auf März 2011 festgesetzt. Evaluierungen wurden 2009 begonnen und werden während des Jahres 2010 fortgesetzt.

Für die Schlussfolgerung, ob alle Vorbedingungen erfüllt sind oder nicht und die Entscheidung über die Aufhebung der Binnengrenzkontrolle sind die Mitgliedstaaten selbst voll verantwortlich.

Der Erfolg des Schengenraums hängt vom gegenseitigen Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten und ihrer Fähigkeit ab, jene begleitenden Maßnahmen voll umzusetzen, welche die Aufhebung der Binnengrenzkontrollen ermöglichen. Die wirksame Bekämpfung der Korruption und die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Polizeibehörden und Gerichten sind wichtige Faktoren, die für die Vertrauensbildung entscheidend sind. Die Kommission unterstützt die Bemühungen und beobachtet sehr genau die Entwicklungen in diesem Bereich in Bulgarien und Rumänien. Im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens bewertet die Kommission die Reform des Justizsystems und die Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität. Der Umgang mit grenzüberschreitender Kriminalität ist ein wichtiger Faktor der Bewertung. Die Kommission stützt sich bei ihrer Bewertung auf verschiedene Quellen, einschließlich Informationen aus den Mitgliedstaaten, und gibt in ihren Sommerberichten Empfehlungen dafür, wie die Situation verbessert werden kann.

*
* *

Anfrage Nr. 58 von Charalampos Angourakis (H-0110/10)

Betrifft: Privatisierung der Werften von Skaramanga

Die von den jeweiligen Regierungen in den letzten Jahren betriebene Privatisierung der Werften von Skaramanga hat zu Einbußen für die Arbeitnehmer geführt, da Hunderte Arbeitsplätze abgebaut wurden. Die Firma „ThyssenKrupp“, Eigentümerin der Werften, verkauft sie jetzt, nachdem sie für den Bau von U-Booten drei Milliarden Euro erhalten und die mit dem griechischen Staat geschlossenen Verträge aufgekündigt hat. Die betreffenden U-Boote hat sie nicht geliefert. Die Werften wurden aufgeteilt, und es wurde eine gesonderte, auf rollendes Material spezialisierte Gesellschaft errichtet. Seit etwa zehn Monaten haben die 160 Arbeitnehmer, die auf diesen Werften beschäftigt sind, kein Gehalt bekommen. In Zeitungsartikeln ist von Hunderten neuer Entlassungen die Rede sowie von Verhandlungen über das Eigentum an den Werften, nicht nur zwischen den multinationalen Unternehmen, sondern auch mit der Regierung, damit diese den neuen Eigentümern Milliarden von Euro aus dem Rüstungsprogramm 2010-2011 gewährt.

Hat nach Auffassung der Kommission die von der EU und den nationalen Regierungen beschlossene Liberalisierung der Märkte und die Anwendung der Wettbewerbsregeln auf den Schiffsbau zu einer Marginalisierung dieses Sektors in Griechenland, das doch ein Schifffahrtsland par excellence ist, geführt, zu einem Abbau der Beschäftigung und zu Verstößen gegen die Rechte der Arbeitnehmer, und das nur, damit die Monopolkonzerne Gewinne erwirtschaften können?

Antwort

(EN) Die Anwendung der Gesetze des Wettbewerbs zielt auf einen fairen und effektiven Wettbewerb zugunsten Europas und seiner Bürgerinnen und Bürger, da der Wettbewerb Preise reduziert, Qualität anhebt, die Auswahl für die Verbraucher erweitert, technische Innovation fördert und daher die europäische Wirtschaft ankurbelt. Die Wettbewerbsvorschriften des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union beinhalten ein generelles Verbot staatlicher Beihilfen außer in gerechtfertigten Situationen, um sicherzustellen, dass Regierungsinterventionen den Wettbewerb und den Handel innerhalb der EU nicht verzerren. Die Kommission kann in gewissen Situationen Hilfe für die Umstrukturierung einer in Schwierigkeiten befindlichen Firma genehmigen, und das schließt den Schiffbausektor mit ein. Es ist allerdings die Verantwortung der Behörden, sicherzustellen, dass die Hilfe ordnungsgemäß eingesetzt wird.

1997 gab die Kommission Griechenland die Chance zu einer Umstrukturierung der zivilen, kommerziellen Aktivitäten der Hellenic Shipyards, indem sie eine Finanzhilfe in Höhe von 160 Mio. EUR⁽²²⁾ genehmigte. Leider wurden einige der entscheidenden Bedingungen, die dieser Genehmigung beigelegt waren, noch nicht erfüllt. Darüber hinaus hat Griechenland bis 2002 wiederholt in gesetzwidriger und unvereinbarer Weise die Verlust bringenden zivilen Aktivitäten der Werft finanziert.

(22) S. Sache N 401/1997

Die Aufgabe der Kommission besteht in der Überwachung, um sicherzustellen, dass die Vorschriften für staatliche Beihilfen von den Mitgliedstaaten ordnungsgemäß erfüllt werden. Wegen der Verletzungen der Bedingungen und der gesetzwidrigen Hilfe, die nachfolgend der Werft geleistet wurde, hat die Kommission im Juli 2008 nach einer eingehenden Untersuchung nach den Beihilferegeln des EG-Vertrags von Griechenland verlangt, über 230 Mio. EUR illegaler Hilfen wiederzuerlangen⁽²³⁾.

Die Kommission möchte betonen, dass im Hinblick auf den Verkauf der Werften oder irgendeiner anderen Entscheidung, die mit der Umstrukturierung zu tun hat, ausschließlich die Eigentümer der Werften für solche Entscheidungen die Verantwortung tragen. Die Befugnis der Kommission ist auf die Kontrolle von Interventionen des Staates in der Wirtschaft beschränkt; sie kann nicht in die wirtschaftlichen Entscheidungen eines Unternehmens eingreifen.

Zum Schutz der Beschäftigten umfasst der gesetzliche Rahmen der EU mehrere Richtlinien, die im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Schiffbausektors in der EU von besonderem Interesse sein könnten, insbesondere die Richtlinie des Rates 98/59/EG vom 20. Juli 1998 über Massenentlassungen⁽²⁴⁾, die Richtlinie 94/45/EG über die Europäischen Betriebsräte⁽²⁵⁾, die Richtlinie 2002/14/EG zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft⁽²⁶⁾, die Richtlinie des Rates 2001/23/EG zur Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Unternehmens- oder Betriebsteilen⁽²⁷⁾ sowie die Richtlinie 2008/94/EG über den Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers⁽²⁸⁾.

Die Richtlinien sind in Griechenland umgesetzt worden und es obliegt den nationalen Behörden, insbesondere den Gerichten, die ordnungsgemäße und wirksame Anwendung der einzelstaatlichen Umsetzungsregeln dieser Richtlinien in Anbetracht der besonderen Umstände des jeweiligen Einzelfalls sicherzustellen und die Erfüllung aller arbeitgeberseitigen Verpflichtungen in diesem Zusammenhang zu gewährleisten.

*

* *

(23) ABl. L 225 vom 27.8.2009

(24) ABl. L 225 vom 12.8.1998

(25) ABl. L 254 vom 30.9.1994

(26) ABl. L 80 vom 23.3.2002

(27) ABl. L 82 vom 22.3.2001

(28) ABl. L 283 vom 28.10.2008